



17. ORDENTLICHER **IBU**-KONGRESS

17 - 20 SEPTEMBER 2026 | BERCHTESGADEN GER

01	Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten der IBU	11	Genehmigung der Mitglieder des BIU-Vorstands
02	Bestätigung der ordnungsgemäßen Einberufung des Kongresses	12	Bestätigung des endgültigen Haushalts für 2026/2027 und der Haushaltsrahmen für 2027/2028, 2028/2029 und 2029/2030
03	Namentliche Feststellung der Anwesenheit und erste Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit der NV-Mitglieder	13	Ernennung der Wirtschaftsprüfungskanzlei gemäß der Empfehlung des Vorstands
04	Genehmigung der Tagesordnung	14	Anträge
05	Kongressablauf, Ernennung des Wahlausschusses und Ernennung der Stimmenzähler	15	Informationen zu bevorstehenden Veranstaltungen von den Organisationskomitees
06	Anträge zum NV-Status	16	Ernennung des Ausrichters der Biathlon-Weltmeisterschaften 2031
07	Entgegennahme und Genehmigung der Jahresberichte des Vorstands	17	Wahl des Ausrichters für den Kongress 2028
08	Präsentation der geprüften Jahresabschlüsse und des Berichts der Rechnungsprüfer für die zwei vorangegangenen Geschäftsjahre	18	Wahlen
09	Entlastung des Vorstandes für die Geschäftsjahre 2024/2025 und 2025/2026	19	IBU Ehrungen
10	Entgegennahme und Genehmigung der Jahresberichte des BIU-Vorstands einschließlich eines Berichts zum Vetting	20	Sonstiges und Abschluss

Sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten,
sehr geehrte Generalsekretärinnen und Generalsekretäre,
liebe Biathlonfreundinnen und liebe Biathlonfreunde,

ich freue mich, Sie zum IBU-Kongress in Berchtesgaden (Deutschland) begrüßen zu dürfen.

Mit diesem Kongress, bei dem wir einen neuen IBU-Vorstand wählen, schreiben wir erneut Geschichte und kommen unserem gemeinsamen Ziel, das enorme Potenzial unseres Sports auszuschöpfen, ein großes Stück näher. Für mich ist es auch der letzte IBU Kongress als Präsident, wie es die Verfassung vorsieht, und ich werde den Staffeltab mit großem Stolz übergeben, denn es sind starke Hände, die die Verantwortung für unseren Sport übernehmen.

Die vergangenen zwie Jahre haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass der Biathlonsport gut dasteht und weltweit groß im Kommen ist. Die zwei Saisons seit dem letzten Kongress waren unbeschreiblich, nicht zuletzt dank unvergesslicher olympischer und paralympischer Wettbewerbe in diesem Jahr, bei denen Biathlon ein Millionenpublikum in seinen Bann zog und seine Position als führende Wintersportart festigen konnte. Die ersten Paralympischen Spiele, bei denen Para-Biathlon unter die Zuständigkeit der IBU fiel, waren ein Meilenstein für den Sport und für unser Bekenntnis zum Biathlon für alle. In beiden Saisons stellten wir bei den Zuschauerzahlen und beim digitalen und sozialen Engagement neue Rekorde auf; ein weiterer Indikator für die zunehmende Biathlon-Begeisterung.

Wir erlebten außerdem die Premiere des Loop One Festivals, ein Ergebnis unserer kontinuierlichen Bemühungen um Innovation in unserem Sport und um neue Angebote für bestehende und neue Zuschauergruppen. Das Festival erwies sich als großer Erfolg, begeisterte eine neue Zielgruppe für den Biathlonsport und zeigte, wie gut er sich in die Unterhaltungslandschaft insgesamt einfügt. Wir freuen uns darauf, später im Jahr mit einer erweiterten zweiten Ausgabe auf diesem Erfolg aufzubauen.

Auch bei Target 2030 konnten wir seit dem Kongressbeschluss vor zwei Jahren kontinuierlich Fortschritte verbuchen. Nach dem vorzeitigen Abschluss von Target 26 liegt der Fokus von Target 2030 darauf, darauf aufzubauen und der Erreichung unserer Gesamtziele und strategischen Prioritäten näher zu kommen. Mit der Verdopplung unseres Umsatzes haben wir ein Ziel schon erreicht. Einen umfassenden Bericht dazu erhalten Sie im Laufe des Kongresses.

Natürlich war auch diese Zeit nicht frei von Herausforderungen, ob geopolitischer oder klimabedingter Art. Das ist unsere Realität, und genau das ist der Grund, warum die IBU sich kontinuierlich verbessern und anpassen müssen, damit wir gut aufgestellt bleiben, um diese und zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Dennoch gibt es auch vieles, worauf wir uns angesichts des großen vorhandenen Potenzials vorfreuen können. Uns erwart-

tet erneut eine erstklassige Weltcupseason mit der Austragung der Weltmeisterschaften 2027 in Otepää als größte Veranstaltung, die je in Estland ausgetragen wurde. Mit Hochfilzen und Oslo-Holmenkollen stehen auch die Ausrichter für 2028 und 2029 fest, und so starten wir mit Klarheit und mit Tatendrang in die nächste Olympiade – und machen uns bereit für die nächsten fulminanten Olympischen und Paralympischen Spiele in den Französischen Alpen 2030.

Zum Ende dieses Kongresses werde ich mit großer Zuversicht die Führung dieser Organisation übergeben, im Vertrauen darauf, dass unser neuer Vorstand uns gut durch diesen nächsten Akt führen und sicherstellen wird, dass das Beste im Biathlon immer noch vor uns liegt.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Aufenthalt in Berchtesgaden und einen gelungenen Kongress.



Olle Dahlin
IBU Präsident

DATUM	MASSNAHMEN
18. Mai 2026	• Einladung an alle Nationalverbände versandt
17. Juni 2026	• Anmeldefrist für Delegationen der Nationalverbände
17. August 2026	• Kongress-Tagesordnung und Handbuch an die NV-Mitglieder versandt

Namentliche Feststellung der Anwesenheit und erste Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit der NV-Mitglieder

NR.	NATIONALER VERBAND	DELEGATIONSLEITER	OFFIZIELLE ANMELDUNG
ORDENTLICHE MITGLIEDER			
01	ARG Argentinien	Gastón FANTI	☒
02	ARM Armenien	Ara GRIGORYAN	☒
03	AUS Australien	David WINDSOR	☒
04	AUT Österreich	Roswitha STADLOBER	☒
05	BEL Belgien	Philippe HECK	☒
06	BIH Bosnien und Herzegowina	Ljubisa TANIC	☒
07	BRA Brasilien	Anders PETTERSSON	☒
08	BUL Bulgarien	Atanas FURNADSHIEV	☒
09	CAN Kanada	Michael WALKER	☒
10	CHI Chile	Ricardo SANDOVAL	☒
11	CHN China	Wenge LI	☒
12	CRO Kroatien	Lucian VUKELIĆ	☒
13	CYP Zypern	Panagiotis SIAMPANIAS	☒
14	CZE Tschechien	Libor VLCEK	☒
15	DEN Dänemark	Christian BORCH	☒
16	ESP Spanien	José Maria PEUS ESPAÑA	☒
17	EST Estland	Tarmo KÄRSNA	☒
18	FIN Finnland	Jaakko PUURULA	☒
19	FRA Frankreich	Pierre MIGNEREY	☒
20	GBR Großbritannien	Elizabeth WINFIELD	☒
21	GEO Georgien		☒
22	GER Deutschland		☒
23	GRE Griechenland		☒

NR.	NATIONALER VERBAND	DELEGATIONSLEITER	OFFIZIELLE ANMELDUNG
ORDENTLICHE MITGLIEDER			
24	GRL Grönland	Uiloq SLETTEMARK	☒
25	HUN Ungarn	Krisztian KOROSSY	☒
26	IND Indien	Mohd DANISH	☒
27	IRL Irland	Derek BOLGER	☒
28	ITA Italien	Massimo RINALDI	☒
29	JPN Japan	Junichi OGINO	☒
30	KAZ Kazachstan	Manas USSENOV	☒
31	KGZ Kirgisistan	Baigazy KENZHEBAEV	☒
32	KOR Korea	Hyuck Yul LEE	☒
33	LAT Lettland	Viesturs DUMPIS	☒
34	LBN Lebanon	Freddy KEIROUZ	☒
35	LIE Liechtenstein		☐
36	LTU Litauen	Arunas DAUGIRDAS	☒
37	MDA Moldawien	Ilie BRIA	☒
38	MGL Mongolei	Odbayar ODONCHIMED	☒
39	MKD Nordmazedonien	Kocho KIRACA	☒
40	NED Niederlande		☐
41	NOR Norwegen	Arne HORTEN	☒
42	NZL Neuseeland	<i>Nicht wahlberechtigt</i>	☒
43	POL Polen	Joanna BADACZ	☒
44	ROU Rumänien	Puiu GASPAR	☒
45	SLO Slowenien	Klemen FERJANCIC	☒
46	SUI Schweiz	Diego ZÜGER	☒
47	SVK Slowakei	Maros BADAN	☒

NR.	NATIONALER VERBAND	DELEGATIONSLEITER	OFFIZIELLE ANMELDUNG
ORDENTLICHE MITGLIEDER			
48	SWE Schweden	Sofia DOMEIJ	☒
49	TPE Chinesisch Taipeh	Vincent YANG	☒
50	TUR Türkei	Volkan Burak MUMCU	☒
51	UKR Ukraine	Ivan KRULKO	☒
52	USA USA	Jack GIERHART	☒
53	UZB Usbekistan	Anvar KURBANIYAZOV	☒

PROFISORISCHE MITGLIEDER			
	AND Andorra		☐
	DOM Dominikanische Republik		☐
	ISL Island	Sigurdur HAUKSSON	☒
	LUX Luxemburg	Tom WINBOMONT	☒
	MAR Marokko	Hicham Ait OUARCHIKH	☒
	MEX Mexico	Carlos PRUNEDA	☒
	PRT Portugal	Pedro Flávio MARTINS	☒
	SRB Serbien	Igor STOJIC	☒
	THA Thailand	Taratip CHANTAWAT	☒

SUSPENDIERTE MITGLIEDER			
	BLR Belarus		
	RUS Russland		

- 01** Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten der IBU
- 02** Bestätigung der ordnungsgemäßen Einberufung des Kongresses
- 03** Namentliche Feststellung der Anwesenheit und erste Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit der NV-Mitglieder
- 04** Genehmigung der Tagesordnung
- 05** Kongressablauf, Ernennung des Wahlausschusses und Ernennung der Stimmenzähler
- 06** Anträge zum NV-Status
 - 6.1** NV Island
 - 6.2** NV Serbien
 - 6.3** NV Belarus und Russland
 - 6.4** Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit
- 07** Entgegennahme und Genehmigung der Jahresberichte des Vorstands
 - 7.1** Tätigkeitsberichte 2024/2025 und 2025/2026
 - 7.2** Statusbericht zum Strategieplan Target 2030
- 08** Präsentation der geprüften Jahresabschlüsse und des Berichts der Rechnungsprüfer für die zwei vorangegangenen Geschäftsjahre
- 09** Entlastung des Vorstandes für die Geschäftsjahre 2024/2025 und 2025/2026
- 10** Entgegennahme und Genehmigung der Jahresberichte des BIU-Vorstands einschließlich eines Berichts zum Vetting
 - 10.1** Präsentation des Budgetantrags der BIU
- 11** Genehmigung der Mitglieder des BIU-Vorstands
- 12** Bestätigung des endgültigen Haushalts für 2026/2027 und der Haushaltsrahmen für 2027/2028, 2028/2029 und 2029/2030
- 13** Ernennung der Wirtschaftsprüfungskanzlei gemäß der Empfehlung des Vorstands
- 14** Anträge
 - 14.1** Anträge auf Änderung der Verfassung
 - 14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln
 - 14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln
- 15** Informationen zu bevorstehenden Veranstaltungen von den Organisationskomitees
 - 15.1** WM Otepää 2027
 - 15.2** WM Hochfilzen 2028
 - 15.3** WM Oslo 2029
 - 15.4** Winterspiele Französische Alpen 2030
- 16** Ernennung des Ausrichters der Biathlon-Weltmeisterschaften 2031
 - 16.1** Präsentationen der Bewerber
 - 16.1.1** Kontiolahti, Finnland
 - 16.1.2** Östersund, Schweden
 - 16.2** Antrag auf Ernennung des Ausrichters der Biathlon-Weltmeisterschaften 2031
- 17** Wahl des Ausrichters für den Kongress 2028
 - 17.1** Präsentationen der Bewerber
 - 17.1.1** Frankreich
 - 17.1.2** Großbritannien
 - 17.1.3** Griechenland
 - 17.2** Wahl des Ausrichters
- 18** Wahlen
 - 18.1** Vorstellung des Wahlverfahrens durch die Vorsitzende des Wahlausschusses
 - 18.2** Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Präsidenten
 - 18.3** Wahl des Präsidenten
 - 18.4** Vorstellung der Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin
 - 18.5** Wahl der Vizepräsidentin
 - 18.6** Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Schatzmeisters
 - 18.7** Wahl des Schatzmeisters
 - 18.8** Vorstellung der Kandidaten für den Vorstand
 - 18.9** Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder
 - 18.10** Wahl der Mitglieder des Technischen Komitees
- 19** IBU Ehrungen
- 20** Sonstiges und Abschluss



KONGRESSABLAUF

Der Kongress wird gemäß der IBU-Verfassung, der IBU-Kongressordnung und der angenommenen Tagesordnung abgehalten.

Der Kongressvorsitzende leitet die Sitzung, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und entscheidet gemäß den anwendbaren Regeln über Anträge zum Vorgehen sowie über sonstige Verfahrensfragen.

Das Wahl- und Abstimmungsverfahren wird von der Vorsitzenden des Wahlausschusses ausführlich vorgestellt sobald der Tagesordnungspunkt Wahlen ansteht.

ERNENNUNG DES WAHLAUSSCHUSSES

Der Kongress wird aufgefordert, den BIU-Vorstand als Wahlausschuss für die Wahlen 2026 einzusetzen.

Der für die Durchführung der Wahlen vorgeschlagene Wahlausschuss besteht aus:

Vorsitzende: Dr. Tanja Haug

Mitglied: Alex Marshall

Mitglied: Greg McKenna

Der BIU-Vorstand in seiner Rolle als Wahlausschuss trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen.

Wenn der Tagesordnungspunkt Wahlen ansteht wird die Vorsitzende des Wahlausschusses das Wahlverfahren einschließlich der Erläuterungen zur elektronischen Abstimmungen und den Voraussetzungen für eine gültige Stimmabgabe ausführlich vorstellen.

ERNENNUNG DER STIMMENZÄHLER

Der Kongress wird aufgefordert, die vom Vorstand vorgeschlagenen Stimmenzähler einzusetzen.

Die Stimmenzähler

- unterstützen bei der Ausgabe der elektronischen Abstimmungsgeräte oder der Stimmzettel,
- prüfen und überwachen das Abstimmungssystem und die Durchführung der Abstimmung,
- zählen die Stimmen zusammen mit dem BIU-Vorstand in seiner Rolle als Wahlausschuss vertraulich aus und
- melden jegliche Unregelmäßigkeit umgehend.

Die Namen der vorgeschlagenen Stimmenzähler werden dem Kongress zur Ernennung vorgelegt.

6.1 NV Island

6.2 NV Serbien

6.3 NV Belarus und Russland

6.4 Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit

ANTRAG AUF ORDENTLICHE MITGLIEDSCHAFT: NATIONALER VERBAND ISLANDS (NV ISL)

Voraussetzungen für ordentliche Mitgliedschaft

Status: Die Icelandic Ski Association (NV ISL) hat die Anforderungen für eine ordentliche Mitgliedschaft gemäß Artikel 6 der IBU-Verfassung erfüllt.

Fristgerechte Antragstellung

Der Antrag auf ordentliche Mitgliedschaft wurde gemäß den Vorgaben der IBU-Verfassung fristgerecht beim Vorstand eingereicht.

Biathlonaktivitäten

Der NV ISL hat ein strukturiertes Programm an Biathlonaktivitäten auf nationaler Ebene aufgestellt, das Wettkämpfe und Entwicklungsangebote für verschiedene Altersgruppen umfasst. Der Verband hat sich durch regelmäßige nationale Veranstaltungen, Aktivitäten zur Nachwuchsförderung und die Teilnahme an Entwicklungs-/Akademie-Veranstaltungen der IBU kontinuierlich für die Förderung und Entwicklung des Biathlonsports eingesetzt.

Der Verband hat mit Biathlon-4-All-Veranstaltungen, Schulprogrammen und Schnupperkursen aktiv dazu beigetragen, den Biathlonsport bekannter zu machen und ein nachhaltiges Wachstum des Sports in Island zu fördern.

Infrastruktur- und Entwicklungspläne

Der NV ISL hat detaillierte Informationen zu bestehenden Trainingsstätten und weiteren Ausbauplänen zur Verfügung gestellt. Der Verband investiert kontinuierlich in Biathlon-Infrastruktur und -Ausrüstung, darunter Laser- und Kleinkalibergewehre, um die Teilhabe am Sport auszubauen und neue Athletinnen und Athleten an den Sport heranzuführen.

Athletinnen, Athleten und Training

Der NV ISL hat Informationen zu registrierten Athletinnen und Athleten, Vereinen und zur Trainingsstruktur zur Verfügung gestellt, einschließlich der Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen der IBU Akademie.

Überprüfung vor Ort

Die Entwicklungsdirektorin Dagmara Gerasimuk hat bei einem offiziellen Vor-Ort-Termin in Island die Aktivitäten, Einrichtungen, Organisationsstruktur und Entwicklungspläne des Verbandes überprüft. Die Antragsinformationen konnten bei diesem Besuch bestätigt werden.

Ergebnis

Basierend auf den eingereichten Unterlagen und den Erkenntnissen des Vor-Ort-Termins erfüllt der NV ISL die Anforderungen der Internationalen Biathlon Union für eine ordentliche Mitgliedschaft. Der Verband konnte eine nachhaltige Biathlon-Entwicklung, angemessene organisatorische Kapazitäten und die Erfüllung der Anforderungen aus Artikel 6 der IBU-Verfassung nachweisen.

6.1 NV Island

6.2 NV Serbien

- **6.2.1** Berichts zur Entscheidung des Vorstands, den NV Serbien zurückzustufen
- **6.2.2** Antrag auf Bestätigung des Vorstandsbeschlusses

6.3 NV Belarus und Russland

6.4 Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit

NV SERBIEN

Im Dezember 2024 forderte die BIU die Biathlon Union of Serbia (BUS) gemäß Kapitel E Artikel 3.7 des IBU Integritätskodex auf, im Zusammenhang mit einer Untersuchung zu Governance-Fragen Buchhaltungsunterlagen bereitzustellen. Die BUS ist dieser Aufforderung weder innerhalb der gesetzten Frist noch nach mehreren Mahnungen nachgekommen.

Mit Schreiben vom 22. April 2026 hat der IBU-Vorstand die BUS zum weiteren Vorgehen bezüglich der nicht erfolgten Bereitstellung der Buchhaltungsunterlagen gemäß den IBU-Regularien informiert. Die BUS wurde darüber informiert, dass der IBU-Vorstand eine Herabstufung von einer ordentlichen Mitgliedschaft auf eine provisorische Mitgliedschaft gemäß Artikeln 6.3.4, 8.1.4, A4.2.1.2 und A4.2.1.4 der IBU-Verfassung in Betracht zieht, und aufgefordert, gemäß Artikel A4.2.3.2 der IBU-Verfassung innerhalb von 21 Tagen dazu Stellung zu nehmen. Innerhalb der Frist ging von der BUS keine Stellungnahme ein, die sinnvolle Lösungen für die zugrunde liegenden Probleme enthielt.

Während der Vorstandssitzung 179 am 9. Juli 2026 beschloss der IBU-Vorstand nach Prüfung aller relevanten Umstände, die BUS gemäß Artikel A4.2.1.4(E)(iii) der IBU-Verfassung auf den Status eines provisorischen NV-Mitglieds zurückzustufen, da der Vorstand der Ansicht war, dass die BUS ihren Verpflichtungen aus Artikel 6.3.4 und 8.1.4 der IBU-Verfassung nicht nachgekommen ist.

Gemäß Artikel A4.2.2 der IBU-Verfassung hat der IBU-Vorstand entschieden, dass die Herabstufung der BUS aufgehoben werden kann, sobald und sofern die folgenden Auflagen kumulativ erfüllt sind:

- a. Die BUS kommt der Aufforderung der BIU zur Bereitstellung der Finanzdaten vollumfänglich nach,
- b. eine Buchprüfung durch die BIU nach Erhalt der von der BIU angeforderten und erhaltenen Unterlagen kommt zu dem Ergebnis, dass die BUS keine potentiellen Verstöße gegen die IBU-Regeln begangen hat, und
- c. die BIU ist davon überzeugt, dass die BUS die Vorgaben des verpflichtenden Governance-Rahmens für NV-Mitglieder befolgt hat.

6.1 NV Island

6.2 NV Serbien

- 6.2.1 Berichts zur Entscheidung des Vorstands, den NV Serbien zurückzustufen
- 6.2.2 Antrag auf Bestätigung des Vorstandsbeschlusses

6.3 NV Belarus und Russland

6.4 Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit

ANTRAG AUF BESTÄTIGUNG DES VORSTANDSBESCHLUSSES

In diesem Kontext ersucht der IBU-Vorstand mit dem folgenden Antrag den Kongress um seine Unterstützung gemäß Artikel A4.2.2 der IBU-Verfassung:

„Bestätigung der Herabstufung der BUS auf den Status eines provisorischen NV-Mitglieds bis die folgenden Auflagen kumulativ erfüllt sind:

- a. Die BUS kommt der Aufforderung der BIU zur Bereitstellung der Finanzdaten vollumfänglich nach,
- b. eine Buchprüfung durch die BIU nach Erhalt der von der BIU angeforderten und erhaltenen Unterlagen kommt zu dem Ergebnis, dass die BUS keine potentiellen Verstöße gegen die IBU-Regeln begangen hat, und
- c. die BIU ist davon überzeugt, dass die BUS die Vorgaben des verpflichtenden Governance-Rahmens für NV-Mitglieder befolgt hat.“

Der IBU-Vorstand wird die Erfüllung der oben angeführten Auflagen überwachen und kann die Suspendierung bis zum nächsten Kongress vorläufig aufgeben, wenn er nach eigenem Ermessen zu dem Schluss kommt, dass die oben angeführten Bedingungen von der BUS erfüllt worden sind. Der IBU-Vorstand wird zu gegebenem Zeitpunkt an den Kongress berichten und Empfehlungen aussprechen.“

6.1 NV Island

6.2 NV Serbien

6.3 NV Belarus und Russland

- 6.3.1 Bericht zum Status des NV Belarus
- 6.3.2 Bericht zum Status des NV Russland
- 6.3.3 Antrag auf Bestätigung des Beobachtungsmandats des Vorstands

6.4 Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit

NV BELARUS UND RUSSLAND

Im Rahmen des 15. ordentlichen IBU-Kongress vom 15. - 18. September 2022 wurden beide Anträge vom Kongress angenommen:

- 1) *Bestätigung der Entscheidung des IBU-Vorstands vom 1. März 2022, die „Teilnahme jeglicher russischen oder belarussischen Athleten oder Funktionäre bei ihren internationalen Veranstaltungen einschließlich nicht-sportlicher Veranstaltungen der IBU für ihre Mitglieder bis auf weiteres nicht zu gestatten“*
- 2) *Suspendierung der IBU-Mitgliedschaft der RBU und des BiFB bis sie ihr uneingeschränktes Engagement für die Unterstützung und Förderung der Ziele und Grundsätze der IBU unter Beweis stellen, beispielsweise indem sie sich klar vom Krieg in der Ukraine distanzieren und sicherstellen, dass keiner ihrer Funktionäre oder Sportler aktiv in den nationalen Streitkräften tätig ist und/oder an den Kriegshandlungen teilnimmt. Der IBU-Vorstand wird die Erfüllung der oben*

angeführten Auflagen überwachen und kann die Suspendierung bis zum nächsten Kongress vorläufig aufgeben, wenn er nach eigenem Ermessen zu dem Schluss kommt, dass die oben angeführten Auflagen von der RBU und/oder dem BiFB erfüllt worden sind. Der IBU-Vorstand wird zu gegebenem Zeitpunkt an den Kongress berichten und Empfehlungen aussprechen.

Während der IBU-Vorstandssitzung 175 vom 20. - 21. Februar 2025 wurde „ein Beobachtermgremium aus GS, Leiterin der BIU, Franz Steinle und Nathalie Santer“ vom IBU-Vorstand eingesetzt (das **IBU-Beobachtermgremium**), das den Vorstand bei der Erfüllung des Mandats, die Umsetzung der Auflagen für die Aufhebung der Suspendierung zu überwachen, unterstützt.

6.1 NV Island**6.2** NV Serbien**6.3** NV Belarus und Russland

- **6.3.1** Bericht zum Status des NV Belarus
- **6.3.2** Bericht zum Status des NV Russland
- **6.3.3** Antrag auf Bestätigung des Beobachtungsmandats des Vorstands

6.4 Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit**STATUSBERICHT NV BELARUS**

Zwischen dem BiFB und der IBU hat es konstruktive Gespräche gegeben, und der Verband hat im Juli 2026 Unterlagen zur möglichen Erfüllung der Auflagen für die Aufhebung der Suspendierung bereitgestellt. Am 12. August 2026 präsentierte das IBU-Beobachtergremium dem IBU-Vorstand die Erkenntnisse zur Erfüllung der Auflagen für die Aufhebung der Suspendierung des BiFB. Nach sorgfältiger Prüfung aller bereitgestellter Unterlagen konstatierte der IBU-Vorstand, dass der BiFB sich aktiv um eine Erfüllung der Auflagen für

die Aufhebung der Suspendierung bemüht und sich in einem fruchtbaren Austausch mit dem IBU-Beobachtergremium befindet. Zum Zeitpunkt der Sitzung am 12. August 2026 kam der IBU-Vorstand allerdings zu dem Schluss, dass die 2022 vom Kongress festgelegten Auflagen für die Aufhebung der Suspendierung des BiFB, d. h., dass sie „ihr uneingeschränktes Engagement für die Unterstützung und Förderung der Ziele und Grundsätze der IBU unter Beweis stellen, beispielsweise indem sie sich klar vom Krieg in der Ukraine distanzieren

und sicherstellen, dass keiner ihrer Funktionäre oder Sportler aktiv in den nationalen Streitkräften tätig ist und/oder an den Kriegshandlungen teilnimmt“, noch nicht erfüllt worden sind. Der Vorstand kam daher zu dem Schluss, dass ohne weiteren Beschluss der Suspendierungsbeschluss vom September 2022 in Kraft bleibt.

Weitere Informationen zu den Entwicklungen im Zusammenhang mit dem BiFB-Suspendierungsbeschluss folgen beim Kongress 2026.

6.1 NV Island**6.2** NV Serbien**6.3** NV Belarus und Russland

- **6.3.1** Bericht zum Status des NV Belarus
- **6.3.2** Bericht zum Status des NV Russland
- **6.3.3** Antrag auf Bestätigung des Beobachtungsmandats des Vorstands

6.4 Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit**STATUSBERICHT NV RUSSLAND**

Die IBUs hat offizielle Mitteilungen der RBU erhalten, in denen sie vorbringt, sie habe die Auflagen für die Aufhebung der Suspendierung am 17. Juni 2026 erfüllt, ohne Vorlage von entsprechenden Unterlagen. Das IBU-Beobachtergremium und der IBU-Vorstand erörterten die Anfrage der RBU am 9. Juli 2026 und kamen nach Prüfung aller verfügbaren Informationen zu dem Schluss, dass die 2022 vom Kon-

gress festgelegten Auflagen für die Aufhebung der Suspendierung der RBU, d. h., dass sie „ihr uneingeschränktes Engagement für die Unterstützung und Förderung der Ziele und Grundsätze der IBU unter Beweis stellen, beispielsweise indem sie sich klar vom Krieg in der Ukraine distanzieren und sicherstellen, dass keiner ihrer Funktionäre oder Sportler aktiv in den nationalen Streitkräften tätig ist und/oder an den

Kriegshandlungen teilnimmt“, nicht erfüllt worden sind. Der Vorstand kam daher zu dem Schluss, dass ohne weiteren Beschluss der Suspendierungsbeschluss vom September 2022 in Kraft bleibt.

Weitere Informationen zu den Entwicklungen im Zusammenhang mit dem RBU-Suspendierungsbeschluss folgen beim Kongress 2026.

6.1 NV Island**6.2** NV Serbien**6.3** NV Belarus und Russland

- **6.3.1** Bericht zum Status des NV Belarus
- **6.3.2** Bericht zum Status des NV Russland
- **6.3.3** Antrag auf Bestätigung des Beobachtungsmandats des Vorstands

6.4 Zweite Bekanntgabe der Beschlussfähigkeit**ANTRAG AUF BESTÄTIGUNG DES BEOBACHTUNGSMANDATS DES VORSTANDS**

Vor diesem Hintergrund hat der IBU-Vorstand beschlossen, folgenden Antrag an den IBU-Kongress zu stellen:

„Bestätigung des Mandats des IBU-Vorstands gemäß dem Kongressbeschluss aus dem Jahr 2022 zur Suspendierung der RBU und des BiFB, die Erfüllung der vom Kongress 2022 definierten Auflagen für die Aufhebung der Suspendierung zu überwachen und die Suspendierung bis zum nächsten Kongress vorläufig aufzuheben, wenn der IBU-Vorstand nach eigenem Ermessen zu dem Schluss kommt, dass die oben angeführten Auflagen von der RBU und/oder dem BiFB erfüllt worden sind.“

Der Grund für den oben genannten Vorschlag besteht darin, die Unterstützung des Kongresses im Hinblick auf das derzeitige Mandat des IBU-Vorstands für die Überwachung relevanter Entwicklungen hinsichtlich der Suspendierung der RBU und BiFB sicherzustellen und entsprechend zu reagieren.

6.1 NV Island

6.2 NV Serbien

6.3 NV Belarus und Russland

6.4 Zweite Bekanntgabe der
Beschlussfähigkeit

7.1 Tätigkeitsberichte 2024/2025
und 2025/2026

7.2 Statusbericht zum Strategieplan
Target 2030



 HIER KLICKEN, UM DEN BERICHT ZU ÖFFNEN



 HIER KLICKEN, UM DEN BERICHT ZU ÖFFNEN

7.1 Tätigkeitsberichte 2024/2025
und 2025/2026

7.2 Statusbericht zum Strategieplan
Target 2030



 [HIER KLICKEN, UM DEN STATUSBERICHT ZU ÖFFNEN](#)

Jahresabschluss 2025/26

- Der Jahresabschluss wurde gemäß österreichischem Recht, den geltenden Rechnungslegungsstandards und der IBU-Verfassung unter Anwendung des Vorsichtsprinzips erstellt.
- Nach sorgfältiger Neubewertung hat der Vorstand der Ausweisung der IOC-Mittel als gestaffelte Rücklage und nicht als Rückstellung zugestimmt (EBM176). Diese

bilanzielle Behandlung wurde mit dem externen Wirtschaftsprüfer abgestimmt und stellt eine Rückkehr zu dem in früheren Geschäftsjahren angewandten Ansatz dar.

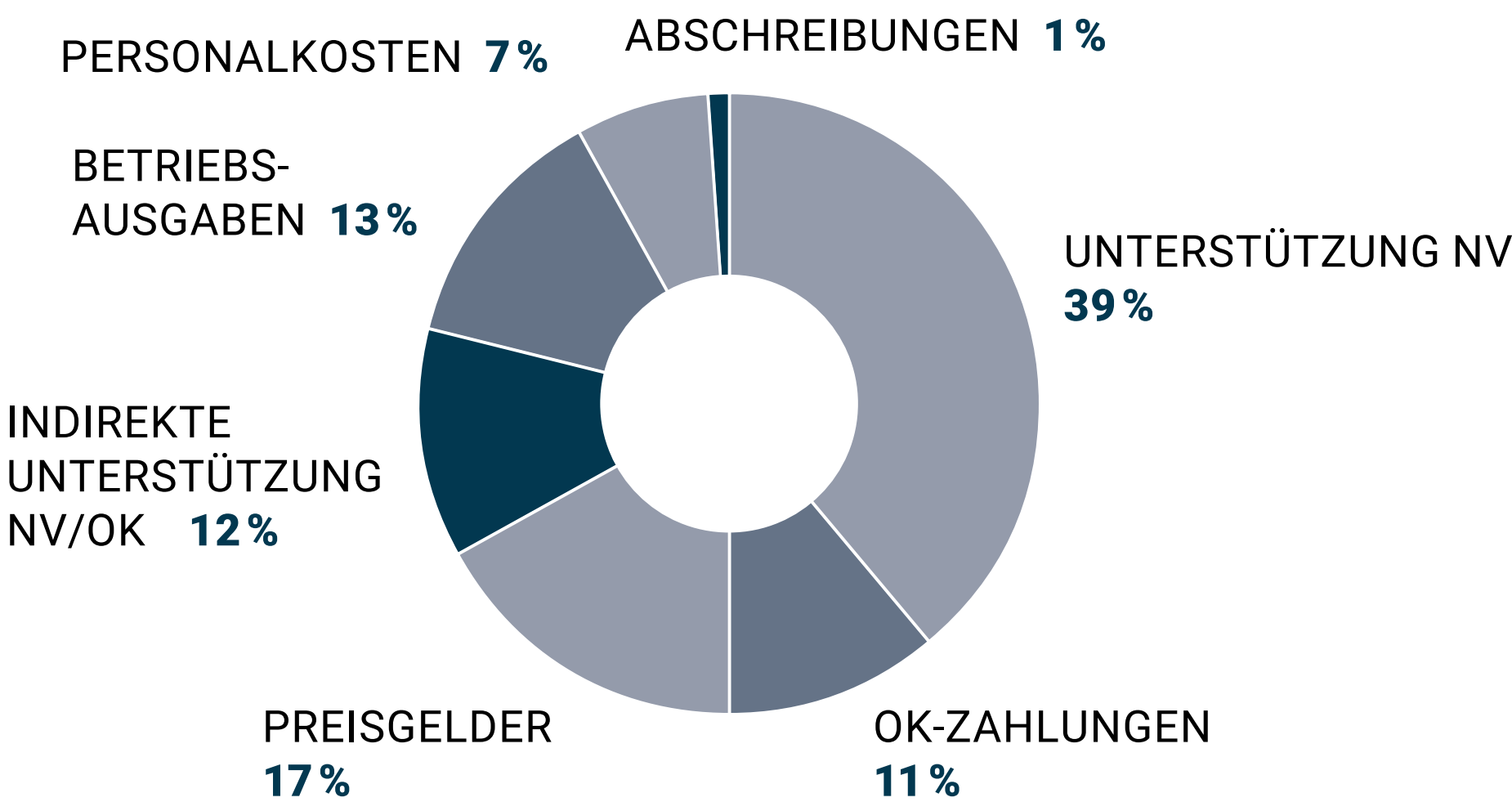
- Der Jahresabschluss wurde von der Crowe SOT GmbH Wien gemäß den geltenden gesetzlichen Vorschriften und den Internationalen Prüfungsstandards (ISA) geprüft und erhielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

- Medien- und Vermarktungseinnahmen blieben auf hohem Niveau und entsprachen im Großen und Ganzen den Vorjahreswerten. Die Gesamteinnahmen stiegen auf 58 Millionen Euro, was überwiegend auf die verbleibende gestaffelte Rücklage (IOC) zurückzuführen ist. Es wurde ein Betriebsüberschuss von 2,1 Millionen Euro erzielt.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2025/2026 – JAHRESVERLGEICH

	UMSÄTZE / AUSGABEN	GESCHÄFTSJAHR 2024/2025	GESCHÄFTSJAHR 2025/2026
	Einnahmen gesamt (einschl. IOC)	€ 56.236.549	€ 58.009.881
	Ausgaben gesamt	- € 54.344.704	- € 55.913.536
30.04.2026	Betriebsüberschuss	€ 1.891.845	€ 2.096.345
	Wertminderung Anteile IBU GmbH	€ 0	- € 3.190.000
	Sonstige Finanzerträge	€ 2.556.182	€ 2.429.861
	Ertragsteuern	- € 281.481	- € 372.967
30.04.2026	Jahresüberschuss	€ 4.166.547	€ 963.239
	Zuweisung zweckgebundene Rücklagen	- € 2.725.000	- € 1.569.000
	Kumulierter Überschuss	€ 2.656.137	€ 4.097.683
30.04.2026	Bilanzüberschuss	€ 4.097.683	€ 3.491.922

AUSGABEN NACH KATEGORIE GESCHÄFTSJAHR 2025/26



- Der Gewinn aus Finanzinvestitionen betrug 2,4 Millionen Euro, das dritte starke Investitionsergebnis in Folge. Unter Einbeziehung des Ergebnisses der IBU GmbH, das im Finanzergebnis als Beteiligung an einem verbundenen Unternehmen ausgewiesen wurde, belief sich das Finanzergebnis insgesamt auf einen Verlust von 0,8 Millionen Euro.
- Nach Ertragsteuern betrug der Jahresüberschuss 1 Million Euro.
- Entsprechend dem Kongressbeschluss nach dem die zweckgebundenen Rücklagen mindestens den Gesamtaufwendungen des jeweiligen Geschäftsjahres entsprechen müssen, wurden 1,6 Millionen Euro den zweckgebundenen Rücklagen zugeführt. Zusammen mit dem aus dem Vorjahr übertragenen kumulierten Überschuss in Höhe von 4,1 Millionen Euro belief sich der Bilanzüberschuss zum 30. April 2026 auf 3,5 Millionen Euro.
- Im Geschäftsjahr 2025/26 wurde der gesamte verbleibende Saldo der gestaffelten Rücklage freigegeben. Neue Mittel vom IOC gingen ein und wurden verbucht, was zu einem Endsaldo von 2,5 Millionen Euro führte.

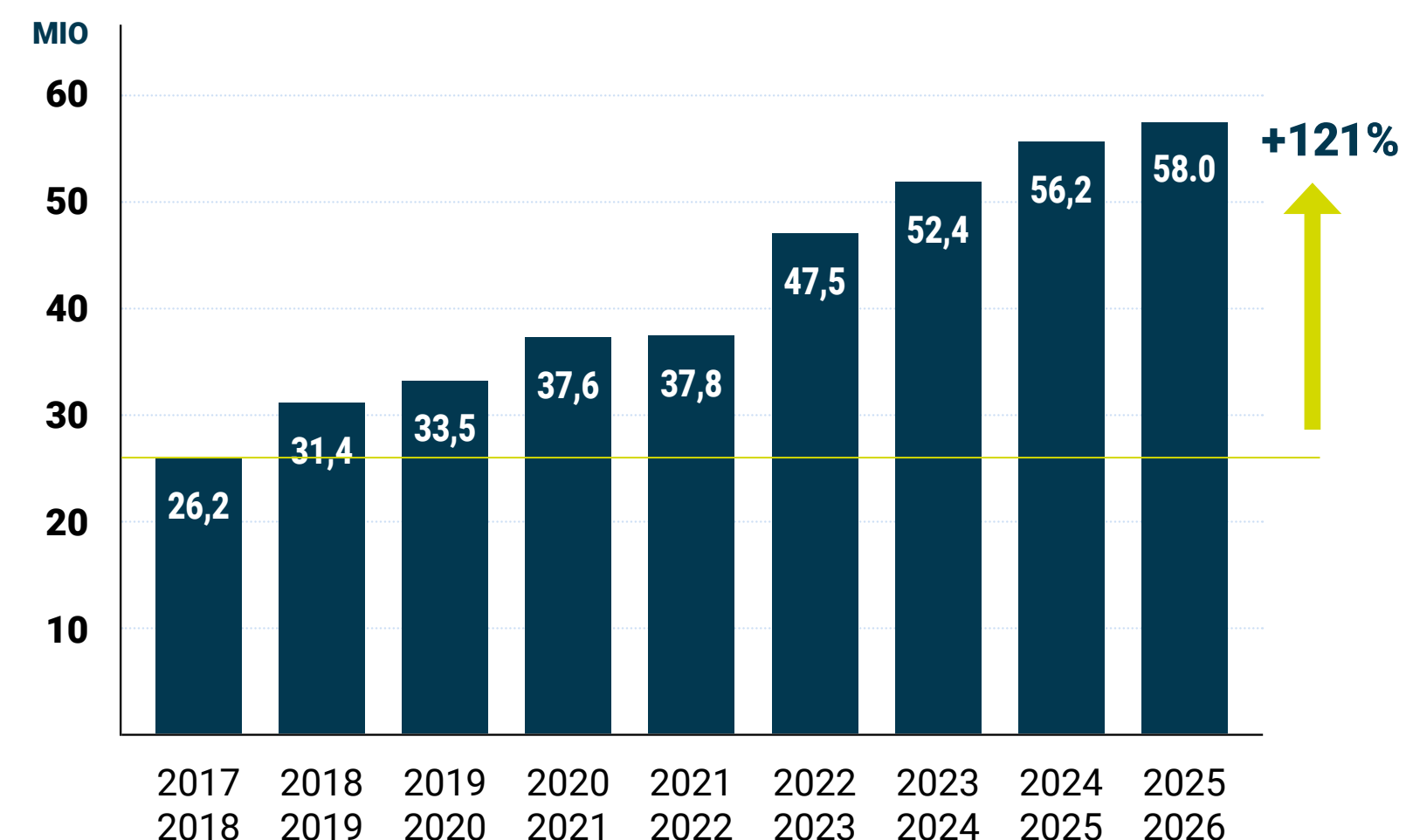
Vorstandsentscheidungen zum Jahresabschluss 2025/26

- Basierend auf seinem Beschluss (EBM179) die IBU GmbH weiterhin mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten hat der Vorstand beschlossen (EBM180), 3,2 Millionen Euro, die der IBU GmbH bereits übertragen worden sind, als langfristige Kapitaleinlage auszuweisen und als Kapitalrücklage zu verbuchen, womit die IBU GmbH als langfristige Investition bestätigt wird, aus der künftige Gewinne erwartet werden.
- Die Jahresabschlüsse der IBU und IBU GmbH für das Geschäftsjahr 2025/26 wurden vom Vorstand genehmigt (EBM180).

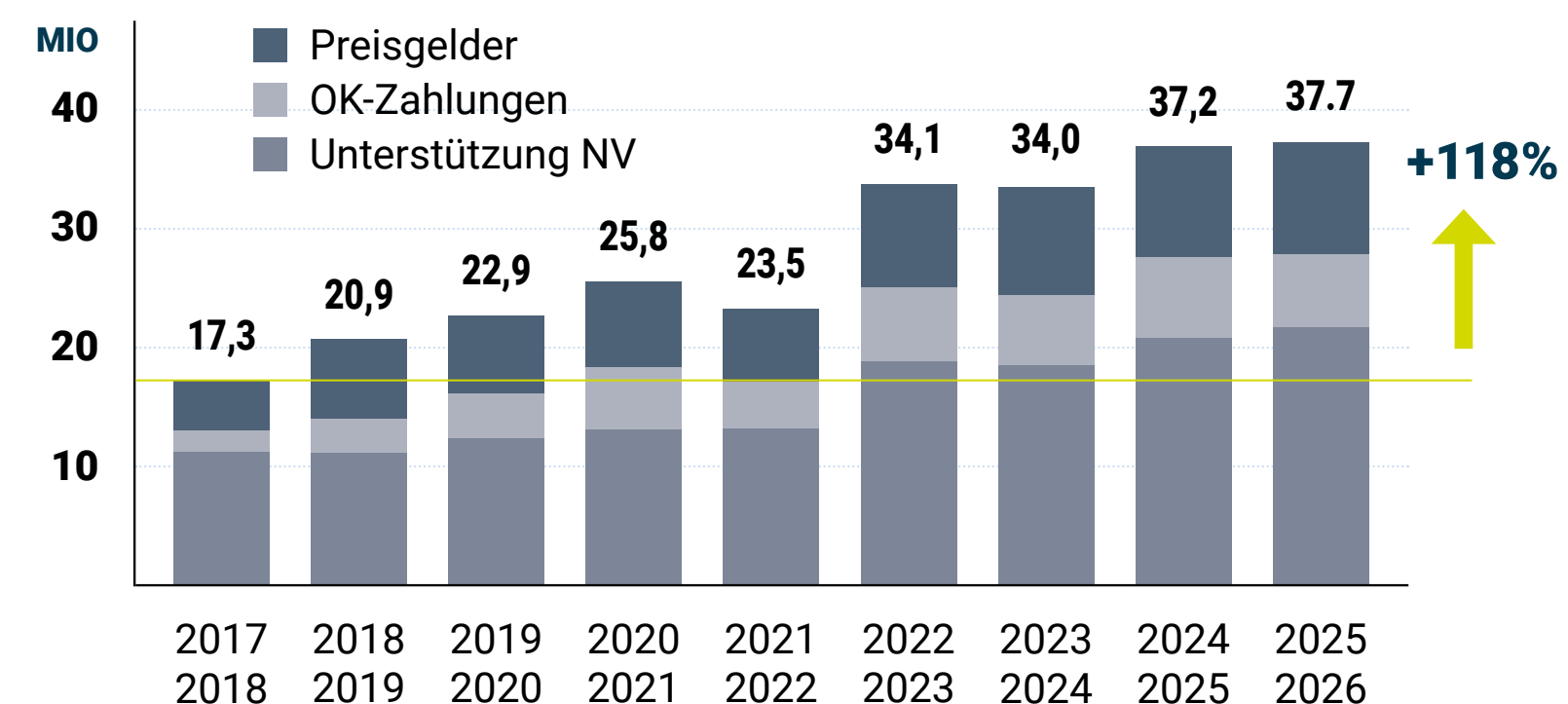
Langfristige finanzielle Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2025/26 setzte sich die positive und stabile Entwicklung der letzten Jahre weiter fort. In den letzten neun Jahren sind die Einnahmen um 121 % gestiegen, flankiert durch gestiegene finanzielle Unterstützung für Nationale Verbände und Organisationskomitees sowie höhere Preisgelder.

LANGFRISTIGE ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN (MILLIONEN €)



ENTWICKLUNG DER UNTERSTÜTZUNG FÜR NV, OK-ZAHLUNGEN UND PREISGELDER (MILLIONEN €)





Crowe Audit Austria
Wirtschaftsprüfung GmbH
Operngasse 6/ 4. Etage
1010 Wien
Tel +43 1 3190490
Mail office@crowe.at
www.crowe.at
HG Wien, FN 267567g
UID-Nr: ATU 61990778

BERICHT
über die
Prüfung des Jahresabschlusses und Rechnungsprüfung
zum 30. April 2025
der
Die internationale Biathlon Union (IBU)

Bericht Nr 122/2025
An die Mitglieder des Executive Boards der
Die internationale Biathlon Union (IBU)
Anif

Partner Dr. Anton Schmidl • Mag. Andreas Maier • Kathrin Proprentner, MSc. • Maximilian Schmidl, LL.M., MSc. **Wien** • Eisenstadt • Klagenfurt • Innsbruck

Crowe SOT GmbH is a member of Crowe Global, a Swiss Verein. Each member firm of Crowe Global is a separate and independent legal entity. Crowe SOT GmbH and its affiliates are not responsible or liable for any acts or omissions of Crowe Global or any other member of Crowe Global. Crowe Global does not render any professional services and does not have an ownership or partnership interest in Crowe SOT GmbH.

© 2025 Crowe SOT GmbH



Die internationale Biathlon Union (IBU)
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 30.04.2025

Inhaltsverzeichnis	
	Seite
1. Prüfungsvertrag, Auftrag zur Rechnungsprüfung und Auftragsdurchführung	3
2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	4
3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	4
3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss	4
3.2. Erteilte Auskünfte	4
3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	4
4. Bestätigungsvermerk	5
5. Bericht über die Rechnungsprüfung	7

Beilagenverzeichnis	
	Beilage
Jahresabschluss	
Jahresabschluss zum 30. April 2025	
Bilanz zum 30. April 2025	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2025	II
Anhang für das Geschäftsjahr 2025 (einschließlich Anlage)	III
Andere Beilagen	
Allgemeine Auftragsbedingungen	IV





An die Mitglieder des Executive Boards der
Die internationale Biathlon Union (IBU)
Anif

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 30. April 2025 von

Die internationale Biathlon Union (IBU)

Anif

(im Folgenden auch kurz "Verein" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. Prüfungsvertrag, Auftrag zur Rechnungsprüfung und Auftragsdurchführung

Im IBU Kongress vom 26. September 2024 wurde das Executive Board von den Mitgliedern mit der Bestellung des Wirtschaftsprüfers ermächtigt. Vom Executive Board des Vereins Die internationale Biathlon Union (IBU), wurden wir zum Abschlussprüfer gemäß § 22 Abs 2 VerG für das Rechnungsjahr vom 1. Mai 2024 bis zum 30. April 2025 gewählt bzw. bestellt. Gemäß § 22 Abs 2 VerG hat der Abschlussprüfer in diesem Fall auch die Aufgaben der Rechnungsprüfer zu übernehmen.

Der Verein, vertreten durch den Präsidenten, schloss mit uns einen Vertrag über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 30.04.2025 unter Einbeziehung der Buchführung und die Rechnungsprüfung ab.

Bei dem geprüften Verein handelt es sich um großen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes. Für Vereine dieser Größenklasse sind die Vorschriften zur Rechnungslegung des § 22 Abs 2 VerG unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches (UGB) maßgeblich.

Bei der gegenständlichen Abschlussprüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Die in den §§ 269 ff UGB aufgestellten Grundsätze und die ergänzenden Vorschriften des VerG wurden bei der Durchführung der Prüfung beachtet. Die Abschlussprüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen der Vereinsstatuten beachtet wurden. Wir weisen darauf hin, dass das Ziel der Abschlussprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als

Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und aufgrund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Die Rechnungsprüfung erstreckt sich darauf, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel des Vereins statutengemäß verwendet wurden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung. Festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Insichgeschäfte, ist besonders einzugehen.

Die Prüfung zum 30.04.2024 erfolgte durch einen anderen Abschlussprüfer.

Bei der Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufsüblichen Grundsätze zur Durchführung von Abschlussprüfungen und von vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing (ISA)).

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von April 2025 bis Juni 2025 durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.



Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Dr. Anton Schmidl, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit dem Verein abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen Verein und uns als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer gegenüber dem Verein und gegenüber Dritten kommen § 275 UGB und § 24 Abs 4 VerG zur Anwendung.

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben des Executive Boards im Anhang des Jahresabschlusses.

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, ergänzenden Bestimmungen der Vereinsstatuten und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

3.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter haben die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt und eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

Wir erhielten vom Abschlussprüfer des Vorjahres Zugang zu den relevanten Informationen des geprüften Vereins.

3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des geprüften Vereins gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Vereinsstatuten erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.



4. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss von **Die internationale Biathlon Union (IBU), Anif** bestehend aus der Bilanz zum 30. April 2025 mit einem Eigenkapital von EUR 64.602.683,15, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 30. April 2025 sowie der Ertragslage des Vereins für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen Bestimmungen des Vereinsgesetzes und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortlichkeiten des Executive Boards für den Jahresabschluss

Das Executive Board ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt. Ferner ist das Executive Board verantwortlich für die internen Kontrollen, die es als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresab-

schlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des ist das Executive Board dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Geschäftstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Geschäftstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Geschäftstätigkeit anzuwenden, es sei denn das Executive Board beabsichtigt, entweder den Verein zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeiteinzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Vereins abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Geschäftstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Geschäftstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Vereins von der Fortführung der Geschäftstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wien, 26. Juni 2025



Dr. Anton Schmidl
Wirtschaftsprüfer

Kathrin Proprentner, MSc
Wirtschaftsprüferin

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

5. Bericht über die Rechnungsprüfung

Beurteilung

Wir haben die Rechnungsprüfung von **Die internationale Biathlon Union (IBU), Anif** für das Rechnungsjahr vom 01. Mai 2024 bis zum 30. April 2025 durchgeführt.

Aufgrund der bei unserer Rechnungsprüfung gewonnenen Erkenntnisse ist für das Rechnungsjahr vom Mai 2024 bis zum 30. April 2025 in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben, und die Verwendung der Mittel des Vereins erfolgte statutengemäß; ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem Insichgeschäfte, wurden nicht festgestellt.

Verantwortung des Executive Boards für die Finanzgebarung

Die ordnungsgemäße Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel liegt in der Verantwortung des Executive Boards des Vereins, der dafür zu sorgen hat, dass ein den Anforderungen des Vereins entsprechendes Rechnungswesen eingerichtet ist, und dass die Finanzlage des Vereins rechtzeitig und hinreichend erkennbar ist.

Verantwortung des Rechnungsprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der Rechnungsprüfung

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfungshandlungen eine Beurteilung darüber abzugeben, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel des Vereins statutengemäß verwendet wurden. Festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Insichgeschäfte, ist besonders einzugehen.

Wir haben unsere Rechnungsprüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsüblichen Grundsätze zu vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen durchgeführt. Danach haben wir unsere Berufspflichten einschließlich Vorschriften zur Unabhängigkeit einzuhalten und den Auftrag unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit so zu planen und durchzuführen, dass wir unsere Beurteilung mit einer hinreichenden Sicherheit abgeben können.

Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Rechnungsprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Rechnungsprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Rechnungslegung des Vereins von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Vereins abzugeben. Die statutengemäße Verwendung der Mittel ist gegeben, wenn die Mittel zur Erfüllung des Vereinszwecks, insbesondere zur Finanzierung der für die Verwirklichung des Zwecks vorgesehenen Tätigkeiten, verwendet werden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unsere Beurteilung zu dienen.

Die Abschlussprüfung oder prüferische Durchsicht des Jahresabschlusses, oder die Aufdeckung und Aufklärung doloser Handlungen, wie z.B. von Unterschlagungen oder sonstigen Untreuehandlungen und Ordnungswidrigkeiten, ist ebenso nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung.

Wien, 26 Juni 2025



Dr. Anton Schmidl
Wirtschaftsprüfer

Kathrin Proprentner, MSc
Wirtschaftsprüferin

BILANZ zum 30.04.2025 Die internationale Biathlon Union (IBU)				
AKTIVA			PASSIVA	
	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			A. Vereinskapi tal	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Rücklagen gebunden	
1. Software und Marke	447.303,68	661.762,23	1. gebunden lt. Kongress	54.345.000,00
II. Sachanlagen			2. temporär gebunden	<u>6.160.000,00</u>
1. Einbauten in fremde Gebäude	125.082,12	147.893,17		<u>60.505.000,00</u>
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	637.164,57	505.194,98	II. Bilanzgewinn	4.097.683,15
3. Anlagen in Bau	<u>0,00</u>	<u>15.768,00</u>	- davon Gewinnvortrag Euro 2.656.136,54	2.656.136,54
	762.246,69	668.656,15	(Euro -2.355.882,33)	
III. Finanzanlagen			Summe Vereinskapi tal	64.602.683,15
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100.000,00	0,00		
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	<u>58.913.749,72</u>	<u>54.302.160,55</u>	B. Rückstellungen	
	59.013.749,72	54.302.160,55	1. sonstige Rückstellungen	2.894.473,56
Summe Anlagevermögen	60.223.300,09	55.632.778,93	C. Verbindlichkeiten	
B. Umlaufvermögen			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			Euro 2.041.825,36 (Euro 1.816.132,99)	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	596.373,04	450.619,99	1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	10.936,80
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	<u>556.065,33</u>	<u>343.078,84</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	0,00
	1.152.438,37	793.698,83	Euro 10.936,80 (Euro 0,00)	
II. Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinsti- tuten	7.912.954,18	12.227.151,06	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.873.153,49
Summe Umlaufvermögen	9.065.392,55	13.020.849,89	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.694.609,32
C. Rechnungsabgrenzungsposten			Euro 1.873.153,49 (Euro 1.694.609,32)	
1. sonstige Rechnungsabgrenzungen	328.480,05	368.504,41	3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>157.735,07</u>
	<u>69.617.172,69</u>	<u>69.022.133,23</u>		<u>2.041.825,36</u>
			- davon aus Steuern Euro 61.299,74	
			(Euro 58.011,86)	
			- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	
			Euro 67.227,53 (Euro 60.728,97)	
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	
			Euro 157.735,07 (Euro 121.523,67)	
			D. Rechnungsabgrenzungsposten	78.190,62
				96.118,75
				<u>69.617.172,69</u>
				<u>69.022.133,23</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.05.2024 bis 30.04.2025

Die internationale Biathlon Union (IBU)		
	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	51.588.134,30	47.822.056,16
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	24.385,00	120,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	57.785,74	57.839,78
c) übrige	<u>266.244,44</u>	<u>214.907,60</u>
	348.415,18	272.867,38
3. Beiträge an nationale Verbände und Sport		
a) Beiträge an nationale Verbände und Sport	43.735.671,54	41.457.292,33
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	2.653.745,93	2.391.329,81
b) soziale Aufwendungen	<u>824.937,73</u>	<u>666.860,21</u>
	3.478.683,66	3.058.190,02
- davon Aufwendungen für Abfindungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen Euro 202.348,64 (Euro 106.578,09)		
- davon Aufwend. für gesetzlich vorgeschrieb. Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge Euro 598.116,46 (Euro 542.844,88)		
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	752.298,86	866.150,38
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>6.378.050,32</u>	<u>5.050.868,53</u>
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6	2.408.154,90-	2.337.577,72-
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.024.214,96	1.134.548,22
9. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Wertpapieren	1.531.967,51	3.217.867,74
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>586,63</u>
11. Zwischensumme aus Z 8 bis 10	2.556.182,47	4.351.829,33
12. Ergebnis vor Steuern	148.027,57	2.014.251,61
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	281.480,96	302.232,74
14. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	133.453,39-	1.712.018,87
15. Auflösung von temporär gebundenen Rücklagen	4.300.000,00	4.300.000,00
16. operatives Jahresergebnis	4.166.546,61	6.012.018,87
17. Zuweisung zu gebundener Rücklage	2.725.000,00	1.000.000,00
18. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	<u>2.656.136,54</u>	<u>2.355.882,33-</u>
19. Bilanzgewinn	4.097.683,15	2.656.136,54

Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2024/2025

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.1. Allgemeines

Der Jahresabschluss ist gemäß den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung erstellt und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins.

Die Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgen unter Beachtung der Generalnorm gemäß Unternehmensgesetzbuch (UGB).

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit angewandt.

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung bewertet.

Im vorliegenden Jahresabschluss wurde dem Vorsichtsgrundsatz Rechnung getragen, es wurden alle erkennbaren Risiken, die im Geschäftsjahr oder einem früheren Jahr entstanden sind, berücksichtigt, sowie nur am Abschlussstichtag bereits entstandene Gewinne ausgewiesen.

Aufgrund der entsprechenden Eigenkapitalreserven geht der Vorstand von IBU sowohl aus Liquiditäts- als auch aus Profitabilitätssicht von der Fortführung des Vereines aus ("Going Concern").

In 2020 wurde IBU durch das Bundesministerium für Finanzen die Gemeinnützigkeit nach dem NGO-Gesetz für die Jahre 2020-2024 zuerkannt (Steuerbefreiung). Die Ausstellung eines neuen Bescheides, in welchem die Gemeinnützigkeit der IBU festgestellt wird, ist nach derzeitiger Gesetzeslage und auf Basis des derzeitigen Status der IBU als Internationale Nichtregierungsorganisation gemäß Amtssitzgesetz (ASG) nicht vorgesehen. Das heißt, der derzeitige Status als gemeinnütziger Verein ergibt sich aus den allgemeinen Bestimmungen der BAO.

1.2. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden linear abgeschrieben.

Den immateriellen Vermögensgegenständen wird folgende Nutzungsdauer zu Grunde gelegt:

Immaterielle Vermögensgegenstände	Nutzungsdauer
Software	3
Homepage	3 - 5
Marke	10

Sachanlagevermögen

Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich einer linearen Abschreibung bewertet.

Für die Abschreibungsberechnung werden die folgenden Methoden angewendet:

Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer (die Abschreibungszeiträume sind nachfolgend zusammen mit den Angaben zu den jeweiligen Posten dargestellt). Bestimmte geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Stückpreis von EUR 1.000 werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. In der ersten Hälfte eines Geschäftsjahres erworbene Wirtschaftsgüter werden mit der Jahresabschreibung und Anlagenzugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit der Halbjahresabschreibung abgeschrieben. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden zum Bilanzstichtag außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Wertminderungen wurden erfasst.

Dem Sachanlagevermögen wird folgende Nutzungsdauer zu Grunde gelegt:

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Einbauten in fremde Gebäude	10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 10
Fahrzeuge	5

Für Anlagen in Bau erfolgt bis zur Fertigstellung keine Abschreibungsberechnung. Sofern der beizulegende Wert unter dem Buchwert liegt, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Finanzanlagevermögen

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder, falls ihnen ein niedrigerer Wert beizumessen ist, mit diesem angesetzt.

Ausschüttungsgleiche Erträge erhöhen die Anschaffungskosten eines Fondsanteils.

Wertminderungen werden zum Bilanzstichtag erfasst, wenn der Marktwert zum Bilanzstichtag niedriger als die Anschaffungskosten ist, unabhängig davon, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist oder nicht. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass die Gründe für die Wertminderung entfallen sind, wird der Betrag der Wertminderung im Umfang der Wertsteigerung angerechnet.

1.3. Umlaufvermögen

Forderungen

Bei Bewertung der Forderungen werden erkennbare Risiken durch individuelle Abwertungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

1.4. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. In Übereinstimmung mit dem Vorsichtsprinzip wurden alle bei der Aufstellung des Abschlusses erkennbaren Risiken mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wahrscheinlichsten Wert berücksichtigt.

1.5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Ist der Zeitwert am Bilanzstichtag höher als der Rückzahlungsbetrag, wird der höhere Zeitwert angesetzt.

1.6. Währungsumrechnung

Fremdwährungsforderungen werden mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag umgerechnet.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Wechselkurs bei erstmaliger Erfassung oder zum höheren Wert am Bilanzstichtag umgerechnet.

1.7. Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze vom aktuellen Jahr und Vorjahr

Gegenüber dem Vorjahr gab es folgende Änderung der Bilanzierungs- bzw. Bewertungsgrundsätze: Im Vorjahr wurde aus den Einnahmen der Olympischen Spiele eine Rückstellung gebildet, die laufend aufgelöst wurde. Es handelte sich um eine Vorsorge für künftige Beiträge an nationale Verbände und Sportarten.

Da weder eine Verpflichtung gegenüber Dritten noch eine interne Verpflichtung besteht, sind die Voraussetzungen zur Bildung einer Rückstellung nicht gegeben, weshalb eine Umgliederung ins Eigenkapital erfolgt. Um dem "true and fair view" zu entsprechen, wurde die Rückstellung in Höhe von EUR 6.160.000 (Vorjahr: TEUR 10.460) in eine zeitlich begrenzte Rücklage umklassifiziert, sowohl zum aktuellen Bilanzstichtag 30.04.2025 als auch bei den Vorjahreszahlen zum 30.04.2024. Die Rücklage wird entsprechend dem genehmigten Haushaltsplan jährlich aufgelöst.

2. Angaben und Erläuterungen zu bestimmten Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

2.1. Erläuterungen zu bestimmten Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens und Einzelheiten zu den Abschreibungen sind dem beigefügten Anlagespiegel (Anlage 1) zu entnehmen.

Immaterielle Vermögenswerte

Die Zugänge bzw. Umbuchungen des Geschäftsjahres betreffen Software und Investitionen für die Homepage und IBU app.

Sachanlagen

Die Zugänge des Geschäftsjahres betreffen Investitionen in Geschäfts- und EDV-Ausstattung.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Zugang betrifft die Stammeinlage in die neu gegründete 100% Tochtergesellschaft IBU Event and Marketing GmbH.

	30.04.2025	30.04.2024
Wertpapiere	EUR	TEUR
Depot Spängler Bank	80.951	78
Depot Schelhammer Capital Bank	33.072.673	30.029
Depot Liechtensteinische Landesbank	20.002.954	19.158
Depot Salzburger Sparkasse Bank	3.027.728	2.506
Depot Schelhammer Capital Bank	2.729.443	2.532
	58.913.750	54.302

Die Berechnung der Werte laut Anlagespiegel errechnet sich wie folgt:

Die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (unter EUR 1.000) ist in der Abschreibung des laufenden Jahres enthalten, aber wird von den kumulierten Abschreibungen abgezogen und unter den Spalten "Zugänge" und "Abgänge" nochmals gesondert ausgewiesen.

Die Zuschreibung der finanziellen Vermögenswerte im Wirtschaftsjahr 2024/2025 beträgt EUR 1.270.825 (Vorjahr: TEUR 3.155).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Summe	davon mit Restlaufzeit bis 1 Jahr
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	EUR	EUR
Forderungen	596.373	596.373
Vorjahr in 1000	451	451
Sonstige Forderungen	556.065	556.065
Vorjahr in 1000	343	343
Summe Forderungen	1.152.438	1.152.438
Vorjahr in 1000	794	794

In den Forderungen sind Forderungen gegenüber dem russischen Nationalverband in Höhe von EUR 329.602 (Vorjahr: TEUR 302) enthalten. Neben der offenen Forderungen gegenüber RBU besteht zum 30.04.2025 eine Verbindlichkeit in der Höhe von EUR 203.045 (Vorjahr: TEUR 203). Die Netto Forderung (Saldo) wurde zu 50% wertberichtigt.

	30.04.2025	30.04.2024
RBU	EUR	TEUR
Forderungen	329.602	302
Verbindlichkeiten	-203.045	-203
Saldo	126.557	99
Einzelwertberichtigung	-63.278	-49
Saldo nach Einzelwertberichtigung	63.278	49

In der Bilanzposition „Sonstige Forderungen“ sind folgende Posten enthalten:

	30.04.2025	30.04.2024
	EUR	TEUR
Mitgliedsbeiträge	1.350	2
abzüglich Wertberichtigung	0	0
Debitorische Kreditoren	4.578	13
Anzahlungen	312.882	157
Sonstige	237.256	171
	<u>556.065</u>	<u>343</u>

Die Bilanzposition "Sonstige Forderungen" enthält Umsätze in Höhe von EUR 550.137 (Vorjahr: TEUR 328), die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Kassenbestand

	30.04.2025	30.04.2024
	EUR	TEUR
Kassenbestand	<u>2.051</u>	<u>3</u>

Guthaben bei Kreditinstituten

	30.04.2025	30.04.2024
	EUR	TEUR
Guthaben bei Kreditinstituten	<u>7.910.903</u>	<u>12.224</u>

Rechnungsabgrenzungsposten

	30.04.2025	30.04.2024
	EUR	TEUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>328.480</u>	<u>369</u>

Vereinskapital

	30.04.2025	30.04.2024
	EUR	TEUR
Gebundene Rücklagen lt. Kongress	54.345.000	51.620
Temporär gebundene Rücklagen	6.160.000	10.460
Bilanzgewinn	<u>4.097.683</u>	<u>2.656</u>

	EUR
Bilanzgewinn zum 01.05.2024	2.656.137
Zuweisung gebundene Rücklagen lt. Kongress	-2.725.000
Auflösung temporär gebundene Rücklagen	4.300.000
Jahresüberschuss 01.05.2024-30.04.2025	-133.453
Bilanzgewinn zum 30.04.2025	<u>4.097.683</u>

Der Bilanzgewinn in Höhe von EUR 4.097.683 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die gebundenen Rücklagen wurden um EUR 2.725.000 erhöht.

	01.05.2024	Zuweisung	Auflösung	30.04.2025
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gebundene Rücklage lt. Kongress	51.620	2.725	0	54.345

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Status		Auflösung	Dotierung/Um- klassifizierung	Status
	01.05.2024	Verbrauch			30.04.2025
Sonstige Rückstellungen	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Urlaub	133.361	133.361	0	137.755	137.755
Zeitguthaben	49.849	49.849	0	53.511	53.511
Sonderzahlungen	144.773	144.773	0	155.555	155.555
Abgegrenzte Boni	57.030	57.030	0	58.110	58.110
Externe Beratung	75.850	6.388	19.462	402.000	452.000
Wirtschaftsprüfung	56.600	56.160	440	59.870	59.870
Dopingkontrollen	69.875	50.749	16.726	65.000	67.400
Sonstige	1.786.406	1.317.585	21.818	1.463.270	1.910.273
	2.373.745	1.815.896	58.446	2.395.071	2.894.474

Das Honorar für die externe Jahresabschlussprüfung des laufenden Wirtschaftsjahres beträgt EUR 29.870 (Vorjahr: TEUR 28).

Der Anstieg der Rückstellung für externe Beratung betrifft im Wesentlichen die zu erwartenden Kosten aus offenen Rechtsstreitigkeiten der Biathlon Integrity Unit (BIU) in Höhe von EUR 330.000.

Verbindlichkeiten

	davon mit Restlaufzeit bis 1 Jahr	
	Summe EUR	EUR
Verbindlichkeiten		
Erhaltene Anzahlungen	10.937	10.937
Vorjahr in 1000	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.873.153	1.873.153
Vorjahr in 1000	1.695	1.695
Sonstige Verbindlichkeiten	157.735	157.735
Vorjahr in 1000	122	122
davon aus Steuern	61.300	61.300
Vorjahr in 1000	58	58
davon im Rahmen sozialer Sicherheit	67.228	67.228
Vorjahr in 1000	61	61
Summe Verbindlichkeiten	2.041.825	2.041.825
Vorjahr in 1000	1.816	1.816

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten:

	30.04.2025 EUR	30.04.2024 TEUR
Nationale Verbände	550.979	728
Sonstige	1.322.174	967
	1.873.153	1.695

Der Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthält Aufwendungen in Höhe von EUR 157.735 (Vorjahr: TEUR 122), die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Es sind keine Verbindlichkeiten durch Eigentum besichert.

Rechnungsabgrenzungsposten

	30.04.2025 EUR	30.04.2024 TEUR
Passive Rechnungsabgrenzung	78.191	96

Diese Position enthält Zuschüsse für diverse Projekte welche im Jahr 2024/2025 oder in Vorjahren zufließen sind. Die Zuschüsse wurden gemäß vorgegebenem Projektplan abgegrenzt und werden in den entsprechenden Wirtschaftsjahren lt. Zeitplan aufgelöst.

Verpflichtungen aus der Nutzung von nicht bilanzierten Sachanlagen

Die Verpflichtungen aus Mietverträgen betragen EUR 480.374 im Wirtschaftsjahr 2025/2026 (Vorjahr: TEUR 396) und in den folgenden fünf Wirtschaftsjahren EUR 2.390.218 (Vorjahr: TEUR 1.978).

Sonstige Verpflichtungen

Es besteht eine Bankgarantie zugunsten dem Leasinggeber für die Gebäude in Höhe von EUR 69.810 anstelle einer Barkaution für den Leasinggeber. Zudem besteht eine Bankgarantie zugunsten dem Anbieter diverser Firmenkreditkarten in Höhe von EUR 60.000.

2.2. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2024/2025	2023/2024
	EUR	TEUR
Mitgliedsbeiträge	17.700	17
Ordentliche Einnahmen	49.305.000	43.905
Sonstige Umsätze	2.265.434	3.900
	51.588.134	47.822

Ordentliche Einnahmen enthalten Einnahmen aus Fernsehübertragungsrechten und Werbung.

Sonstige Umsätze enthalten unter anderem Einnahmen aus IOC Sportentwicklung, IOC/OC Einnahmen und Ausgabenerstattungen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Aufwandsersätze und Kursdifferenzen.

Beiträge an nationale Verbände und Sport

	2024/2025	2023/2024
	EUR	TEUR
Unterstützung von nationalen Verbänden	12.430.213	11.312
Preisgeld	9.387.900	9.222
Beiträge an IBU Veranstaltungen	6.890.101	6.016
Beiträge an nationale Verbände für Teilnahme	8.097.150	6.972
Ausgaben für Dopingkontrollen	934.222	739
Sonstige	5.996.085	7.196
	43.735.672	41.457

Beiträge für IBU Veranstaltungen und Unterstützung von nationalen Verbänden inkludieren zusätzlich Unterstützungsleistungen infolge der Teuerungsproblematik bzw. der Inflationserhöhung.

Personalaufwand

	2024/2025	2023/2024
	EUR	TEUR
Personal- und Managementaufwendungen	2.653.746	2.391
Sozialausgaben	824.938	667
	3.478.684	3.058

Die Vergütung des Generalsekretärs beträgt EUR 366.584 (Vorjahr: TEUR 386), inklusive Lohnnebenkosten.

Durchschnittliche Anzahl von Beschäftigten

	2024/2025	2023/2024
Beschäftigte IBU	27	28
Beschäftigte BIU	5	4
	32	32

Im Jahr 2024/2025 waren 29 Vollzeitäquivalente angestellt (Vorjahr: 29), davon 4 (Vorjahr: 3) innerhalb der BIU.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2024/2025	2023/2024
	EUR	TEUR
Rechts- und Beratungsaufwand	1.590.438	1.219
Öffentlichkeitsarbeit	1.547.049	1.229
Reisekosten	294.719	281
Depotgebühr	2.879	2
Mietaufwand	956.034	707
Büromaterial	334.270	218
Sonstige	1.652.662	1.393
	6.378.050	5.051

Büromaterial enthält insbesondere EDV-Kosten, Übersetzungs- und Lizenzgebühren.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten Gebäudeinstandhaltung, Leasinggebühren für Fahrzeuge und Versicherungen.

Vergütung des IBU Präsidenten

Die Vergütung des IBU Präsidenten, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wird, beträgt EUR 120.000 (Vorjahr: TEUR 120).

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Diese Position umfasst ausschüttungsgleiche Erträge bzw. Bestandsvergütungen aus den Wertpapierdepots in Höhe von EUR 718.593 (Vorjahr: TEUR 870) welche für zukünftige Erhöhungen der gebunden Rücklagen vorgemerkt sind.

Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Wertpapieren

Diese Position umfasst realisierte Erträge und Aufwendungen aus dem Verkauf und der Zuschreibung von Finanzanlagen.

Aufwendungen aus Wertpapieren

In dieser Position werden Bewertungseffekte inklusive Wechselkurseffekte für finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen.

3. Sonstige Pflichtangaben

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der geltenden Gesetze und Vorschriften erstellt.

Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Erläuterungen entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und geben ein getreues Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage des Unternehmens entsprechend der österreichischen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchhaltung und Bilanzierung.

IBU ist eine großer Verein gemäß § 22 VerG.

Dem Vorstand und dem Generalsekretär wurden keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Information zu den Vorstandsmitgliedern

Der Vorstand von IBU besteht im Jahr 2024/25 aus folgenden Mitgliedern:

- Olle Dahlin, Präsident
- Jiri Hamza, Vizepräsident
- Christian Scherer, Schatzmeister
- Tore Boygard, Vorstandsmitglied
- Ekaterina Dafovska, Vorstandsmitglied
- Tim Farcnik, Vorstandsmitglied
- Fabien Saguez, Vorstandsmitglied
- Nathalie Santer, Vorstandsmitglied
- Franz Steinle, Vorstandsmitglied
- Lena Haecki-Gross, Stimmberechtigte Vertreterin des Athletenkomitees
- Max Cobb, Secretary General (ohne Stimmrecht)

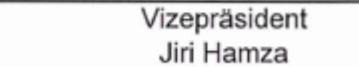
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

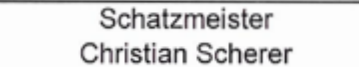
Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die nicht in der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt sind.

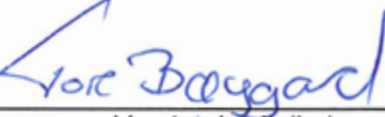
Anif, am 26. Juni 2025

26. Juni 2025

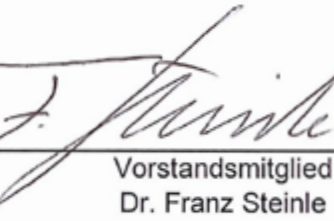

Präsident
Olle Dahlin

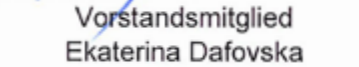

Vizepräsident
Jiri Hamza

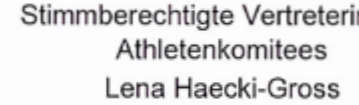

Schatzmeister
Christian Scherer

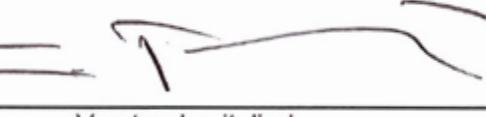

Vorstandsmitglied
Tore Boygard

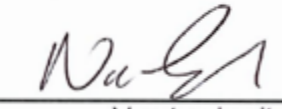

Vorstandsmitglied
Fabien Saguez


Vorstandsmitglied
Dr. Franz Steinle


Vorstandsmitglied
Ekaterina Dafovska


Stimmberechtigte Vertreterin des
Athletenkomitees
Lena Haecki-Gross

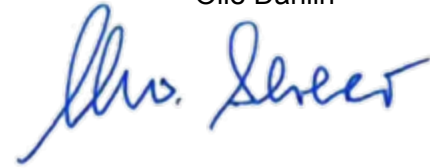

Vorstandsmitglied
Tim Farcnik


Vorstandsmitglied
Nathalie Santner


Generalsekretär
Max Cobb

Anif, am 26. Juni 2025

Präsident
Olle Dahlin



Schatzmeister
Christian Scherer

Vorstandsmitglied
Fabien Saguez

Vorstandsmitglied
Ekaterina Dafovskaja

Vorstandsmitglied
Tim Farnik

Generalsekretär
Max Cobb

Vizepräsident
Jiri Hamza

Vorstandsmitglied
Tore Boygard

Vorstandsmitglied
Dr. Franz Steinle

Stimmberechtigte Vertreterin des
Athletenkomitees
Lena Haeck-Gross

Vorstandsmitglied
Nathalie Santner

Anif, am 26. Juni 2025

Präsident
Olle Dahlin

Schatzmeister
Christian Scherer

Vorstandsmitglied
Fabien Saguez

Vorstandsmitglied
Ekaterina Dafovskaja

Vorstandsmitglied
Tim Farnik

Generalsekretär
Max Cobb

Vizepräsident
Jiri Hamza

Vorstandsmitglied
Tore Boygard

Vorstandsmitglied
Dr. Franz Steinle

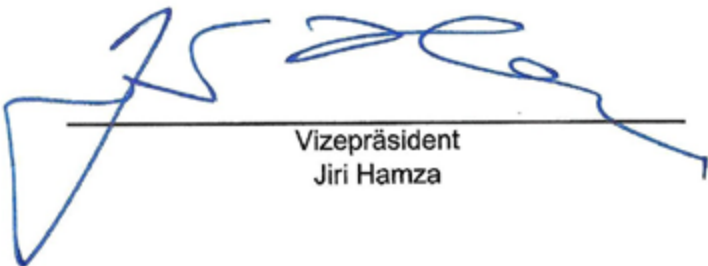
26. Juni 2025



Stimmberechtigte Vertreterin des
Athletenkomitees
Lena Haeck-Gross

Vorstandsmitglied
Nathalie Santner

Anif, am 26. Juni 2025

Präsident Olle Dahlin	 Vizepräsident Jiri Hamza
Schatzmeister Christian Scherer	Vorstandsmitglied Tore Boygard
Vorstandsmitglied Fabien Saguez	Vorstandsmitglied Dr. Franz Steinle
Vorstandsmitglied Ekaterina Dafovska	Stimmberechtigte Vertreterin des Athletenkomitees Lena Haecki-Gross
Vorstandsmitglied Tim Farnik	Vorstandsmitglied Nathalie Santner
Generalsekretär Max Cobb	

Anlage 1 zur Beilage

Internationale Biathlon Union (IBU)					Anlagenspiegel per 30.04.2025								
	Anschaffungskosten/Veränderungskosten				30.04.2025	Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	01.05.2024	Zugänge	Abbuchungen	Abgänge		01.05.2024	Abschreibungen	Zuschreibungen	Abgänge	Umschreibungen	30.04.2025	01.05.2024	30.04.2025
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Software und Marken	2.150.498,12	203.518,93	-5.768,00	0,00	2.459.786,66	1.489.135,88	829.745,48	0,00	0,00	0,00	2.012.481,37	661.792,20	447.303,88
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	2.150.498,12	203.518,93	15.768,60	0,00	2.459.786,66	1.489.135,88	829.745,48	0,00	0,00	0,00	2.012.481,37	661.792,20	447.303,88
Sachanlagen													
Einbauten in fremde Gebäude	228.110,12	0,00	0,00	0,00	228.110,12	80.210,35	22.811,05	0,00	0,00	0,00	103.228,00	47.363,17	125.082,12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.059.078,78	331.216,66	0,00	-73.408,52	1.407.196,92	659.240,28	263.137,80	0,00	-23.143,35	0,00	776.231,53	531.156,60	628.955,39
Fertigungsmittel	60.094,92	8.240,00	0,00	-46.251,85	13.373,06	49.323,44	1.620,49	0,00	-45.127,05	0,00	6.163,38	4.396,16	8.209,18
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	642,24	0,00	-642,24	0,00	0,00	642,24	0,00	-842,24	0,00	0,00	0,00	0,00
Anlagen in Bau	46.283,30	0,00	-5.738,23	0,00	30.495,00	30.495,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.495,00	19.768,00	0,00
Summe Sachanlagen	1.427.136,82	339.098,90	-15.768,00	-70.302,62	1.679.165,10	758.280,67	228.553,30	0,00	-69.915,84	0,00	916.918,41	668.856,15	762.245,69
Finanzanlagen													
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	120.000,00	0,00	0,00	120.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	120.000,00
Wertpapiere des Anlagevermögens	67.026.270,86	11.201.805,48	0,00	-8.234.627,69	69.992.534,75	2.722.115,43	0,00	-1.279.824,84	-373.808,58	0,00	1.078.785,03	54.302.160,55	58.513.745,72
Summe Finanzanlagen	67.026.270,86	11.301.805,48	0,00	-8.234.627,69	69.992.534,75	2.722.115,43	0,00	-1.279.824,84	-373.808,58	0,00	1.078.785,03	54.302.160,55	58.513.745,72
Summe	60.602.911,92	11.932.502,29	0,00	-8.304.930,31	64.231.484,90	4.970.132,99	752.298,86	-1.279.824,84	-443.422,20	0,00	4.008.184,61	55.632.778,90	60.223.360,09

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen
und Wirtschaftsprüfer:innen

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017)). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Aufgabenteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGGI Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

Beilage IV

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschlussgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-)mündlich oder elektronisch zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 ESIG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind. Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsublichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist, der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalisierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit dem Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragsbefriedigung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragsbefriedigung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzulässig, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragsnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.



II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.





Crowe Audit Austria
Wirtschaftsprüfung GmbH
Operngasse 6/ 4. Etage
1010 Wien
Tel +43 1 3190490
Mail office@crowe.at
www.crowe.at
HG Wien, FN 267567g
UID-Nr: ATU 61990778

BERICHT
über die
Prüfung des Jahresabschlusses
und Rechnungsprüfung zum
30. April 2026
des Vereins
Die internationale Biathlon Union (IBU)

Bericht Nr 142/2026
An die Mitglieder des Executive Boards des Vereins
Die internationale Biathlon Union (IBU)
Anif

Partner Dr. Anton Schmidl • Mag. Andreas Maier • Maximilian Schmidl, LL.M., MSc. • Kathrin Prorentner, MSc. • Paul Amon, MSc. Wien • Eisenstadt • Klagenfurt • Innsbruck
Crowe SOT GmbH is a member of Crowe Global, a Swiss verein. Each member firm of Crowe Global is a separate and independent legal entity. Crowe SOT GmbH and its affiliates are not responsible or liable for any acts or omissions of Crowe Global or any other member of Crowe Global. Crowe Global does not render any professional services and does not have an ownership or partnership interest in Crowe SOT GmbH.
© 2026 Crowe SOT GmbH



Die internationale Biathlon Union (IBU)
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Rechnungsprüfung
zum 30.04.2026

Inhaltsverzeichnis	
	Seite
1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	3
2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	4
3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	4
3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss	4
3.2. Erteilte Auskünfte	4
3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	4
4. Bestätigungsvermerk	5
5. Bericht über die Rechnungsprüfung	7

Beilagenverzeichnis	
	Beilage
Jahresabschluss	
Jahresabschluss zum 30. April 2026	
Bilanz zum 30. April 2026	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2025/2026	II
Anhang für das Geschäftsjahr 2025/2026 (einschließlich Anlage)	III
Andere Beilagen	
Allgemeine Auftragsbedingungen	IV





An die Mitglieder des Executive Boards des Vereins
Die internationale Biathlon Union (IBU)
Anif

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses und die Rechnungsprüfung zum 30. April 2026 des Vereins

**Die internationale Biathlon Union (IBU),
Anif**

(im Folgenden auch kurz "Verein" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Im IBU Kongress vom 10. September 2025 wurde das Executive Board von den Mitgliedern mit der Bestellung des Wirtschaftsprüfers ermächtigt. Vom Executive Board des Vereins Die internationale Biathlon Union (IBU), wurden wir zum Abschlussprüfer gemäß § 22 Abs 2 VerG für das Rechnungsjahr vom 1. Mai 2025 bis zum 30. April 2026 gewählt bzw. bestellt. Gemäß § 22 Abs 2 VerG hat der Abschlussprüfer in diesem Fall auch die Aufgaben der Rechnungsprüfer zu übernehmen.

Der Verein, vertreten durch den Präsidenten, schloss mit uns einen Vertrag über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 30. April 2026 unter Einbeziehung der Buchführung und die Rechnungsprüfung ab.

Bei dem geprüften Verein handelt es sich um einen großen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes. Für Vereine dieser Größenklasse sind die Vorschriften zur Rechnungslegung des § 22 Abs 2 VerG unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches (UGB) maßgeblich.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Die in den §§ 269 ff UGB aufgestellten Grundsätze und die ergänzenden Vorschriften des VerG wurden bei der Durchführung der Prüfung beachtet. Die Prüfung erstreckt sich, unter Einbeziehung der Buchführung, darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses die gesetzlichen Vorschriften des Vereinsgesetzes (§ 22 VerG) unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des UGB beachtet wurden.

Wir weisen darauf hin, dass das Ziel der Abschlussprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der Stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Die Rechnungsprüfung erstreckt sich darauf, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel des Vereins statutengemäß verwendet wurden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung. Festgestellte Gebahrungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Insichgeschäfte, ist besonders einzugehen.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufssüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen und von vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing).



Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von Mai bis Juli 2026 durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Paul Amon, MSc (WU), verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit dem Verein abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen dem Verein und uns als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer und Rechnungsprüfer gegenüber dem Verein und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB und § 24 Abs 4 VerG zur Anwendung.

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben des Executive Boards im Anhang des Jahresabschlusses.

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

3.2. Erteilte Auskünfte

Die für die Rechnungslegung und Finanzgebarung verantwortlichen Mitglieder des Executive Boards des Vereins haben die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt. Die vertretungsbefugten Mitglieder des Executive Boards haben eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des geprüften Vereins gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des Executive Boards oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Vereinsstatuten erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.



4. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den beigegeführten Jahresabschluss des Vereins **Die internationale Biathlon Union (IBU), Anif**, bestehend aus der Bilanz zum 30. April 2026 mit einem Eigenkapital von EUR 61.905.922,12, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 30. April 2026 sowie der Ertragslage des Vereins für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vereinsgesetzes und den österreichischen berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortlichkeiten des Executive Boards für den Jahresabschluss

Das Executive Board ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Vereinsgesetzes unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt. Ferner ist das Executive Board

verantwortlich für die internen Kontrollen, die es als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist das Executive Board dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Geschäftstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Geschäftstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Geschäftstätigkeit anzuwenden, es sei denn, das Executive Board beabsichtigt, entweder den Verein zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeit einzustellen oder hat keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von den für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Vereins abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der vom Executive Board angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Executive Board dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Geschäftstätigkeit durch das Executive Board sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Geschäftstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Vereins von der Fortführung der Geschäftstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wien, 08. Juli 2026



Paul Amon, MSc (WU)
Wirtschaftsprüfer

Dr. Anton Schmidl
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.



5. Bericht über die Rechnungsprüfung

Wir haben die Rechnungsprüfung des Vereins

Die internationale Biathlon Union (IBU),
Anif,

für das Rechnungsjahr vom 01. Mai 2025 bis 30. April 2026 durchgeführt.

Beurteilung

Aufgrund der bei unserer Rechnungsprüfung gewonnenen Erkenntnisse ist für das Rechnungsjahr vom 01. Mai 2025 bis zum 30. April 2026 allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben, und die Verwendung der Mittel des Vereins erfolgte statutengemäß; ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem Insichgeschäfte, wurden nicht festgestellt.

Verantwortung des Executive Boards für die Finanzgebarung

Die ordnungsgemäße Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel liegen in der Verantwortung des Executive Boards des Vereins, das dafür zu sorgen hat, dass ein den Anforderungen des Vereins entsprechendes Rechnungswesen eingerichtet ist, und dass die Finanzlage des Vereins rechtzeitig und hinreichend erkennbar ist.

Verantwortung des Rechnungsprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der Rechnungsprüfung

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfungshandlungen eine Beurteilung darüber abzugeben, ob in allen wesentlichen Belangen die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung gegeben ist und die Mittel des Vereins statutengemäß verwendet wurden. Festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins sind im Rahmen unserer Berichterstattung aufzuzeigen, und auf ungewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Insichgeschäfte, ist besonders einzugehen.

Wir haben unsere Rechnungsprüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufssüblichen Grundsätze zu vereinsrechtlichen Rechnungsprüfungen durchgeführt. Danach haben wir unsere Berufspflichten einschließlich Vorschriften zur Unabhängigkeit einzuhalten und den Auftrag unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit so zu planen und durchzuführen, dass wir unsere Beurteilung mit einer hinreichenden Sicherheit abgeben können.

Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Rechnungsprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Rechnungsprüfer die internen Kontrollen, soweit es für die Rechnungslegung des Vereins von Bedeutung sind, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Vereins abzugeben. Die statutengemäße Verwendung der Mittel ist gegeben, wenn die Mittel zur Erfüllung des Vereinszwecks, insbesondere zur Finanzierung der für die Verwirklichung des Zwecks vorgesehenen Tätigkeiten, verwendet werden. Die Beurteilung der Sparsamkeit bzw. Wirtschaftlichkeit des Executive Boards ist nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung.



Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unsere Beurteilung zu dienen.

Die Abschlussprüfung oder prüferische Durchsicht des Jahresabschlusses, oder die Aufdeckung und Aufklärung doloser Handlungen, wie z.B. von Unterschlagungen oder sonstigen Untreuehandlungen und Ordnungswidrigkeiten, ist ebenso nicht Gegenstand der Rechnungsprüfung.

Wien, 08. Juli 2026



Paul Amon, MSc (WU)
Wirtschaftsprüfer

Dr. Anton Schmidl
Wirtschaftsprüfer



BILANZ zum 30.04.2026					Beilage I
Die internationale Biathlon Union (IBU)					
AKTIVA			PASSIVA		
	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			A. Vereinskapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Rücklagen gebunden		
1. Software und Marke	278.761,08	447.303,68	1. gebunden lt. Kongress	55.914.000,00	54.345.000,00
II. Sachanlagen			2. temporär gebunden	<u>2.500.000,00</u>	<u>6.160.000,00</u>
1. Einbauten in fremde Gebäude	206.260,91	125.082,12		58.414.000,00	60.505.000,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	508.645,01	637.164,57	II. Bilanzgewinn	3.491.922,12	4.097.683,15
3. Anlagen in Bau	<u>18.270,00</u>	<u>0,00</u>	- davon Gewinnvortrag		
	733.175,92	762.246,69	Euro 4.097.683,15		
III. Finanzanlagen			(Euro 2.656.136,54)		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	100.000,00	Summe Vereinskapital	<u>61.905.922,12</u>	<u>64.602.683,15</u>
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	<u>61.254.277,36</u>	<u>58.913.749,72</u>	B. Investitionszuschüsse	8.968,43	0,00
	61.254.277,36	59.013.749,72	C. Rückstellungen		
Summe Anlagevermögen	<u>62.266.214,36</u>	<u>60.223.300,09</u>	1. sonstige Rückstellungen	2.795.859,73	2.894.473,56
B. Umlaufvermögen			D. Verbindlichkeiten		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	535.875,70	596.373,04	Euro 3.371.591,66		
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	<u>367.683,19</u>	<u>556.065,33</u>	(Euro 2.041.825,36)		
	903.558,89	1.152.438,37	1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	10.936,80
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00		
			(Euro 10.936,80)		
			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.235.748,91	1.873.153,49
Übertrag	63.169.773,25	61.375.738,46	Übertrag	<u>3.235.748,91</u>	<u>1.884.090,29</u>
				64.710.750,28	67.497.156,71

BILANZ zum 30.04.2026					
Die internationale Biathlon Union (IBU)					
AKTIVA			PASSIVA		
	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag	63.169.773,25	61.375.738,46	Übertrag	64.710.750,28	67.497.156,71
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.585.767,67	7.912.954,18	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	3.235.748,91	1.884.090,29
Summe Umlaufvermögen	<u>5.489.326,56</u>	<u>9.065.392,55</u>	(Euro 1.873.153,49)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten			3. sonstige Verbindlichkeiten	135.842,75	157.735,07
1. sonstige Rechnungsabgrenzungen	345.201,02	328.480,05	- davon aus Steuern		
			Euro 57.182,02		
			(Euro 61.299,74)		
			- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 70.579,51		
			(Euro 67.227,53)		
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 135.842,75		
			(Euro 157.735,07)		
				<u>3.371.591,66</u>	<u>2.041.825,36</u>
			E. Rechnungsabgrenzungsposten	18.400,00	78.190,62
	<u>68.100.741,94</u>	<u>69.617.172,69</u>		<u>68.100.741,94</u>	<u>69.617.172,69</u>

Die internationale Biathlon Union (IBU)		
	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	53.943.315,44	51.588.134,30
2. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Aus- nahme der Finanzanlagen	0,00	24.385,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	316.396,59	57.785,74
c) übrige	90.169,41	266.244,44
	406.566,00	348.415,18
3. Beiträge an nationale Verbände und Sport		
a) Beiträge an nationale Verbände und Sport	44.424.836,75	43.735.671,54
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	2.935.628,25	2.653.745,93
b) soziale Aufwendungen	776.941,28	824.937,73
- davon Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsor- gekassen Euro 124.849,66 (Euro 202.348,64)		
- davon Aufwendungen für gesetzlich vorge- schriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge Euro 626.608,21 (Euro 598.116,46)		
	3.712.569,53	3.478.683,66
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	504.674,82	752.298,86
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	7.271.454,97	6.378.050,32
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6	1.563.654,63-	2.408.154,90-
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.378.210,59	1.024.214,96
9. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Wertpapieren	1.053.174,33	1.531.967,51
10. Aufwendungen aus Finanzanlagen	3.190.000,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.523,86	0,00
12. Zwischensumme aus Z 8 bis 11	760.138,94-	2.556.182,47
13. Ergebnis vor Steuern	2.323.793,57-	148.027,57
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	372.967,46	281.480,96
15. Jahresfehlbetrag	2.696.761,03-	133.453,39-
16. Auflösung von temporär gebundener Rücklage	6.160.000,00	4.300.000,00
17. Zuweisung zu temporär gebundener Rücklage	2.500.000,00	0,00
18. operatives Jahresergebnis	963.238,97	4.166.546,61
19. Zuweisung zu gebundener Rücklage	1.569.000,00	2.725.000,00
20. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	4.097.683,15	2.656.136,54
21. Bilanzgewinn	3.491.922,12	4.097.683,15

Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2025/2026

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.1. Allgemeines

Der Jahresabschluss ist gemäß den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung erstellt und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins.

Die Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgen unter Beachtung der Generalnorm gemäß Unternehmensgesetzbuch (UGB).

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit angewandt.

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung bewertet.

Im vorliegenden Jahresabschluss wurde dem Vorsichtsprinzip Rechnung getragen, es wurden alle erkennbaren Risiken, die im Geschäftsjahr oder einem früheren Jahr entstanden sind, berücksichtigt, sowie nur am Abschlussstichtag bereits entstandene Gewinne ausgewiesen.

Aufgrund der entsprechenden Eigenkapitalreserven geht der Vorstand von IBU sowohl aus Liquiditäts- als auch aus Profitabilitätssicht von der Fortführung des Vereines aus ("Going Concern").

In 2020 wurde IBU durch das Bundesministerium für Finanzen die Gemeinnützigkeit nach dem NGO-Gesetz für die Jahre 2020-2024 zuerkannt (Steuerbefreiung). Die Ausstellung eines neuen Bescheides, in welchem die Gemeinnützigkeit der IBU festgestellt wird, ist nach derzeitiger Gesetzeslage und auf Basis des derzeitigen Status der IBU als Internationale Nichtregierungsorganisation gemäß Amtssitzgesetz (ASG) nicht vorgesehen. Das heißt, der derzeitige Status als gemeinnütziger Verein ergibt sich aus den allgemeinen Bestimmungen der BAO.

1.2. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden linear abgeschrieben.

Den immateriellen Vermögensgegenständen wird folgende Nutzungsdauer zu Grunde gelegt:

Immaterielle Vermögensgegenstände	Nutzungsdauer
Software	3
Homepage	3
Marke	10

Sachanlagevermögen

Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich einer linearen Abschreibung bewertet.
Für die Abschreibungsberechnung werden die folgenden Methoden angewendet:
Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer (die Abschreibungszeiträume sind nachfolgend zusammen mit den Angaben zu den jeweiligen Posten dargestellt). Bestimmte geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Stückpreis von EUR 1.000 werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. In der ersten Hälfte eines Geschäftsjahres erworbene Wirtschaftsgüter werden mit der Jahresabschreibung und Anlagenzugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit der Halbjahresabschreibung abgeschrieben. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden zum Bilanzstichtag außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Wertminderungen wurden erfasst.

Dem Sachanlagevermögen wird folgende Nutzungsdauer zu Grunde gelegt:

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Einbauten in fremde Gebäude	10 - 20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 10
Fahrzeuge	5

Für Anlagen in Bau erfolgt bis zur Fertigstellung keine Abschreibungsberechnung. Sofern der beizulegende Wert unter dem Buchwert liegt, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Finanzanlagevermögen

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder, falls ihnen ein niedrigerer Wert beizumessen ist, mit diesem angesetzt.
Ausschüttungsgleiche Erträge erhöhen die Anschaffungskosten eines Fondsanteils.

Wertminderungen werden zum Bilanzstichtag erfasst, wenn der Marktwert zum Bilanzstichtag niedriger als die Anschaffungskosten ist, unabhängig davon, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist oder nicht. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass die Gründe für die Wertminderung entfallen sind, wird der Betrag der Wertminderung im Umfang der Wertsteigerung angerechnet.

1.3. Umlaufvermögen

Forderungen

Bei Bewertung der Forderungen werden erkennbare Risiken durch individuelle Abwertungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

1.4. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. In Übereinstimmung mit dem Vorsichtsprinzip wurden alle bei der Aufstellung des Abschlusses erkennbaren Risiken mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wahrscheinlichsten Wert berücksichtigt.

1.5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Ist der Zeitwert am Bilanzstichtag höher als der Rückzahlungsbetrag, wird der höhere Zeitwert angesetzt.

1.6. Währungsumrechnung

Fremdwährungsforderungen werden mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag umgerechnet.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Wechselkurs bei erstmaliger Erfassung oder zum höheren Wert am Bilanzstichtag umgerechnet.

2. Angaben und Erläuterungen zu bestimmten Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

2.1. Erläuterungen zu bestimmten Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens und Einzelheiten zu den Abschreibungen sind dem beigefügten Anlagenspiegel (Anlage 1) zu entnehmen.

Immaterielle Vermögenswerte

Die Zugänge bzw. Umbuchungen des Geschäftsjahres betreffen erworbene Software und Softwarelizenzen sowie die Entwicklung und den Ausbau der digitalen Plattformen.

Sachanlagen

Die Zugänge des Geschäftsjahres betreffen Investitionen in Geschäfts- und EDV-Ausstattung.

Die Berechnung der Werte laut Anlagespiegel errechnet sich wie folgt:

Die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (unter EUR 1.000) ist in der Abschreibung des laufenden Jahres enthalten, aber wird von den kumulierten Abschreibungen abgezogen und unter den Spalten "Zugänge" und "Abgänge" nochmals gesondert ausgewiesen.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Zugang betrifft ein Zuschuss an die im Vorjahr neu gegründete 100% Tochtergesellschaft IBU Event and Marketing GmbH. Aufgrund einer nachhaltigen Wertminderung durch hohe Anlaufverluste wurde die Beteiligung abgewertet.

	30.04.2026	30.04.2025
Wertpapiere	EUR	TEUR
Depot Spängler Bank	0	81
Depot Schelhammer Capital Bank	37.608.019	33.073
Depot Liechtensteinische Landesbank	20.550.278	20.003
Depot Salzburger Sparkasse Bank	3.095.980	3.028
Depot Schelhammer Capital Bank	0	2.729
	61.254.277	58.914

Die Wertpapiere am Depot der Spängler Bank wurden im Wirtschaftsjahr 2025/2026 veräußert. Die beiden Depots der Schelhammer Capital Bank wurden zusammengeführt.

Die Zuschreibung der finanziellen Vermögenswerte im Wirtschaftsjahr 2025/2026 beträgt EUR 924.432 (Vorjahr: TEUR 1.271).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Summe	davon mit Restlaufzeit bis 1 Jahr
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	EUR	EUR
Forderungen	535.876	535.876
Vorjahr in 1000	596	596
Sonstige Forderungen	367.683	367.683
Vorjahr in 1000	556	556
Summe Forderungen	903.559	903.559
Vorjahr in 1000	1.152	1.152

In den Forderungen sind Forderungen gegenüber dem russischen Nationalverband in Höhe von EUR 454.532 (Vorjahr: TEUR 330) enthalten. Neben der offenen Forderungen gegenüber RBU besteht zum 30.04.2026 eine Verbindlichkeit in der Höhe von EUR 0 (Vorjahr: TEUR 203). Die Netto Forderung (Saldo) wurde zu 50% wertberichtigt.

	30.04.2026	30.04.2025
RBU	EUR	TEUR
Forderungen	454.532	330
Verbindlichkeiten	0	-203
Saldo	454.532	127
Einzelwertberichtigung	-227.266	-63
Saldo nach Einzelwertberichtigung	227.266	63

In der Bilanzposition „Sonstige Forderungen“ sind folgende Posten enthalten:

	30.04.2026	30.04.2025
	EUR	TEUR
Mitgliedsbeiträge	2.850	1
abzüglich Wertberichtigung	0	0
Debitorische Kreditoren	108.438	5
Anzahlungen	160.538	313
Sonstige	95.857	237
	367.683	556

Die Bilanzposition "Sonstige Forderungen" enthält Umsätze in Höhe von EUR 256.395 (Vorjahr: TEUR 550), die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Kassenbestand

	30.04.2026	30.04.2025
	EUR	TEUR
Kassenbestand	2.022	2

Guthaben bei Kreditinstituten

	30.04.2026	30.04.2025
	EUR	TEUR
Guthaben bei Kreditinstituten	4.583.746	7.911

Rechnungsabgrenzungsposten

	30.04.2026	30.04.2025
	EUR	TEUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	345.201	328

Vereinskapital

	30.04.2026	30.04.2025
	EUR	TEUR
Gebundene Rücklagen lt. Kongress	55.914.000	54.345
Temporär gebundene Rücklagen	2.500.000	6.160
Bilanzgewinn	3.491.922	4.098
	61.905.922	64.603
	EUR	
Bilanzgewinn zum 01.05.2025	4.097.683	
Zuweisung gebundene Rücklagen lt. Kongress	-1.569.000	
Zuweisung temporär gebundene Rücklagen	-2.500.000	
Auflösung temporär gebundene Rücklagen	6.160.000	
Jahresfehlbetrag 01.05.2025-30.04.2026	-2.696.761	
Bilanzgewinn zum 30.04.2026	3.491.922	

Der Bilanzgewinn in Höhe von EUR 3.491.922 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die gebundenen Rücklagen wurden um EUR 1.569.000 erhöht.

	01.05.2025	Zuweisung	Auflösung	30.04.2026
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gebundene Rücklage lt. Kongress	54.345	1.569	0	55.914

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Status			Status	
	01.05.2025	Verbrauch	Auflösung	Dotierung/Umklassifizierung	30.04.2026
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sonstige Rückstellungen					
Urlaub	137.755	137.755	0	169.552	169.552
Zeitguthaben	53.511	53.511	0	73.189	73.189
Sonderzahlungen	155.555	155.555	0	162.048	162.048
Abgegrenzte Boni	58.110	58.110	0	148.832	148.832
Externe Beratung	452.000	831	159.169	97.000	389.000
Wirtschaftsprüfung	59.870	59.270	600	57.000	57.000
Dopingkontrollen	67.400	35.008	19.092	63.600	76.900
Sonstige	1.910.273	1.473.048	137.535	1.419.648	1.719.338
	2.894.474	1.973.087	316.397	2.190.870	2.795.860

Das Honorar für die externe Jahresabschlussprüfung des laufenden Wirtschaftsjahres beträgt EUR 33.000 (Vorjahr: TEUR 30).

Verbindlichkeiten

	davon mit Restlaufzeit bis	
	Summe	1 Jahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten		
Erhaltene Anzahlungen	0	0
Vorjahr in 1000	11	11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.235.749	3.235.749
Vorjahr in 1000	1.873	1.873
Sonstige Verbindlichkeiten	135.843	135.843
Vorjahr in 1000	158	158
davon aus Steuern	57.182	57.182
Vorjahr in 1000	61	61
davon im Rahmen sozialer Sicherheit	67.182	67.182
Vorjahr in 1000	67	67
Summe Verbindlichkeiten	3.371.592	3.371.592
Vorjahr in 1000	2.042	2.042

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten:

	30.04.2026	30.04.2025
	EUR	TEUR
Nationale Verbände	1.079.223	551
Sonstige	2.156.526	1.322
	3.235.749	1.873

Der Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthält Aufwendungen in Höhe von EUR 135.843 (Vorjahr: TEUR 158), die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Es sind keine Verbindlichkeiten durch Eigentum besichert.

Rechnungsabgrenzungsposten

	30.04.2026	30.04.2025
	EUR	TEUR
Passive Rechnungsabgrenzung	18.400	78

Diese Position enthält Zuschüsse für diverse Projekte welche im Jahr 2025/2026 oder in Vorjahren zugeflossen sind. Die Zuschüsse wurden gemäß vorgegebenem Projektplan abgegrenzt und werden in den entsprechenden Wirtschaftsjahren lt. Zeitplan aufgelöst.

Verpflichtungen aus der Nutzung von nicht bilanzierten Sachanlagen

Die Verpflichtungen aus Mietverträgen betragen EUR 330.064 im Wirtschaftsjahr 2026/2027 (Vorjahr: TEUR 480) und in den folgenden fünf Wirtschaftsjahren EUR 1.195.461 (Vorjahr: TEUR 2.390). Der Rückgang ergibt sich aus der Beendigung der Leasingverträge des Fuhrparks, wobei bei der Aufstellung vom Jahresabschluss noch keine neuen Verträge bestehen.

Sonstige Verpflichtungen

Es besteht eine Bankgarantie zugunsten des Vermieters für das Gebäude in Höhe von EUR 69.810 anstelle einer Barkaution für den Vermieter.

2.2. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2025/26	2024/25
	EUR	TEUR
Mitgliedsbeiträge	22.850	18
Ordentliche Einnahmen	48.705.000	49.305
Sonstige Umsätze	5.215.465	2.265
	53.943.315	51.588

Ordentliche Einnahmen enthalten Einnahmen aus Fernsehübertragungsrechten und Werbung.

Sonstige Umsätze enthalten unter anderem Einnahmen aus IOC Sportentwicklung, IOC/OC Einnahmen und Ausgabenerstattungen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Aufwandsersätze und Kursdifferenzen.

Beiträge an nationale Verbände und Sport

	2025/26	2024/25
	EUR	TEUR
Unterstützung von nationalen Verbänden	13.375.324	12.430
Preisgeld	9.519.846	9.388
Beiträge an IBU Veranstaltungen	6.295.153	6.890
Beiträge an nationale Verbände für Teilnahme	8.213.550	8.097
Ausgaben für Dopingkontrollen	917.771	934
Sonstige	6.104.192	5.996
	44.425.837	43.736

Die Unterstützungsleistungen an die nationalen Verbände enthalten EUR 0 (Vorjahr: TEUR 67) für Aufwendungen im Zusammenhang mit der aktiven Unterstützung von Mitgliedern bei der Teilnahme am Kongress. Im Berichtsjahr wurde kein Kongress abgehalten.

Personalaufwand

	2025/26	2024/25
	EUR	TEUR
Personal- und Managementaufwendungen	2.935.628	2.654
Sozialausgaben	776.941	825
	3.712.570	3.479

Die Vergütung des Generalsekretärs beträgt EUR 314.139 (Vorjahr: TEUR 314), und setzt sich aus einem von Nettobezug von EUR 180.154 (Vorjahr: TEUR 179) sowie einbehaltenen Abgaben und Beiträgen des Dienstnehmers von EUR 133.985 (Vorjahr: TEUR 135) zusammen. Der Nettobezug enthält Taggelder, welche gemäß den IBU Travel Expense Rules ausbezahlt werden, sowie Ausgaben im Zusammenhang mit Geschäftsreisen, einschließlich Flügen und Unterkunft in Höhe von EUR 31.424,61 (Vorjahr: TEUR 23).

Durchschnittliche Anzahl von Beschäftigten

	30	2024/25
Beschäftigte IBU	30	27
Beschäftigte BIU	5	5
	35	32

Im Jahr 2025/26 waren 30 Vollzeitäquivalente angestellt (Vorjahr: 29), davon 4 (Vorjahr: 4) innerhalb der BIU.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2025/26	2024/25
	EUR	TEUR
Rechts- und Beratungsaufwand	1.498.079	1.590
Öffentlichkeitsarbeit	2.457.614	1.547
Reisekosten	330.134	295
Depotgebühr	3.062	3
Mietaufwand	1.081.335	956
Büromaterial	284.710	334
Sonstige	1.616.521	1.653
	7.271.455	6.378

Der Anstieg der Aufwendungen der Öffentlichkeitsarbeit steht im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspiele Milano Cortina 2026.

Büromaterial enthält insbesondere EDV-Kosten, Übersetzungs- und Lizenzgebühren.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten Gebäudeinstandhaltung, Leasinggebühren für Fahrzeuge und Versicherungen.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Taggelder an die Mitglieder des Executive Boards gemäß den IBU Travel Expense Rules in Höhe von EUR 55.402,50 (Vorjahr: EURk 34) sowie Aufwendungen für Dienstreisen, insbesondere für Flüge und Unterkunft, in Höhe

Vergütung des IBU Präsidenten

Die Vergütung des IBU Präsidenten, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen wird, beträgt EUR 120.000 (Vorjahr: TEUR 120).

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Diese Position umfasst ausschüttungsgleiche Erträge bzw. Bestandsvergütungen aus den Wertpapierdepots in Höhe von EUR 1.266.430 (Vorjahr: TEUR 719).

Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Wertpapieren

Diese Position umfasst realisierte Erträge und Aufwendungen aus dem Verkauf und der Zuschreibung von Finanzanlagen.

Aufwendungen aus Finanzanlagen

Diese Position enthält die Wertminderung an der 100% Tochtergesellschaft IBU Event and Marketing GmbH.

3. Sonstige Pflichtangaben

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der geltenden Gesetze und Vorschriften erstellt.

Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Erläuterungen entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und geben ein getreues Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage des Unternehmens entsprechend der österreichischen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchhaltung und Bilanzierung.

IBU ist eine großer Verein gemäß § 22 VerG.

Dem Vorstand und dem Generalsekretär wurden keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Information zu den Vorstandsmitgliedern

Der Vorstand von IBU besteht im Jahr 2025/26 aus folgenden Mitgliedern:

- Olle Dahlin, Präsident
- Jiri Hamza, Vizepräsident
- Christian Scherer, Schatzmeister
- Tore Boygard, Vorstandsmitglied
- Ekaterina Dafovskaja, Vorstandsmitglied
- Tim Farcnik, Vorstandsmitglied
- Fabien Saguez, Vorstandsmitglied
- Nathalie Santer, Vorstandsmitglied
- Franz Steinle, Vorstandsmitglied
- Lena Haecki-Gross, Stimmberechtigte Vertreterin des Athletenkomitees (bis 30. April 2026)
- Simon Eder, Stimmberechtigter Vertreter des Athletenkomitees (ab 01. Mai 2026)
- Max Cobb, Secretary General (ohne Stimmrecht)

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die nicht in der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt sind.

Anlage 1 zur Beilage

Internationale Biathlon Union (IBU)					Anlagenspiegel per 30.04.2026								
Anschaffungskosten/Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte			
01.05.2025	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	30.04.2026	01.05.2025	Abschreibungen	Zuschreibungen	Abgänge	Umbuchungen	30.04.2026	01.05.2025	30.04.2026	
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Software und Marke	2.459.785,05	14.539,33	86.346,00	-1.361,36	2.559.309,02	2.012.481,37	269.427,92	0,00	-1.361,35	0,00	2.280.547,94	447.303,68	278.761,08
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	2.459.785,05	14.539,33	86.346,00	-1.361,36	2.559.309,02	2.012.481,37	269.427,92	0,00	-1.361,35	0,00	2.280.547,94	447.303,68	278.761,08
Sachanlagen													
Einbauten in fremde Gebäude	228.110,12	107.944,28	0,00	-270,07	335.784,33	103.028,00	26.495,42	0,00	0,00	0,00	129.523,42	125.082,12	206.260,91
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.407.186,92	78.604,72	0,00	-73.414,44	1.412.377,20	778.231,53	205.042,47	0,00	-73.379,50	0,00	909.894,50	628.955,39	502.482,70
Fahrzeuge	13.373,06	330,00	0,00	0,00	13.703,06	5.163,88	2.376,87	0,00	0,00	0,00	7.540,75	8.209,18	6.162,31
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	2.513,13	0,00	-2.513,13	0,00	0,00	1.332,14	0,00	-1.332,14	0,00	0,00	0,00	0,00
Anlagen in Bau	30.495,00	104.616,00	-86.346,00	0,00	48.765,00	30.495,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30.495,00	0,00	18.270,00
Summe Sachanlagen	1.679.165,10	294.008,13	-86.346,00	-76.197,64	1.810.629,59	916.918,41	235.246,90	0,00	-74.711,64	0,00	1.077.453,67	762.246,69	733.175,92
Finanzanlagen													
Anteile an verbundenen Unternehmen	100.000,00	3.090.000,00	0,00	0,00	3.190.000,00	0,00	3.190.000,00	0,00	0,00	0,00	3.190.000,00	100.000,00	0,00
Wertpapiere des Anlagevermögens	59.992.534,75	5.025.514,32	0,00	-3.609.418,86	61.408.630,21	1.078.785,03	0,00	-924.432,18	0,00	0,00	154.352,85	58.913.749,72	61.254.277,36
Summe Finanzanlagen	60.092.534,75	8.115.514,32	0,00	-3.609.418,86	64.598.630,21	1.078.785,03	3.190.000,00	-924.432,18	0,00	0,00	3.344.352,85	59.013.749,72	61.254.277,36
Summe	64.231.484,90	8.424.061,78	0,00	-3.686.977,86	68.968.568,82	4.008.184,81	3.694.674,82	-924.432,18	-76.072,99	0,00	6.702.354,46	60.223.300,09	62.266.214,36

Anif, am 08. Juli 2026


Präsident
Olle Dahlin

Vizepräsident
Jiri Hamza

Schatzmeister
Christian Scherer


Vorstandsmitglied
Tore Boygard

Vorstandsmitglied
Fabien Saguez


Vorstandsmitglied
Dr. Franz Steinle

Vorstandsmitglied
Ekaterina Dafovska


Stimmberechtigter Vertreter des
Athletenkomitees
Simon Eder


Vorstandsmitglied
Tim Farcnik


Vorstandsmitglied
Nathalie Santner


Generalsekretär
Max Cobb

Anif, am 08. Juli 2026

Präsident
Olle Dahlin

Vizepräsident
Jiri Hamza

Schatzmeister
Christian Scherer

Vorstandsmitglied
Tore Boygard

Vorstandsmitglied
Fabien Saguez

Vorstandsmitglied
Dr. Franz Steinle

Vorstandsmitglied
Ekaterina Dafovska

Stimmberechtigter Vertreter des
Athletenkomitees
Simon Eder

Vorstandsmitglied
Tim Farcnik

Vorstandsmitglied
Nathalie Santner

Generalsekretär
Max Cobb

Seite 12

Anif, am 08. Juli 2026

Präsident
Olle Dahlin

Vizepräsident
Jiri Hamza

Schatzmeister
Christian Scherer

Vorstandsmitglied
Tore Boygard

Vorstandsmitglied
Fabien Saguez

Vorstandsmitglied
Dr. Franz Steinle

Vorstandsmitglied
Ekaterina Dafovska

Stimmberechtigter Vertreter des
Athletenkomitees
Simon Eder

Vorstandsmitglied
Tim Farcnik

Vorstandsmitglied
Nathalie Santner

Generalsekretär
Max Cobb

Seite 12



Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017)). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGGI Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschlussgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 ESIG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftraggeber ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind. Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsublichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist, der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalisierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit dem Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragsbefriedigung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen, im Falle der Auftragsbefriedigung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzulässig, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragsnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.



II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhandern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

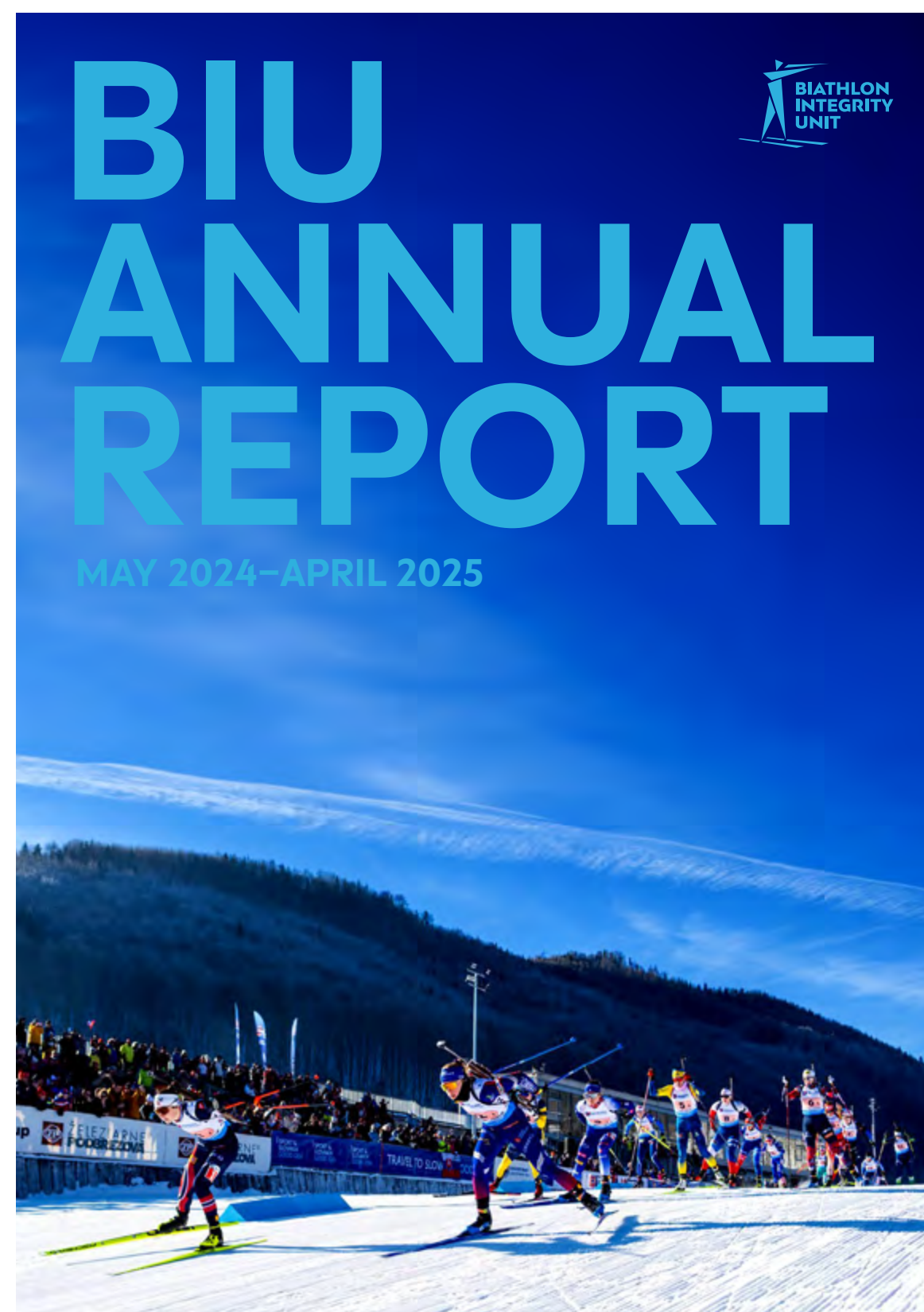
(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.



- **Der Kongress wird ersucht, den Vorstand für die Geschäftsjahre 2024/2025 und 2025/2026 zu entlasten**



 [HIER KLICKEN, UM DEN BERICHT ZU ÖFFNEN](#)



 [HIER KLICKEN, UM DEN BERICHT ZU ÖFFNEN](#)

BERICHT DES BIU-VORSTANDS ZU DEN VETTING-AKTIVITÄTEN FÜR DIE IBU

Report 2024–2026

Dieser Bericht beschreibt die Arbeit des BIU-Vorstands und der einzelnen Mitglieder des BIU-Vorstands mit Unterstützung der Biathlon-Integritätseinheit für die IBU im Bereich Vetting im Berichtszeitraum 2024-2026.

Vetting ist inzwischen ein fest verankerter Bestandteil der Führungsstrukturen in der IBU. Der Zweck dieser Überprüfung von Kandidaten ist nicht allein, Gründe zu ermitteln, warum eine Person ein Amt nicht bekleiden sollte, sondern auch, Risiken in Bezug auf Integrität, Führung und Reputation zu identifizieren, bevor eine Person von der IBU gewählt, eingesetzt oder eingestellt wird. Insbesondere endet die Überprüfung nicht mit der Wahl oder Einsetzung, sondern wird über die gesamte Amtszeit einer Person hinweg fortgeführt.

Vetting ist daher eine wichtige Präventions- und Sicherheitsmaßnahme und eine tragende Säule der guten Führungsarbeit im internationalen Sport. Es trägt zum Schutz des Sports, seiner Aktiven und der Glaubwürdigkeit der Entscheidungsfindung in der IBU bei und gibt der Biathlonfamilie die Gewissheit, dass Personen, denen einflussre-

iche oder Führungspositionen anvertraut wurden, einer unabhängigen und angemessenen Überprüfung unterzogen wurden.

Laut IBU-Verfassung gilt jede Person, die die IBU vertritt oder für sie oder in ihrem Auftrag tätig ist, als IBU-Funktionär. Dazu gehören Mitglieder des Vorstands, des BIU-Vorstands und der Ausschüsse, der Generalsekretär, Mitarbeitende der IBU und BIU sowie Technische Delegierte. Personen, die IBU-Funktionäre sind oder bleiben wollen, müssen zunächst für geeignet befunden werden.

Was Eignung bedeutet

Die Eignung wird gemäß den Kriterien in Artikel 27 der IBU-Verfassung überprüft. Die Eignungskriterien in der Verfassung beschäftigen sich mit Aspekten wie Vorstrafen, Disziplinarstrafen, Doping-Verstößen, Insolvenzen, rechtlichen Beschränkungen bei der Übernahme von Ämtern und vorherigen Amtsenthebungen in der IBU.

Die Eignung umfasst aber noch deutlich mehr als eine grundlegende Hintergrundprüfung oder Vorstrafen. Zusätzlich zu den spezifischen Anforderungen beleuchtet der BIU-Vorstand auch, ob die Person einen ein-

wandfreien Charakter und guten Leumund hat, die hohen Verhaltens- und Integritätsstandards erfüllt, die für IBU-Funktionäre gelten, der betreffenden Rolle körperlich und geistig gewachsen ist, und gegebenenfalls über die erforderliche Unabhängigkeit, Erfahrung und Expertise verfügt.

Eine Feststellung der Eignung ist nicht unbefristet gültig und auch keine Garantie dafür, dass in Zukunft keine Probleme auftreten werden. Sie bestätigt, dass basierend auf den zum Zeitpunkt der Prüfung bekannten Informationen die Person die Eignungskriterien für IBU-Funktionäre erfüllt.

Das Vetting-Verfahren

Personen, die überprüft werden, müssen umfassende persönliche und berufliche Angaben machen und jegliche tatsächlichen, potentiellen oder vermeintlichen Interessenkonflikte anzeigen. Sie müssen relevante Informationen unverzüglich, korrekt und vollständig bereitstellen, auf Nachfrage auch weitere Informationen zur Verfügung stellen und sicherstellen, dass bereits erfolgte Angaben weiterhin korrekt und aktuell sind.



BERICHT DES BIU-VORSTANDS ZU DEN VETTING-AKTIVITÄTEN FÜR DIE IBU

Das BIU-Ermittlungsteam stellt dann im Auftrag des BIU-Vorstands weitere Nachforschungen und Recherchen an. Der Umfang der Überprüfung steht in einem angemessenen Verhältnis zu den mit der betreffenden Position verbundenen Befugnissen und dem damit verbundenen Einfluss. Zur Unterstützung bei der Suche nach relevanten Informationen können auch externe Informationsdienste hinzugezogen werden.

Bevor der BIU-Vorstand eine Entscheidung trifft, kann ein persönliches Gespräch geführt werden oder die Person schriftlich befragt und zur Klarstellung oder zur Bereitstellung weiterer Unterlagen oder weiterer Informationen aufgefordert werden. Somit bekommt die Person die Gelegenheit, zusätzlichen Kontext zu einem Sachverhalt zu liefern und die verfügbaren Informationen zu korrigieren oder zu ergänzen.

Mit diesem Verfahren soll sichergestellt werden, dass der BIU-Vorstand ein so umfassendes und ausgeglichenes Bild wie möglich hat, bevor er über die Eignung befindet.

Ist eine Person nach der vorläufigen Prüfung möglicherweise nicht geeignet, muss sie über die Gründe informiert werden und mindesten fünf Werktage Zeit erhalten, um Stellungnahmen und Nachweise einzureichen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Fortlaufende Meldepflicht und Interessenkonflikte

Sobald jemand gewählt oder eingesetzt worden ist, ist die Person ein IBU-Funktionär und untersteht der IBU-Verfassung, den IBU-Regeln und dem IBU-Integritätskodex, einschließlich der Verpflichtung, die Eignung während der gesamten Amtszeit aufrechtzuerhalten.

IBU-Funktionäre sind dafür verantwortlich, relevante Veränderungen ihrer Umstände umgehend zu melden, unabhängig davon, ob die BIU explizit um aktuelle Informationen gebeten hat. Dies betrifft sowohl Informationen, die sich auf die Eignung auswirken als auch tatsächliche, potentielle oder vermeintliche Interessenkonflikte. Frühere Angaben müssen außerdem korrigiert oder aktualisiert werden, wenn sie nicht mehr vollständig oder korrekt sind.

IBU-Funktionäre fallen zudem unter die Regelung zur zweijährlichen Meldepflicht von Interessenkonflikten. Die verpflichtet sie dazu, ihre Situation regelmäßig zu überprüfen und aktuelle Informationen zu relevanten Interessen, Positionen, Beziehungen oder Tätigkeiten vorzulegen, die ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit beeinträchtigen könnten oder den Anschein erwecken könnten, diese zu beeinträchtigen.

Hierbei ist zu betonen, dass die zweijährliche Meldepflicht nicht das Erfordernis der umgehenden Meldung ersetzt. Ein neuer Konflikt oder eine relevante Veränderung müssen gemeldet werden, wenn sie entstehen, und dürfen nicht bis zur nächsten regelmäßigen Überprüfung zurückgehalten werden.

Umfang der Vetting-Tätigkeiten

Kandidaten für Wahl oder Einsetzung

Während des Berichtszeitraums hat die BIU den BIU-Vorstand bei der Prüfung von 78 Kandidatinnen und Kandidaten unterstützt.

Vetting umfasst deutlich mehr als eine Hintergrundprüfung. In jedem einzelnen Fall sind die persönlichen und beruflichen Unterlagen der Person entgegenzunehmen

BERICHT DES BIU-VORSTANDS ZU DEN VETTING-AKTIVITÄTEN FÜR DIE IBU

und zu prüfen, Erklärungen zu Interessenkonflikten auszuwerten, eigene Nachforschungen anzustellen, gegebenenfalls Rückfragen zu klären, muss der Fall für die Bewertung durch den BIU-Vorstand vorbereitet und die abschließende Entscheidung dokumentiert werden.

Ausgehend von durchschnittlich 9,5 Arbeitsstunden pro Kandidatin oder Kandidat stehen diese 78 Überprüfungen für etwa 741 BIU-Arbeitsstunden.

Dies entspricht über 92 Arbeitstagen bei 8-Stunden-Tagen, oder etwa viereinhalb Monaten Arbeit einer Vollzeitkraft.

In dieser Zahl nicht berücksichtigt ist die Arbeitszeit der Mitglieder des BIU-Vorstands für die Prüfung der Informationen, Bewertung identifizierter Probleme und Entscheidungsfindung über die Eignung.

Meldungen zu Interessenkonflikten

Seit 01. Mai 2024 hat die BIU 106 Meldungen zu Interessenkonflikten erhalten. Die Entgegennahme, Prüfung, Bewertung und Dokumentation jeder Meldung und gegebenenfalls Rücksprache mit der IBU-Funktionärin oder dem IBU Funktionär nimmt

etwa 40 Minuten in Anspruch.

Daraus ergeben sich etwa 70 Stunden und 40 Minuten Arbeitszeit der BIU, also fast neun Arbeitstage bei 8-Stunden-Tagen.

Insgesamt hat die BIU im Bereich Vetting etwa 812 Arbeitsstunden geleistet. Das entspricht über 101 Arbeitstagen oder etwa fünf Monaten Arbeit einer Vollzeitkraft.

Prävention durch fundierte Entscheidungsfindung

Der Umfang der geleisteten Arbeit zeigt, dass Vetting und die Überprüfung von Interessenkonflikten nicht nur reiner Verwaltungsaufwand sind, sondern ein Kernbestandteil der Präventionsmaßnahmen der IBU.

Das Verfahren macht es möglich, Risiken in Bezug auf Integrität, Führung und Reputation zu identifizieren und zu beleuchten, bevor eine Person eine Führungsrolle übernimmt. Die fortlaufende Meldepflicht stellt sicher, dass relevante Veränderungen während der Amtszeit einer IBU-Funktionärin oder eines IBU-Funktionärs identifiziert und beleuchtet werden.

Dabei geht es nicht darum, einen unrealis-

tischen Maßstab für menschliche Perfektion anzulegen. Es geht darum festzustellen, ob ein identifiziertes Problem für die Eignung relevant ist, ob es ordnungsgemäß gemeldet worden ist und ob es sich angemessen lösen oder beheben lässt.

Vetting, die Meldung von Interessenkonflikten und fortlaufende Überwachung sind feste Bestandteile eines Präventionssystems. In Kombination helfen sie der IBU dabei, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Transparenz zu verbessern und sicherzustellen, dass Personen in verantwortungsvollen Positionen auch weiterhin die Standards erfüllen, die Athletinnen und Athleten, Fans, Partner und die gesamte Biathlonfamilie zu Recht erwarten dürfen.

Der BIU-Vorstand wird von den Analyse-, Ermittlungs- und Recherchekapazitäten der BIU unterstützt und trägt weiterhin die unabhängige Verantwortung für die Eignungsentscheidungen. Diese Regelung bietet starken und glaubwürdigen Schutz für Führung, Sicherheit und Integrität im internationalen Biathlonsport.

Dr. Tanja Haug

BIU-Vorstandsmitglied, Leiterin des Bereichs Vetting



10.1 Präsentation des Budgetantrags der BIU

BUDGETANTRAG BIU

Der BIU-Vorstand hat für den Zeitraum bis zum nächsten ordentlichen Kongress 2028 gemäß der IBU-Verfassung und den BIU-Regeln seinen Finanzierungsantrag eingereicht.

Haushaltsposten

Das BIU-Budget für 2026/27 beträgt € 3.022.000.

Die dreijährigen Budgetrahmen betragen

- € 2.952.000 für 2027/28,
- € 3.013.000 für 2028/29, und
- € 3.075.000 für 2029/30.

Der Kongress wird ersucht, folgendes zu genehmigen:

- € 2.952.000 für das Geschäftsjahr 2027/28 sowie
- Mittel vom 01. Mai 2028 bis zum Ende des ordentlichen Kongresses 2028, anteilig berechnet basierend auf dem Jahresbudgetrahmen von € 3.013.000 für 2028/29.

Der Budgetrahmen von € 3.075.000 für 2029/30 ist hier nur zu Planungszwecken aufgeführt und ist nicht Bestandteil dieses Finanzierungsantrags.

Programm für psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Die beantragte Finanzierung umfasst für das Jahr 2027/28 einen Posten von € 242.000 für ein dediziertes Programm für psychische Gesundheit und Wohlbefinden für die Biathlonfamilie.

Für das Jahr 2028/29 sind € 244.000 budgetiert. Nur der anteilige Betrag bis zum Ende des ordentlichen Kongresses 2028 ist Bestandteil dieses Antrags.

Das Programm ergänzt die Präventionsmaßnahmen der BIU und trägt zu den Bemühungen der IBU um Sicherheit und Wohlbefinden aller Athletinnen und Athleten im Biathlon und Para-Biathlon bei.

Zweck der Mittel

Die Mittel sind vorgesehen für die Kernfunktionen der BIU, darunter Prävention und Aufklärung, Safeguarding, Kommunikation und Governance, Betreuung individueller Fälle, Rechtsberatung, Probenahme und -analyse, Ermittlungstätigkeiten, die Tätigkeiten des BIU-Vorstands und Betriebsausgaben.

- Gemäß Artikel 13.2.8 der Verfassung ernennt der Kongress die unabhängigen Mitglieder des BIU-Vorstands.
Der Kongress wird ersucht, die folgenden Mitglieder zu bestätigen:

Louise REILLY Vorsitzende

Alex MARSHALL Mitglied

Dr Tanja HAUG Mitglied

Bestätigung des endgültigen Haushalts für 2026/2027 und der Haushaltsrahmen für 2027/2028, 2028/2029 und 2029/2030

Der Haushalt für Betriebs- und Investitionsausgaben für das Geschäftsjahr 2026/27 sowie der Haushaltsrahmen für die folgenden drei Geschäftsjahre bis einschließlich 2029/30 wurden vom Vorstand genehmigt (EBM180). Für den vierjährigen Haushaltszeitraum sind die Gesamtausgaben so veranschlagt, dass sie weitgehend den Gesamteinnahmen entsprechen, was in jedem Geschäftsjahr zu einem veranschlagten Bilanzüberschuss von etwa null führt.

Haushalt 2026/27

Für die Medieneinnahmen wird ein Anstieg von mehr als 10 % im Vorjahresvergleich erwartet, der unter anderem auf eine Vertragsabschlussprämie zurückzuführen ist. Die Gesamteinnahmen erhöhen sich außerdem durch die planmäßige Freigabe der gestaffelten Rücklage (IOC). Bei den Betriebsausgaben wird in der nach-olympischen Saison aufgrund einer größeren Zahl von Veranstaltungen sowie gestiegenen Ausgaben für die Unterstützung nationaler Verbände, Zahlungen an OKs und Preisgelder ein Anstieg

erwartet. Weiter tragen Investitionen in strategische Initiativen und die Schaffung der Abteilung Commercial & Marketing zum Anstieg der Betriebsausgaben bei.

Die Betriebsausgaben der IBU GmbH sind nach dem ersten Betriebsjahr aufgrund abgeschlossener Gründungsaktivitäten niedriger angesetzt worden. Die Gesamtinvestitionsausgaben wurden mit 0,4 Millionen Euro veranschlagt.

HAUSHALTSRAHMEN 2026-2030 IN EURO

Einnahmen und Ausgaben	Aktuell 2025/26	Plan 2026/27	Haushaltsrahmen 2027/28	Haushaltsrahmen 2028/29	Haushaltsrahmen 2029/30
Betriebseinnahmen gesamt *)	58.009.881	68.212.575	59.059.975	64.142.350	60.650.350
Betriebsausgaben gesamt	- 55.913.536	- 63.109.274	- 60.990.300	- 62.592.200	- 61.628.700
Betriebsüberschuss / (Defizit)	2.096.345	5.103.301	- 1.930.325	1.550.150	- 978.350
Wertminderung der Anteile an der IBU GmbH	- 3.190.000	- 2.330.000	- 1.400.000	- 1.000.000	- 1.000.000
Andere Finanzposten	2.429.861	1.574.000	1.420.000	1.420.000	1.420.000
Einkommenssteuern	- 372.967	- 400.000	- 400.000	- 400.000	- 400.000
Jahresüberschuss / (Defizit)	963.239	3.947.301	- 2.310.325	1.570.150	-958.350
Änderungen an eingeschränkten Reserven	- 1.569.000	- 7.195.738	2.118.974	- 1.601.900	963.500
Accum-Überschuss / (Defizit)	4.097.683	3.491.922	243.485	52.134	20.384
Bilanzüberschuss / (Defizit)	3.491.922	243.485	52.134	20.384	25.534
*) aus Transparenzgründen umfassen die Einnahmen die freigegebene gestaffelte Rücklage (IOC)					
Gesamtinvestitionen::		390.000			

Haushaltsrahmen 2027/28

Im Haushalt sind weiter hohe Einnahmen aus Medien und Marketing vorgesehen. Im Zusammenhang mit dem niedrigeren Finanzbedarf ist eine niedrigere Freigabe der gestaffelten Rücklage (IOC) vorgesehen. Die Ausgaben für die NV-Unterstützung und Zahlungen an OKs sind niedriger angesetzt, da der Wettkampfkalender einen Wettkampf weniger enthält. Es sind auch weiterhin Target-2030-Mittel vorgesehen, um erforderliche strategische Initiativen zu finanzieren.

Haushaltsrahmen für 2028/29 und 2029/30

Für die Medieneinnahmen wird ein Anstieg von knapp 8 % im Vergleich zu 2027/28 erwartet. NV-Unterstützung, OK-Zahlungen und Preisgelder wurden basierend auf der Zahl der Weltcup-Veranstaltungen im Wettkampfkalender kalkuliert, wobei auch ein weiterer Anstieg des Finanzbedarfs berücksichtigt wurde.

HAUSHALTSRAHMEN 2026-2028 IN EURO

Einnahmen und Ausgaben	Ist 2025/26	Haushaltsrahmen 2026/27	Haushaltsrahmen 2027/28
Umsätze	48.966.697	56.524.575	54.452.975
Andere Einnahmen	2.877.128	2.188.000	1.891.000
Freigabe TRR IOC	6.160.000	9.500.000	2.716.000
Gesamteinnahmen	58.009.881	68.212.575	59.059.975
Unterstützung NV	- 21.907.416	- 23.646.800	- 22.396.000
OK-Zahlungen	- 6.295.154	- 8.019.000	- 7.507.000
Preisgelder	- 9.519.846	- 11.290.800	- 11.379.300
Indirekte Unterstützung NV/OK	- 6.702.567	- 7.186.324	- 7.442.000
Betriebskosten	- 7.271.309	- 7.731.350	- 5.329.000
Personalkosten	- 3.712.569	- 4.288.000	- 4.369.000
Abschreibungen	- 504,675	- 447,000	- 568,000
Neue Target-2030-Projekte		- 500,000	- 2.000.000
Ausgaben gesamt	- 55.913.536	- 63.109.274	- 60.990.300
Betriebsüberschuss / (Defizit)	5.103.301	5.103.301	- 1.930.325
aus Transparenzgründen umfassen die Einnahmen die freigegebene gestaffelte Rücklage (IOC)			
Wertminderung Anteile an IBU GmbH	-3.190.000	-2.330.000	- 1.400.000
Gesamtinvestitionen:		390.000	

- **Der Kongress wird ersucht, die Bestellung von Crowe als Wirtschaftsprüfungskanzlei der IBU um die nächsten zwei Geschäftsjahre zu verlängern**

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.1 ANTRÄGE AUF ÄNDERUNG DER VERFASSUNG

14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände

Betrifft Artikel 8.1.7 und 8.1.12

BEGRÜNDUNG

Um das Ansehen der Internationalen Biathlon Union (IBU) zu wahren und ein kontinuierliches Wachstum des Biathlon und Para-Biathlon sicherzustellen, müssen nationale Mitgliedsverbände (NV) für stabile Finanzen sorgen. Durch die Einführung dieses Standards wird diese Voraussetzung für eine Aufnahme die Qualität der Anwarter auf eine IBU-Mitgliedschaft erheblich verbessern und gleichzeitig einen besonnenen Umgang mit finanziellen Mittel im Biathlon und Para-Biathlon gewährleisten.

Dieser Antrag erfordert die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit (2/3) der abgegebenen Stimmen.

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
8. Pflichten der NV-Mitglieder		
8.1.7		die Vorgaben des Biathlon-Governance-Rahmen erfüllen;
8.1.12	auf Verlangen des Vorstands und innerhalb des von diesem vorgegebenen Zeitraums einen Bericht über die Aktivitäten des NV-Mitglieds vorlegen (einschließlich aller wichtigen Biathlonwettkämpfe samt internationaler Wettkämpfe, die in seinem Land ausgetragen werden, sowie der in seinem Land durchgeführten Maßnahmen zur Dopingbekämpfung).	auf Verlangen des Vorstands oder des BIU-Vorstands und innerhalb des vom Vorstand oder BIU-Vorstand diesem vorgegebenen Zeitraums einen Bericht über die Aktivitäten des NV-Mitglieds vorlegen (einschließlich aller wichtigen Biathlonwettkämpfe samt internationaler Wettkämpfe, die in seinem Land ausgetragen werden, sowie der in seinem Land durchgeführten Maßnahmen zur Dopingbekämpfung und der finanziellen Aktivitäten gemäß Anfrage).

LEGENDE Aktuelle Fassung | Gestrichener Wortlaut | Neuer Wortlaut | Verschobener Wortlaut (wohin der gestrichene Wortlaut verschoben wurde)

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- **14.1.1** Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- **14.1.2** Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- **14.1.3** Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- **14.1.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- **14.1.5** Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- **14.1.6** Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts

Betrifft Artikel 8, 9, 27, 28, 30 und 31

BEGRÜNDUNG

Disziplinarverfahren werden derzeit beim Internationalen Sportgerichtshof (CAS) durchgeführt. Eine Herausforderung waren die Verzögerungen bei der Vergabe von Auszeichnungen, da in manchen Fällen zwischen der Anrufung des Schiedsgerichts und einer Entscheidung, gegen die kein Rechtsmittel eingelegt werden kann, über vier (4) Jahre lagen. Die IBU ist (mit Ausnahme von Berufungsverfahren in Anti-Doping-Fällen) nicht dazu verpflichtet, Schiedsgerichtsverfahren vor dem CAS zu führen und kann einen anderen Dienstleister als Schiedsgericht einsetzen. Die BIU hat dazu Informationen von Sport Resolutions eingeholt, einem unabhängigen Schiedsorgan für den Sport. Sport Resolutions bietet Schieds-, Disziplinar- und Berufungsdienstleistungen für Sportverbände, Dachverbände und Teilnehmende an.

Kurze Vorstellung von Sport Resolutions, dem vorgeschlagenen Dienstleister

- **Zügige Verfahren** – abschließende Entscheidungen liegen üblicherweise innerhalb von 21 Tagen nach Ende der Anhörung vor
- **Zusammensetzung der Gremien** – Anhörungen werden von dreiköpfigen Gremien durchgeführt. Die Besetzung der Gremien nimmt Sport Resolutions vor. Verfahrensbeteiligte haben keinen Einfluss auf die Auswahl oder Ernennung der Gremiumsmitglieder.
- **Schiedsrichterpool** – Sport Resolutions verfügt über einen Pool von mehr als 300 Schiedsrichtern mit Fachwissen zum Sport, Disziplinar- und regulatorischen Fragen, wie auch Fachgremien für Safeguarding.
- Langfristige vertragliche Bindung, in der Regel für mindestens drei Jahre.
- Für Verwaltungstätigkeiten von Sport Resolutions und für Schiedsrichter sind durch feste Honorarsätze vereinbart.
- Falls erforderlich kann eine gesonderte Verfahrensordnung berücksichtigt werden. Sport Resolutions verfügt zwar über eine eigene, etablierte Verfahrensordnung, stellt sich aber auch gern auch auf ein bestehendes sportliches Regelwerk ein.

Bei Annahme des Antrags könnte dieser Dienstleister nicht nur disziplinarische Angelegenheiten abhandeln, sondern auch alle anderen Themen, die nicht Anti-Doping betreffen (ausgenommen Anträge auf Aufhebung einer vorläufigen Suspendierung).

Daraus ergibt sich der Vorschlag, alle Regeln, die das Schiedsgericht betreffen, in einer neuen IBU-Verfahrensordnung zusammenzuziehen, die der Vorstand genehmigen müsste. Mit dieser Struktur hielte sich die IBU die Möglichkeit offen, den Dienstleister jederzeit wieder zu wechseln.

Das Vorgehen bei minder schweren Verstößen würde noch detaillierter ausgearbeitet (mit der zusätzlichen Möglichkeit, aus einigen spezifischen Gründen Rechtsmittel einzulegen) und der IBU-Verfahrensordnung hinzugefügt.

Umbenennung der Disziplinarkommission in „Schiedsgericht“

Da der Dienstleister für verschiedenste und nicht nur für disziplinarische Angelegenheiten zuständig ist, wird vorgeschlagen, die Disziplinarkommission in „Schiedsgericht“ umzubenennen. Sämtliche unten aufgeführten Änderungen ergeben sich aus dieser Umbenennung.

Dieser Antrag erfordert die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit (2/3) der abgegebenen Stimmen.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
8. Pflichten der NV-Mitglieder		
8.1.3	diese Verfassung, die Regeln und die Entscheidungen des Kongresses, des Vorstands, der Biathlon-Integritätseinheit und des CAS in jeder Hinsicht befolgen;	diese Verfassung, die Regeln und die Entscheidungen des Kongresses, des Vorstands, der Biathlon-Integritätseinheit, des Schiedsgerichts und des CAS in jeder Hinsicht befolgen;
9. Außerordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder		
9.3.2	in jeder Hinsicht diese Verfassung und die Regeln sowie die Entscheidungen des Kongresses, des Vorstands, der Disziplinarkommissionen und des CAS befolgen; und	in jeder Hinsicht diese Verfassung und die Regeln sowie die Entscheidungen des Kongresses, des Vorstands, ~~der Disziplinarkommissionen~~ des Schiedsgerichts und des CAS befolgen; und
27. Eignung als IBU-Funktionär		
27.7	Gegen eine Entscheidung des BIU-Vorstands, dass eine Person nicht geeignet ist, kann beim CAS gemäß Artikel 31.1 Berufung eingelegt werden.	Gegen eine Entscheidung des BIU-Vorstands, dass eine Person nicht geeignet ist, kann beim Vorsitzenden des Schiedsgerichts ~~CAS~~ gemäß Artikel 31.2 ~~31.1~~ Berufung eingelegt werden.
28. Einrichtung und Auftrag der BIU		
28.3.6	im Namen der IBU Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Disziplinarkommission beim CAS einzulegen oder (wie jeweils zutreffend) solche Entscheidungen vor dem CAS zu verteidigen; und	im Namen der IBU Rechtsmittel gegen Entscheidungen ~~der Disziplinarkommission~~ des Schiedsgerichts beim CAS einzulegen oder (wie jeweils zutreffend) solche Entscheidungen vor dem CAS zu verteidigen; und
28.5		Die IBU verabschiedet und unterhält die IBU-Verfahrensordnung zur Regelung der Verfahren vor dem Schiedsgericht.
30. Angebliche Regelverstöße		
30.2.2	[...] wenn der angebliche Verstoß den übrigen Teil des IBU Integrity Codes betrifft, ist die Angelegenheit an die Ordinary Division des CAS zu verweisen, die einen oder mehrere CAS-Schiedsrichter als Disziplinarkommission ernennt, welche den Fall gemäß den einschlägigen Bestimmungen des IBU Integrity Codes, und dem CAS Code of Sports-related Arbitration verhandelt und entscheidet. Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit, dass die BIU stattdessen angebliche Verstöße gegen den IBU Integrity Code auch an den Generalsekretär verweisen kann, wenn sie diese Verstöße für geringfügig oder aus sonstigen Gründen für eine solche Verweisung geeignet hält. Der Generalsekretär hat diesfalls solche Fälle in einem Verfahren anzuhören und zu entscheiden, das effizient und wirksam ist und zugleich das Recht der beschuldigten Partei auf ein faires Verfahren berücksichtigt.	[...] wenn der angebliche Verstoß den übrigen Teil des IBU Integrity Codes betrifft, ist die Angelegenheit an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts ~~die Ordinary Division des CAS~~ zu verweisen, der die einen oder mehrere Mitglieder des Schiedsgremiums zum Schiedsgericht ~~CAS-Schiedsrichter als Disziplinarkommission~~ ernennt, welches den Fall gemäß den einschlägigen Bestimmungen des IBU Integrity Codes und der IBU-Verfahrensordnung , ~~und dem CAS Code of Sports-related Arbitration~~ verhandelt und entscheidet. ~~—Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit, dass die BIU stattdessen angebliche Verstöße gegen den IBU Integrity Code auch an den Generalsekretär verweisen kann, wenn sie diese Verstöße für geringfügig oder aus sonstigen Gründen für eine solche Verweisung geeignet hält. Der Generalsekretär hat diesfalls solche Fälle in einem Verfahren anzuhören und zu entscheiden, das effizient und wirksam ist und zugleich das Recht der beschuldigten Partei auf ein faires Verfahren berücksichtigt.~~

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
31. Rechtsmittel gegen IBU-Entscheidungen		
31.1	Alle ‚Field of Play‘-Entscheidungen einschließlich der Entscheidungen über Proteste gemäß den IBU-Veranstaltungs- und Wettkampfbregeln sind endgültig und bindend für alle betroffenen Parteien und können vor keinem Gremium angefochten und keine anderen Rechtsmittel gegen sie eingelegt werden, es sei denn, die betroffene Partei behauptet, über direkte Beweise zu verfügen, wonach die Entscheidung durch Betrug, Korruption oder andere Unredlichkeiten oder durch Befangenheit beeinflusst worden sei. Ein solcher Antrag wird gemäß dem CAS Code of Sports-related Arbitration und der in der CAS-Rechtsprechung entwickelten Field of Play-Lehre ausschließlich von einem oder mehreren Schiedsrichtern entschieden, die von der CAS Ordinary Division ernannt werden.	Alle ‚Field of Play‘-Entscheidungen einschließlich der Entscheidungen über Proteste gemäß den IBU-Veranstaltungs- und Wettkampfbregeln sind endgültig und bindend für alle betroffenen Parteien und können vor keinem Gremium angefochten und keine anderen Rechtsmittel gegen sie eingelegt werden, es sei denn, die betroffene Partei behauptet, über direkte Beweise zu verfügen, wonach die Entscheidung durch Betrug, Korruption oder andere Unredlichkeiten oder durch Befangenheit beeinflusst worden sei. Ein solcher Antrag wird gemäß ~~dem CAS Code of Sports-related Arbitration und der in der CAS-Rechtsprechung entwickelten Field of Play-Lehre~~ der IBU-Verfahrensordnung ausschließlich von einem oder mehreren Schiedsrichtern ~~des Schiedsgremiums~~ entschieden, die ~~dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts~~ ~~von der CAS Ordinary Division~~ ernannt werden, wobei das ~~Schiedsgericht~~ seine Berufungszuständigkeit ausübt (unter strikter Beachtung der oben genannten Beschränkung der Berufungsgründe).
31.2	Soweit diese Verfassung oder die Regeln (einschließlich des IBU-Integrity Codes) einer Partei ein Recht auf Berufung gegen eine Entscheidung einräumen, ist die Berufung (sofern in dieser Verfassung oder in den Regeln nichts anderes bestimmt ist) ausschließlich an die CAS Appeals Division zu richten, die einen oder drei CAS-Schiedsrichter ernennt, um über die Berufung gemäß dem CAS Code of Sports-related Arbitration endgültig zu entscheiden. Bis zur Entscheidung über die Berufung bleibt die angefochtene Entscheidung in vollem Umfang in Kraft, sofern der CAS nichts anderes anordnet. Die Entscheidung des CAS, mit der über die Berufung entschieden wird, kann vor keinem Gremium und aus keinem Grund angefochten werden, es sei denn, eine solche Möglichkeit ergibt sich aus Kapitel 12 des schweizerischen Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht.	Soweit diese Verfassung oder die Regeln (einschließlich des IBU Integrity Codes) einer Partei ein Recht auf Berufung gegen eine Entscheidung einräumen, ist die Berufung (sofern in dieser Verfassung oder in den Regeln nichts anderes bestimmt ist) ausschließlich an ~~den Vorsitzenden des Schiedsgerichts~~ ~~die CAS Appeals Division~~ zu richten, ~~der die einen oder drei Mitglieder des Schiedsgremiums CAS-Schiedsrichter~~ ernennt, um ~~als Schiedsgericht~~ über die Berufung gemäß ~~der IBU-Verfahrensordnung dem CAS Code of Sports-related Arbitration~~ endgültig zu entscheiden. Bis zur Entscheidung über die Berufung bleibt die angefochtene Entscheidung in vollem Umfang in Kraft, sofern ~~das Schiedsgericht~~ ~~der CAS~~ nichts anderes anordnet. Die Entscheidung des ~~Schiedsgerichts~~ ~~CAS~~ , mit der über die Berufung entschieden wird, kann vor keinem Gremium und aus keinem Grund angefochten werden, ~~es sei denn, eine solche Möglichkeit ergibt sich aus Kapitel 12 des schweizerischen Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht.~~

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt

Betrifft Artikel 17.2, 26.2 und 26.2.2

BEGRÜNDUNG
Die Best-Practice-Richtlinien für Good Governance der Olympischen Bewegung zielen auf die Gleichstellung der Geschlechter in Entscheidungsgremien ab, insbesondere in den Vorständen der olympischen Sportverbände und bei anderen gewählten Amtsträgern. In Target 2030 hat sich die IBU das Ziel gesetzt, hinsichtlich Good Governance, Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt der führende Wintersport zu werden. Diese Änderungen stärken die Governance und Legitimität der IBU sowie die Zukunft des Sports.

Dieser Antrag erfordert die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit (2/3) der abgegebenen Stimmen.

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
17 VORSTAND		
17.2	Der Präsident, der Vizepräsident, der Schatzmeister und die sechs weiteren in Artikel 17.1.1 genannten Personen werden in dieser Reihenfolge bei jeder Sitzung der Wahlversammlung gewählt. Sie alle müssen verschiedenen ordentlichen NV-Mitgliedern angehören. Beginnend mit dem Vorstand, der in der Wahlversammlung 2026 gewählt wird, müssen mindestens drei männliche und drei weibliche Vertreter in den Vorstand gewählt werden (vorausgesetzt, dass sich unter den Kandidaten für die Wahl mindestens jeweils drei Kandidaten der beiden Geschlechter befinden).	Der Präsident, der Vizepräsident, der Schatzmeister und die sechs weiteren in Artikel 17.1.1 genannten Personen werden in dieser Reihenfolge bei jeder Sitzung der Wahlversammlung gewählt. Sie alle müssen verschiedenen ordentlichen NV-Mitgliedern angehören. Beginnend mit dem Vorstand, der in der Wahlversammlung 20302026 gewählt wird, müssen mindestens vierdreie männliche und vierdreie weibliche Vertreter in den Vorstand gewählt werden (vorausgesetzt, dass sich unter den Kandidaten für die Wahl mindestens jeweils vierdreie Kandidaten der beiden Geschlechter befinden).
26 TECHNISCHES KOMITEE		
26.2	Das Technische Komitee besteht aus zwölf (12) Mitgliedern, wobei eines vom Athletenkomitee gemäß Artikel 25.3 ernannt wird, eines von den Weltcuptrainern ernannt wird, und die anderen zehn von den ordentlichen NV-Mitgliedern nominiert und vom Kongress gemäß Artikel 13.2.7 gewählt werden, wobei diese Wahl gemäß der Kongressordnung durchzuführen ist.	Das Technische Komitee besteht aus dreizehnzwölf (132) Mitgliedern, wobei eines vom Athletenkomitee gemäß Artikel 25.3 ernannt wird, eines von den Weltcuptrainern ernannt wird, eines vom Para-Biathlon-Komitee, und die anderen zehn von den ordentlichen NV-Mitgliedern nominiert und vom Kongress gemäß Artikel 13.2.7 gewählt werden, wobei diese Wahl gemäß der Kongressordnung durchzuführen ist.
26.2.2	Beginnend mit dem anlässlich des Wahlkongresses 2026 gewählten Technischen Komitee müssen die zehn vom Kongress gewählten Mitglieder alle Staatsangehörige unterschiedlicher Länder sein und es müssen sich mindestens drei männliche und drei weibliche Mitglieder darunter befinden (vorausgesetzt, dass sich unter den Kandidaten für die Wahl mindestens jeweils drei Kandidaten der beiden Geschlechter befinden). Ihre Amtszeit beträgt etwa vier Jahre, und zwar beginnend mit dem Ende der Wahlversammlung, in der sie gewählt wurden, und endend mit dem Ende der nächsten Wahlversammlung.	Beginnend mit dem anlässlich des Wahlkongresses 20302026 gewählten Technischen Komitee müssen die zehn vom Kongress gewählten Mitglieder alle Staatsangehörige unterschiedlicher Länder sein und es müssen sich mindestens vierdreie männliche und vierdreie weibliche Mitglieder darunter befinden (vorausgesetzt, dass sich unter den Kandidaten für die Wahl mindestens jeweils vierdreie Kandidaten der beiden Geschlechter befinden). Ihre Amtszeit beträgt etwa vier Jahre, und zwar beginnend mit dem Ende der Wahlversammlung, in der sie gewählt wurden, und endend mit dem Ende der nächsten Wahlversammlung.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien

Betrifft Artikel 38

BEGRÜNDUNG
Diese vorgeschlagene Änderung dient der Vereinfachung der Verwaltung.

Dieser Antrag erfordert die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit (2/3) der abgegebenen Stimmen.

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
38 Offizielle Sprachen		
38.	38.1 Die offizielle Sprache der IBU ist Englisch. Alle Dokumente oder Mitteilungen an die IBU erfolgen in englischer Sprache. 38.2 Die offiziellen Sprachen des <i>Kongresses</i> sind Englisch, Deutsch und Russisch. Andere IBU-Gremien können eine der offiziellen Sprachen des Kongresses als Arbeitssprache wählen, wobei Englisch die bevorzugte Wahl ist. 38.3 Die Verfassung und die Regeln werden in englischer, deutscher und russischer Sprache veröffentlicht. Protokolle, Berichte und andere Mitteilungen der IBU werden in englischer Sprache und in jeder anderen vom Vorstand festgelegten Sprache veröffentlicht. 38.4 Im Falle einer unterschiedlichen Auslegung eines Textes ist die englische Fassung maßgebend.	38.1 Die offizielle Sprache der IBU ist Englisch. Alle Dokumente oder Mitteilungen an die IBU erfolgen in englischer Sprache. 38.2 Die offiziellen Verfahrenssprachen des Kongresses und anderer IBU-Gremien ist sind Englisch.,~~Deutsch und Russisch. Andere IBU-Gremien können eine der offiziellen Sprachen des Kongresses als Arbeitssprache wählen, wobei Englisch die bevorzugte Wahl ist.~~ 38.3 Die Verfassung und die Regeln ~~werden in englischer, deutscher und russischer Sprache veröffentlicht.~~, Protokolle, Berichte und andere Mitteilungen der IBU werden in englischer Sprache und in jeder anderen vom Vorstand festgelegten Sprache veröffentlicht. 38.4 Im Falle einer unterschiedlichen Auslegung eines Textes ist die englische Fassung maßgebend.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation

Betrifft Anhang 1 Definitionen und Interpretation

BEGRÜNDUNG

Hinzufügung von Definitionen für neue Terminologie aus den vorangegangenen Anträgen sowie Präzisierung der Definition und Interpretation einiger Begriffe.

Dieser Antrag erfordert die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit (2/3) der abgegebenen Stimmen.

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
ANHANG 1 DEFINITIONEN UND INTERPRETATION		
A1.1	Disziplarkommission ist ein Gremium aus einer oder mehreren Personen, die gemäß Artikel 30 und 31 dafür verantwortlich sind, angebliche Verstöße gegen den IBU Integrity Code oder anderer Regeln anzuhören und darüber zu entscheiden.	DisziplarkommissionSchiedsgericht ist ein Gremium aus einer oder mehreren Personen, die gemäß Artikel 30 und 31 dafür verantwortlich sind, angebliche Verstöße gegen den IBU Integrity Code oder andere Regeln anzuhören und darüber zu entscheiden.
A1.1		„Biathlon-Governance-Rahmen ist der von der IBU geschaffene Ordnungsrahmen zur Bewertung und Begleitung der Governance-Praxis der NV-Mitglieder, innerhalb dessen NV-Mitglieder gemäß den Anforderungen der anwendbaren Regeln Governance-Informationen und weitere Unterlagen bereitstellen. Vorsitzender des Schiedsgerichts bezeichnet das gemäß der IBU-Verfahrensordnung bestimmte jeweilige Mitglied des Schiedsgremiums, das von Zeit zu Zeit die Rolle des Vorsitzenden des Schiedsgerichts übernimmt. Schiedsgremium bezeichnet die Gruppe von Personen mit den erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen, die regelmäßig angepasst wird und aus der Schiedsgerichte gebildet werden können. IBU-Verfahrensordnung bezeichnet die vom IBU-Vorstand herausgegebene Verfahrensordnung für Verfahren vor dem Schiedsgericht.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

Betrifft Anhang 4 Zusätzliche Bestimmungen für die NV-Mitglieder

BEGRÜNDUNG
Angesichts der guten Führungsarbeit der IBU im Biathlon und Para-Biathlon hat das Interesse an einer IBU-Mitgliedschaft zugenommen. Um die Qualität der Anträge sicherzustellen und den Bearbeitungsaufwand der IBU-Abteilungen bei der Prüfung der Anträge zu verringern, erleichtert die Änderung von Anhang 4 das Verständnis des Antragsverfahren für Antragsteller. Die Zahlung einer einmaligen, nicht erstattungsfähigen Bearbeitungsgebühr wird so bereits praktiziert und soll nun Teil der verpflichtenden Anforderungen für die Einreichung des Antrags an den Vorstand werden.

Dieser Antrag erfordert die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit (2/3) der abgegebenen Stimmen.

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
ANHANG 4 ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN FÜR DIE NV-MITGLIEDER		
A4.1.1.1	Ein nationaler Verband, der NV-Mitglied für ein Land werden möchte, für das es kein aktuelles NV-Mitglied gibt, muss dies schriftlich beim Vorstand beantragen.	Ein nationaler Verband, der NV-Mitglied für ein Land werden möchte, für das es kein aktuelles NV-Mitglied gibt, muss dies die provisorische Mitgliedschaft schriftlich beim Vorstand beantragen.
A4.1.2	A4.1.2 Der Antrag auf <i>NV-Mitgliedschaft</i> muss enthalten: A4.1.2.1 den Namen und die Adresse des nationalen Verbandes, der die Aufnahme als NV-Mitglied beantragt; A4.1.2.2 die Namen und Adressen des Exekutivorgans und der leitenden Angestellten des nationalen Verbandes, seine Mitgliedschaftskategorien und Mitgliederzahlen in jeder Kategorie sowie die Anzahl der einzelnen Teilnehmer, die ihm angeschlossen sind; A4.1.2.3 eine Kopie der Verfassung des nationalen Verbandes (ggf. ins Englische übersetzt); und A4.1.2.4 den Nachweis, dass der nationale Verband alle Anforderungen an ein NV-Mitglied erfüllt (oder, im Falle eines Antrags auf Übertragung, alle Anforderungen erfüllen würde).	A4.1.2 Der Antrag auf <i>NV-Mitgliedschaft</i> muss enthalten: A4.1.2.1 den Namen und die Adresse des nationalen Verbandes, der die Aufnahme als NV-Mitglied beantragt; A4.1.2.2 die Namen und Adressen des Exekutivorgans und der leitenden Angestellten des nationalen Verbandes, seine Mitgliedschaftskategorien und Mitgliederzahlen in jeder Kategorie sowie die Anzahl der einzelnen Teilnehmer, die ihm angeschlossen sind; A4.1.2.3 eine Kopie der Verfassung des nationalen Verbandes (ggf. ins Englische übersetzt); ~~und~~ A4.1.2.4 den Nachweis, dass der nationale Verband alle Anforderungen an ein NV-Mitglied erfüllt (oder, im Falle eines Antrags auf Übertragung, alle Anforderungen erfüllen würde); ~~und~~ A4.1.2.4 einen Nachweis über die Zahlung einer einmaligen, nicht erstattungsfähigen Bearbeitungsgebühr an die IBU wie vom Vorstand festgelegt.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
A4.1.3	Der Vorstand kann vom Antragsteller die Bereitstellung weiterer Informationen verlangen, die er für den Antrag für relevant hält. Wenn der Vorstand davon überzeugt ist, dass der Antrag alle Anforderungen des Artikels 6 an ein NV-Mitglied erfüllt, hat er den Antrag der nächsten Versammlung des Kongresses zur Entscheidung vorzulegen. Sofern der Antrag nicht darauf abzielt, ein suspendiertes NV-Mitglied zu ersetzen, kann der Vorstand einen antragstellenden nationalen Verband als provisorisches Mitglied bis zu jener Versammlung zulassen. Wenn der Kongress ein provisorisches NV-Mitglied, das vom Vorstand als provisorisches NV-Mitglied aufgenommen worden ist, nicht gemäß diesem Artikel als ordentliches NV-Mitglied zulässt, endet die provisorische Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung.	Der Vorstand kann vom Antragsteller die Bereitstellung weiterer Informationen verlangen, die er für den Antrag für relevant hält. Der Vorstand darf für Due-Diligence-Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Antragsverfahren die BIU mit einbeziehen. ~~Wenn der Vorstand davon überzeugt ist, dass der Antrag alle Anforderungen des Artikels 6 an ein NV-Mitglied erfüllt, hat er den Antrag der nächsten Versammlung des Kongresses zur Entscheidung vorzulegen. Sofern der Antrag nicht darauf abzielt, ein suspendiertes NV-Mitglied zu ersetzen, kann der Vorstand einen antragstellenden nationalen Verband als provisorisches Mitglied bis zu jener Versammlung zulassen. Wenn der Kongress ein provisorisches NV-Mitglied, das vom Vorstand als provisorisches NV-Mitglied aufgenommen worden ist, nicht gemäß diesem Artikel als ordentliches NV-Mitglied zulässt, endet die provisorische Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung.~~ <i>(durchgestrichener, grüner Text für mehr Klarheit in eigenen Artikel unten verschoben)</i>
A4.1.4	<i>[Nummerierung der Artikel um eins verschoben]</i>	A4.1.4 Wenn der Vorstand davon überzeugt ist, dass der Antrag vollständig ist und alle Anforderungen des Artikels 6 an ein NV-Mitglied erfüllt, hat er den Antrag der nächsten Versammlung des Kongresses zur Entscheidung vorzulegen. A4.1.4.1 Sofern der Antrag nicht darauf abzielt, ein suspendiertes NV-Mitglied zu ersetzen, kann der Vorstand einen antragstellenden nationalen Verband als provisorisches Mitglied bis zu jener Versammlung zulassen. A4.1.4.2 Wenn der Kongress ein provisorisches NV-Mitglied, das vom Vorstand als provisorisches NV-Mitglied aufgenommen worden ist, nicht gemäß diesem Artikel als ordentliches NV-Mitglied zulässt, endet die provisorische Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung.
A4.1.5	Wenn die Mitgliedschaft für ein bestimmtes Land vakant ist und mehr als ein Rechtsträger die Aufnahme als NV-Mitglied für dieses Land beantragt oder wenn ein NV-Mitglied vom Vorstand oder vom Kongress suspendiert wurde und ein anderes Organ schriftlich beim Vorstand die Aufnahme als Ersatz für dieses suspendierte NV-Mitglied beantragt oder wenn konkurrierende Ansprüche vorliegen, das NV-Mitglied für ein bestimmtes Land zu sein und der Vorstand es für angemessen hält, diese Klausel anzuwenden, werden die konkurrierenden Ansprüche wie folgt entschieden:	Wenn die Mitgliedschaft für ein bestimmtes Land vakant ist und mehr als ein Rechtsträger die Aufnahme als NV-Mitglied für dieses Land beantragt oder wenn ein NV-Mitglied vom Vorstand oder vom Kongress suspendiert wurde und ein anderes Organ schriftlich beim Vorstand die Aufnahme als Ersatz für dieses suspendierte NV-Mitglied beantragt oder wenn konkurrierende Ansprüche vorliegen, das NV-Mitglied für ein bestimmtes Land zu sein und der Vorstand es für angemessen hält, diese Klausel anzuwenden, werden die konkurrierenden Ansprüche wie folgt entschieden: <i>[Nummerierung der Artikel jeweils um eins hochgezählt]</i> (Vorher A4.1.4., jetzt A4.1.5) Lehnt es der Vorstand ab, einen Antrag auf Aufnahme als NV-Mitglied beim Kongress einzureichen oder lehnt der Kongress den Antrag ab (was er nach eigenem Ermessen zu beurteilen hat), so kann der antragstellende nationale Verband diese Entscheidung gemäß Artikel ~~31.234.1~~ 31.234.1 beim Vorsitzenden des SchiedsgerichtsCAS anfechten.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

- 14.1.1 Antrag des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung der Good-Governance-Prinzipien auf nationaler Ebene, auch für neu beitretende nationale Mitgliedsverbände
- 14.1.2 Antrag des Vorstands auf Einsetzung eines Schiedsgerichts
- 14.1.3 Antrag des Vorstands zur Stärkung von Geschlechterparität und Vielfalt
- 14.1.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung von Englisch als Verfahrenssprache des Kongresses und anderer IBU-Gremien
- 14.1.5 Antrag des Vorstands auf zusätzliche Definitionen und Präzisierung der Interpretation
- 14.1.6 Antrag des Vorstands zur Klärung der Verfahrensschritte zur Aufnahme als provisorisches Mitglied der IBU

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Fassung	Vorgeschlagene Fassung
A4.1.6.5		(Vorher A4.1.5.5, jetzt A4.1.6.5) Die Entscheidung des Kongresses ist endgültig. Der abgelehnte Antragsteller kann diese Entscheidung ausschließlich beim Vorsitzenden des Schiedsgerichts durch Rechtsmittel zum CAS gemäß Artikel 31.2 31.1 anfechten.
A4.4.3		Entscheidungen über den Ausschluss, die Suspendierung oder die Verhängung anderer Sanktionen gegen ein NV-Mitglied können von dem NV-Mitglied ausschließlich beim Vorsitzenden des Schiedsgerichts durch Rechtsmittel zum CAS gemäß Artikel 31.231.1 angefochten werden.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

- 14.2.1 Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030
- 14.2.2 Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup
- 14.2.3 Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.2.1 Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030

Betrifft Artikel 1.3

BEGRÜNDUNG

Die Änderung sieht die periodische Anpassung der seasonspezifischen Klassen der Teilnehmer vor und legt das Mindestalter für die Teilnahme an IBU-Veranstaltungen fest.

Art.	Aktuelle Formulierung	Vorgeschlagene Formulierung																																																							
1.3. periodische Anpassung der Wettbewerbsklassen																																																									
1.3	Wettkämpferklassen Die IBU-Wettkampfsaison dauert vom 1. Juli bis zum 30. Juni. Altersklassen für die gesamte IBU-Wettkampfsaison basieren auf dem Alter des Wettkämpfers im Kalenderjahr. Für IBU-Wettkämpfe sind die folgenden Klassen anerkannt: <table><tr><th colspan="5">IBU-ALTERSKLASSEN</th></tr><tr><th>Saison</th><th>Männer/Frauen</th><th>U21</th><th>U19</th><th>U17</th></tr><tr><td>01.07.2025 - 30.06.2026</td><td>2004 + älter</td><td>2005, 2006</td><td>2007 - 2008</td><td>2009 - 2010</td></tr><tr><td>01.07.2026 - 30.06.2027</td><td>2005 + älter</td><td>2006, 2007</td><td>2008 - 2009</td><td>2010 - 2011</td></tr><tr><td>01.07.2027 - 30.06.2028</td><td>2006 + älter</td><td>2007, 2008</td><td>2009 - 2010</td><td>2011 - 2012</td></tr></table>	IBU-ALTERSKLASSEN					Saison	Männer/Frauen	U21	U19	U17	01.07.2025 - 30.06.2026	2004 + älter	2005, 2006	2007 - 2008	2009 - 2010	01.07.2026 - 30.06.2027	2005 + älter	2006, 2007	2008 - 2009	2010 - 2011	01.07.2027 - 30.06.2028	2006 + älter	2007, 2008	2009 - 2010	2011 - 2012	Wettkämpferklassen Die IBU-Wettkampfsaison dauert vom 1. Juli bis zum 30. Juni. ~~Altersklassen für die gesamte IBU-Wettkampfsaison basieren auf dem Alter des Wettkämpfers im Kalenderjahr.~~ Für IBU-Wettkämpfe sind die folgenden Klassen anerkannt: <table><tr><th colspan="5">IBU-ALTERSKLASSEN</th></tr><tr><th>Saison</th><th>Männer/Frauen</th><th>U21</th><th>U19</th><th>U17</th></tr><tr><td>01.07.2026 - 30.06.2027</td><td>2005 + älter</td><td>2006 - 2007</td><td>2008 - 2009</td><td>2010 - 2011</td></tr><tr><td>01.07.2027 - 30.06.2028</td><td>2006 + älter</td><td>2007 - 2008</td><td>2009 - 2010</td><td>2011 - 2012</td></tr><tr><td>01.07.2028 - 30.06.2029</td><td>2007 + älter</td><td>2008 - 2009</td><td>2010 - 2011</td><td>2012 - 2013</td></tr><tr><td>01.07.2029 - 30.06.2030</td><td>2008 + älter</td><td>2009 - 2010</td><td>2011 - 2012</td><td>2013 - 2014</td></tr></table> Das Mindestalter für die Teilnahme an IBU-Veranstaltungen entspricht der jüngsten U17-Altersklasse, die in der Tabelle für die jeweilige Saison festgelegt ist.	IBU-ALTERSKLASSEN					Saison	Männer/Frauen	U21	U19	U17	01.07.2026 - 30.06.2027	2005 + älter	2006 - 2007	2008 - 2009	2010 - 2011	01.07.2027 - 30.06.2028	2006 + älter	2007 - 2008	2009 - 2010	2011 - 2012	01.07.2028 - 30.06.2029	2007 + älter	2008 - 2009	2010 - 2011	2012 - 2013	01.07.2029 - 30.06.2030	2008 + älter	2009 - 2010	2011 - 2012	2013 - 2014
IBU-ALTERSKLASSEN																																																									
Saison	Männer/Frauen	U21	U19	U17																																																					
01.07.2025 - 30.06.2026	2004 + älter	2005, 2006	2007 - 2008	2009 - 2010																																																					
01.07.2026 - 30.06.2027	2005 + älter	2006, 2007	2008 - 2009	2010 - 2011																																																					
01.07.2027 - 30.06.2028	2006 + älter	2007, 2008	2009 - 2010	2011 - 2012																																																					
IBU-ALTERSKLASSEN																																																									
Saison	Männer/Frauen	U21	U19	U17																																																					
01.07.2026 - 30.06.2027	2005 + älter	2006 - 2007	2008 - 2009	2010 - 2011																																																					
01.07.2027 - 30.06.2028	2006 + älter	2007 - 2008	2009 - 2010	2011 - 2012																																																					
01.07.2028 - 30.06.2029	2007 + älter	2008 - 2009	2010 - 2011	2012 - 2013																																																					
01.07.2029 - 30.06.2030	2008 + älter	2009 - 2010	2011 - 2012	2013 - 2014																																																					

LEGENDE Aktuelle Fassung | ~~Gestrichener Wortlaut~~ | Neuer Wortlaut

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

- 14.2.1 Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030
- 14.2.2 Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup
- 14.2.3 Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.2.2 Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup

Betrifft die Artikel 12.6.2.1, 16.2.2, 17.3 und 18.3

BEGRÜNDUNG

Die Änderung berücksichtigt die Anpassungen der Zulassungsbestimmungen für die Junioren-WM die sich aus der Abschaffung der Jugend-WM auf dem letzten Kongress ergeben. Aus logistischen und organisatorischen Gründen wird das Startkontingent für die Offenen Europameisterschaften an jenes des IBU Cups angeglichen. Darüber hinaus werden die Bestimmungen zum Startkontingent für den JC an die Abschaffung des JC Nations Cup Score angepasst. Zusätzlich beinhaltet die Änderung eine redaktionelle Anpassung in Art. 16.2.2.

Art.	Aktuelle Formulierung	Vorgeschlagene Formulierung
12.6.2.1, 16.2.2, 17.3 und 18.3. Teilnahmequotenregelung für IBU-Veranstaltungen		
12.6.2.1	JWM Maximale Einschreibung und Meldungen Jeder NV darf maximal jeweils fünf Junioren und Juniorinnen sowie jeweils fünf Wettkämpfer Jugend männlich und Jugend weiblich für die Jug/Jun-WM einschreiben. Ab der Saison 2026/2027 (d.h. ab der Ausgabe 2027) wird die Veranstaltung auf die Kategorie U21/Junioren beschränkt sein. Es wird keine Jugendwettbewerbe mehr geben. Jugendathleten können gemäß Art. 1.3.1 teilnehmen. Ab der Saison 2026/27 müssen alle Athleten die Anforderungen gemäß Art. 1.5.3.5 erfüllen, um bei der JWM starten zu dürfen. Die folgenden Meldebestimmungen gelten für spezifische Wettkämpfe bei der Jug/Jun-WM bis dahin:	Jun-WM Maximale Einschreibung und Meldungen Jeder NV darf maximal jeweils fünf Junioren und Juniorinnen ~~sowie jeweils fünf Wettkämpfer Jugend männlich und Jugend weiblich~~ für die ~~Jug/Jun-WM~~ einschreiben. ~~Ab der Saison 2026/2027 (d.h. ab der Ausgabe 2027) wird die Veranstaltung auf die Kategorie U21/Junioren beschränkt sein. Es wird keine Jugendwettbewerbe mehr geben.~~ Jugendathleten können gemäß Art. 1.3.1 teilnehmen. ~~Ab der Saison 2026/27 müssen~~ Alle Athleten ~~müssen~~ die Anforderungen gemäß Art. 1.5.3.5 erfüllen, um bei der JWM starten zu dürfen. Die folgenden Meldebestimmungen gelten für spezifische Wettkämpfe bei der ~~Jug/Jun-WM bis dahin:~~
16.2.2	IBU Cup für außereuropäische Länder Alle außereuropäischen NV haben ein IBU-Cup-Startkontingent von 4 (vier) und können 6 (sechs) einschreiben, sofern sie nicht nach obigem Art. 16.1 über ein höheres Kontingent verfügen.	IBU Cup für außereuropäische Länder Alle außereuropäischen NV haben ein IBU-Cup-Startkontingent von 4 (vier) und können 6 (sechs) einschreiben, sofern sie nicht nach obigem Art. 16.1 über ein höheres Kontingent verfügen.



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

- 14.2.1 Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030
- 14.2.2 Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup
- 14.2.3 Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Formulierung	Vorgeschlagene Formulierung																								
17.3	Teilnehmer, Einschreibung und Meldung Wettkämpfer müssen Mitglieder eines NV der IBU sein. Alle NV der IBU dürfen bis zu acht (8) Wettkämpfer in jeder Klasse für die Teilnahme an der OEM einschreiben. Sechs Wettkämpfer von jedem NV dürfen für den Start in den Einzel-, Sprint- und Supersprintwettkämpfen pro Kategorie gemeldet werden. Jeder NV darf eine Staffelmannschaft pro Klasse im Staffelnwettkampf melden. Die 60 besten Wettkämpfer aus jeder Klasse im Qualifikationswettkampf sind für den Start im Verfolgungswettkampf zugelassen.	Teilnehmer, Einschreibung und Meldung Wettkämpfer müssen Mitglieder eines NV der IBU sein. Alle NV der IBU dürfen Wettkämpfer gemäß den Einschreibe- und Meldequoten für den IBU Cup nach Art. 16.2 registrieren und melden. Für außereuropäische Länder gilt Art. 16.2.2 ~~laut bis zu acht (8) Wettkämpfer in jeder Klasse für die Teilnahme an der OEM einschreiben. Sechs Wettkämpfer von jedem NV dürfen für den Start in den Einzel-, Sprint- und Supersprintwettkämpfen pro Kategorie gemeldet werden.~~ Jeder NV darf eine Staffelmannschaft pro Klasse im Staffelnwettkampf melden. Die 60 besten Wettkämpfer aus jeder Klasse im Qualifikationswettkampf sind für den Start im Verfolgungswettkampf zugelassen. <table><tr><th>IBU CUP RANKING</th><th>REGISTER</th><th>START</th><th>MAXIMUM ON START</th></tr><tr><td>1 to 5</td><td>8</td><td>6</td><td>30</td></tr><tr><td>6 to 10</td><td>7</td><td>5</td><td>25</td></tr><tr><td>11 to 20</td><td>6</td><td>4</td><td>40</td></tr><tr><td>21 and above</td><td>5</td><td>3</td><td>(60)</td></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td>Total 155</td></tr></table>	IBU CUP RANKING	REGISTER	START	MAXIMUM ON START	1 to 5	8	6	30	6 to 10	7	5	25	11 to 20	6	4	40	21 and above	5	3	(60)				Total 155
IBU CUP RANKING	REGISTER	START	MAXIMUM ON START																							
1 to 5	8	6	30																							
6 to 10	7	5	25																							
11 to 20	6	4	40																							
21 and above	5	3	(60)																							
			Total 155																							
18.3	Wettkämpfer und Meldung Jeder IBU-Mitgliedsverband kann fünf (5) weibliche und fünf (5) männliche Athleten einschreiben und melden. Die Ausrichternation sowie jene Nationen, welche in der vergangenen Saison unter den besten 10 in der Nationencupwertung des Junioren-Nationencups, WC oder IBU-Cups lagen, dürfen zwei (2) zusätzliche männliche und zwei (2) zusätzliche weibliche Athleten melden.	Wettkämpfer und Meldung Jeder IBU-Mitgliedsverband kann fünf (5) weibliche und fünf (5) männliche Athleten einschreiben und melden. Die Ausrichternation sowie jene Nationen, welche in der vergangenen Saison unter den besten 10 in der Nationencupwertung des ~~Junioren-Nationencups~~ , WC oder IBU-Cups lagen, dürfen zwei (2) zusätzliche männliche und zwei (2) zusätzliche weibliche Athleten melden.																								

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

- 14.2.1 Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030
- 14.2.2 Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup
- 14.2.3 Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

14.2.3 Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

Betrifft Artikel 1.5.3.1 – 1.5.3.7, 16.1, 16.2.1, 17.2 und 18.1

BEGRÜNDUNG

Auf dem letzten Kongress wurde der Prozess eingeleitet, die Qualifikationspunkte als alleiniges Zulassungskriterium für die Teilnahme an IBU-Veranstaltungen einzuführen. Im Rahmen dieses Prozesses sind weitere Anpassungen bezüglich der Qualifikationsveranstaltungen und der damit verbundenen Anforderungen erforderlich, die in die einschlägigen Vorschriften aufgenommen werden.

Art.	Aktuelle Formulierung	Vorgeschlagene Formulierung
1.5.3.1 – 1.5.3.7 Klarstellung zu den zulässigen Qualifikationswettkämpfen und zur Führung der Qualifikationspunktliste		
1.5.3.1	Olympische Winterspiele (OWS) Als Mindestanforderung für die Qualifikation zur Teilnahme an Wettkämpfen der OWS muss ein Wettkämpfer am Ende des letzten Trimesters vor den OWS über 180 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger verfügen oder eines der folgenden Kriterien während der aktuellen oder der vorhergehenden Saison erfüllen: a. Teilnahme an zwei Wettkämpfen mit einem Gewinn von 150 IBU-Qualifikationspunkten oder weniger bei IBU Cups, OEM, WM und/oder WC im Sprint oder Einzel, oder b. zwei Platzierungen in der oberen Hälfte bei der Jun-WM (nicht Jugend), oder c. je ein Ergebnis aus den oben genannten Kriterien a. und b. Alle Mitglieder der Staffelmannschaften müssen ebenfalls diese Qualifikationsanforderungen für einzelne Athleten erfüllen.	Olympische Winterspiele (OWS) Als Mindestanforderung für die Qualifikation zur Teilnahme an Wettkämpfen der OWS muss ein Wettkämpfer auf der gemäß 1.5.3.7 geltenden IBU-Qualifikationspunktliste am Ende des letzten Trimesters vor den OWS über 180 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger verfügen oder eines der das folgenden Kriterium während der aktuellen oder der vorhergehenden Saison erfüllen: ~~a.~~ Teilnahme an zwei Wettkämpfen mit einem Gewinn von 150 IBU-Qualifikationspunkten oder weniger bei anerkannten Regional Events, JC, JWM, IBU Cups, OEM, WM und/oder WC im Sprint oder Einzel, ~~oder~~ ~~b.~~ zwei Platzierungen in der oberen Hälfte bei der Jun-WM (nicht Jugend), ~~oder~~ ~~c.~~ je ein Ergebnis aus den oben genannten Kriterien a. und b. Alle Mitglieder der Staffelmannschaften müssen ebenfalls diese Qualifikationsanforderungen für einzelne Athleten erfüllen.
1.5.3.2	Weltmeisterschaften (WM) Als Mindestanforderung für die Qualifikation zur Teilnahme an Wettkämpfen der WM-Veranstaltungen muss ein Wettkämpfer am Ende des letzten Trimesters vor der WM über 180 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger verfügen oder eines der folgenden Kriterien während der aktuellen oder der vorhergehenden Saison erfüllen: a. Teilnahme an zumindest einem Wettkampf mit einem Gewinn von 150 IBU Qualifikationspunkten oder weniger bei IBU-Cups, OEM, WC oder OWS im Sprint, oder b. Eine Platzierung in der oberen Hälfte bei der Jun-WM (nicht Jugend). Alle Mitglieder der Staffelmannschaften müssen ebenfalls diese Qualifikationsanforderungen für einzelne Athleten erfüllen.	Weltmeisterschaften (WM) Als Mindestanforderung für die Qualifikation zur Teilnahme an Wettkämpfen der WM-Veranstaltungen muss ein Wettkämpfer auf der gemäß 1.5.3.7 geltenden IBU-Qualifikationspunktliste am Ende des letzten Trimesters vor der WM über 180 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger verfügen oder eines der das folgenden Kriterium während der aktuellen oder der vorhergehenden Saison erfüllen: ~~a.~~ Teilnahme an zwei Wettkämpfen mit einem Gewinn von 150 IBU-Qualifikationspunkten oder weniger bei anerkannten Regional Events, JC, JWM, IBU Cups, OEM, WM und/oder WC im Sprint oder Einzel, ~~oder~~ ~~b.~~ Eine Platzierung in der oberen Hälfte bei der Jun-WM (nicht Jugend). Alle Mitglieder der Staffelmannschaften müssen ebenfalls diese Qualifikationsanforderungen für einzelne Athleten erfüllen.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

- **14.2.1** Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030
- **14.2.2** Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup
- **14.2.3** Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Formulierung	Vorgeschlagene Formulierung
1.5.3.3	Weltcup (WC) The Die Weltcupseason setzt sich aus drei Trimestern zusammen, die generell jeweils aus 3 WC-Veranstaltungen bestehen, in der Regel WC 1-3, WC 4-6 und WC 7-9. Als Mindestanforderung für die Qualifikation zur Teilnahme an Wettkämpfen von WC-Veranstaltungen muss ein Wettkämpfer am Ende des letzten Trimesters über 150 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger verfügen oder eines der folgenden Kriterien erfüllen: a. Teilnahme an zumindest einem Wettkampf mit einem Gewinn von 125 IBU-Qualifikationspunkten oder weniger bei IBU-Cups, OEM, WC, WM oder OWS im Sprint oder Einzel während des aktuellen oder vorangegangenen Trimesters, oder b. Eine Platzierung in der oberen Hälfte bei der letzten Junioren-WM (nicht Jugend). Alle Mitglieder der Staffelmansschaften müssen ebenfalls diese Qualifikationsanforderungen für einzelne Athleten erfüllen.	Weltcup (WC) The Die Weltcupseason setzt sich aus drei Trimestern zusammen, die generell jeweils aus 3 WC-Veranstaltungen bestehen, in der Regel WC 1-3, WC 4-6 und WC 7-9. Als Mindestanforderung für die Qualifikation zur Teilnahme an Wettkämpfen der WC-Veranstaltungen muss ein Wettkämpfer ~~auf der gemäß 1.5.3.7 geltenden IBU-Qualifikationspunktliste am Ende des letzten Trimesters~~ über 150 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger verfügen oder ~~eines der folgenden Kriterium~~ während der aktuellen oder der vorhergehenden Saison erfüllen: ~~a-~~ Teilnahme an zwei Wettkämpfen mit einem Gewinn von 125 IBU-Qualifikationspunkten oder weniger bei ~~anerkannten Regional Events, JC, JWM~~ , IBU Cups, OEM, WM und/oder WC im Sprint oder Einzel, ~~oder~~ ~~b- Eine Platzierung in der oberen Hälfte bei der Jun-WM (nicht Jugend).~~ Alle Mitglieder der Staffelmansschaften müssen ebenfalls diese Qualifikationsanforderungen für einzelne Athleten erfüllen.
1.5.3.4	IBU Cup und OEM Die IBU-Cup-Saison besteht aus drei Trimestern, die in der Regel jeweils aus zwei bis drei Veranstaltungen bestehen, einschließlich OEM. Die Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am IBU Cup/OEM ist, dass ein Teilnehmer am Ende des Trimesters vor der Veranstaltung 300 IBU Qualifikationspunkte oder weniger bei Junior Cups oder IBU-Regional-Events erzielt hat. Diese Regel gilt ab der Saison 2026/27	IBU Cup und OEM Die IBU-Cup-Saison besteht aus drei Trimestern, die in der Regel jeweils aus zwei bis drei Veranstaltungen bestehen, einschließlich OEM. Die Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am IBU Cup/OEM ist, dass ein Teilnehmer ~~auf der gemäß 1.5.3.7 geltenden IBU-Qualifikationspunktliste am Ende des letzten Trimesters~~ vor der Veranstaltung ~~über 300 IBU Qualifikationspunkte oder weniger verfügt. bei Junior Cups oder IBU-Regional-Events erzielt hat.~~ ~~Diese Regel gilt ab der Saison 2026/27~~
1.5.3.5	IBU Junior Cup und Jun-WM Die Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am IBU Junior Cup/JJWM ist, dass ein Teilnehmer am Ende des Trimesters vor dem Event 400 IBU Qualifikationspunkte oder weniger bei IBU Regional Events gesammelt hat. Diese Regel gilt ab der Saison 2026/27	IBU Junior Cup und Jun-WM Die Mindestvoraussetzung für die Teilnahme am IBU Junior Cup/JJWM ist, dass ein Teilnehmer ~~auf der gemäß 1.5.3.7 geltenden IBU-Qualifikationspunktliste am Ende des Trimesters~~ vor dem Event ~~über 400 IBU Qualifikationspunkte oder weniger verfügt. bei IBU Regional-Events gesammelt hat.~~ ~~Diese Regel gilt ab der Saison 2026/27~~
1.5.3.6	Berechnung von IBU-Qualifikationspunkten IBU-Qualifikationspunkte werden für jedes Wettkampfergebnis in Sprint-, Einzel- und und Supersprintwettkämpfen bei IBU-Cups, OEM, WC, WM und OWS unter Verwendung der folgenden Formel berechnet: $\text{IBU-Qualifikationspunkte} = ((\text{Zeit des Athleten} / \text{Zeit des Siegers}) - 1) \times \text{Rennfaktor}) + \text{Straffaktor}$ Definitionen: Rennfaktor: 800 für Sprint- und Einzelwettkämpfe Straffaktor: die Summe der Punkte der drei bestplatzierten Athleten in den Top 10 dividiert durch 3,75 Der Straffaktor für alle WC-, WM- und OWS-Wettkämpfe ist null (0). IBU-Qualifikationspunkte werden ab der Saison 2025/26 auch bei IBU-Junior-Cups, JJWM und IBU-Regional-Events nach einer Formel berechnet, die an das Niveau des Wettbewerbs angepasst ist und vor Saisonbeginn veröffentlicht wird (spätestens am 1. Juli vor dem nächsten Saisonbeginn).	Berechnung von IBU-Qualifikationspunkten IBU-Qualifikationspunkte werden für jedes Wettkampfergebnis in Sprint-, Einzel- und und Supersprintwettkämpfen bei IBU-Cups, OEM, WC, WM und OWS unter Verwendung der folgenden Formel berechnet: $\text{IBU-Qualifikationspunkte} = ((\text{Zeit des Athleten} / \text{Zeit des Siegers}) - 1) \times \text{Rennfaktor}) + \text{Straffaktor}$ Definitionen: Rennfaktor: 800 für Sprint- und Einzelwettkämpfe Straffaktor: die Summe der Punkte der drei bestplatzierten Athleten in den Top 10 dividiert durch 3,75 Der Straffaktor für alle WC-, WM- und OWS-Wettkämpfe ist null (0). IBU-Qualifikationspunkte werden ab der Saison 2025/26 auch bei IBU-Junior-Cups, JJWM und ~~anerkannten~~ IBU-Regional-Events nach einer Formel berechnet, die an das Niveau des Wettbewerbs angepasst ist und vor Saisonbeginn veröffentlicht wird (spätestens am 1. Juli vor dem nächsten Saisonbeginn). ~~Nach Bestätigung durch das IBU Technical Committee (TC) können zusätzliche Veranstaltungen berücksichtigt werden.~~

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

- **14.2.1** Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030
- **14.2.2** Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup
- **14.2.3** Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Formulierung	Vorgeschlagene Formulierung																				
1.5.3.7	Liste der IBU Qualifikationspunkte Nach jedem Trimester oder zu anderen Zeitpunkten, die jährlich vom Vorstand der IBU geplant und angekündigt werden, wird die Liste der IBU-Qualifikationspunkte auf Basis des Durchschnitts der besten Ergebnisse jedes Wettkämpfers der vorhergehenden drei Trimester nach den folgenden Regeln aktualisiert: <table><tr><th>COMPETITIONS SCORED IN LAST 3 TRIMESTERS</th><th>CALCULATION FOR POINTS LIST</th></tr><tr><td>3 or more</td><td>Average of the best 3</td></tr><tr><td>2</td><td>Average 2 x 1.10</td></tr><tr><td>1</td><td>Points earned x 1.2</td></tr><tr><td>Removal from list</td><td>After 5 trimesters with no points scored</td></tr></table>	COMPETITIONS SCORED IN LAST 3 TRIMESTERS	CALCULATION FOR POINTS LIST	3 or more	Average of the best 3	2	Average 2 x 1.10	1	Points earned x 1.2	Removal from list	After 5 trimesters with no points scored	Liste der IBU Qualifikationspunkte ~~Nach jedem Trimester oder zu anderen Zeitpunkten, die jährlich vom Vorstand der IBU geplant und angekündigt werden, wird die Liste der IBU-Qualifikationspunkte auf Basis des Durchschnitts der besten Ergebnisse jedes Wettkämpfers der vorhergehenden drei Trimester nach den folgenden Regeln aktualisiert:~~ Die IBU-Qualifikationspunkteliste wird am 1. November sowie nach jedem Trimester veröffentlicht. Die zuletzt veröffentlichte Liste gilt als geltende IBU-Qualifikationspunkteliste und bleibt gültig, bis sie durch eine später veröffentlichte Liste ersetzt wird. Die geltende IBU-Qualifikationspunkteliste ist für die Feststellung der Teilnahmeberechtigung, die Einteilung der Startgruppen, die Berechnung von Rennstraffaktor sowie für alle weiteren Zwecke, in denen in diesen Regeln auf die IBU-Qualifikationspunkteliste Bezug genommen wird, maßgebend, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Die IBU-Qualifikationspunkteliste wird auf Grundlage von Wettkampfergebnissen berechnet, die innerhalb der letzten 365 Tage erzielt wurden, gemäß den folgenden Bestimmungen: <table><tr><th>WETTKÄMPFE MIT WERTUNGEN IN DEN LETZTEN 365 TAGEN DREI TRIMESTERN</th><th>BERECHNUNG FÜR DIE PUNKTELISTE</th></tr><tr><td>3 oder mehr</td><td>Durchschnitt der besten 3</td></tr><tr><td>2</td><td>Durchschnitt 2 x 1.10</td></tr><tr><td>1</td><td>Gewonnene Punkte x 1.2</td></tr><tr><td>~~Löschung aus Liste~~</td><td>~~Nach 5 Trimestern ohne Punkte~~</td></tr></table>	WETTKÄMPFE MIT WERTUNGEN IN DEN LETZTEN 365 TAGEN DREI TRIMESTERN	BERECHNUNG FÜR DIE PUNKTELISTE	3 oder mehr	Durchschnitt der besten 3	2	Durchschnitt 2 x 1.10	1	Gewonnene Punkte x 1.2	~~Löschung aus Liste~~	~~Nach 5 Trimestern ohne Punkte~~
COMPETITIONS SCORED IN LAST 3 TRIMESTERS	CALCULATION FOR POINTS LIST																					
3 or more	Average of the best 3																					
2	Average 2 x 1.10																					
1	Points earned x 1.2																					
Removal from list	After 5 trimesters with no points scored																					
WETTKÄMPFE MIT WERTUNGEN IN DEN LETZTEN 365 TAGEN DREI TRIMESTERN	BERECHNUNG FÜR DIE PUNKTELISTE																					
3 oder mehr	Durchschnitt der besten 3																					
2	Durchschnitt 2 x 1.10																					
1	Gewonnene Punkte x 1.2																					
~~Löschung aus Liste~~	~~Nach 5 Trimestern ohne Punkte~~																					
16.1, 16.2.1, 17.2 und 18.1 etablierten QP als einzige Zulassungskriterien für die Teilnahme am IBU Cup, OECH und IBU Junior Cup																						
16.1	Allgemeines IBU Cups sind IBU-Veranstaltungen, die prinzipiell für Männer und Frauen ausgerichtet werden. Junioren können teilnehmen. Athleten der Jugendklasse dürfen im IBU-Cup starten, wenn sie: a. die WC- oder IBU-Cup-Qualifikation in der vorherigen oder aktuellen Saison erreicht oder b. mindestens ein Resultat in der ersten Ergebnishälfte bei Jugend- oder Junioren-WM, Junior Cup, WC, WM, OEM, YOG oder EYOF in der vorherigen oder aktuellen Saison erzielt haben. Die Anzahl der IBU-Cup-Veranstaltungen in jeder Wettkampfsaison wird vom IBU-Vorstand auf Empfehlung des TK festgelegt. Das TK spricht Empfehlungen gegenüber dem Vorstand aus. Der Vorstand beschließt, wie viele Wettkämpfe und welche Wettkampfsarten bei einer Veranstaltung ausgerichtet werden. Diese Informationen werden in den IBU Biathlon Guide aufgenommen. Bei der OEM werden IBU-Cup-Punkte vergeben. Ab der Saison 2026/27 müssen alle Athleten die Anforderungen gemäß Art. 1.5.3.4 erfüllen, um im IBU Cup starten zu dürfen.	Allgemeines ~~IBU Cups sind IBU-Veranstaltungen, die prinzipiell für Männer und Frauen ausgerichtet werden. Junioren können teilnehmen. Athleten der Jugendklasse dürfen im IBU-Cup starten, wenn sie:~~ ~~a. die WC- oder IBU-Cup-Qualifikation in der vorherigen oder aktuellen Saison erreicht oder~~ ~~b. mindestens ein Resultat in der ersten Ergebnishälfte bei Jugend- oder Junioren-WM, Junior Cup, WC, WM, OEM, YOG oder EYOF in der vorherigen oder aktuellen Saison erzielt haben.~~ Wettkämpferinnen und Wettkämpfer, die die Voraussetzungen gemäß Art. 1.5.3.4 erfüllen, sind zur Teilnahme am IBU Cup berechtigt. Die Anzahl der IBU-Cup-Veranstaltungen in jeder Wettkampfsaison wird vom IBU-Vorstand auf Empfehlung des TK festgelegt. Das TK spricht Empfehlungen gegenüber dem Vorstand aus. Der Vorstand beschließt, wie viele Wettkämpfe und welche Wettkampfsarten bei einer Veranstaltung ausgerichtet werden. ~~Diese Informationen werden in den IBU Biathlon Guide aufgenommen.~~ Bei der OEM werden IBU-Cup-Punkte vergeben. ~~Ab der Saison 2026/27 müssen alle Athleten die Anforderungen gemäß Art. 1.5.3.4 erfüllen, um im IBU Cup starten zu dürfen.~~																				

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

- **14.2.1** Antrag des Vorstands zur Änderung der Wettbewerbsklassen für den Zyklus 2026–2030
- **14.2.2** Antrag des Vorstands zur Regelung und Änderung der Teilnahmequote für die Junioren-Weltmeisterschaften, Offenen Europameisterschaften und den IBU Junior Cup
- **14.2.3** Antrag des Vorstands, IBU-Qualifikationspunkte als einziges Zulassungskriterium für IBU-Veranstaltungen einzuführen

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

Art.	Aktuelle Formulierung	Vorgeschlagene Formulierung
16.2.1	Allgemeines In jedem IBU-Cup-Trimester muss jeder Wettkämpfer mindestens einmal 250 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger erzielen oder 250 Punkte oder weniger in der IBU-Qualifikationspunktliste haben, sowie im Langlauf und auf dem Schießstand sichere Fähigkeiten demonstrieren. Wettkämpfer, die diesen Qualitätsleistungsstandard nicht erreichen, dürfen im IBU-Cup bis zum übernächsten Trimester nicht starten, außer sie sind zu diesem Zeitpunkt für den WC qualifiziert. Wettkämpfer der Jugendklasse dürfen im IBU-Cup starten, jedoch nur nach Maßgabe von obigem Art. 16.1	Allgemeines ~~In jedem IBU-Cup-Trimester muss jeder Wettkämpfer mindestens einmal 250 IBU-Qualifikationspunkte oder weniger erzielen oder 250 Punkte oder weniger in der IBU-Qualifikationspunktliste haben, sowie im Langlauf und auf dem Schießstand sichere Fähigkeiten demonstrieren. Wettkämpfer, die diesen Qualitätsleistungsstandard nicht erreichen, dürfen im IBU-Cup bis zum übernächsten Trimester nicht starten, außer sie sind zu diesem Zeitpunkt für den WC qualifiziert. Wettkämpfer der Jugendklasse dürfen im IBU-Cup starten, jedoch nur nach Maßgabe von obigem Art. 16.1~~
17.2	Teilnahmeberechtigung Generell werden OEM für Männer und Frauen durchgeführt. Junioren können Wettkämpfe bestreiten. Jugendathleten dürfen bei den OEM starten, wenn: a. sie in der vergangenen oder laufenden Saison die WC- oder IBU-Cup-Qualifikation erreicht haben oder b. sie mindestens ein Resultat in der ersten Ergebnishälfte bei Jugend- oder Junioren-WM, Junior Cup, WC, WM, OEM, YOG oder EYOF in der vorherigen oder aktuellen Saison erzielt haben. Athleten ohne Startrecht gemäß Art. 16.2.1 für das betreffende IBU-Cup-Trimester dürfen nicht bei den OEM starten. Ab der Saison 2026/27 müssen alle Athleten die Voraussetzungen nach Art. 1.5.3.4 erfüllen, um in der OEM starten zu dürfen	Teilnahmeberechtigung ~~Wettkämpferinnen und Wettkämpfer, die die Voraussetzungen gemäß Art. 1.5.3.4 erfüllen, sind zur Teilnahme an den OEM berechtigt.~~ ~~Generell werden OEM für Männer und Frauen durchgeführt. Junioren können Wettkämpfe bestreiten. Jugendathleten dürfen bei den OEM starten, wenn:~~ ~~a. sie in der vergangenen oder laufenden Saison die WC- oder IBU-Cup-Qualifikation erreicht haben oder~~ ~~b. sie mindestens ein Resultat in der ersten Ergebnishälfte bei Jugend- oder Junioren-WM, Junior Cup, WC, WM, OEM, YOG oder EYOF in der vorherigen oder aktuellen Saison erzielt haben. Athleten ohne Startrecht gemäß Art. 16.2.1 für das betreffende IBU-Cup-Trimester dürfen nicht bei den OEM starten.~~ ~~Ab der Saison 2026/27 müssen alle Athleten die Voraussetzungen nach Art. 1.5.3.4 erfüllen, um in der OEM starten zu dürfen~~
18.1	Allgemeines Der IBU Junior Cup ist eine IBU-Wettkampfserie für Junioren/Juniorinnen. Jugendwettkämpfer können am Wettkampf teilnehmen, sofern sie in der Junioren-Klasse starten und die Anforderungen zur Wettkampfteilnahme als Junioren erfüllen. Ab der Saison 2026/27 müssen alle Athleten die Voraussetzungen nach Art. 1.5.3.5 erfüllen, um im IBU Junior Cup starten zu dürfen.	Allgemeines Der IBU Junior Cup ist eine IBU-Wettkampfserie für Junioren/Juniorinnen. Jugendwettkämpfer können am Wettkampf teilnehmen, sofern sie die die Voraussetzungen gemäß Art. 1.5.3.5 erfüllen. ~~in der Junioren-Klasse starten und die Anforderungen zur Wettkampfteilnahme als Junioren erfüllen.~~ ~~Ab der Saison 2026/27 müssen alle Athleten die Voraussetzungen nach Art. 1.5.3.5 erfüllen, um im IBU Junior Cup starten zu dürfen.~~

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

14.3 ANTRÄGE AUF ÄNDERUNG ODER AUFHEBUNG ANDERER REGELN

14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission

Betrifft IBU Integrity Code Kapitel A (Einführung) und Kapitel E (Verfahren zur Untersuchung und Vorbeugung von Verstößen gegen den Integrity Code)

BEGRÜNDUNG

Nach Genehmigung der Einrichtung einer Schiedskommission und ihrer Aufnahme in die Verfassung sollen diese vorgeschlagenen Änderungen dazu dienen, die IBU-Verfahrensregeln in den Integrity Code aufzunehmen. Alle Regeln und Bestimmung die Schiedskommission betreffend würden in den neuen IBU-Verfahrensregeln zentral erfasst, die der Zustimmung des Vorstands unterliegen würde.

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
IBU INTEGRITY CODE KAPITEL A – EINFÜHRUNG		
1. Übersicht		
1.2.4	Kapitel E enthält Verfahrensregeln für die von der Biathlon Integrity Unit (BIU) im Namen der IBU vorzunehmende Untersuchung und Verfolgung von Verstößen gegen den Integrity Code.	Kapitel E enthält Verfahrensregeln für die von der Biathlon Integrity Unit (BIU) im Namen der IBU vorzunehmende Untersuchung und Verfolgung von Verstößen gegen den Integrity Code und nimmt die IBU-Verfahrensregeln durch Verweis auf.
1.4.2.1	Die in Kapitel D und Kapitel E dieses Integrity Codes dargelegten Verfahrensregeln (soweit anwendbar) gelten anstelle der zum Zeitpunkt der Nichtbefolgung geltenden Verfahrensregeln.	Die in Kapitel D und Kapitel E bzw. in den IBU-Verfahrensregeln (soweit in den IBU-Verfahrensregeln nichts anderes angegeben ist) dieses Integrity Codes dargelegten Verfahrensregeln (soweit anwendbar) gelten anstelle der zum Zeitpunkt der Nichtbefolgung geltenden Verfahrensregeln.
1.4.2.2	Die Disziplinarkommission und/oder der CAS können beschließen, die materiellen Bestimmungen dieses Integrity Codes auf einen Fall anzuwenden, wenn dies dem wegen eines Verstoßes Beschuldigten im Sinne des Grundsatzes der Lex Mitior zugutekommt.	Die Disziplinarkommission Schiedskommission und/oder der CAS können beschließen, die materiellen Bestimmungen dieses Integrity Codes auf einen Fall anzuwenden, wenn dies dem wegen eines Verstoßes Beschuldigten im Sinne des Grundsatzes der Lex Mitior zugutekommt.
1.4.3	In Fällen, bei denen ein Verstoß sowohl gegen den Integrity Code als auch gegen die früheren Regeln aus demselben Vorfall oder Sachverhalt mutmaßlich vorliegt oder bei denen ein klarer Zusammenhang zwischen einzelnen Vorfällen besteht, entscheidet die BIU, ob sie die Verstöße nach diesem Integrity Code und/oder nach den früheren Regeln verfolgt. In beiden Fällen unterliegen die mutmaßlichen Verstöße den Verfahrensregeln dieses Integrity Codes, wobei alle Vorwürfe von der Disziplinarkommission so angehört und entschieden werden, als ob sie ausschließlich nach dem Integrity Code erhoben würden.	In Fällen, bei denen ein Verstoß sowohl gegen den Integrity Code als auch gegen die früheren Regeln aus demselben Vorfall oder Sachverhalt mutmaßlich vorliegt oder bei denen ein klarer Zusammenhang zwischen einzelnen Vorfällen besteht, entscheidet die BIU, ob sie die Verstöße nach diesem Integrity Code und/oder nach den früheren Regeln verfolgt. In beiden Fällen unterliegen die mutmaßlichen Verstöße den Verfahrensregeln dieses Integrity Codes, wobei alle Vorwürfe von der Disziplinarkommission Schiedskommission so angehört und entschieden werden, als ob sie ausschließlich nach dem Integrity Code erhoben würden.
1.2.4	Kapitel E enthält Verfahrensregeln für die von der Biathlon Integrity Unit (BIU) im Namen der IBU vorzunehmende Untersuchung und Verfolgung von Verstößen gegen den Integrity Code.	Kapitel E enthält Verfahrensregeln für die von der Biathlon Integrity Unit (BIU) im Namen der IBU vorzunehmende Untersuchung und Verfolgung von Verstößen gegen den Integrity Code und nimmt die IBU-Verfahrensregeln durch Verweis auf.

LEGENDE Aktuelle Fassung | Gestrichener Wortlaut | Neuer Wortlaut | Verschobener Wortlaut (wohin der gestrichene Wortlaut verschoben wurde)

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
3. Personen, die an den Integrity Code gebunden sind		
3.4.4	sie sich der Ermittlungs- und Disziplinarhoheit der BIU und der sich aus diesem Integrity Code ergebenden Zuständigkeit der Disziplinarkommission und des CAS unterwerfen und sich verpflichten, kein ordentliches Gericht oder anderes Organ anzurufen, sofern dies der vorgenannten Unterwerfung widersprechen würde; und	sie sich der Ermittlungs- und Disziplinarhoheit der BIU und der sich aus diesem Integrity Code ergebenden Zuständigkeit der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission und des CAS unterwerfen und sich verpflichten, kein ordentliches Gericht oder anderes Organ anzurufen, sofern dies der vorgenannten Unterwerfung widersprechen würde; und
3.4.5	sie auch nach dem Ende ihrer tatsächlichen oder angestrebten Stellung als Beteiligter (Rücktrittsdatum) an diesen Integrity Code gebunden bleiben und weiterhin der Zuständigkeit der BIU, der Disziplinarkommission und des CAS nach diesem Integrity Code bezüglich (a) aller Geheimhaltungsverpflichtungen, die in diesem Integrity Code oder an anderer Stelle in den Regeln festgelegt sind, und (b) Tatbeständen, die vor dem Rücktrittsdatum verwirklicht wurden, unterliegen.	sie auch nach dem Ende ihrer tatsächlichen oder angestrebten Stellung als Beteiligter (Rücktrittsdatum) an diesen Integrity Code gebunden bleiben und weiterhin der Zuständigkeit der BIU, der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission und des CAS nach diesem Integrity Code bezüglich (a) aller Geheimhaltungsverpflichtungen, die in diesem Integrity Code oder an anderer Stelle in den Regeln festgelegt sind, und (b) Tatbeständen, die vor dem Rücktrittsdatum verwirklicht wurden, unterliegen.
3.5.4	ein Verstoß gegen die Regeln eines NV-Mitglieds oder einer anderen Sportorganisation. Dieser Integrity Code soll nicht dazu dienen, die Verantwortlichkeit der Beteiligten nach solchen Regeln einzuschränken; allerdings sind jene Regeln auch unbeachtlich, soweit sie die Anwendung des Integrity Codes einschränken, die Zuständigkeit der BIU, der Disziplinarkommission und des CAS, die sich aus diesem Integrity Code ergeben, ausschließen, ersetzen oder in sonstiger Weise ändern würden.	ein Verstoß gegen die Regeln eines NV-Mitglieds oder einer anderen Sportorganisation. Dieser Integrity Code soll nicht dazu dienen, die Verantwortlichkeit der Beteiligten nach solchen Regeln einzuschränken; allerdings sind jene Regeln auch unbeachtlich, soweit sie die Anwendung des Integrity Codes einschränken, die Zuständigkeit der BIU, der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission und des CAS, die sich aus diesem Integrity Code ergeben, ausschließen, ersetzen oder in sonstiger Weise ändern würden.
3.6	Gemäß Artikel 7.1.8 der Verfassung erkennt jedes NV-Mitglied alle Entscheidungen der BIU, einer Disziplinarkommission und des CAS nach diesem Integrity Code an und setzt diese in seinem Land durch, einschließlich Sperren und anderer Disziplinarstrafen, die nach diesem Integrity Code verhängt werden.	Gemäß Artikel 8.1.8 der Verfassung erkennt jedes NV-Mitglied alle Entscheidungen der BIU, einer ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission und des CAS nach diesem Integrity Code an und setzt diese in seinem Land durch, einschließlich Sperren und anderer Disziplinarstrafen, die nach diesem Integrity Code verhängt werden.
8. Berichterstattung und Zusammenarbeit		
8.1.3	müssen unverzüglich, wahrheitsgemäß, vollständig und aufrichtig an allen Verfahren mitwirken, die von der BIU gegen einen Beteiligten wegen eines Verstoßes gegen diesen Integrity Code eingeleitet werden, einschließlich einer Zeugenaussage in Bezug auf Informationen, die sich im Besitz des Beteiligten befinden, und/oder der Teilnahme an einer Anhörung vor einer Disziplinarkommission oder dem CAS oder einem anderen Anhörungsgremium, um wahrheitsgemäße mündliche Beweise zu liefern, sofern die BIU dies beantragt;	müssen unverzüglich, wahrheitsgemäß, vollständig und aufrichtig an allen Verfahren mitwirken, die von der BIU gegen einen Beteiligten wegen eines Verstoßes gegen diesen Integrity Code eingeleitet werden, einschließlich einer Zeugenaussage in Bezug auf Informationen, die sich im Besitz des Beteiligten befinden, und/oder der Teilnahme an einer Anhörung vor einer ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission oder dem CAS oder einem anderen Anhörungsgremium, um wahrheitsgemäße mündliche Beweise zu liefern, sofern die BIU dies beantragt;



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
KAPITEL E VERFAHREN ZUR UNTERSUCHUNG UND VORBEUGUNG VON VERSTÖßEN GEGEN DEN INTEGRITY CODE		
3. Untersuchungen		
3.9.2	Die BIU verweist den Antrag an die CAS Ordinary Division, die einen oder mehrere CAS-Schiedsrichter als Disziplinarkommission ernennt, die den Antrag gemäß den einschlägigen Bestimmungen des vorliegenden Integrity Codes und des CAS Code of Sports-related Arbitration (Schlichtungsgrundsätze für Sportfragen des CAS) verhandeln und entscheiden.	Die BIU verweist den Antrag an ~~die CAS Ordinary Division~~ den Vorsitzenden der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission, der eines oder mehrere ~~CAS-Schiedsrichter~~ Mitglieder der ~~Disziplinarkommission~~ des Schiedsgremiums als ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission ernennt, die den Antrag gemäß den einschlägigen Bestimmungen des vorliegenden Integrity Codes und ~~des CAS Code of Sports-related Arbitration (Schlichtungsgrundsätze für Sportfragen des CAS)~~ der IBU-Verfahrensregeln verhandelt und entscheidet.
3.9.3	Die Disziplinarkommission wird den Antrag so zügig behandeln, wie es die Sache zulässt. Sofern keine außergewöhnlichen Umstände vorliegen, wird die Überprüfung nur auf Basis schriftlicher Beweise und Schriftsätze durchgeführt. Zur Überprüfung der Nachfrage kann die Disziplinarkommission nach freiem Ermessen und ohne hierzu verpflichtet zu sein die BIU und den Beteiligten zu Stellungnahmen einladen.	Die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission wird den Antrag so zügig behandeln, wie es die Sache zulässt. Sofern keine außergewöhnlichen Umstände vorliegen, wird die Überprüfung nur auf Basis schriftlicher Beweise und Schriftsätze durchgeführt. Zur Überprüfung der Nachfrage kann die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission nach freiem Ermessen und ohne hierzu verpflichtet zu sein die BIU und den Beteiligten zu Stellungnahmen einladen.
3.9.4	Stellt die Disziplinarkommission fest, dass eine Nachfrage nicht hinreichend begründet ist, gilt die Nachfrage als nicht gestellt, und sämtliche Informationen, Aufzeichnungen, Artikel oder Gegenstände sowie alle Kopien oder Downloads, welche die BIU im Rahmen der Nachfrage erhalten hat, sind unverzüglich an den Beteiligten zurückzugeben oder, je nach Zweckmäßigkeit, zu vernichten.	Stellt die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission fest, dass eine Nachfrage nicht hinreichend begründet ist, gilt die Nachfrage als nicht gestellt, und sämtliche Informationen, Aufzeichnungen, Artikel oder Gegenstände sowie alle Kopien oder Downloads, welche die BIU im Rahmen der Nachfrage erhalten hat, sind unverzüglich an den Beteiligten zurückzugeben oder, je nach Zweckmäßigkeit, zu vernichten.
3.9.5	Stellt die Disziplinarkommission fest, dass eine hinreichende Grundlage für die Nachfrage besteht, so bleibt die Nachfrage aufrecht. Legt der Beteiligte diesfalls die Informationen, Aufzeichnungen, Artikel oder Gegenstände und eine Kopie oder einen Download derselben, die alle Gegenstand der Nachfrage sind, nicht vor, stellt dies einen gesonderten Verstoß gegen Artikel 8.1.2 von Kapitel B des Integrity Codes dar.	Stellt die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission fest, dass eine hinreichende Grundlage für die Nachfrage besteht, so bleibt die Nachfrage aufrecht. Legt der Beteiligte diesfalls die Informationen, Aufzeichnungen, Artikel oder Gegenstände und eine Kopie oder einen Download derselben, die alle Gegenstand der Nachfrage sind, nicht vor, stellt dies einen gesonderten Verstoß gegen Artikel 8.1.2 von Kapitel B des Integrity Codes dar.
3.9.6	Die Entscheidung der Disziplinarkommission, ob eine hinreichende Grundlage für eine Nachfrage besteht, kann von keiner Partei vor irgendeinem Gerichtsstand oder anderweitig angefochten werden.	Die Entscheidung der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission, ob eine hinreichende Grundlage für eine Nachfrage besteht, kann von keiner Partei vor irgendeinem Gerichtsstand oder anderweitig angefochten werden.
3.10.3	[...] hat der Beteiligte sieben (7) Tage nach Erhalt der Nachfrage Zeit, um gegen die Nachfrage Widerspruch einzulegen, indem er eine Überprüfung durch die Disziplinarkommission gemäß Artikel 3.9 beantragt; und	hat der Beteiligte sieben (7) Tage nach Erhalt der Nachfrage Zeit, um gegen die Nachfrage Widerspruch einzulegen, indem er eine Überprüfung durch die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission gemäß Artikel 3.9 beantragt; und
3.10.4	kann die BIU die Informationen, Aufzeichnungen, Artikel oder Gegenstände einsehen und anderweitig gemäß diesem Kapitel E verwenden, wenn der Beteiligte nicht innerhalb von sieben (7) Tagen nach Erhalt der Nachfrage Widerspruch einlegt (oder einen Widerspruch einlegt und die Disziplinarkommission anschließend feststellt, dass die Nachfrage hinreichend begründet ist) oder wenn der Beteiligte der BIU mitteilt, dass er der Nachfrage nicht widerspricht.	kann die BIU die Informationen, Aufzeichnungen, Artikel oder Gegenstände einsehen und anderweitig gemäß diesem Kapitel E verwenden, wenn der Beteiligte nicht innerhalb von sieben (7) Tagen nach Erhalt der Nachfrage Widerspruch einlegt (oder einen Widerspruch einlegt und die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission anschließend feststellt, dass die Nachfrage hinreichend begründet ist) oder wenn der Beteiligte der BIU mitteilt, dass er der Nachfrage nicht widerspricht.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
4. Durchführung von Disziplinarverfahren durch die BIU		
4.1.3	[...] eine entsprechende Schiedsklage der Disziplinarkommission zur Anhörung und Feststellung vorzulegen, und	eine entsprechende Schiedsklage der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission zur Anhörung und Feststellung vorzulegen, und
5. Schiedsklage		
5.1.5.2	[...] die Schiedsklagefakten einzugestehen, aber die in der Schiedsklageschrift genannte(n) Sanktion(en) zu bestreiten (oder deren Milderung zu ersuchen) und die Sanktion(en) von der Disziplinarkommission gemäß Artikel 9 festlegen zu lassen, so sie nicht zwischen den Parteien vereinbart werden können, oder	die Schiedsklagefakten einzugestehen, aber die in der Schiedsklageschrift genannte(n) Sanktion(en) zu bestreiten (oder deren Milderung zu ersuchen) und die Sanktion(en) von der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission gemäß Artikel 9 festlegen zu lassen, so sie nicht zwischen den Parteien vereinbart werden können, oder
5.1.5.3	[...] die Schiedsklagefakten zu bestreiten und die Schiedsklage (zusammen mit etwaigen Sanktionen, so die Schiedsklage bestätigt wird) von der Disziplinarkommission gemäß Artikel 8 festlegen zu lassen, und	die Schiedsklagefakten zu bestreiten und die Schiedsklage (zusammen mit etwaigen Sanktionen, so die Schiedsklage bestätigt wird) von der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission gemäß Artikel 8 festlegen zu lassen, und
6. Vorläufige Suspendierung		
6.3	Ein Beteiligter, der vorläufig suspendiert ist, hat das Recht, bei der Disziplinarkommission einen Antrag auf Aufhebung oder Einschränkung der Vorläufigen Suspendierung zu stellen. Die vorläufige Suspendierung kann aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn der Beteiligte zur Überzeugung der Disziplinarkommission ausreichend nachweist,	Ein Beteiligter, der vorläufig suspendiert ist, hat das Recht, bei der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission einen Antrag auf Aufhebung oder Einschränkung der vorläufigen Suspendierung zu stellen. Die vorläufige Suspendierung kann aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn der Beteiligte zur Überzeugung der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission ausreichend nachweist,
7. Erledigung von Schiedsklagen ohne Anhörung		
7.1.2	nicht innerhalb der in der Schiedsklage angegebenen Frist erwidert (was sodann gilt als (a) Verzicht des Beteiligten auf das Recht, die Disziplinarkommission über die zugrunde liegenden Fakten oder Sanktionen entscheiden zu lassen, (b) Zugeständnis der zugrunde liegenden Fakten, und (c) Annahme der in der Schiedsklage beantragten Sanktion(en), wird die BIU eine öffentliche Bekanntmachung herausgeben, in der die begangenen Verstöße, [...] die verhängten Sanktionen beschrieben werden. Diese Bekanntmachung wird wirksam, als wäre sie eine endgültige Entscheidung der Disziplinarkommission gemäß Artikel 10. Alternativ kann die BIU, wenn sie es für angebracht hält (z. B. wenn die BIU in der Schiedsklageschrift eine Reihe möglicher Sanktionen angeführt hat), die Angelegenheit an die Disziplinarkommission verweisen, um die gemäß Artikel 9 zu verhängende(n) Sanktion(en) festzulegen.	nicht innerhalb der in der Schiedsklage angegebenen Frist erwidert (was sodann gilt als (a) Verzicht des Beteiligten auf das Recht, die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission über die zugrunde liegenden Fakten oder Sanktionen entscheiden zu lassen, (b) Zugeständnis der zugrunde liegenden Fakten, und (c) Annahme der in der Schiedsklage beantragten Sanktion(en), wird die BIU eine öffentliche Bekanntmachung herausgeben, in der die begangenen Verstöße, die verhängten Sanktionen und ~~sonstige gemäß dem jeweiligen Kapitel dieses Integrity Codes erforderliche Informationen~~ beschrieben werden. Diese Bekanntmachung wird wirksam, als wäre sie eine endgültige Entscheidung der ~~Disziplinarkommission Tribunal~~ Schiedskommission gemäß Artikel 10. Alternativ kann die BIU, wenn sie es für angebracht hält (z. B. wenn die BIU in der Schiedsklageschrift eine Reihe möglicher Sanktionen angeführt hat), die Angelegenheit an die ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission verweisen, um die gemäß Artikel 9 zu verhängende(n) Sanktion(en) festzulegen.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
7.3	[...] At any time prior to a final decision by the Disciplinary Tribunal, the BIU may decide to withdraw a Notice of Charge for good cause. In the event that the BIU withdraws a Notice of Charge, the BIU will promptly issue a reasoned decision confirming the withdrawal of the Notice of Charge and will send notice of the decision to the Participant in issue and to any party that has a right of appeal against the decision. The BIU will not publish the decision.	Die BIU kann jederzeit vor einer endgültigen Entscheidung der Schiedskommission beschließen, eine Schiedsklage aus triftigem Grund zurückzuziehen. Zieht die BIU eine Schiedsklage zurück, erlässt sie unverzüglich eine begründete Entscheidung, in der sie den Rückzug der Schiedsklage bestätigt, und übermittelt diese Entscheidung an den Beteiligten sowie an sämtliche Parteien, die ein Recht auf Berufung gegen die Entscheidung haben. Die BIU wird die Entscheidung nicht veröffentlichen.
8. Antrag auf eine Anhörung		
8.1	Wenn der Beteiligte eine Anhörung vor der Disziplinarkommission beantragt, um seine Verantwortung und/oder die begehrte Sanktion anzufechten, muss er innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach Erhalt der Schiedsklage (oder innerhalb einer längeren Frist, sofern eine solche in der Schiedsklage angegeben oder mit der BIU vereinbart wurde) einen schriftlichen Antrag auf Anhörung an die BIU richten. Für die Fristwahrung ist der Zugang bei der BIU entscheidend. In dem Antrag muss der Beteiligte zur Schiedsklage Stellung nehmen und die Gründe hierfür (in zusammengefasster Form) darlegen.	Wenn der Beteiligte eine Anhörung vor der ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission beantragt, um seine Verantwortung und/oder die begehrte Sanktion anzufechten, muss er innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach Erhalt der Schiedsklage (oder innerhalb einer längeren Frist, sofern eine solche in der Schiedsklage angegeben oder mit der BIU vereinbart wurde) einen schriftlichen Antrag auf Anhörung an die BIU richten. Für die Fristwahrung ist der Zugang bei der BIU entscheidend. In dem Antrag muss der Beteiligte zur Schiedsklage Stellung nehmen und die Gründe hierfür (in zusammengefasster Form) darlegen.
8.2	Die BIU verweist sodann den Antrag an die CAS Ordinary Division, die einen oder mehrere CAS-Schiedsrichter als Disziplinarkommission benennt, die den Fall in Übereinstimmung mit diesem Integrity Code und dem CAS Code of Sports-related Arbitration (Schlichtungsgrundsätze für Sportfragen des CAS) verhandelt und entscheidet.	Die BIU verweist sodann den Antrag an ~~die CAS Ordinary Division~~ den Vorsitzenden der Schiedskommission ~~CAS Ordinary Division~~ , der eines oder mehrere Mitglieder des Schiedsgremiums ~~CAS-Schiedsrichter~~ als ~~Disziplinarkommission~~ Schiedskommission ernennt, die den Fall in Übereinstimmung mit diesem Integrity Code und ~~dem CAS Code of Sports-related Arbitration ((Schlichtungsgrundsätze für Sportfragen des CAS)~~ den IBU-Verfahrensregeln verhandelt und entscheidet.
8.3	Sofern in den einschlägigen Regeln nicht anders bestimmt, obliegt die Beweislast jener Partei, welche die Behauptung oder den Sachverhalt geltend macht, wobei ein Nachweis der leicht überwiegenden Wahrscheinlichkeit ausreicht.	~~Sofern in den einschlägigen Regeln nicht anders bestimmt, obliegt die Beweislast jener Partei, welche die Behauptung oder den Sachverhalt geltend macht, wobei ein Nachweis der leicht überwiegenden Wahrscheinlichkeit ausreicht.~~
9. Sanktionen		
9.1	Vorbehaltlich besonderer Sanktionsbestimmungen, die in den einschlägigen Regeln festgelegt sind, kann die Disziplinarkommission ihr angemessen erscheinende Sanktionen verhängen, wenn sie feststellt, dass ein Verstoß gegen den Integrity Code vorliegt, und zwar	~~Vorbehaltlich besonderer Sanktionsbestimmungen, die in den einschlägigen Regeln festgelegt sind, kann die Disziplinarkommission ihr angemessen erscheinende Sanktionen verhängen, wenn sie feststellt, dass ein Verstoß gegen den Integrity Code vorliegt, und zwar~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln] Ersetzt durch Die Bestimmungen in Bezug auf die Festlegung von Sanktionen durch die Schiedskommission, den Erlass, die Verkündung und die Veröffentlichung von Entscheidungen durch die Schiedskommission sowie die Vertraulichkeit des Verfahrens vor der Schiedskommission werden in § 7 der IBU-Verfahrensregeln geregelt.
9.1.1	eine Verwarnung, Rüge und/oder Warnung bezüglich zukünftigen Verhaltens;	~~eine Verwarnung, Rüge und/oder Warnung bezüglich zukünftigen Verhaltens;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
9.1.2	eine Geldstrafe (die, sofern nicht anders angegeben, innerhalb von 30 Tagen an die BIU zu zahlen ist und von der BIU zur Deckung ihrer Kosten und Ausgaben für die Überwachung und Durchsetzung des Integrity Codes verwendet wird);	~~eine Geldstrafe (die, sofern nicht anders angegeben, innerhalb von 30 Tagen an die BIU zu zahlen ist und von der BIU zur Deckung ihrer Kosten und Ausgaben für die Überwachung und Durchsetzung des Integrity Codes verwendet wird);~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.3	eine Schadensersatzzahlung;	~~eine Schadensersatzzahlung;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.4	die Annullierung von Ergebnissen mit allen daraus resultierenden Konsequenzen, einschließlich der Aberkennung aller damit verbundenen Medaillen, Titel, Punkte und/oder Preisgelder;	~~die Annullierung von Ergebnissen mit allen daraus resultierenden Konsequenzen, einschließlich der Aberkennung aller damit verbundenen Medaillen, Titel, Punkte und/oder Preisgelder;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.5	Disqualifikation/Ausschluss des Beteiligten von Biathlonwettkämpfen;	~~Disqualifikation/Ausschluss des Beteiligten von Biathlonwettkämpfen;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.6	Entzug von Punkten und/oder Startplätzen und/oder Gastgeberrechten;	~~Entzug von Punkten und/oder Startplätzen und/oder Gastgeberrechten;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.7	Entfernung aus dem Dienst;	~~Entfernung aus dem Dienst;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.8	die Festlegung eines bestimmten Zeitraums einer Sperre, während derer die Teilnahme an Wettkämpfen, Programmen oder anderen Aktivitäten, die von der IBU, einem NV-Mitglied oder einem Mitglied oder einer verbundenen Organisation eines NV-Mitglieds genehmigt oder organisiert wurden, und/oder die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten untersagt sind;	~~die Festlegung eines bestimmten Zeitraums einer Sperre, während derer die Teilnahme an Wettkämpfen, Programmen oder anderen Aktivitäten, die von der IBU, einem NV-Mitglied oder einem Mitglied oder einer verbundenen Organisation eines NV-Mitglieds genehmigt oder organisiert wurden, und/oder die Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten untersagt sind;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.9	Pflichtschulungen; und/oder	~~Pflichtschulungen; und/oder~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.1.10	jede andere Sanktion, die die Disziplinarkommission für angemessen hält.	~~jede andere Sanktion, die die Disziplinarkommission für angemessen hält.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.2	Die Disziplinarkommission stützt ihre Entscheidung über Sanktionen, einschließlich jeder Entscheidung über die Dauer einer Sperre, auf das, was nach den Umständen des Falles angemessen ist, wobei sie die Art des Verstoßes bzw. der Verstöße, die Schuld des Beteiligten, den dem Sport zugefügten Schaden, die Notwendigkeit, von künftigen Verletzungen abzuschrecken, und alle erschwerenden oder mildernden Umstände berücksichtigt.	~~Die Disziplinarkommission stützt ihre Entscheidung über Sanktionen, einschließlich jeder Entscheidung über die Dauer einer Sperre, auf das, was nach den Umständen des Falles angemessen ist, wobei sie die Art des Verstoßes bzw. der Verstöße, die Schuld des Beteiligten, den dem Sport zugefügten Schaden, die Notwendigkeit, von künftigen Verletzungen abzuschrecken, und alle erschwerenden oder mildernden Umstände berücksichtigt.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.3	Erschwerende Gründen können sein:	~~Erschwerende Gründen können sein:~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.3.1	Alter, Erfahrung und Vertrauensposition oder die Autorität des Beteiligten;	~~Alter, Erfahrung und Vertrauensposition oder die Autorität des Beteiligten;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
9.3.2	bisherige disziplinarrechtliche Verfahren gegen den Beteiligten, insbesondere frühere Verstöße gegen den Integrity Code oder ähnliche Vergehen;	~~bisherige disziplinarrechtliche Verfahren gegen den Beteiligten, insbesondere frühere Verstöße gegen den Integrity Code oder ähnliche Vergehen;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.3.3	mangelnde Reue seitens des Beteiligten (z. B. bei Weigerung, an Schulungs-/Präventionsprogrammen teilzunehmen);	~~mangelnde Reue seitens des Beteiligten (z. B. bei Weigerung, an Schulungs-/Präventionsprogrammen teilzunehmen);~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.3.4	der Umstand, dass der Beteiligte aus dem Verstoß einen erheblichen Vorteil gezogen oder dies erwartet hatte;	~~der Umstand, dass der Beteiligte aus dem Verstoß einen erheblichen Vorteil gezogen oder dies erwartet hatte;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.3.5	der Umstand, dass der Beteiligte mehr als einen Verstoß gegen den Integrity Code begangen hat;	~~der Umstand, dass der Beteiligte mehr als einen Verstoß gegen den Integrity Code begangen hat;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.3.6	der Umstand, dass der Verstoß Teil eines umfassenderen Plans war, an dem auch andere Beteiligte beteiligt waren; und	~~der Umstand, dass der Verstoß Teil eines umfassenderen Plans war, an dem auch andere Beteiligte beteiligt waren; und~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.3.7	der Umstand, dass der Verstoß den Verlauf oder das Ergebnis eines Biathlonwettkampfs beeinflusste oder hätte beeinflussen können.	~~der Umstand, dass der Verstoß den Verlauf oder das Ergebnis eines Biathlonwettkampfs beeinflusste oder hätte beeinflussen können.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.4	Mildernde Gründe können sein:	~~Mildernde Gründe können sein:~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.4.1	das junge Alter oder die Unerfahrenheit des Beteiligten;	~~das junge Alter oder die Unerfahrenheit des Beteiligten;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.4.2	die bisherige gute disziplinarrechtliche Führung des Beteiligten;	~~die bisherige gute disziplinarrechtliche Führung des Beteiligten;~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.4.3	Reue des Beteiligten (z. B. Zustimmung zur Teilnahme an Schulungs-/Präventionsprogrammen);	~~Reue des Beteiligten (z. B. Zustimmung zur Teilnahme an Schulungs-/Präventionsprogrammen);~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.4.4	ein rechtzeitiges Schuldeingeständnis des Beteiligten, sobald er mit dem Verstoß konfrontiert wurde; und	~~ein rechtzeitiges Schuldeingeständnis des Beteiligten, sobald er mit dem Verstoß konfrontiert wurde; und~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
9.4.5	die Mitteilung wahrheitsgemäßer, genauer und vollständiger Informationen des Beteiligten an die BIU betreffend Verstöße gegen den Integrity Code und/oder andere ähnliche Gesetze oder Vorschriften seitens anderer Beteiligter sowie die uneingeschränkte Zusammenarbeit bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen bezüglich solcher Verstöße (sei es mit der BIU oder einer andere Stelle, einschließlich Strafverfolgungsbehörden oder Aufsichtsgremien), wie auch durch Zeugenaussagen in einer Anhörung, so dies erforderlich ist.	~~die Mitteilung wahrheitsgemäßer, genauer und vollständiger Informationen des Beteiligten an die BIU betreffend Verstöße gegen den Integrity Code und/oder andere ähnliche Gesetze oder Vorschriften seitens anderer Beteiligter sowie die uneingeschränkte Zusammenarbeit bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen bezüglich solcher Verstöße (sei es mit der BIU oder einer andere Stelle, einschließlich Strafverfolgungsbehörden oder Aufsichtsgremien), wie auch durch Zeugenaussagen in einer Anhörung, so dies erforderlich ist.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.5	Die Disziplinarkommission kann einer Partei auftragen, einen Teil oder die Gesamtheit der Kosten für die Einberufung der Disziplinarkommission und die Durchführung der Anhörung zu übernehmen.	~~Die Disziplinarkommission kann einer Partei auftragen, einen Teil oder die Gesamtheit der Kosten für die Einberufung der Disziplinarkommission und die Durchführung der Anhörung zu übernehmen.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.6	Generell liegt es im Ermessen der Disziplinarkommission, der obsiegenden Partei einen Beitrag zu ihren Anwaltskosten und sonstigen Kosten im Zusammenhang mit dem Verfahren, insbesondere den Kosten für Zeugen und Dolmetscher, zu gewähren. Bei der Gewährung des Beitrags berücksichtigt die Disziplinarkommission die Komplexität und den Ausgang des Verfahrens sowie das Verhalten und die finanziellen Mittel der Parteien.	~~Generell liegt es im Ermessen der Disziplinarkommission, der obsiegenden Partei einen Beitrag zu ihren Anwaltskosten und sonstigen Kosten im Zusammenhang mit dem Verfahren, insbesondere den Kosten für Zeugen und Dolmetscher, zu gewähren. Bei der Gewährung des Beitrags berücksichtigt die Disziplinarkommission die Komplexität und den Ausgang des Verfahrens sowie das Verhalten und die finanziellen Mittel der Parteien.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
9.7	Die Disziplinarkommission kann, wenn sie es für angebracht hält, die Umsetzung aller oder eines Teils der verhängten Sanktionen aussetzen, solange zu bestimmende Bedingungen erfüllt werden.	~~Die Disziplinarkommission kann, wenn sie es für angebracht hält, die Umsetzung aller oder eines Teils der verhängten Sanktionen aussetzen, solange zu bestimmende Bedingungen erfüllt werden.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
10. Entscheidungen Berufungen		
10.1	Die Disziplinarkommission wird ihre Entscheidung den Parteien schriftlich und mit Gründen versehen mitteilen.	~~Die Disziplinarkommission wird ihre Entscheidung den Parteien schriftlich und mit Gründen versehen~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln] Die Bestimmungen in Bezug auf das Einlegen einer Berufung gegen Entscheidungen der Schiedskommission sind in § 8 der IBU-Verfahrensregeln geregelt.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
10.2	Die BIU kann die Entscheidung auf ihrer Website und/oder anderweitig nach eigenem Ermessen veröffentlichen, ansonsten (vorbehaltlich der Befugnis, eine öffentliche Anhörung nach dem CAS Code of Sports-related Arbitration anzuordnen) ist das Verfahren vertraulich zu behandeln und kein Mitglied der Disziplinarkommission, keine Partei, kein Beobachter, kein Zeuge oder sonstiger Beteiligter am Verfahren oder Empfänger der Entscheidung darf Fakten oder andere Informationen im Zusammenhang mit dem Verfahren offenlegen.	~~Die BIU kann die Entscheidung auf ihrer Website und/oder anderweitig nach eigenem Ermessen veröffentlichen, ansonsten (vorbehaltlich der Befugnis, eine öffentliche Anhörung nach dem CAS Code of Sports-related Arbitration anzuordnen) ist das Verfahren vertraulich zu behandeln und kein Mitglied der Disziplinarkommission, keine Partei, kein Beobachter, kein Zeuge oder sonstiger Beteiligter am Verfahren oder Empfänger der Entscheidung darf Fakten oder andere Informationen im Zusammenhang mit dem Verfahren offenlegen.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
11. Berufungen		
11.1	Die BIU und der Beteiligte haben jeweils das Recht, Entscheidungen der Disziplinarkommission ausschließlich bei der CAS Appeals Division anzufechten, die einen oder drei CAS-Schiedsrichter ernennt, um über die Berufung nach dem CAS Code of Sports-related Arbitration (Schlichtungsgrundsätze für Sportfragen des CAS) endgültig zu entscheiden.	~~Die BIU und der Beteiligte haben jeweils das Recht, Entscheidungen der Disziplinarkommission ausschließlich bei der CAS Appeals Division anzufechten, die einen oder drei CAS-Schiedsrichter ernennt, um über die Berufung nach dem CAS Code of Sports-related Arbitration (Schlichtungsgrundsätze für Sportfragen des CAS) endgültig zu entscheiden.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
11.2	Bis zur Entscheidung der Berufung bleibt die angefochtene Entscheidung in vollem Umfang in Kraft, es sei denn, der CAS verfügt anderes.	~~Bis zur Entscheidung der Berufung bleibt die angefochtene Entscheidung in vollem Umfang in Kraft, es sei denn, der CAS verfügt anderes.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
11.3	Die Entscheidung des CAS über die Berufung kann vor keinem Gerichtsstand und aus keinem Grund angefochten werden, es sei denn, dies ist in Kapitel 12 des Schweizer Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht festgelegt.	~~Die Entscheidung des CAS über die Berufung kann vor keinem Gerichtsstand und aus keinem Grund angefochten werden, es sei denn, dies ist in Kapitel 12 des Schweizer Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht festgelegt.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße

Betrifft Kapitel E (Verfahren zur Untersuchung und Vorbeugung von Verstößen gegen den Integrity Code), Artikel 11

BEGRÜNDUNG
Neben der Einrichtung einer Schiedskommission wird vorgeschlagen, ein alternatives Verfahren wegen geringfügiger Verstöße einzuführen, um bei mutmaßlichen Verstößen geringeren Ausmaßes gegen den IBU Integrity Code ein verhältnismäßig angemessenes Disziplinarverfahren zu gewährleisten.

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
KAPITEL E VERFAHREN ZUR UNTERSUCHUNG UND VORBEUGUNG VON VERSTÖßEN GEGEN DEN INTEGRITY CODE		
11 12. Alternatives Verfahren wegen geringfügiger Verstöße		
11 12.1	Ungeachtet einer anderen Bestimmung dieses Kapitels E kann der Leiter der BIU, wenn er einen bestimmten Verstoß des Beteiligten gegen diesen Integrity Code als einen geringfügigen Verstoß wertet, anstelle des oben genannten Verfahrens den Fall an den Generalsekretär verweisen (Verweisung), der diesen sodann gemäß den folgenden Bestimmungen dieses Artikels 12 zu behandeln hat.	Ungeachtet einer anderen Bestimmung dieses Kapitels E kann der Leiter der BIU, wenn er einen bestimmten Verstoß des Beteiligten gegen ~~Kapitel E~~ diesen Integrity Code (ausgenommen Verstöße gegen die Anti-Doping-Bestimmungen und Verdacht auf Missbrauch) als geringfügigen Verstoß wertet, anstelle des oben genannten Verfahrens und Einleitung eines Schiedsverfahrens ~~den Fall die Angelegenheit an den BIU-Vorstand~~ verweisen, der diesen sodann gemäß den ~~folgenden~~ Bestimmungen ~~dieses Artikels 12~~ von § 9 der IBU-Verfahrensregeln zu behandeln hat (Verweisung). [Überführt in 11.2] Als geringfügiger Verstoß gelten mutmaßliche Verstöße geringeren Ausmaßes gegen den IBU Integrity Code (ausgenommen Verstöße gegen die Anti-Doping-Bestimmungen und Verdacht auf Missbrauch), bei denen aufgrund ihrer Art, Absicht, der Auswirkungen und der Umstände des jeweiligen mutmaßlichen Verstoßes ein vereinfachtes und beschleunigtes Disziplinarverfahren angemessen wäre.
11 12.2	Die Verweisung hat zu enthalten:	~~Die Verweisung hat zu enthalten:~~ Ungeachtet einer anderen Bestimmung dieses Kapitels E kann der Leiter der BIU, wenn er einen bestimmten ~~mutmaßlichen~~ Verstoß des Beteiligten gegen ~~Kapitel E~~ diesen Integrity Code als geringfügigen Verstoß wertet, anstelle des oben genannten Verfahrens ~~und Einleitung eines Schiedsverfahrens den Fall die Angelegenheit an den BIU-Vorstand~~ verweisen, der diesen sodann gemäß den ~~folgenden~~ Bestimmungen ~~dieses Artikels 12~~ von § 9 der IBU-Verfahrensregeln zu behandeln hat (Verweisung).
12.2.1	den Namen des Beteiligten, auf den sich die Verweisung bezieht (der Antragsgegner),	~~den Namen des Beteiligten, auf den sich die Verweisung bezieht (der Antragsgegner),~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.2.2	vollständige Angaben über den behaupteten Verstoß, einschließlich der Angabe, wo, wann und wie dieser angeblich stattgefunden hat,	~~vollständige Angaben über den behaupteten Verstoß, einschließlich der Angabe, wo, wann und wie dieser angeblich stattgefunden hat,~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

LEGENDE Aktuelle Fassung | Gestrichener Wortlaut | Neuer Wortlaut | Vershobener Wortlaut (wohin der gestrichene Wortlaut verschoben wurde)

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
12.2.3	die spezifischen Bestimmungen des Integrity Codes, deren Verletzung behauptet wird,	~~die spezifischen Bestimmungen des Integrity Codes, deren Verletzung behauptet wird,~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.2.4	Einzelheiten zu allen relevanten Beweisen, einschließlich Kopien aller relevanten Dokumente, und	~~Einzelheiten zu allen relevanten Beweisen, einschließlich Kopien aller relevanten Dokumente, und~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.2.5	die Angabe, welche Sanktionen aus der in Artikel 12.10 genannten Liste der möglichen Sanktionen vorgeschlagen werden.	~~die Angabe, welche Sanktionen aus der in Artikel 12.10 genannten Liste der möglichen Sanktionen vorgeschlagen werden.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
~~12.3~~ 11	Der BIU-Vorstand nimmt eine ermittelnde Funktion wahr, indem er die Kriterien der Verweisung prüft und feststellt. Der BIU-Vorstand kann diese Funktion an eine entsprechend qualifizierte Person (z. B. Rechtsberater) übertragen. Die nachstehenden Verweise auf den BIU-Vorstand umfassen den Verweis auf einen solcherart Delegierten.	~~Der BIU-Vorstand nimmt eine ermittelnde Funktion wahr, indem er die Kriterien der Verweisung prüft und feststellt. Der BIU-Vorstand kann diese Funktion an eine entsprechend qualifizierte Person (z. B. Rechtsberater) übertragen. Die nachstehenden Verweise auf den BIU-Vorstand umfassen den Verweis auf einen solcherart Delegierten.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln] Stellt der BIU-Vorstand bei seiner Prüfung der Verweisung Tatsachen oder Sachverhalte fest, die darauf hindeuten, dass die vom Leiter der BIU in dessen Verweisung ursprünglich vorgeschlagenen Sanktionen angesichts des Verhaltens des Beteiligten möglicherweise nicht angemessen sind, entscheidet der BIU-Vorstand, ob er die Verweisung aufreht hält oder die Verweisung zurückzieht und die Angelegenheit gemäß dem oben genannten ordentlichen Verfahren verfolgt. Alternativ kann der Leiter der BIU die Verweisung jederzeit selbst zurückziehen und die Angelegenheit gemäß dem oben genannten Verfahren verfolgen.
12.4	Sofern der BIU-Vorstand nichts anderes anordnet, werden alle Verweisungen schriftlich und ohne mündliche Verhandlung erledigt.	~~Sofern der BIU-Vorstand nichts anderes anordnet, werden alle Verweisungen schriftlich und ohne mündliche Verhandlung erledigt.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.5	Der BIU-Vorstand sendet eine Kopie der Verweisung an den Antragsgegner unter Angabe einer Frist, innerhalb welcher der Antragsgegner eine schriftliche Antwort (die Antwort) ~~beim Generalsekretär sowie in Kopie bei der BIU~~ einreichen muss. In der Antwort kann der Antragsgegner:	~~Der BIU-Vorstand sendet eine Kopie der Verweisung an den Antragsgegner unter Angabe einer Frist, innerhalb welcher der Antragsgegner eine schriftliche Antwort (die Antwort) beim Generalsekretär sowie in Kopie bei der BIU einreichen muss. In der Antwort kann der Antragsgegner:~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.5.1	die in der Verweisung genannte(n) Vorwürfe eingestehen und die in der Verweisung begehrte(n) Sanktion(en) akzeptieren,	~~die in der Verweisung genannte(n) Vorwürfe eingestehen und die in der Verweisung begehrte(n) Sanktion(en) akzeptieren,~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
12.5.2	die in der Verweisung genannte(n) Vorwürfe eingestehen, aber eine Milderung der in der Verweisung vorgeschlagenen Sanktion(en) beantragen, oder	~~die in der Verweisung genannte(n) Vorwürfe eingestehen, aber eine Milderung der in der Verweisung vorgeschlagenen Sanktion(en) beantragen, oder~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.5.3	die Vorwürfe und/oder die vorgeschlagene(n) Sanktion(en) bestreiten, wobei in diesem Fall der Antragsgegner in seiner Antwort auf jeden der in der Verweisung erhobenen Vorwürfe eingehen, alle Einwendungen, die er geltend machen will, erheben, die Fakten, auf denen seine Verteidigung beruht, darlegen, sowie Kopien aller Beweise, auf die er sich stützen will, beifügen muss.	~~die Vorwürfe und/oder die vorgeschlagene(n) Sanktion(en) bestreiten, wobei in diesem Fall der Antragsgegner in seiner Antwort auf jeden der in der Verweisung erhobenen Vorwürfe eingehen, alle Einwendungen, die er geltend machen will, erheben, die Fakten, auf denen seine Verteidigung beruht, darlegen, sowie Kopien aller Beweise, auf die er sich stützen will, beifügen muss.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.6	Der BIU-Vorstand kann in Bezug auf die Verweisung und/oder die Antwort Untersuchungen anstellen, die er für notwendig hält, einschließlich der Konsultation von Personen, die über den Sachverhalt Bescheid wissen, und/oder die Beiziehung von Sachverständigen, die ihn in bestimmten Fragen beraten.	~~Der BIU-Vorstand kann in Bezug auf die Verweisung und/oder die Antwort Untersuchungen anstellen, die er für notwendig hält, einschließlich der Konsultation von Personen, die über den Sachverhalt Bescheid wissen, und/oder die Beiziehung von Sachverständigen, die ihn in bestimmten Fragen beraten.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.7	Stellt der BIU-Vorstand bei seiner Untersuchung Tatsachen fest, die darauf hindeuten, dass die in Artikel 12.10 genannten Sanktionen angesichts des Verhaltens des Beteiligten möglicherweise nicht ausreichen, so ~~wendet sich der Generalsekretär an den Leiter der BIU, der dann entscheidet~~ entscheidet der BIU-Vorstand, ob er die Verweisung aufrecht hält oder die Verweisung zurückzieht und die Angelegenheit gemäß dem oben genannten ordentlichen Verfahren verfolgt.	~~Stellt der BIU-Vorstand bei seiner Untersuchung Tatsachen fest, die darauf hindeuten, dass die in Artikel 12.10 genannten Sanktionen angesichts des Verhaltens des Beteiligten möglicherweise nicht ausreichen, so wendet sich der Generalsekretär an den Leiter der BIU, der dann entscheidet~~ entscheidet der BIU-Vorstand, ob er die Verweisung aufrecht hält oder die Verweisung zurückzieht und die Angelegenheit gemäß dem oben genannten ordentlichen Verfahren verfolgt. [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.8	Der BIU-Vorstand ist nicht an die gerichtlichen Vorschriften über die Zulässigkeit von Beweisen gebunden. Stattdessen können Fakten mit allen zuverlässigen Mitteln ermittelt werden, einschließlich Zeugenaussagen, Gutachten, Dokumenten oder Video-Aussagen.	~~Der BIU-Vorstand ist nicht an die gerichtlichen Vorschriften über die Zulässigkeit von Beweisen gebunden. Stattdessen können Fakten mit allen zuverlässigen Mitteln ermittelt werden, einschließlich Zeugenaussagen, Gutachten, Dokumenten oder Video-Aussagen.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.9	Der BIU-Vorstand wird die in einer Verweisung erhobenen Vorwürfe nur dann bestätigen, wenn er sich vergewissert hat, dass diese mit überwiegender Wahrscheinlichkeit erwiesen sind.	~~Der BIU-Vorstand wird die in einer Verweisung erhobenen Vorwürfe nur dann bestätigen, wenn er sich vergewissert hat, dass diese mit überwiegender Wahrscheinlichkeit erwiesen sind.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
12.10	Bestätigt der BIU-Vorstand einen in einer Verweisung erhobenen Vorwurf, ist er befugt, eine oder mehrere der folgenden Sanktionen zu verhängen:	~~Bestätigt der BIU-Vorstand einen in einer Verweisung erhobenen Vorwurf, ist er befugt, eine oder mehrere der folgenden Sanktionen zu verhängen:~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.10.1	eine Verwarnung oder einen Verweis in mündlicher oder schriftlicher Form,	~~eine Verwarnung oder einen Verweis in mündlicher oder schriftlicher Form,~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.10.2	den Ausschluss von einem <i>Wettkampf</i> ,	~~den Ausschluss von einem <i>Wettkampf</i>,~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.10.3	den Verweis von einem Veranstaltungsort,	~~den Verweis von einem Veranstaltungsort,~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.10.4	den Entzug einer Akkreditierung,	~~den Entzug einer Akkreditierung,~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.10.5	eine Geldstrafe von bis zu 1.000 EUR und/oder	~~eine Geldstrafe von bis zu 1.000 EUR und/oder~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.10.6	eine <i>Sperre</i> von bis zu drei (3) Monaten.	~~eine <i>Sperre</i> von bis zu drei (3) Monaten.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.11	Der BIU-Vorstand wird seine begründete Entscheidung, aus der hervorgeht, warum die Vorwürfe bestätigt oder nicht bestätigt wurden und welche Sanktionen im Fall einer Bestätigung verhängt werden, schriftlich an die BIU und den Antragsgegner senden.	~~Der BIU-Vorstand wird seine begründete Entscheidung, aus der hervorgeht, warum die Vorwürfe bestätigt oder nicht bestätigt wurden und welche Sanktionen im Fall einer Bestätigung verhängt werden, schriftlich an die BIU und den Antragsgegner senden.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.12	Die IBU trägt die Kosten, die dem BIU-Vorstand bei der Lösung des Falles entstehen. Die BIU und der Angeklagte haben die ihnen im Zusammenhang mit dem Fall entstandenen Kosten selbst zu tragen. Ein Zuspruch von Kostenersatz an die andere Partei ist ausgeschlossen.	~~Die IBU trägt die Kosten, die dem BIU-Vorstand bei der Lösung des Falles entstehen. Die BIU und der Angeklagte haben die ihnen im Zusammenhang mit dem Fall entstandenen Kosten selbst zu tragen. Ein Zuspruch von Kostenersatz an die andere Partei ist ausgeschlossen.~~ [Überführt in die IBU-Verfahrensregeln]
12.13	Gegen Entscheidungen des BIU-Vorstands im Rahmen dieses Artikels 12 besteht kein Beschwerderecht.	~~Gegen Entscheidungen des BIU-Vorstands im Rahmen dieses Artikels 12 besteht kein Beschwerderecht.~~ [Geändert und überführt in die IBU-Verfahrensregeln]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)

Betrifft IBU Integrity Code Kapitel D (IBU-Anti-Doping-Regeln)

BEGRÜNDUNG

Mit der Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 müssen internationale Verbände, die den Code unterzeichnet haben, ihre jeweiligen Anti-Doping-Regeln insoweit anpassen, dass sie den Änderungen im Code Rechnung tragen und die Vorgaben einhalten. Nachstehend werden die wesentlichen Änderungen der IBU-Anti-Doping-Regeln aufgeführt. Die vollständige Redline-Fassung mit den markierten Änderungen von 2027 gegenüber 2021 ist am Ende des Tagesordnungspunkts im Handbuch zu finden.

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
Kapitel D IBU-ANTI-DOPING-REGELN		
2.7	Das Inverkehrbringen oder der Versuch des Inverkehrbringens einer Verbotenen Substanz oder Verbotenen Methode durch einen Athleten oder eine andere Person	Das Inverkehrbringen oder der Versuch des Inverkehrbringens ~~einer Verbotenen Substanz oder Verbotenen Methode~~ durch einen Athleten oder eine andere Person
2.8	Die Verabreichung oder der Versuch der Verabreichung einer Verbotenen Substanz oder Verbotenen Methode durch einen Athleten oder eine andere Person an Athleten Innerhalb des Wettkampfs oder die Verabreichung oder der Versuch der Verabreichung von Verbotenen Substanzen oder Verbotenen Methoden, die Außerhalb des Wettkampfs verboten sind, durch einen Athleten oder eine andere Person an Athleten Außerhalb des Wettkampfs	Die Verabreichung oder der Versuch der Verabreichung ~~einer Verbotenen Substanz oder Verbotenen Methode~~ durch einen Athleten oder eine andere Person ~~an Athleten Innerhalb des Wettkampfs oder die Verabreichung oder der Versuch der Verabreichung von Verbotenen Substanzen oder Verbotenen Methoden, die Außerhalb des Wettkampfs verboten sind, durch einen Athleten oder eine andere Person an Athleten Außerhalb des Wettkampfs~~
5.2.5		<u>5.2.5 Sofern dies nicht ausdrücklich durch den Code oder einen Internationalen Standard gestattet ist, darf die BIU keine Maßnahmen ergreifen, welche die Fähigkeit einer anderen Anti-Doping-Organisation, gemäß vorliegendem Artikel 5 oder einem anderen Artikel des Codes oder eines Internationalen Standards für Dopingkontrollen genehmigte Dopingkontrollen durchzuführen, ob direkt oder im Auftrag, ungebührnd erschweren oder beeinträchtigen.</u>
7.3.1	Wird von der BIU ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis oder ein von der Norm abweichendes Ergebnis des Biologischen Athletenpasses (nach Abschluss des Verfahrens zur Überprüfung des von der Norm abweichenden Ergebnisses des Biologischen Athletenpasses) festgestellt, das auf einer verbotenen Substanz oder einer verbotenen Methode beruht, die keine spezifische Substanz oder spezifische Methode ist, so wird sie unverzüglich mit oder nach Überprüfung und Benachrichtigung gemäß Artikel 7.2 eine vorläufige Suspendierung gegen den Athleten aussprechen. [...]	Wird von der BIU ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis oder ein von der Norm abweichendes Ergebnis des Biologischen Athletenpasses (nach Abschluss des Verfahrens zur Überprüfung des von der Norm abweichenden Ergebnisses des Biologischen Athletenpasses) festgestellt, das auf einer verbotenen Substanz oder einer verbotenen Methode beruht, die weder spezifische Substanz noch spezifische Methode <u>noch Suchtmittel</u> ist, so wird sie <u>(i) im Falle eines von der Norm abweichenden Analyseergebnisses unverzüglich mit oder nach Überprüfung mit Benachrichtigung gemäß Artikel 7.2 und (ii) im Falle eines von der Norm abweichenden Ergebnisses des Biologischen Athletenpasses mit Versand über die Einleitung eines Schiedsverfahrens (nach Abschluss des Verfahrens zur Überprüfung des von der Norm abweichenden Ergebnisses im Biologischen Athletenpass)</u> eine vorläufige Suspendierung gegen den Athleten aussprechen. Die vorläufige Suspendierung tritt automatisch an dem Datum in Kraft, das die BIU in der ersten Mitteilung über einen möglichen Verstoß gegen Anti-Doping-Regeln oder in weiterem Schriftverkehr bis einschließlich zur Einleitung eines

LEGENDE Aktuelle Fassung | Gestrichener Wortlaut | Neuer Wortlaut | Verschobener Wortlaut (wohin der gestrichene Wortlaut verschoben wurde)

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

		Schiedsverfahrens genannt hat. <u>Eine obligatorische vorläufige Suspendierung kann aufgehoben werden, wenn gegenüber der BIU oder im Rahmen einer Berufung nachgewiesen wird, dass die Entscheidung bezüglich des mutmaßlichen Verstoßes wahrscheinlich zu dem Ergebnis führen wird, dass kein Verstoß gegen Anti-Doping-Regeln vorliegt, dass kein Verschulden oder Fahrlässigkeit gemäß Artikel 10.5 vorliegt, dass gemäß Artikel 10.6.1.2 (Kontaminierte Produkte) eine Verwarnung ohne Sperre ausgesprochen werden kann oder dass die vom Athleten im Rahmen der vorläufigen Sperre bereits verbüßte Zeit die im Anklageschreiben wegen des Verstoßes gegen Anti-Doping-Regeln festgelegte Sperre übersteigen würde.</u>
7.3.3.1	Wird eine Vorläufige Suspendierung ausgesprochen, sei es gemäß Artikel 7.3.1 oder Artikel 7.3.2, so wird dem Athleten oder der anderen Person, in Ergänzung zu dem Beschwerderecht gegen die Vorläufige Suspendierung gemäß Artikel 13.2 (jedoch vorbehaltlich Artikel 7.3.3.2 (a)), entweder: (a) die Möglichkeit einer Vorläufigen Anhörung gegeben, entweder vor oder zeitnah nach der Verhängung der Vorläufigen Suspendierung; oder (b) die Möglichkeit eines beschleunigten abschließenden Verfahrens gegeben, in Übereinstimmung mit Artikel 8 und zeitnah nach Verhängung der Vorläufigen Suspendierung.	Wird eine vorläufige Suspendierung ausgesprochen, sei es gemäß Artikel 7.3.1 oder Artikel 7.3.2, so wird dem Athleten oder der anderen Person ~~in~~ <u>Ergänzung als Voraussetzung für das</u> Beschwerderecht gegen die vorläufige Suspendierung gemäß Artikel 13.2 (jedoch vorbehaltlich Artikel 7.3.3.2 (a)), entweder: (a) die Möglichkeit <u>eines Antrags auf</u> eine vorläufige Anhörung <u>vor der Schiedskommission</u> gegeben, entweder vor oder zeitnah nach der Verhängung der vorläufigen Suspendierung; oder (b) <u>falls der Antrag auf eine vorläufige Anhörung abgelehnt wird</u> , die Möglichkeit eines beschleunigten abschließenden Verfahrens gegeben, in Übereinstimmung mit Artikel 8 und zeitnah nach Verhängung der vorläufigen Suspendierung.
7.3.3.2	Die Vorläufige Suspendierung kann aufgehoben werden, wenn der Athlet oder die andere Person zur Zufriedenheit des anhörenden Disziplinarorgans nachweist, dass: (a) der Verstoß wahrscheinlich auf ein Kontaminiertes Produkt zurückzuführen ist. Die Entscheidung eines anhörenden Disziplinarorgans, die obligatorische Vorläufige Suspendierung trotz Hinweis des Athleten auf Kontaminierte Produkte nicht aufzuheben, ist nicht anfechtbar; oder (b) der Verstoß auf ein Suchtmittel zurückzuführen ist und der Athlet ein Recht auf Herabsetzung einer Sperre gemäß Artikel 10.2.4.1 nachweist; (c) der vorgebrachte Verstoß gegen Anti-Doping-Regeln keine vernünftige Aussicht auf Aufrechterhaltung hat, z. B. wegen eines offenkundigen Mangels im Fall gegen den Athleten oder die andere Person; (d) eine Sperre, die anderweitig für die vorgebrachten Verstöße verhängt werden könnte, bei Anwendung von Artikel 10.5 (Kein Verschulden oder Fahrlässigkeit) wahrscheinlich vollständig aufgehoben wird; und/oder (e) andere Tatsachen vorliegen, die es unter allen Umständen als offensichtlich ungerecht erscheinen lassen, gegen den Athleten oder die andere Person vor der endgültigen erstinstanzlichen Entscheidung in der Hauptsache eine Vorläufige Suspendierung zu verhängen (Dieser Grund ist eng auszulegen und nur in wirklich außergewöhnlichen Fällen anzuwenden, d. h. die Tatsache, dass die Vorläufige Suspendierung den Athleten oder die andere Person daran hindern würde, an einem bestimmten Wettkampf oder einer bestimmten Wettkampfveranstaltung teilzunehmen, gilt nicht als außergewöhnlicher Umstand in diesem Sinne).	Die Vorläufige Suspendierung kann aufgehoben werden, wenn der Athlet oder die andere Person zur Zufriedenheit des anhörenden Disziplinarorgans nachweist, dass: (a) der Verstoß wahrscheinlich auf ein Kontaminiertes Produkt zurückzuführen ist. Die Entscheidung eines anhörenden Disziplinarorgans, die obligatorische Vorläufige Suspendierung trotz Hinweis des Athleten auf Kontaminierte Produkte nicht aufzuheben, ist nicht anfechtbar; oder (b) der Verstoß auf ein Suchtmittel zurückzuführen ist und der Athlet ein Recht auf Herabsetzung einer Sperre gemäß Artikel 10.2.4.1 nachweist; (c) der vorgebrachte Verstoß gegen Anti-Doping-Regeln keine vernünftige Aussicht auf Aufrechterhaltung hat, z. B. wegen eines offenkundigen Mangels im Fall gegen den Athleten oder die andere Person; (d) eine Sperre, die anderweitig für die vorgebrachten Verstöße verhängt werden könnte, bei Anwendung von Artikel 10.5 (Kein Verschulden oder Fahrlässigkeit) wahrscheinlich vollständig aufgehoben wird; und/oder (e) andere Tatsachen vorliegen, die es unter allen Umständen als offensichtlich ungerecht erscheinen lassen, gegen den Athleten oder die andere Person vor der endgültigen erstinstanzlichen Entscheidung in der Hauptsache eine Vorläufige Suspendierung zu verhängen (Dieser Grund ist eng auszulegen und nur in wirklich außergewöhnlichen Fällen anzuwenden, d. h. die Tatsache, dass die Vorläufige Suspendierung den Athleten oder die andere Person daran hindern würde, an einem bestimmten Wettkampf oder einer bestimmten Wettkampfveranstaltung teilzunehmen, gilt nicht als außergewöhnlicher Umstand in diesem Sinne). <u>[Eine Stufen nach unten gerückt]</u> <u>Jeder Rechtsbehelf einer Person mit Rechtsbehelfsbefugnis gemäß Artikel 13.2.3 gegenüber einer Entscheidung der BIU oder der Schiedskommission (oder gemäß Artikel 8 eines anhörenden Gremiums), auf die Verhängung einer vorläufigen Suspendierung zu verzichten bzw. eine vorläufige Suspendierung aufzuheben bzw.</u>

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

		nicht aufzuheben, ist ausschließlich beim CAS einzulegen und wird von einem Einzelrichter entschieden. Die WADA ist über den Rechtsbehelf von allen beteiligten Parteien sowie dem CAS in Kenntnis zu setzen. Die WADA ist im Falle eines Rechtsbehelfs seitens eines Athleten oder einer anderen Person gemäß dieses Artikels berechtigt, innerhalb von zehn (10) Tagen nach Erhalt einer entsprechenden Mitteilung gemäß Internationalem Standard für Ergebnismanagement einen Antrag auf Intervention zu stellen. Rechtsbehelfe gegen eine vorläufige Suspendierung gemäß diesem Artikel rechtfertigen keine Verzögerung des zugrunde liegenden Hauptsacheverfahrens.
7.8		Fälle mit Überprüfung durch einen unabhängigen Gutachter
7.8.1		Artikel 7.8 findet in jenen seltenen Fällen Anwendung, in denen die BIU in Erwägung zieht, einen Fall zu schließen oder nicht mit dem normalen Ergebnismanagement fortzufahren, nachdem die BIU Kenntnis über ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis erhalten und die erforderliche erste Überprüfung gemäß Artikel 7.2 abgeschlossen hat (d. h. die BIU hat festgestellt, dass keine medizinische Ausnahmeregelung (TUE), keine Abweichung vom Internationalen Standard für Dopingkontrollen oder vom Internationalen Standard für Labors vorliegt, und dass nicht erkennbar ist, dass das von der Norm abweichende Ergebnis durch die Einnahme einer verbotenen Substanz über einen zulässigen Aufnahmeweg zustande kam). In diesen Fällen wird die BIU:
7.8.1.1		den Athleten gemäß Artikel 7.2, 7.4.1 und 7.4.2 über das von der Norm abweichende Analyseergebnis in Kenntnis setzen;
7.8.1.2		unverzüglich eine Stellungnahme des unabhängigen Gutachters anfordern, um zu prüfen, ob Gründe der öffentlichen Ordnung oder andere triftige Gründe vorliegen, die unter Berücksichtigung der Rechte von und Auswirkungen auf saubere Athleten eine Abweichung vom normalen Ergebnismanagementverfahren im Umgang mit einem von der Norm abweichenden Analyseergebnis rechtfertigen. Eine Kopie dieser Bitte um Stellungnahme ist zeitgleich der WADA und allen anderen Parteien mit Rechtsbehelfsbefugnis gemäß Artikel 13 zuzustellen. Die BIU hat dem unabhängigen Gutachter ihre vollständigen Akten zur Verfügung zu stellen und vollumfänglich mit ihm zusammenzuarbeiten.
7.8.2		Nach Prüfung der Akten und nach Erlangung weiterer für erforderlich erachteter Informationen von der BIU, der WADA oder Dritten gibt der unabhängige Gutachter eine schriftliche Stellungnahme und Empfehlung gegenüber der BIU ab, von der eine Kopie an die WADA übermittelt wird. Darin legt er dar, ob die Abweichung vom normalen Ergebnismanagementverfahren angesichts der jeweiligen Umstände des Einzelfalls gerechtfertigt ist.
7.8.3		Nach Erhalt der Stellungnahme und Empfehlung des unabhängigen Gutachters erlässt die BIU eine schriftliche Entscheidung darüber, ob sie mit dem normalen Ergebnismanagementverfahren fortfährt oder die Untersuchung des von der Norm abweichenden Analyseergebnis nicht weiterverfolgt. Diese Entscheidung wird an die WADA übermittelt. Weiterhin wird die Entscheidung zusammen mit der Stellungnahme

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung**14.2** Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln**14.3** Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

		des unabhängigen Gutachters allen anderen Parteien zugestellt, die gemäß Artikel 13 eine Rechtsbehelfsbefugnis gegen die Entscheidung haben. Gegen die Entscheidung kann gemäß den geltenden Bestimmungen von Artikel 13 direkt beim CAS ein Rechtsbehelf eingelegt werden. Wird eine Entscheidung der BIU, ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis nicht weiterzuverfolgen, im Rahmen eines Rechtsbehelfs aufgehoben oder revidiert, kann der CAS die Zuständigkeit behalten, um über die Begründung eines mutmaßlichen Verstoßes gegen Anti-Doping-Regeln im Zusammenhang mit dem von der Norm abweichenden Analyseergebnis zu entscheiden, oder er kann die Anti-Doping-Organisation anweisen, mit dem normalen Ergebnismanagementverfahren fortzufahren.
7.8.4		Versäumt es die BIU, mit dem normalen Ergebnismanagementverfahren fortzufahren, ohne zuvor eine Stellungnahme und Empfehlung von einem unabhängigen Gutachter einzuholen, oder versäumt es die IBU, entgegen der Stellungnahme und Empfehlung des unabhängigen Gutachters, mit dem normalen Ergebnismanagementverfahren fortzufahren und es wird letztlich festgestellt, dass ein Verstoß gegen Anti-Doping-Regeln vorliegt, kann gegen die BIU gemäß Artikel 24 und gemäß Internationalem Standard für Code-Compliance der Signatorys ein Verfahren wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Einhaltung des Codes eingeleitet werden, und sie ist verpflichtet, den Rechtsbehelf einlegenden Parteien Kosten sowie angemessene Anwaltskosten zu erstatten, die in Verbindung mit den einzelnen Instanzen des Verfahrens entstanden sind.
7.8.5		Das Verfahren, das bei Fällen gemäß diesem Artikel 7.8 einzuhalten ist, wird im Internationalen Standard für Ergebnismanagement näher beschrieben.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird

Betrifft Biathlon Integrity Unit Regeln, Artikel 11

BEGRÜNDUNG

Gegenwärtig gibt es keine spezifische Bestimmung, die regelt, welche Folgen eine Entscheidung des BIU-Vorstands hat, eine Person im Anschluss an ein Vetting-Verfahren nicht für eine bestimmte Position zuzulassen. Die vorgeschlagene Änderung soll diese Lücke in den IBU-Regeln schließen.

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
IBU BIATHLON INTEGRITY UNIT Regeln		
11. Vetting-Verfahren		
11.7.14	[...]	Eine Entscheidung des BIU-Vorstands (oder eines Ad-hoc-Prüfungsgremiums gemäß Artikel 2.2), dass eine betroffene Person nicht zugelassen wird: 11.7.14.1 führt dazu, dass die von der betroffenen Person bekleidete Position nicht mehr besetzt ist, sofern es sich bei ihr um einen IBU-Funktionär handelt, und/oder es der betroffenen Person unmöglich wird, das Vetting-Verfahren fortzusetzen, in dessen Rahmen sie zu einem IBU-Funktionär ernannt worden wäre. Etwaige nicht besetzte Positionen sind gemäß den geltenden IBU-Regeln zu besetzen. 11.7.14.2 kann gemäß Artikel 31.2 der Verfassung gegenüber der Schiedskommission angefochten werden.

LEGENDE Aktuelle Fassung | Gestrichener Wortlaut | Neuer Wortlaut | Verschobener Wortlaut (wohin der gestrichene Wortlaut verschoben wurde)

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress

Betrifft IBU-Kongressordnung, Artikel 2

BEGRÜNDUNG

Dieser Vorschlag soll Artikel 2 dahingehend ändern, dass beim Kongress eine formale Vertretung des Para Biathlon gewährleistet wird.

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
IBU-KONGRESSORDNUNG		
2. TEILNEHMER UND BEOBACHTER		
2.2	Die Vorsitzenden des Athletenkomitees, des Technischen Komitees und des BIU-Vorstands sowie der Leiter der BIU haben das Recht, an den Versammlungen des Kongresses teilzunehmen und das Wort zu ergreifen, haben aber kein Stimmrecht.	Die Vorsitzenden des Athletenkomitees, des Technischen Komitees, der Kommission für Para Biathlon und des BIU-Vorstands sowie der Leiter der BIU haben das Recht, an den Versammlungen des Kongresses teilzunehmen und das Wort zu ergreifen, haben aber kein Stimmrecht.
2.3	Folgende Personen dürfen als Beobachter an den Versammlungen des Kongresses teilnehmen: (a) Ehrenpräsidenten und Ehrenmitglieder, (b) andere Mitglieder des Athletenkomitees, (c) bis zu zwei Vertreter jedes provisorischen NV-Mitglieds und jedes außerordentlichen Mitglieds, (d) die Vorsitzenden anderer Komitees, (e) der Generalsekretär, (f) auf Wunsch des Generalsekretärs auch andere IBU-Mitarbeiter, (g) die Rechnungsprüfer, (h) Personen, die sich der Wahl in den Vorstand stellen und nicht anderweitig berechtigt sind, an einer Wahlversammlung in anderer Funktion teilzunehmen, und (i) andere vom Vorstand oder vom Präsidenten eingeladene Personen, zu denen auch Berater der IBU und/oder Mitglieder von Komitees gehören können.	Folgende Personen dürfen als Beobachter an den Versammlungen des Kongresses teilnehmen: (a) Ehrenpräsidenten und Ehrenmitglieder, (b) andere Mitglieder des Athletenkomitees sowie Athletenvertreter aus dem Para Biathlon , (c) bis zu zwei Vertreter jedes provisorischen NV-Mitglieds und jedes außerordentlichen Mitglieds, (d) die Vorsitzenden anderer Komitees, (e) der Generalsekretär, (f) auf Wunsch des Generalsekretärs auch andere IBU-Mitarbeiter, (g) die Rechnungsprüfer, (h) Personen, die sich der Wahl in den Vorstand stellen und nicht anderweitig berechtigt sind, an einer Wahlversammlung in anderer Funktion teilzunehmen, und (i) andere vom Vorstand oder vom Präsidenten eingeladene Personen, zu denen auch Berater der IBU und/oder Mitglieder von Komitees gehören können.

LEGENDE Aktuelle Fassung | Gestrichener Wortlaut | Neuer Wortlaut | Verschobener Wortlaut (wohin der gestrichene Wortlaut verschoben wurde)

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind

Betrifft Geschäftsordnung des IBU-Vorstands, Artikel 2

Die Artikel 22 bis 24 der Verfassung legen die Rollen und Aufgaben von Präsident, Vizepräsident, Schatzmeister und Generalsekretär fest. Öffentliche Aufgabenprofile bei Sportverbänden gelten weithin als Beispiel für eine gute Governance, da sie für mehr Transparenz sorgen. Da einige Mitgliedsarten noch nicht von der IBU-Verfassung definiert werden, betreffen die Änderungen außerordentliche Mitglieder, Ehrenmitglieder und/oder andere Mitgliedsarten im Rahmen der Rollen, die der Vorstand definieren kann (im Gegensatz zum „Schaffen“ von Mitgliedsarten, was weiterhin dem Kongress obliegt).

Art.	Aktueller Wortlaut	Vorgeschlagener Wortlaut
GESCHÄFTSORDNUNG DES IBU-VORSTANDS		
2. ROLLEN DER MITGLIEDER DES VORSTANDS		
2.1	Neuer Artikel. Der aktuelle Artikel 2 wird zu Artikel 3 usw.	Die Rollen der Mitglieder des Vorstands sowie der außerordentlichen Mitglieder, Ehrenmitglieder und/oder sonstiger Mitgliedsarten können vom Vorstand von Zeit zu Zeit festgelegt werden, einschließlich ihrer Hauptverantwortlichkeiten sowie der erforderlichen Qualifikationen und Kompetenzen. Jede Rolle wird in Anhang A der Geschäftsordnung des Vorstands definiert.
2.2	Neuer Artikel. Der aktuelle Artikel 2 wird zu Artikel 3 usw.	Der BIU-Vorstand kann die Inhalte aus Anhang A bei seiner Bewertung berücksichtigen, ob ein Mitglied des Vorstands als IBU-Funktionär gemäß Artikel 27.2.11 der Verfassung (a) einen einwandfreien Charakter und einen unbescholtenen Leumund hat, (b) in der Lage ist, die hohen Verhaltens- und Integritätsstandards zu erfüllen, die von einem IBU-Funktionär verlangt werden, und (c) körperlich und geistig fit ist, um die betreffende Rolle zu erfüllen.

LEGENDE Aktuelle Fassung | Gestrichener Wortlaut | Neuer Wortlaut | Vershobener Wortlaut (wohin der gestrichene Wortlaut verschoben wurde)



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

CHAPTER D IBU ANTI-DOPING RULES

1. Introduction

1.1 Implementation of the 2027¹ World Anti-Doping Code:

1.1.1 The IBU is a *Signatory* to the World Anti-Doping Code and cooperates with WADA to apply and implement the World Anti-Doping Code in the sport of Biathlon.

1.1.2 These 2027¹ IBU Anti-Doping Rules have been adopted and will be implemented to comply with the IBU's obligations as a *Signatory* to the World Anti-Doping Code, and to further the IBU's continuing efforts to eradicate doping in the sport of Biathlon. They are intended to implement the requirements of the 2027¹ version of the World Anti-Doping Code in the sport of Biathlon, and will be interpreted and applied in a manner that is consistent with the World Anti-Doping Code and the *International Standards*. The World Anti-Doping Code and the *International Standards* (each as amended from time to time) are integral parts of these IBU Anti-Doping Rules and will prevail over these IBU Anti-Doping Rules in case of conflict. These IBU Anti-Doping Rules ~~must~~^{shall} be interpreted as an independent and autonomous text and not by reference to the existing law or statutes of any *Signatory* or government. The comments annotating various provisions of these IBU Anti-Doping Rules, the World Anti-Doping Code, and the *International Standards* will be used as an aid to interpretation of these IBU Anti-Doping Rules.

1.1.3 In the case of conflict between the provisions of these IBU Anti-Doping Rules and the provisions of any other part of this Integrity Code or of any other Rules, the provisions of these IBU Anti-Doping Rules will prevail.

1.1.4 Unless otherwise stated, defined words and terms in these IBU Anti-Doping Rules (denoted by italics) bear the meaning given to them in Article 20. If they are not defined in Article 20 or elsewhere in these IBU Anti-Doping Rules, they bear the meaning given to them in the IBU Constitution. Unless otherwise specified, references to Articles are to Articles of these IBU Anti-Doping Rules.

1.1.5 The Biathlon Integrity Unit (BIU) is an operational unit of the IBU that has been established to help the IBU to (inter alia) comply with its obligations as a *Signatory* to the World Anti-Doping Code, including by exercising the powers of the IBU under these IBU Anti-Doping Rules. The IBU has delegated the implementation of these IBU Anti-Doping Rules to the BIU, including test distribution planning, *Testing*, collection of whereabouts information, *Administration* of ~~TUE~~^{TUE} *Therapeutic Use Exemptions*, investigations, *Results Management*, and pursuit of alleged anti-doping rule violations, including first instance hearings and appeals. As such, references in these IBU Anti-Doping Rules to the BIU will, where applicable, be references to the BIU acting on behalf of the IBU. For the avoidance of doubt, while the BIU may act on the IBU's behalf, the IBU will be considered as the party asserting anti-doping rule violations and for the purposes of any actions taken within the *Results Management* process, as the responding party in the appeals, and as the party in any other matter under these IBU Anti-Doping Rules where that role would appropriately fall to a *Signatory* under the World Anti-Doping Code.

1.1.6 The BIU may delegate any aspect of *Doping Control* or *Education* to a Delegated Third Party. However, the BIU will require the Delegated Third Party to perform such aspects in compliance with the World Anti-Doping Code, *International Standards*, and these IBU Anti-Doping Rules, and remains responsible for such compliance. Any relevant reference to the BIU in these IBU Anti-Doping Rules encompasses any such Delegated Third Party, where applicable and within the context of the aforementioned delegation.

~~Notwithstanding the foregoing, the IBU shall not delegate any aspect of *Doping Control* (including, without limitation, *Testing* and *Results Management*) to a Delegated Third Party where such delegation could reasonably lead to a potential or actual conflict of interest. Moreover, due to the potential conflict of interest, the IBU shall not delegate any aspect of *Doping Control* (including, without limitation, *Testing* and *Results Management*) to a NF Member, or any other national sports governing body or other national sports organization.~~

1.2 Scope of application:

1.2.1 These IBU Anti-Doping Rules apply to:

1.2.1.1 the IBU, including its board members, directors, officers, ~~senior executives~~ and any IBU employees who are involved in any aspect of *Doping Control* on behalf of the IBU/BIU;

1.2.1.2 the BIU, including its board and staff members;

1.2.1.3 Delegated Third Parties (and their employees) who are involved in any aspect of *Doping Control* on behalf of the IBU/BIU;

1.2.1.4 each of the IBU's NF Members, including its board members, directors, officers, ~~senior executives and any NF Member employees and Delegated Third Parties (and their employees) who are involved in any aspect of *Doping Control* on behalf of any NF Member~~; and

1.2.1.5 the following *Athletes*, *Athlete Support Personnel*, and other *Persons*:

(i) all *Athletes* and *Athlete Support Personnel* who are members of (or registered with) the IBU, any NF Member, or any member or affiliate organisation of any NF Member (including any clubs, teams, associations or leagues);

(ii) all *Athletes* participating in such capacity in *Events*, *Competitions* and/or other activities organised, convened, authorised or recognised by the IBU or any NF Member or any member or affiliate organisation of any NF Member (including any clubs, teams, associations or leagues), wherever held, and all *Athlete Support Personnel* supporting such *Athletes'* participation; and

(iii) any other *Athlete* or *Athlete Support Personnel* or other *Person* who, whether by virtue of an accreditation, a licence or other contractual arrangement, or otherwise, is subject to the authority of the IBU, or of any NF Member, or of any member or affiliate organisation of any NF Member (including any clubs, teams, associations or leagues), for purposes of anti-doping; and

(iv) *Athletes* who are not regular members of the IBU or of one of its NF Members, but who want to be eligible to compete in a particular *International Event*, and all *Athlete Support Personnel* supporting such *Athletes'* participation in the relevant *International Event*(s).

1.2.2 Each of the *Persons* covered by Article 1.2.1 is deemed, as a condition of their membership, accreditation, participation and/or involvement in the sport, to have agreed to be bound by these IBU Anti-Doping Rules, and to have submitted to the authority of the BIU to enforce these IBU Anti-Doping Rules on behalf of the IBU, including any *Consequences* for breach thereof, and to the jurisdiction of the hearing panels identified below to hear and determine cases and appeals brought under these IBU Anti-Doping Rules.

[Comment to Article 1.2.2: Where a Person other than an Athlete or Athlete Support Person is bound by these IBU Anti-Doping Rules, such Person will of course not be subject to Sample collection or Testing, and will not be charged with an anti-doping rule violation under these IBU Anti-Doping Rules for Use or Possession of a Prohibited Substance or Prohibited Method. Rather, such Person would only be subject to discipline for a violation of Articles 2.5 (Tampering), 2.7 (Trafficking), 2.8 (Administration), 2.9 (Complicity), 2.10

(Prohibited Association), and 2.11 (Retaliation). Furthermore, such Person would be subject to the additional roles and responsibilities according to Article 1.3.3. Also, the obligation to require an employee to be bound by IBU Anti-Doping Rules is subject to applicable law. The IBU/BIU will ensure that any arrangements with board members, directors, officers, ~~senior executives~~, employees, and Delegated Third Parties and their employees – whether employment, contractual or otherwise – have explicit provisions incorporated according to which such Persons are bound by, agree to comply with these IBU Anti-Doping Rules, and agree on the BIU's authority to resolve the anti-doping cases.]

1.2.3 All *Athletes* who participate in an *International Competition* as defined in the IBU Constitution will be considered to be *International-Level Athletes* for purposes of these IBU Anti-Doping Rules, and therefore the specific provisions in these IBU Anti-Doping Rules that are applicable to *International-Level Athletes* (as regards *Testing*, ~~TUE~~^{TUE} *Therapeutic Use Exemptions*, whereabouts information, *Results Management*, and appeals) will apply to them.

[Comment to Article 1.2.3: As per the definition of 'International Competition' in the IBU Constitution, the Competitions covered by Article 1.2.3 include (a) the Biathlon programme of the Olympic Winter Games; and (b) the Biathlon World Championships, Youth/Junior World Championships, IBU World Cup Events, IBU Cup Events, continental championships, continental cups, regional cups, and all other Competitions (winter or summer) that are now or in the future organised by or on behalf of the IBU between Athletes or teams of Athletes representing different Countries']

1.2.4 Subject always to Article 5.6 and Article 7.7, each *Athlete* will continue to be bound by and required to comply with these IBU Anti-Doping Rules as an *Athlete* in full:

1.2.4.1 (in the case of *Athletes* who are *International-Level Athletes*) unless and until they give written notice of their retirement to the IBU and BIU; or

1.2.4.2 (in the case of *Athletes* who are not *International-Level Athletes*, excluding those covered by Article 1.2.1.5(iv)) unless and until they give written notice of their retirement to their National Federation and their NADO; or

1.2.4.3 (in the case of *Athletes* who fall under Article 1.2.1.5(iv)) until after their last participation in an *International Event*.

In each case, the *Athlete* will be deemed to have retired (and to be no longer subject to these IBU Anti-Doping Rules as an *Athlete*) with effect from the date given in the written notice of retirement or the date the notice is received (whichever is later).

1.2.5 Subject always to Article 7.7, each *Athlete Support Person* and other *Person* who is not an *Athlete* will continue to be bound by and required to comply with these IBU Anti-Doping Rules in full unless and until they no longer carry out the activity (or are no longer bound by the arrangement) that brought them within Article 1.2.1 in the first place. This includes *Athletes* who have retired as *Athletes* under Article 1.2.4 but who fall under Article 1.2.1 as *Athlete Support Personnel* or other *Persons* and therefore remain subject to these IBU Anti-Doping Rules as *Athlete Support Personnel* or other *Persons*.

1.3 Responsibilities of Athletes, Athlete Support Personnel, other Persons, and NF Members

1.3.1 ~~Athletes must~~^{shall}:

1.3.1.1 be knowledgeable of and comply with these IBU Anti-Doping Rules ~~and rules adopted pursuant to the World Anti-Doping Code~~ at all times;

1.3.1.2 know what constitutes an anti-doping rule violation and the substances and methods that have been included on the WADA *Prohibited List*;

1.3.1.3 be available for *Sample* collection at all times;

[Comment to Article 1.3.1.3: With due regard to an Athlete's human rights and privacy, legitimate anti-doping considerations sometimes require Sample collection late at night or early in the morning. For example, it is known that some Athletes Use low doses of EPO during these hours so that it will be undetectable in the morning.]

1.3.1.4 take responsibility, in the context of anti-doping, for what they ingest and *Use*;

1.3.1.5 carry out research regarding any products or substances that they intend to *Use* (prior to such *Use*) to ensure that Using them will not constitute or result in an anti-doping rule violation. Such research ~~must~~^{shall}, at a minimum, include a reasonable internet search of:

(a) the name of the product or substance;

(b) the ingredients/substances listed on the product or substance label; and

(c) other related information revealed through research of points (a) and (b);

1.3.1.6 inform medical *Personnel* of their obligation not to *Use Prohibited Substances and Prohibited Methods*, and make sure that any medical treatment they receive does not violate these IBU Anti-Doping Rules;

1.3.1.7 disclose to their *National Anti-Doping Organisation* and to the BIU any decision (whether by a *Signatory* or a non-*Signatory*) that they committed an anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ within the previous ten years;

1.3.1.8 cooperate fully with the BIU and any other Anti-Doping Organisations investigating possible anti-doping rule violations ~~or violations of Article 10.14.1~~. Failure by an *Athlete* to cooperate in full with the BIU and/or other Anti-Doping Organisations investigating anti-doping rule violations will constitute a violation of Article 8 of Chapter B of this Integrity Code; and

1.3.1.9 disclose the identity of their *Athlete Support Personnel* upon request by the BIU, an NF Member, and/or any other Anti-Doping Organisation with authority over the *Athlete*.

1.3.2 *Athlete Support Personnel must*^{shall}:

1.3.2.1 be knowledgeable of and comply with these IBU Anti-Doping Rules at all times ~~and rules adopted pursuant to the Code and which are applicable to them or the Athletes whom they support~~;

1.3.2.2 *Athlete Support Personnel* shall make themselves available for *Education* in order to support the provision of accurate anti-doping information to the *Athletes* who they support, particularly in the case of *Protected Persons and Minors*.

1.3.2.3~~2~~ cooperate with *Testing*;

1.3.2.3~~4~~ use their influence on *Athlete* values and behaviour to foster anti-doping attitudes;

1.3.2.4~~5~~ disclose to their *National Anti-Doping Organisation* and to the BIU any decision (whether by a *Signatory* or by a non-*Signatory*) finding that they committed an anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ within the previous ten years;

1.3.2.5~~6~~ cooperate fully with the BIU and any other Anti-Doping Organisations investigating possible anti-doping rule violations ~~or violations of Article 10.14.1~~. Failure by any *Athlete Support Person* to cooperate in full with the BIU and/or other Anti-Doping Organisations investigating anti-doping rule violations will constitute a violation of Article 8 of Chapter B of this Integrity Code; and

1.3.2.6~~7~~ not use or possess any *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* without valid justification. *Use or Possession* of a *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* by an *Athlete Support Person* without valid justification will constitute a violation of Article 9 of Chapter B this Integrity Code.



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

1.3.3 Other Persons ~~subject to bound by~~ these IBU Anti-Doping Rules ~~must shall~~:
1.3.3.1 be knowledgeable of and comply with these IBU Anti-Doping Rules ~~and rules adopted pursuant to the Code and which are applicable to them~~ at all times;
1.3.3.2 disclose to the BIU (and, if applicable, their *National Anti-Doping Organisation*) any decision (whether by a *Signatory* or by a non-*Signatory*) finding that they committed an anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ within the previous ten years; and
1.3.3.3 cooperate fully with the BIU and any other Anti-Doping Organisations investigating possible anti-doping rule violations ~~or violation of Article 10.14.1~~. Failure by any other Person to cooperate in full with the BIU and/or other Anti-Doping Organisations investigating anti-doping rule violations will constitute a violation of Article 8 of Chapter B of this Integrity Code.
1.3.4 Offensive conduct by an *Athlete*, *Athlete Support Person*, or other Person towards a *Doping Control* official or other Person involved in *Doping Control* that does not otherwise constitute *Tampering* is a violation of this Integrity Code and may be prosecuted as such under Article 9 of Chapter B of this Integrity Code.
1.3.5 In relation to NF Members:
1.3.5.1 NF Members and their members and affiliates ~~must shall~~ comply with these IBU Anti-Doping Rules, the World Anti-Doping Code, and the *International Standards*.
1.3.5.2 NF Members ~~and their members and affiliates~~ ~~must shall~~ include in their rules the provisions necessary to ensure that the BIU may enforce these IBU Anti-Doping Rules (including carrying out *Testing*) directly against *Athletes* coming under their anti-doping jurisdiction (including *National-Level Athletes*) and other Persons under their anti-doping jurisdiction.
1.3.5.3 NF Members ~~must shall~~ incorporate these IBU Anti-Doping Rules either directly or by reference into their rules so that they and/or their respective *National Anti-Doping Organisations* may enforce them against *Athletes* coming under their jurisdiction (including *National-Level Athletes*) and other Persons under their ~~anti-doping~~ jurisdiction.
1.3.5.4 By adopting these IBU Anti-Doping Rules, and incorporating them into their rules, NF Members ~~must shall~~ cooperate with and support the IBU/BIU in that function. They ~~must shall~~ also recognise, abide by, and implement the decisions made pursuant to these IBU Anti-Doping Rules, including the decisions imposing sanctions on Persons under ~~their the NF Member's~~ jurisdiction.
1.3.5.5 ~~As a condition of membership, the policies, rules and programs of all NF Members and affiliates of the IBU shall be in compliance with the Code and the International Standards, and all NF members and affiliates of the IBU All NF Members must shall~~ take appropriate action to enforce compliance with these IBU Anti-Doping Rules, the World Anti-Doping Code, and the *International Standards* ~~by (among other things):~~
(a) ~~conducting Testing only under the documented authority respect the autonomy and independence of the BIU/IBU and using their National Anti-Doping Organisation in their country as well as the requirements of National Anti-Doping Organization Operational Independence; or other Sample collection authority to collect Samples in compliance with the International Standard for Testing; and~~
(b) recognising ~~ing~~ the authority of the *National Anti-Doping Organisation* in their country in accordance with Article 5.2.1 of the World Anti-Doping Code and ~~assisting~~ as appropriate with the *National Anti-Doping Organisation's* implementation of the national *Testing* program for their sport;
(c) ~~analysing all Samples collected using a WADA-accredited or WADA-approved laboratory in accordance with Article 6.1; and~~
(d) ensuring that any anti-doping rule violation cases they discover are adjudicated by an Operationally Independent Hearing panel in accordance with Article 8.1 and the *International Standard for Results Management*.
1.3.5.7 NF Members shall use their best efforts to ensure that the *National Anti-Doping Organization* in their country possesses complete authority to implement their *Anti-Doping Activities* over all *Athletes* and other Persons under the jurisdiction of the NF Members.
1.3.5.8 NF Members shall ensure that any national level anti-doping rule violation cases discovered by them are immediately reported to the *National Anti-Doping Organization* in their country so that they may be addressed in accordance with the anti-doping rules of the *National Anti-Doping Organization* by an *Operationally Independent* hearing panel in accordance with Article 8.1 of the *World Anti-Doping Code* and the *International Standard for Results Management*.
1.3.5.6–9 NF Members ~~must shall~~ establish rules requiring all *Athletes* under their jurisdiction, including those preparing for and/or participating in a *Competition* or activity authorised or organised by the NF Member or by one of its members or affiliates, and all *Athlete Support Personnel* associated with such *Athletes*, to agree as a condition of participation or involvement to be bound by these IBU Anti-Doping Rules and to submit to the *Results Management* authority of the BIU (or other Anti-Doping Organisation responsible under the World Anti-Doping Code).
1.3.5.7–10 Subject to Article 5 of these IBU Anti-Doping Rules, as a general rule, the BIU will conduct *Testing* and carry out *Results Management* for *International-Level Athletes* and other Persons under its jurisdiction, ~~whereas the NF Members and National Anti-Doping Organisations will carry out Testing and conduct Results Management for National-Level Athletes and other Persons under their jurisdiction. Testing conducted by the NF Member when delegated by the BIU and/or National Anti-Doping Organization must shall be done in accordance with Article 1.3.5.5. Where Testing by an NF Member results in an Adverse Analytical Finding, or other evidence of an anti-doping rule violation is uncovered by an NF Member (whether as a result of such Testing or otherwise), unless the BIU decides to exercise Results Management authority itself or the National Anti-Doping Organization exercises Results Management, the BIU will delegate Results Management in respect thereof to the NF Member.~~
1.3.5.8 Subject to applicable law, as a condition of such position or involvement, each NF Member ~~must shall~~ require all of its board members, directors, and officers, and all of its employees and Delegated Third Parties (and their employees) who are involved in any aspect of *Doping Control*, to agree to be bound by these IBU Anti-Doping Rules as Persons.
1.3.5.9 Subject to applicable law, NF Members ~~must shall~~ not knowingly employ a Person in any position involving *Doping Control* (other than authorised anti-doping *Education* or rehabilitation programs) who has been Provisionally Suspended or is serving a period of *Ineligibility* under these IBU Anti-Doping Rules (or the World Anti-Doping Code) or, if a Person was not subject to the World Anti-Doping Code, who has directly and intentionally engaged in conduct within the previous six years that would have constituted a violation of anti-doping rules if World Anti-Doping Code compliant rules had been applicable to such Person.

1.3.5.40–11 NF Members ~~must shall~~ report any information suggesting or relating to an anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ to the BIU and to their *National Anti-Doping Organisations*, and ~~must shall~~ cooperate with investigations conducted by the BIU and/or by any Anti-Doping Organisation with authority to conduct the investigation.
1.3.5.11–12 NF Members ~~must shall~~ have disciplinary rules in place to prevent *Athlete Support Personnel* who are using *Prohibited Substances* or *Prohibited Methods* without valid justification from providing support to *Athletes* under the authority of the IBU/BIU or the NF Member.
1.3.5.13 All NF Members shall adopt and implement Code of Conduct provisions allowing the imposition of disciplinary action against *Athlete Support Personnel* under its authority who violate their obligations under Article 1.3.2 where such violation would not otherwise constitute an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1.
1.3.5.12–14 NF Members ~~must shall~~ conduct anti-doping *Education* in coordination with the BIU and ~~their the applicable National Anti-Doping Organisations~~ and otherwise as required under these IBU Anti-Doping Rules.
1.3.5.15 All affiliates of the IBU shall conduct *Testing* only under the documented authority of the IBU and use their *National Anti-Doping Organization* or other *Sample collection authority* to collect *Samples* in compliance with the *International Standard for Testing*.
1.3.5.16 All affiliates of the IBU shall analyse all *Samples* collected using a WADA-accredited or WADA-approved laboratory in accordance with Article 6.1.
1.4 Effective Date:
1.4.1 These 2027⁴ IBU Anti-Doping Rules come into full force and effect on 1 January 2027² (the ADR Effective Date), replacing the IBU Anti-Doping Rules ~~effective 1 January 2021~~ that were in force prior to the ADR Effective Date.
1.4.2 These IBU Anti-Doping Rules do not apply retroactively to matters pending before the ADR Effective Date, save that:
1.4.2.1 Anti-doping rule violations taking place prior to the ADR Effective Date count as 'first violations' or 'second violations' for purposes of determining the *Consequences* under Article 10.9 for anti-doping rule violations taking place after the ADR Effective Date.
1.4.2.2 With respect to any anti-doping rule violation case that is pending as of the ADR Effective Date and any anti-doping rule violation case brought after the ADR Effective Date based on an anti-doping rule violation that occurred prior to the ADR Effective Date, the substantive aspects of the case will be governed by the anti-doping rules in effect at the time the alleged anti-doping rule violation occurred, and not by the substantive anti-doping rules set out in these IBU Anti-Doping Rules (unless the hearing panel determines that the principle of *lex mitior* appropriately applies under the circumstances of the case), while the procedural aspects of the case will be governed by these IBU Anti-Doping Rules. For this purpose, the retrospective periods in which prior violations can be considered for purposes of multiple violations under Article 10.9.4 and the statute of limitations set out in Article 16 are procedural rules, not substantive rules, and should be applied retroactively, along with all the other procedural rules in these IBU Anti-Doping Rules (provided however that Article 16 will only be applied retroactively if the statute of limitations period – whether the original one or as extended by subsequent rules – has not already expired by the ADR Effective Date).
1.4.2.3 Any Article 2.4 whereabouts failure (whether a filing failure or a missed test) that took place prior to the ADR Effective Date may be relied upon as one of the requisite elements of an Article 2.4 anti-doping rule violation under these IBU Anti-Doping Rules until 12 months after it took place.
1.4.2.4 With respect to cases where a final decision finding an anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ has been rendered prior to the ADR Effective Date, but the *Athlete* or other Person is still serving the period of *Ineligibility* as of the ADR Effective Date, the *Athlete* or other Person may apply to the BIU or other Anti-Doping Organisation that had *Results Management authority responsibility* for the anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ to consider a reduction in the period of *Ineligibility* in light of these IBU Anti-Doping Rules. Such application ~~must shall~~ be made before the period of *Ineligibility* has expired. The decision rendered may be appealed pursuant to Article 13.2. These IBU Anti-Doping Rules will have no application to any case where a final decision finding an anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ has been rendered and the period of *Ineligibility* has expired.
1.4.2.5 For purposes of assessing the period of *Ineligibility* for a second violation under Article 10.9.1, where the sanction for the first violation was determined based on rules in force prior to the ADR Effective Date, the period of *Ineligibility* that would have been assessed for that first violation, had these IBU Anti-Doping Rules been applicable at that time, will be applied.
[Comment to Article 1.4.2.5: Other than the situation described in Article 1.4.2.5, where a final decision finding an anti-doping rule violation has been rendered prior to the Effective Date and the period of *Ineligibility* imposed has been completely served, these IBU Anti-Doping Rules may not be Used to re-characterise the prior violation.]
1.4.3 These IBU Anti-Doping Rules may be amended from time to time by the IBU Executive Board on the recommendation of the BIU, subject to the ultimate authority of Congress. However, for the avoidance of doubt, amendments by WADA to the World Anti-Doping Code, the *Prohibited List*, and any *International Standard* will come into effect automatically in the manner set out in the World Anti-Doping Code, and such amendments will be binding upon all *Athletes* and other Persons without further formality.
1.4.4 Changes to the *Prohibited List* and/or to *Technical Documents* relating to substances or methods on the *Prohibited List* will not be applied retroactively unless they specifically so provide. However, where the effect of the change is to remove a *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* from the *Prohibited List*, an *Athlete* or other Person who is serving a period of *Ineligibility* on account of that (former) *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* may apply to the BIU or other Anti-Doping Organisation that had *Results Management responsibility authority* for the anti-doping rule violation to consider a reduction in the period of *Ineligibility* in light of its removal from the *Prohibited List*.
2. Anti-Doping Rule Violations
Each of the following constitutes a violation of these IBU Anti-Doping Rules:
2.1 The presence of a *Prohibited Substance* or its *Metabolites* or *Markers* in an *Athlete's Sample*.
2.1.1 It is each *Athlete's* Personal duty to ensure that no *Prohibited Substance* enters their body. *Athletes* are responsible for any *Prohibited Substance* or its *Metabolites* or *Markers* found to be present in their *Samples*. Accordingly, it is not necessary to demonstrate intent, Fault, negligence or knowing Use on the *Athlete's* part in order to establish an Article 2.1 anti-doping rule violation. [Comment to Article 2.1.1: An anti-doping rule violation is committed under this Article without regard to an *Athlete's Fault*. This rule has been referred to in various CAS decisions as 'Strict Liability'. An *Athlete's Fault* is taken into consideration in determining the *Consequences* of this anti-doping rule violation under Article 10. This principle has consistently been upheld by CAS. An anti-doping rule violation for Presence is established when a *Prohibited Substance* is detected in the Sample of an *Athlete* who was subject to rules

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

adopted pursuant to the Code at the time of Sample collection, regardless of whether the Athlete was subject to the Code at the time the Prohibited Substance was Used]

2.1.2 Sufficient proof of an anti-doping rule violation under Article 2.1 is established by any of the following: (i) the presence of a Prohibited Substance or its Metabolites or Markers in the Athlete's A Sample where the Athlete waives analysis of the B Sample and the B Sample is not analysed; (ii) where the analysis of the Athlete's B Sample confirms the presence of the Prohibited Substance or its Metabolites or Markers found in the Athlete's A Sample; or (iii) where the Athlete's A or B Sample is split into two parts and the analysis of the confirmation part of the split Sample confirms the presence of the Prohibited Substance or its Metabolites or Markers found in the first part of the split Sample or the Athlete waives analysis of the confirmation part of the split Sample.

[Comment to Article 2.1.2: The BIU or other Anti-Doping Organisation with Results Management authority/responsibility may at its discretion choose to have the B Sample analysed even if the Athlete does not request the analysis of the B Sample.]

2.1.3 Excepting those substances for which a Decision Limit is specifically identified in the Prohibited List or a Technical Document, the presence of any reported quantity of a Prohibited Substance or its Metabolites or Markers in an Athlete's Sample will constitute an anti-doping rule violation.

2.1.4 As an exception to the general rule of Article 2.1, the Prohibited List, International Standards or Technical Documents may establish special criteria for reporting or the evaluation of certain Prohibited Substances.

2.2 Use or Attempted Use by an Athlete of a Prohibited Substance or a Prohibited Method.

[Comment to Article 2.2: It has always been the case that Use or Attempted Use of a Prohibited Substance or Prohibited Method may be established by any reliable means. As noted in the Comment to Article 3.2, unlike the proof required to establish an anti-doping rule violation under Article 2.1, Use or Attempted Use may also be established by other reliable means such as admissions by the Athlete, witness statements, documentary evidence, conclusions drawn from longitudinal profiling, including data collected as part of the Athlete Biological Passport, or other analytical information which does not otherwise satisfy all the requirements to establish "Presence" of a Prohibited Substance under Article 2.1.

For example, Use may be established based upon reliable analytical data from the analysis of an A Sample (without confirmation from an analysis of a B Sample) or from the analysis of a B Sample alone where the Anti-Doping Organization provides a satisfactory explanation for the lack of confirmation in the other Sample.]

2.2.1 It is the Athlete's Personal duty to ensure that no Prohibited Substance enters their body and that no Prohibited Method is Used. Accordingly, it is not necessary to demonstrate intent, Fault, negligence or knowing Use on the Athlete's part in order to establish an anti-doping rule violation for Use of a Prohibited Substance or a Prohibited Method.

2.2.2 The success or failure of the Use of a Prohibited Substance or Prohibited Method is not material. It is sufficient that the Prohibited Substance or Prohibited Method was Used or Attempted to be Used for an anti-doping rule violation to be committed. [Comment to Article 2.2.2: Demonstrating the Attempted Use of a Prohibited Substance or a Prohibited Method requires proof of intent on the Athlete's part.

[Comment to Article 2.2.2: The fact that intent may be required to prove Attempted Use does not undermine the Strict Liability principle established for violations of Article 2.1 and violations of Article 2.2 in respect of Use of a Prohibited Substance or Prohibited Method.

An Athlete's Use of a Prohibited Substance constitutes an anti-doping rule violation unless such Substance is not prohibited Out-of-Competition and the Athlete's Use takes place Out-of-Competition. (However, the presence of a Prohibited Substance or its Metabolites or Markers in a Sample collected In-Competition is a violation of Article 2.1 regardless of when that Substance might have been administered.)

To establish an anti-doping rule violation under this Article 2.2, the alleged Use or Attempted Use shall have occurred when the Athlete was bound by rules adopted pursuant to the Code. However, this does not preclude an Anti-Doping Organization or other sport organization from adopting and enforcing eligibility rules that allow the organization to deny or revoke the membership of a Person who engaged in conduct, before being bound by rules adopted pursuant to the Code, where such conduct would have constituted an anti-doping rule violation had it occurred while the Person was bound by rules adopted pursuant to the Code.]

2.2.3 The success or failure of the Use of a Prohibited Substance or Prohibited Method is not material. It is sufficient that the Prohibited Substance or Prohibited Method was Used or Attempted to be Used for an anti-doping rule violation to be committed.

[Comment to Article 2.2.3: An Athlete's Use of a Prohibited Substance constitutes an anti-doping rule violation unless such Prohibited Substance is not prohibited Out-of-Competition and the Athlete's Use takes place Out-of-Competition. However, the presence of a Prohibited Substance or its Metabolites or Markers in a Sample collected In-Competition will be a violation of Article 2.1, regardless of when that Prohibited Substance might have been Administered.]

[Comment to Article 2.2: It has always been the case that Use or Attempted Use of a Prohibited Substance or Prohibited Method may be established by any reliable means. As noted in the Comment to Article 3.2, unlike the proof required to establish an anti-doping rule violation under Article 2.1, Use or Attempted Use may also be established by other reliable means such as admissions by the Athlete, witness statements, documentary evidence, conclusions drawn from longitudinal profiling, including data collected as part of the Athlete Biological Passport, or other analytical information that does not otherwise satisfy all the requirements to establish the presence of a Prohibited Substance under Article 2.1. For example, Use may be established based upon reliable analytical data from the analysis of an A Sample (without confirmation from an analysis of a B Sample) or from the analysis of a B Sample alone where the Anti-Doping Organization provides a satisfactory explanation for the lack of confirmation in the other Sample.]

2.3 An Athlete evading, or refusing or failing to submit to, Sample collection.

Evading Sample collection; or refusing or failing to submit to Sample collection without compelling justification after notification by a duly authorised Person.

[Comment to Article 2.3: For example, it would be an anti-doping rule violation of 'evading Sample collection' if it were established that an Athlete was deliberately avoiding a Doping Control official to evade notification or Testing. A violation of 'failing to submit to Sample collection' may be based on either intentional or negligent conduct of the Athlete, while 'evading' or 'refusing' Sample collection contemplates intentional conduct by the Athlete.]

2.4 Whereabouts failures by an Athlete in a Registered Testing Pool.

Any combination of three missed tests and/or filing failures, as defined in the International Standard for Results Management, within a 12-month period by an Athlete in a Registered Testing Pool.

2.5 Tampering or Attempted Tampering with any part of Doping Control by an Athlete or other Person.

[Comment to Article 2.5: The mere failure by an Athlete, Athlete Support Person or other Person, to cooperate with Anti-Doping Organizations investigating anti-doping rule violations or violations of Article 10.14.1 does not constitute Tampering under Article 2.5. Such failure to cooperate may, however, be the basis for disciplinary action under a Signatory's rules where such rules include appropriate procedural safeguards.]

2.6 Possession of a Prohibited Substance or a Prohibited Method by an Athlete or Athlete Support Person.

2.6.1 Possession by an Athlete In-Competition of any Prohibited Method or any Prohibited Substance, or Possession by an Athlete Out-of-Competition of any Prohibited Method or any Prohibited Substance that is prohibited Out-of-Competition, unless the Athlete establishes that the Possession is consistent with a ~~TUE~~Therapeutic Use Exemption granted in accordance with Article 4.4~~3~~ or other acceptable justification.

[Comment to Articles 2.6.1 and 2.6.2: Acceptable justification would not include, for example, buying or Possessing a Prohibited Substance for purposes of giving it to a friend or relative, except under justifiable medical circumstances where that Person had a physician's prescription, e.g., buying Insulin for a diabetic child.]

Acceptable justification may include, for example, (a) an Athlete or a team doctor carrying Prohibited Substances or Prohibited Methods for dealing with acute and emergency situations (e.g., an epinephrine auto-injector), or (b) an Athlete Possessing a Prohibited Substance or Prohibited Method for therapeutic reasons shortly prior to applying for and receiving a determination on a Therapeutic Use Exemption.]

2.6.2 Possession by Athlete Support Person In-Competition of any Prohibited Substance or any Prohibited Method, or Possession by Athlete Support Person Out-of-Competition of any Prohibited Substance or any Prohibited Method that is prohibited Out-of-Competition, in connection with an Athlete, Competition or training, unless the Athlete Support Person establishes that the Possession is consistent with a ~~TUE~~Therapeutic Use Exemption granted to an Athlete in accordance with Article 4.4~~3~~ or other acceptable justification.

[Comment to Articles 2.6.1 and 2.6.2: Acceptable justification may include, for example, (a) an Athlete or a team doctor carrying Prohibited Substances or Prohibited Methods for dealing with acute and emergency situations (e.g., an epinephrine auto-injector), or (b) an Athlete Possessing a Prohibited Substance or Prohibited Method for therapeutic reasons shortly prior to applying for and receiving a determination on a ~~TUE~~Therapeutic Use Exemption. Acceptable justification would not include, for example, buying or Possessing a Prohibited Substance for purposes of giving it to a friend or relative, except under justifiable medical circumstances where that Person had a physician's prescription, e.g., buying insulin for a diabetic child.]

2.7 Trafficking or Attempted Trafficking in any Prohibited Substance or Prohibited Method by an Athlete or other Person.

2.8 Administration or Attempted Administration by an Athlete or other Person either to (1) any Athlete In-Competition of any Prohibited Method or Prohibited Substance, or (2) any Athlete Out-of-Competition of any Prohibited Method or any Prohibited Substance that is prohibited Out-of-Competition.

2.9 Complicity or Attempted Complicity by an Athlete or other Person.

Assisting, encouraging, aiding, abetting, conspiring, covering up, or any other type of intentional complicity or Attempted complicity involving an anti-doping rule violation, an Attempted anti-doping rule violation, or violation of Article 10.14.1 by another Person.

[Comment to Article 2.9: Complicity or Attempted Complicity may include either physical or psychological assistance.]

2.10 Prohibited association by an Athlete or other Person.

2.10.1 Association by an Athlete or other Person subject to the authority of an Anti-Doping Organisation in a professional or sport-related capacity with any Athlete Support Person who:

2.10.1.1 if subject to the authority of an Anti-Doping Organisation, is serving a period of Ineligibility; or

2.10.1.2 if not subject to the authority of an Anti-Doping Organisation and where Ineligibility has not been addressed in a Results Management process pursuant to the World Anti-Doping Code, has been convicted or found in a criminal, disciplinary or professional proceeding to have engaged in conduct that would have constituted a violation of anti-doping rules if rules compliant with the World Anti-Doping Code had been applicable to such Person. The disqualifying status of such Person will be in force for the longer of (i) six years from the criminal, professional or disciplinary decision or (ii) the duration of the criminal, disciplinary or professional sanction imposed; or

2.10.1.3 is serving as a front or intermediary for an individual described in Articles 2.10.1.1 or 2.10.1.2.

2.10.2 To prove an Article 2.10 anti-doping violation, the BIU or other Anti-Doping Organisation ~~shall~~**must** establish that the Athlete or other Person knew of the Athlete Support Person's disqualifying status.

The burden will be on the Athlete or other Person to establish that any association with an Athlete Support Person described in Articles 2.10.1.1 and 2.10.1.2 is not in a professional or sport-related capacity and/or that such association could not have been reasonably avoided.

If the BIU (or other Anti-Doping Organisation) becomes aware of any Athlete Support Person who meets the criteria described in Article 2.10.1.1, 2.10.1.2, or 2.10.1.3, it ~~must~~**shall** submit that information to WADA.

[Comment to Article 2.10: Athletes and other Persons shall not work with coaches, trainers, physicians or other Athlete Support Personnel who are Ineligible on account of an anti-doping rule violation or who have been criminally convicted or professionally disciplined in relation to doping. This also prohibits association with any other Athlete who is acting as a coach or Athlete Support Person while serving a period of Ineligibility. Some examples of the types of association which are prohibited include: obtaining training, strategy, technique, nutrition or medical advice; obtaining therapy, treatment or prescriptions; providing any bodily products for analysis; or allowing the Athlete Support Person to serve as an agent or representative. Prohibited association need not involve any form of compensation.]

While Article 2.10 does not require the Anti-Doping Organization to notify the Athlete or other Person about the Athlete Support Person's disqualifying status, such notice, if provided, would be important evidence to establish that the Athlete or other Person knew about the disqualifying status of the Athlete Support Person.]

2.11 Acts by an Athlete or other Person to discourage or retaliate against reporting to authorities.

Where such conduct does not otherwise constitute a violation of Article 2.5:

2.11.1 Any act that threatens or seeks to intimidate another Person with the intent of discouraging the Person from the good-faith reporting of information that relates to an alleged anti-doping rule violation, an alleged violation of Article 10.14.1 or alleged non-compliance with these IBU Anti-Doping Rules or the World Anti-Doping Code to WADA, the BIU, another Anti-Doping Organisation, a law enforcement, regulatory or professional disciplinary body, a hearing body, or a Person conducting an investigation for WADA or the BIU or another Anti-Doping Organisation.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

2.11.2 Retaliation against a Person who has provided evidence or information in good faith that relates to an alleged anti-doping rule violation, [an alleged violation of Article 10.14.1](#) or alleged non-compliance with these IBU Anti-Doping Rules or the World Anti-Doping Code to WADA, the BIU, another Anti-Doping Organisation, a law enforcement, regulatory or professional disciplinary body, a hearing body, or a Person conducting an investigation for WADA or the BIU or another Anti-Doping Organisation.

[For purposes of Article 2.11, retaliation, threatening, and intimidation include an act taken against such Person either because the act lacks a good faith basis or is a disproportionate response.](#)

[\[Comment to Article 2.11.2: This Article is intended to protect Persons who make good faith reports, and does not protect Persons who knowingly make false reports.\]](#)

[2.11.3 For purposes of Article 2.11, retaliation, threatening, and intimidation include an act taken against such Person either because the act lacks a good faith basis or is a disproportionate response.](#)

[\[Comment to Article 2.11.3: Retaliation would include, for example, actions that threaten the physical or mental well-being or economic interests of the reporting Persons, their families or associates. Retaliation would not include an Anti-Doping Organisation asserting in good faith an anti-doping rule violation against the reporting Person. For purposes of Article 2.11, a report is not made in good faith where the Person making the report knows the report to be false.\]](#)

3. Proof of doping

3.1 Burdens and standards of proof

The BIU will have the burden of establishing that an anti-doping rule violation [or a violation of Article 10.14.1](#) has occurred. The standard of proof will be whether the BIU has established an anti-doping rule violation [or a violation of Article 10.14.1](#) to the comfortable satisfaction of the hearing panel, bearing in mind the seriousness of the allegation that has been made. This standard of proof in all cases is greater than a mere balance of probability but less than proof beyond a reasonable doubt. Where these IBU Anti-Doping Rules place the burden of proof upon the Athlete or other Person alleged to have committed an anti-doping rule violation [or a violation of Article 10.14.1](#) to rebut a presumption or establish specified facts or circumstances, except as provided in Articles 3.2.4 ~~and~~, 3.2.5 ~~and~~ [10.2.1.3](#), the standard of proof will be by a balance of probability.

[\[Comment to Article 3.1: This standard of proof required to be met by the Anti-Doping Organisation is comparable to the standard which is applied in most countries to cases involving professional misconduct. \[Comment to Article 3.1: This standard of proof required to be met by the BIU is comparable to the standard that is applied in most countries\]. to the same standard as is set out at Article 3.1.\]](#)

3.2 Methods of establishing facts and presumptions:

The following rules of proof will be applicable in doping cases:

3.2.1 Facts related to anti-doping rule violations, [or violations of Article 10.14.1](#), may be established by any reliable means, including admissions.

[\[Comment to Article 3.2.1: For example, an Anti-Doping Organization may establish an anti-doping rule violation under Article 2.2 based on the Athlete's admissions, the credible testimony of third Persons, reliable documentary evidence, reliable analytical data from either an A or B Sample as provided in the Comments to Article 2.2, or conclusions drawn from the profile of a series of the Athlete's blood or urine samples, such as data from the Athlete Biological Passport. The results of lie-detector tests shall not be considered reliable analytical or scientific evidence. For example, the BIU may establish an anti-doping rule violation under Article 2.2 \(a Biological Passport\).\]](#)

3.2.2 Analytical methods or Decision Limits that have been approved by WADA after consultation within the relevant scientific community or that have been the subject of peer review are presumed to be scientifically valid. Any Athlete or other Person seeking to challenge whether the conditions for such presumption have been met or to rebut this presumption of scientific validity will, as a condition precedent to any such challenge, first notify WADA of the challenge and the basis of the challenge. The initial hearing body, appellate body or CAS may also (on its own initiative) inform WADA of any such challenge. Within ten days of WADA's receipt of such notice and the case file related to such challenge, WADA will also have the right to intervene as a party, appear as amicus curiae or otherwise provide evidence in such proceeding. In cases before CAS, at WADA's request, the CAS panel will appoint an appropriate scientific expert to assist the panel in its evaluation of the challenge.

[\[Comment to Article 3.2.2: For certain Prohibited Substances, WADA may instruct WADA-accredited laboratories not to report Samples as an Adverse Analytical Finding if the estimated concentration of the Prohibited Substance or its Metabolites or Markers is below a Minimum Reporting Level. WADA's decision in determining that Minimum Reporting Level or in determining which Prohibited Substances should be subject to Minimum Reporting Levels is not subject to challenge. Further, the laboratory's estimated concentration of such Prohibited Substance in a Sample may only be an estimate. In no event will the possibility that the exact concentration of the Prohibited Substance in the Sample may be below the Minimum Reporting Level constitute a defence to an anti-doping rule violation based on the presence of that Prohibited Substance in the Sample.\]](#)

3.2.3 Compliance with an International Standard (as opposed to an alternative standard, practice or procedure) will be sufficient to conclude that the procedures addressed by the International Standard were performed properly.

3.2.4 WADA-accredited laboratories and other laboratories approved by WADA are presumed to have conducted Sample analysis and custodial procedures in accordance with the International Standard for Laboratories. The Athlete or other Person may rebut this presumption by establishing that a departure from the International Standard for Laboratories occurred that could reasonably have caused the Adverse Analytical Finding. If the Athlete or other Person rebuts the preceding presumption by showing that a departure from the International Standard for Laboratories occurred that could reasonably have caused the Adverse Analytical Finding, then the BIU will have the burden of establishing that such departure did not cause the Adverse Analytical Finding.

[\[Comment to Article 3.2.4: The burden is on the Athlete or other Person to establish, by a balance of probability, a departure from the International Standard for Laboratories that could reasonably have caused the Adverse Analytical Finding. Thus, once the Athlete or other Person establishes the departure by a balance of probability, the Athlete or other Person's burden on causation is the somewhat lower standard of proof—"could reasonably have caused." If the Athlete or other Person satisfies these standards, the burden shifts to the Anti-Doping Organization to prove to the comfortable satisfaction of the hearing panel that the departure did not cause the Adverse Analytical Finding. The burden is on the.\]](#)

3.2.5 Departures from any other International Standard or other anti-doping rule or policy set forth in the World Anti-Doping Code or in these IBU Anti-Doping Rules will not invalidate analytical results or other evidence of an anti-doping rule violation and will not constitute a defence to an anti-doping rule violation; provided, however, if the Athlete or other Person establishes that a departure from one of the specific International Standard provisions listed below could reasonably have caused an anti-doping rule violation

based on an Adverse Analytical Finding or whereabouts failure, then the BIU will have the burden of establishing that such a departure did not cause the Adverse Analytical Finding or the whereabouts failure:

[\[Comment to Article 3.2.5: Departures from an International Standard or other rule unrelated to Sample collection or handling, Adverse Passport Finding, or Athlete notification relating to whereabouts failure or B Sample opening – e.g., the International Standard for Education, International Standard for Data Protection, International Standard for Intelligence and Investigations or International Standard for Therapeutic Use Exemptions – may result in compliance proceedings by WADA but are not a defense in an anti-doping rule violation proceeding and are not relevant on the issue of whether the Athlete committed an anti-doping rule violation. Similarly, a Signatory's violation of the document referenced in its anti-doping Education responsibilities under Article 20 shall not constitute a defense to an anti-doping rule violation.\]](#)

[For the avoidance of doubt, an Athlete's assertion of an alleged "fundamental" breach of any International Standard or other anti-doping rule or policy set forth in the Code or in an Anti-Doping Organization's rules cannot invalidate an Adverse Analytical Finding or anti-doping rule violation unless the Athlete can also establish that the breach could reasonably have caused the Adverse Analytical Finding or anti-doping rule violation.\]](#)

3.2.5.1 a departure from the [and Investigations](#) International Standard for Testing relating to Sample collection or Sample handling that could reasonably have caused an anti-doping rule violation based on an Adverse Analytical Finding, in which case the BIU will have the burden to establish that such departure did not cause the Adverse Analytical Finding;

3.2.5.2 a departure from the International Standard for Results Management or [and Investigations](#) International Standard for Testing relating to an Adverse Passport Finding that could reasonably have caused an anti-doping rule violation, in which case the BIU will have the burden to establish that such departure did not cause the anti-doping rule violation;

3.2.5.3 a departure from the International Standard for Results Management relating to the requirement to provide notice to the Athlete of the B Sample opening that could reasonably have caused an anti-doping rule violation based on an Adverse Analytical Finding, in which case the BIU will have the burden to establish that such departure did not cause the Adverse Analytical Finding; or [\[Comment to Article 3.2.5.3: The BIU would meet its burden to establish that such departure did not cause the Adverse Analytical Finding by showing that, for example, the B Sample opening and analysis were observed by an independent witness and no irregularities were observed.\]](#)

3.2.5.4 a departure from the International Standard for Results Management relating to Athlete notification [or Attempts to locate the](#) Athlete that could reasonably have caused an anti-doping rule violation based on a whereabouts failure, in which case the BIU will have the burden to establish that such departure did not cause the whereabouts failure.

[\[Comment to Article 3.2.5: Departures from an International Standard or other rule unrelated to Sample collection or handling, Adverse Passport Finding, or Athlete notification relating to whereabouts failure or B Sample opening – e.g., the International Standard for Education, International Standard for the Protection International Standard of Privacy and International Standard for Therapeutic Use Exemptions – may result in compliance proceedings by WADA but are not a defence in an anti-doping rule violation proceeding and are not relevant on the issue of whether the Athlete committed an anti-doping rule violation. Similarly, a violation of the Athlete's Anti-Doping Rights Act by the BIU \(or other relevant body\) will not constitute a defence to an anti-doping rule violation. Athlete International Standard Code Anti-Doping Organization Adverse Analytical Finding Athlete caused Adverse Analytical Finding.\]](#)

3.2.6 The facts established by a decision of a court or professional disciplinary tribunal of competent jurisdiction that is not the subject of a pending appeal will be irrefutable evidence against the Athlete or other Person to whom the decision pertained [\[and who had been charged with an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1\]](#) of those facts, unless the Athlete or other Person establishes that the decision violated principles of natural justice.

[\[Comment to Article 3.2.6: For the avoidance of doubt, this provision shall not apply to decisions on Provisional Suspensions.\]](#)

3.2.7 The hearing panel in a hearing on an anti-doping rule violation, [or a violation of Article 10.14.1](#), may draw an inference adverse to the Athlete or other Person who is asserted to have committed an anti-doping rule violation, [or a violation of Article 10.14.1](#) based on the Athlete's or other Person's refusal, after a request made in a reasonable time in advance of the hearing, to appear at the hearing (either in Person or by telephone as directed by the hearing panel) and to answer questions either from the hearing panel or from the BIU or other Anti-Doping Organisation asserting the anti-doping rule violation, [or violation of Article 10.14.1](#).

[\[Comment to Article 3.2.7: an adverse inference may also be drawn where an Athlete or other Person refuses to respond to a demand or other questions put to them during an IBU INTEGRITY CODE – Chapter D: IBU Anti-Doping Rules investigation. The hearing panel may also draw such an adverse inference in cases GAses involving Athletes or other Persons who have violated the prohibition against participation during Ineligibility or Provisional Suspension \(Article 10.14.3\).\]](#)

4. The Prohibited List and Therapeutic Use Exemptions

4.1 Incorporation of the Prohibited List

4.1.1 These IBU Anti-Doping Rules incorporate the Prohibited List, which is published and revised by WADA [as an International Standard](#) as described in Article 4.1 of the World Anti-Doping Code.

4.1.2 Unless provided otherwise in the Prohibited List and/or a revision, the Prohibited List and revisions will come into effect under these IBU Anti-Doping Rules three months after publication of the Prohibited List or revision by WADA automatically, i.e., without requiring any further action by the IBU. All Athletes and other Persons will be bound by the Prohibited List and any revisions thereto from the date they come into effect, without further formality. It is the responsibility of all Athletes and other Persons to familiarise themselves with the most up-to-date version of the Prohibited List and all revisions thereto.

4.1.3 The BIU will take appropriate steps to distribute the Prohibited List to NF Members. Each NF Member ~~must~~ [shall](#) in turn take appropriate steps to distribute the Prohibited List to its members and constituents.

[\[Comment to Article 4.1: The current will be published every year whether or not changes have been made.\]](#)

4.2 Prohibited Substances and Prohibited Methods identified on the Prohibited List

4.2.1 Prohibited Substances and Prohibited Methods

4.2.1.1 The Prohibited List identifies those substances and methods that are prohibited as doping at all times (i.e., both In-Competition and Out-of-Competition) and those substances and methods that are prohibited only In-Competition. Prohibited Substances and Prohibited Methods may be included in the Prohibited List by general category (e.g., anabolic agents) or by specific reference to a particular substance or method.



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

4.2.1.2 As described in Article 4.2.1 of the World Anti-Doping Code, WADA may expand the *Prohibited List* for the sport of Biathlon.
4.2.1.3 WADA may also include additional substances or methods that have the potential for abuse in the sport of Biathlon, in the Monitoring Program described in Article 4.5 of the World Anti-Doping Code.

[Comment to Article 4.2.1: Out-of-Competition Use of a Substance which is only prohibited In-Competition is not an anti-doping rule violation unless an Adverse Analytical Finding for the Substance or its Metabolites or Markers is reported for a Sample collected In-Competition.][Comment to Article 4.2.1:]

4.2.2 Specified Substances or Specified Methods

For purposes of the application of Article 10, all *Prohibited Substances* will be deemed to be 'Specified Substances' except as identified on the *Prohibited List*. A *Prohibited Method* will not be considered to be a 'Specified Method' unless it is specifically identified as a *Specified Method* on the *Prohibited List*. *Specified Substances and Specified Methods identified in this Article should not in any way be considered less important or less dangerous than other doping Substances or Methods*. Rather, they are simply *Substances and Methods which are more likely to have been consumed or Used by an Athlete for a purpose other than the enhancement of sport performance*.

[Comment to Article 4.2.2: Prohibited Substances which are more likely to have been consumed or Used by an Athlete for a purpose other than the enhancement of sport performance would include, for example, marijuana or prohibited stimulants found in cold medications.][Comment to Article 4.2.2: The for a purpose other than the enhancement of sport performance.]

4.2.3 Substances of Abuse

For purposes of the application of Article 10, certain *Prohibited Substances* are specifically classified on the *Prohibited List* as 'Substances of Abuse' because they are *more* frequently abused in society outside of the context of sport.

4.3 WADA's determination of the Prohibited List

WADA's determination of the *Prohibited Substances* and *Prohibited Methods* that are (or will be) included on the *Prohibited List*, the classification of substances into categories on the *Prohibited List*, the classification of a substance as prohibited at all times or *In-Competition* only, and the classification of a substance or method as a *Specified Substance*, *Specified Method* or *Substance of Abuse*, is final and *shall* not be subject to any challenge by an *Athlete* or other *Person*, including (without limitation) any challenge based on an argument that the substance or method is not a masking agent or does not have the potential to enhance performance, represent a health risk, or violate the spirit of sport.

4.4 TUE Therapeutic Use Exemptions:

4.4.1 The presence of a *Prohibited Substance* or its *Metabolites* or *Markers* (Article 2.1), and/or *Use* or *Attempted Use* of a *Prohibited Substance* or a *Prohibited Method* (Article 2.2), *Possession* of a *Prohibited Substance* or a *Prohibited Method* (Article 2.6), or *Administration* or *Attempted Administration* of a *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* (Article 2.8), will not be considered an anti-doping rule violation if it is consistent with the provisions of a *TUE Therapeutic Use Exemption* granted in accordance with the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions*.

4.4.2 TUE Therapeutic Use Exemption applications

4.4.2.1 *Athletes* who are not *International-Level Athletes* *must* *shall* apply to their *National Anti-Doping Organisation* for a *TUE Therapeutic Use Exemption*. If the *National Anti-Doping Organisation* denies the application, the *Athlete* may appeal exclusively to the national-level appeal body described in Article 13.2, *unless provided otherwise in the International Standard for Therapeutic Use Exemptions*.

4.4.2.2 *Athletes* who are *International-Level Athletes* *must* *shall* apply to the BIU for a *TUE Therapeutic Use Exemption*.

4.4.3 TUE Therapeutic Use Exemption recognition

4.4.3.1 *Where the Athlete already has a Therapeutic Use Exemption granted by their National Anti-Doping Organization pursuant to Article 4.4 of the World Anti-Doping Code for the substance or method in question, and provided that such Therapeutic Use Exemption has been reported in accordance with Article 5.9 of the International Standard for Therapeutic Use Exemptions, the BIU shall automatically recognize it for purposes of international-level Competition, unless WADA has granted the BIU an exception in accordance with Article 7.2(b) of the International Standard for Therapeutic Use Exemptions.*

For TUE decisions that are automatically recognized, the Athlete does not need to take any further action, and the TUE cannot then be subject to further review by the BIU.

Where the Athlete already has a TUE Therapeutic Use Exemption granted by their National Anti-Doping Organisation pursuant to Article 4.4 of the World Anti-Doping Code for the substance or method in question, and if that TUE Therapeutic Use Exemption meets the criteria set out in the International Standard for Therapeutic Use Exemptions, the BIU will recognise it for purposes of International Events. If the BIU considers that the TUE Therapeutic Use Exemption does not meet those criteria and so refuses to recognise it, the BIU shall notify the Athlete and the Athlete's National Anti-Doping Organisation promptly with reasons. The Athlete or the National Anti-Doping Organisation will have 21 days from such notification to refer the matter to WADA for review in accordance with Article 4.4.8. If the matter is referred to WADA for review, the TUE Therapeutic Use Exemption granted by the National Anti-Doping Organisation is not valid for International Events but remains valid for national-level Competition and Out-of-Competition Testing pending WADA's decision. If the matter is not referred to WADA for review, within the 21-day deadline, the Athlete's National Anti-Doping Organisation must determine whether the original TUE Therapeutic Use Exemption granted by that National Anti-Doping Organisation should nevertheless remain valid for national-level Competition and Out-of-Competition Testing (provided that the Athlete ceases to be an International-Level Athlete and does not participate in international-level Competition). Pending the National Anti-Doping Organisation's decision, the TUE Therapeutic Use Exemption remains valid for national-level Competition and Out-of-Competition Testing (but is not valid for international-level Competition Testing).

[Comment to Article 4.4.3.1: Further to Articles 5.7 and 7.1 of the International Standard for Therapeutic Use Exemptions, the BIU will publish and keep updated a notice on its website and/or the IBU website (www.biathlonintegrity.com / www.biathlonworld.com) that sets out clearly (1) which Athletes under its authority are required to apply to it for a TUE Therapeutic Use Exemption, (2) which TUE Therapeutic Use Exemption decisions it will automatically recognise in lieu of such application (if any), and (3) which TUE Therapeutic Use Exemption decisions of other Anti-Doping Organisations will have to be submitted to it for recognition.]

4.4.3.2 *Where WADA has granted the BIU an exception to the default position of automatic recognition in accordance with Article 7.2(b) of the International Standard for Therapeutic Use Exemptions, the BIU shall publish: (a) which Therapeutic Use Exemption*

decisions it will automatically recognize; and (b) which Therapeutic Use Exemption decisions will have to be submitted to it by the Athlete for evaluation. The BIU's evaluation of an Athlete's Therapeutic Use Exemption for the purpose of recognition shall be in accordance with Article 7.0 of the International Standard for Therapeutic Use Exemptions.

If the BIU chooses to test an Athlete who is not an International-Level Athlete, the BIU will recognise a TUE Therapeutic Use Exemption granted to that Athlete by their National Anti-Doping Organisation.

[Comment to Article 4.4.3: If the BIU refuses to recognise a TUE Therapeutic Use Exemption granted by a National Anti-Doping Organisation only because medical records or other information are missing that are needed to demonstrate satisfaction with the criteria in the International Standard for Therapeutic Use Exemptions, the matter should not be referred to WADA. Instead, the file should be completed and re-submitted to the BIU. The BIU may agree with a National Anti-Doping Organisation that the National Anti-Doping Organisation will consider TUE Therapeutic Use Exemption applications on behalf of the BIU.]

4.4.3.3 *If the BIU chooses to test an Athlete who is not an International-Level Athlete, the BIU shall recognize a Therapeutic Use Exemption granted to that Athlete by their National Anti-Doping Organization unless the Athlete is required to apply for recognition of the Therapeutic Use Exemption pursuant to Articles 6.16 and 7.0 of the International Standard for Therapeutic Use Exemptions.*

4.4.4 TUE Therapeutic Use Exemption application process

4.4.4.1 If the *Athlete* does not already have a *TUE Therapeutic Use Exemption* granted by their *National Anti-Doping Organisation* for the substance or method in question, *or requires their Therapeutic Use Exemption to be recognized by the BIU in accordance with Article 4.4.3.2, the Athlete shall* *must* apply directly to the BIU for a *TUE Therapeutic Use Exemption* in accordance with the process set out in the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions* using the form posted on the BIU website and/or the IBU's website (www.biathlonintegrity.com / www.biathlonworld.com).

4.4.4.2 An application to the BIU for grant or recognition of a *TUE Therapeutic Use Exemption* *must* *shall* be made as soon as possible (save where Articles ~~4.1~~ *or* 4.3 of the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions* applies) and in any *event* at least 30 days before the *Athlete's* next *Competition*.

4.4.4.3 The BIU will appoint a panel to consider applications for the grant or recognition of *TUE Therapeutic Use Exemptions* (the *TUE Therapeutic Use Exemption Committee*).

4.4.4.4 The *TUE Therapeutic Use Exemption Committee* will *promptly* evaluate and decide upon the *Therapeutic Use Exemption* application in accordance with the relevant provisions of the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions* and any specific BIU protocols posted on the BIU and/or IBU website, and *usually* *(i.e., unless exceptional circumstances apply)* *within as soon as possible, and usually within* no more than 21 days of receipt of a complete application. Where the *Therapeutic Use Exemption* application is made in a reasonable time prior to a *Competition*, the *TUE Therapeutic Use Exemption Committee* will use its best endeavours to issue its decision before the start of the *Competition*.

4.4.4.5 The decision of the *TUE Therapeutic Use Exemption Committee* will be the final decision of the BIU and may be appealed in accordance with Article 4.4.7. The *TUE Therapeutic Use Exemption Committee* decision will be notified in writing to the *Athlete*, and to WADA and other relevant Anti-Doping Organisations, including the *Athlete's National Anti-Doping Organisation* in accordance with the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions*, *the BIU will also ensure that all decisions are* *also* promptly *be reported entered into ADAMS and, in any event, no later than twenty-one (21) days from the date of receipt of the decision.*

4.4.4.6 If the BIU *(or the National Anti-Doping Organisation, where it has agreed to consider the application on behalf of the BIU)* denies the *Athlete's* application, it *shall* *must* notify the *Athlete* promptly, with reasons. If the BIU grants the *Athlete's* application, it *shall* *must* notify not only the *Athlete* but also their *National Anti-Doping Organisation*. If the *National Anti-Doping Organisation* considers that the *TUE Therapeutic Use Exemption* granted by the BIU does not meet the criteria set out in the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions*, it has 21 days from such notification to refer the matter to WADA for review in accordance with Article 4.4.7.1.

4.4.4.7 If the *National Anti-Doping Organisation* refers the matter to WADA for review, the *TUE Therapeutic Use Exemption* granted by the BIU remains valid for international-level *Competition* and *Out-of-Competition Testing* but is not valid for national-level *Competition Testing* pending WADA's decision. If the *National Anti-Doping Organisation* does not refer the matter to WADA for review, the *TUE Therapeutic Use Exemption* granted by the BIU becomes valid for national-level *Competition Testing* as well when the 21-day review deadline expires.

[Comment to Article 4.4.4: Submitting to the TUE Therapeutic Use Exemption Committee or BIU falsified documents or false or misleadingly incomplete information in support of a TUE Therapeutic Use Exemption application (including but not limited to the failure to advise of the unsuccessful outcome of a prior application to another Anti-Doping Organisation for such a TUE Therapeutic Use Exemption), offering or accepting a bribe to/from a Person to perform or fail to perform an act, procuring false testimony from any witness, or committing any other fraudulent act or any other similar intentional interference or Attempted interference with any aspect of the TUE Therapeutic Use Exemption process will result in a charge of Tampering or Attempted Tampering under Article 2.5.

An *Athlete* should not assume that their application for grant or recognition of a *TUE Therapeutic Use Exemption* (or for renewal of a *TUE Therapeutic Use Exemption*) will be granted. Any *Use* or *Possession* or *Administration* of a *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* before an application has been granted is entirely at the *Athlete's* own risk.]

4.4.5 Retroactive TUE Therapeutic Use Exemption applications

4.4.5.1 Subject to Article 4.4.5.2, an *Athlete* may apply for a retroactive *TUE Therapeutic Use Exemption* on the grounds set out in Articles ~~4.1 and 4.3~~ of the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions*.

4.4.5.2 *If the BIU chooses to test an is Using for therapeutic reasons Retroactive Therapeutic Use Exemptions may be granted under the conditions described in the International Standard for Therapeutic Use Exemptions.*

[Comment to Article 4.4.5.2: If an Athlete is not granted a retroactive Therapeutic Use Exemption in the context of proceedings for an anti-doping rule violation, Article 10.2.4 should also be considered in relation to any period of ineligibility to be imposed.]

4.4.6 Expiration, ~~cancellation~~, withdrawal or reversal of a TUE Therapeutic Use Exemption

4.4.6.1 A *TUE Therapeutic Use Exemption* granted pursuant to these IBU Anti-Doping Rules *and the International Standard for Therapeutic Use Exemptions*:

- (a) will expire automatically at the end of any period for which it was granted, without the need for any further notice or other formality;
- (b) will be ~~cancellation~~ *cancelled* ~~withdrawn~~ *withdrawn* by the *Therapeutic Use Exemption Committee* if the *Athlete* does not promptly comply with any requirements or conditions imposed by the *TUE Therapeutic Use Exemption Committee* upon grant of the *TUE Therapeutic Use Exemption* *and/or due to a change in circumstances the Therapeutic Use Exemption criteria are no longer met; or*

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

~~(e) may be withdrawn by the TUE Therapeutic Use Exemption Committee if it is subsequently determined that the criteria for grant of a TUE Therapeutic Use Exemption are not in fact met; or~~
~~(cd)~~

may be reversed on review by WADA or on appeal.

4.4.6.2 The Athlete will not be subject to any Consequences based on their Use or Possession or Administration of the Prohibited Substance or Prohibited Method in question in accordance with the TUE Therapeutic Use Exemption prior to the effective date of expiry, ~~cancellation~~, withdrawal or reversal of the TUE Therapeutic Use Exemption. The review pursuant to Article 5.1.1.1 of the International Standard for Results Management of an Adverse Analytical Finding, reported shortly after the TUE Therapeutic Use Exemption expiry, ~~cancellation~~, withdrawal or reversal, will include consideration of whether such finding is consistent with Use of the Prohibited Substance or Prohibited Method prior to that date, in which ~~event~~ no anti-doping rule violation will be asserted.

4.4.7 Reviews and appeals of TUE Therapeutic Use Exemption decisions

4.4.7.1 WADA ~~shall~~**must** review any decision by the BIU not to recognise a TUE Therapeutic Use Exemption granted by the National Anti-Doping Organisation that is referred to WADA by the Athlete or the Athlete's National Anti-Doping Organisation. In addition, WADA ~~must~~**shall** review any decision by the BIU to grant a TUE Therapeutic Use Exemption that is referred to WADA by the Athlete's National Anti-Doping Organisation. WADA may review any other TUE Therapeutic Use Exemption decisions at any time, whether upon request by those affected or on its own initiative. If the TUE Therapeutic Use Exemption decision being reviewed meets the criteria set out in the International Standard for Therapeutic Use Exemptions, WADA will not interfere with it. If the TUE Therapeutic Use Exemption decision does not meet those criteria, WADA will reverse it.

[Comment to Article 4.4.7.1: WADA may charge a fee to cover the costs of: (a) any review it is required to conduct in accordance with Article 4.4.7; and (b) any review it chooses to conduct, where the decision being reviewed is reversed.]

4.4.7.2 ~~Unless provided otherwise in the International Standard for Therapeutic Use Exemption, a~~ TUE Therapeutic Use Exemption decision by the BIU ~~(or by a National Anti-Doping Organisation where it has agreed to consider the application on behalf of the IBU/BIU)~~ that is not reviewed by WADA, or that is reviewed by WADA but is not reversed upon review, may be appealed by the Athlete and/or the Athlete's National Anti-Doping Organisation, exclusively to CAS.

[Comment to Article 4.4.7.2: In such cases, the decision being appealed is the decision of the TUE Therapeutic Use Exemption Committee, not WADA's decision not to review the TUE Therapeutic Use Exemption Committee decision or (having reviewed it) not to reverse the TUE Therapeutic Use Exemption Committee decision. However, the deadline to appeal the TUE Therapeutic Use Exemption Committee decision does not begin to run until the date that WADA communicates its decision. In any ~~event~~, whether the decision has been reviewed by WADA or not, WADA ~~must~~**shall** be given notice of the appeal so that it may participate if it sees fit.]

4.4.7.3 A decision by WADA to reverse a TUE Therapeutic Use Exemption decision may be appealed by the Athlete, the National Anti-Doping Organisation and/or the BIU on behalf of the IBU exclusively to CAS.

4.4.7.4 A failure to render a decision within a reasonable time on a properly submitted application for grant or recognition of a TUE Therapeutic Use Exemption or for review of a TUE Therapeutic Use Exemption decision will be considered a denial of the application thus triggering the applicable rights of review/appeal.

4.4.7.5 Until such time as a TUE Therapeutic Use Exemption decision pursuant to these IBU Anti-Doping Rules has been reversed upon review by WADA or upon appeal, that TUE Therapeutic Use Exemption decision will remain in full force and effect.

5. Testing and Investigations

5.1 Purpose of Testing and Investigations

5.1.1 ~~and investigations~~ Testing may be undertaken under these IBU Anti-Doping Rules for any anti-doping purpose. ~~They~~**it** will be conducted in conformity with the provisions of the International Standard ~~for~~ Testing and any specific protocols of the BIU supplementing that International Standard.

5.1.2 Testing will be undertaken to obtain analytical evidence as to whether the Athlete has violated Article 2.1 (Presence of a Prohibited Substance or its Metabolites or Markers in an Athlete's Sample) or Article 2.2 (Use or Attempted Use by an Athlete of a Prohibited Substance or a Prohibited Method), ~~and for the purposes described in Article 6.2 of the World Anti-Doping Code.~~

5.2 Authority to test

5.2.1 Subject to the limitations for Event Testing set out in Article 5.3, the BIU on behalf of the IBU will have In-Competition and Out-of-Competition Testing authority over all of the Athletes specified in Article 1.2 of these IBU Anti-Doping Rules.

5.2.2 The BIU may require any Athlete over whom it has Testing authority ~~who has not retired~~ (including any Athlete serving a period of Ineligibility) to provide a Sample at any time and at any place.
[Comment to Article 5.2.2: The BIU may obtain additional authority to conduct Testing by means of bilateral or multilateral agreements with Code Signatories. Unless the Athlete has identified a 60-minute Testing window between the hours of 11:00 p.m. and 6:00 a.m., or has otherwise consented to Testing during that period, the BIU should have serious and specific suspicion that the Athlete may be engaged in doping before Testing an Athlete during that period. A challenge to whether the BIU had sufficient suspicion for Testing during this time period shall not be a defence to an anti-doping rule violation based on such test or Attempted test.]

5.2.3 WADA will have In-Competition and Out-of-Competition Testing authority as set out in Article 20.8.117-19 of the World Anti-Doping Code.

5.2.4 If the BIU delegates or contracts any part of Testing to a National Anti-Doping Organisation ~~directly or through an NF Member~~, that National Anti-Doping Organisation may collect additional Samples or direct the laboratory to perform additional types of analysis at the National Anti-Doping Organisation's expense. If additional Samples are collected or additional types of analyses are performed, the BIU ~~must~~**shall** be notified.

5.2.5 ~~Except where expressly allowed by the Code or an International Standard, the BIU shall not take any action that unduly impedes or interferes with the ability of any other Anti-Doping Organization to conduct Testing, whether performed directly or through delegation, that is authorized by this Article 5 of the World Anti-Doping Code or any other Code Article or the International Standard for Testing.~~

5.3 Event Testing

5.3.1 Except as otherwise provided below, only a single organisation will have authority to conduct Testing at Event Venues during an Event Period. At International Events, the BIU (or other international organisation that is the ruling body for the Event, if not the IBU) will have authority to conduct Testing. At National Events, the National Anti-Doping Organisation of the country in which the Event is staged will have authority to conduct Testing. At the request of the BIU on behalf of the IBU (or other international organisation that

is the ruling body for an Event), any Testing during the Event Period outside of the Event Venues ~~must~~**shall** be coordinated with the BIU on behalf of the IBU (or the ~~relevant~~ ruling body of the Event).

[Comment to Article 5.3.1: Some ruling bodies for International Events may be doing their own Testing outside of the Event Venues during the Event Period and thus want to coordinate that Testing with National Anti-Doping Organization Testing.]

5.3.2 If an Anti-Doping Organisation that would otherwise have Testing authority but is not responsible for initiating and directing Testing at an Event desires to conduct Testing of Athletes at the Event Venue(s) during the Event Period, the Anti-Doping Organisation ~~must~~**shall** first confer with the BIU on behalf of the IBU (or other international organisation that is the ruling body of the Event) to obtain permission to conduct and coordinate such Testing. If the Anti-Doping Organisation is not satisfied with the response from the BIU (or other international organisation that is the ruling body of the Event), in accordance with the procedures described in the International Standard ~~for~~ Testing the Anti-Doping Organisation may ask WADA for permission to conduct Testing and to determine how to coordinate such Testing. WADA will not grant approval for such Testing before consulting with and informing the BIU on behalf of the IBU (or other international organisation that is the ruling body for the Event). WADA's decision will be final and not subject to appeal. Unless otherwise provided in the authorisation to conduct Testing, such tests will be considered Out-of-Competition tests. Results Management for any such test ~~will be the responsibility~~**shall be under the authority** of the Anti-Doping Organisation initiating the test unless provided otherwise in the rules of the ruling body of the Event.

[Comment to Article 5.3.2: Before giving approval to a National Anti-Doping Organization to initiate and conduct Testing at an International Event, WADA shall consult with the international organization which is the ruling body for the Event. Before giving approval to an International Federation to initiate and conduct Testing at a National Event, WADA shall consult with the National Anti-Doping Organization of the country where the Event takes place. The Anti-Doping Organization "initiating and directing Testing" may, if it chooses, enter into agreements with a Delegated Third Party to which it delegates responsibility for Sample collection or other aspects of the Doping Control process.]

5.4 Testing requirements

5.4.1 The BIU will conduct test distribution planning and Testing as required by the International Standard ~~for~~ Testing ~~and~~ use ADAMS to coordinate Testing

5.4.2 ~~Where reasonably feasible~~, in order to maximise the effectiveness of the combined Testing effort and to avoid unnecessary repetitive Testing.

5.5 Athlete whereabouts requirements

5.5.1 IBU Registered Testing Pool

~~A minimum of 30 male and 30 female Athletes designated by the BIU will comprise the IBU Registered Testing Pool (IBU RTP). Athletes in the IBU RTP are required to comply with the whereabouts requirements specified in the International Standard for Testing, including:~~

5.5.1.1 advising the BIU of their whereabouts on a quarterly basis by 15 December, March, June, and September, respectively ~~or in exceptional cases where an Athlete is included into the IBU RTP during the quarter by the deadline set by the IBU up to a maximum of 15 days;~~

5.5.1.2 updating that information as necessary, so that it remains accurate and complete at all times; and

5.5.1.3 making themselves available for Testing at such whereabouts.

5.5.2 For purposes of Article 2.4, failure by an Athlete in the IBU RTP to comply with the requirements of the International Standard ~~for~~ Testing will be deemed a filing failure or a missed test where the conditions set out in Annex B of the International Standard for Results Management for declaring a filing failure or missed test are met.

5.5.3 Without prejudice to Article 5.5.2 and pursuing the matter as a potential anti-doping rule violation under Article 2.4, to ensure that Athletes take their whereabouts responsibilities seriously, and to limit the burden that non-compliant Athletes place on the BIU's limited anti-doping resources, an Athlete and their National Federation will be jointly and severally liable to pay the BIU €500.00 for each Whereabouts Failure recorded by the BIU against that Athlete as a contribution towards the costs incurred by the BIU in processing that Whereabouts Failure. As the only exception to this rule, no contribution payment will be made for a Filing Failure or Missed Test if it is the first time the BIU has recorded a Whereabouts Failure against the Athlete.

5.5.4 The BIU will make available through ADAMS a list that identifies by name those Athletes included in the IBU RTP. The BIU will review and update as necessary its criteria for including Athletes in the IBU RTP, and will revise the membership of the IBU RTP from time to time as appropriate in accordance with the set criteria. In particular, Athletes may be added to the IBU RTP in the following circumstances:

5.5.4.1 by virtue of their placing in the top 20 of any IBU World Cup ranking Competition;

5.5.4.2 when they have a significant change in performance or haematological and/or steroidal profile;

5.5.4.3 when they are serving a period of Ineligibility;

5.5.4.4 if they are transferring into Biathlon from other sports; and/or

5.5.4.5 for any other valid reason.

5.5.5 Athletes will be notified before they are included in the IBU RTP and when they are removed from that pool. The notification will contain the information set out in the International Standard ~~for~~ Testing.

5.5.6 An Athlete in the IBU RTP will continue to be subject to the obligation to comply with the whereabouts requirements set out in the International Standard ~~for~~ Testing unless and until (a) the Athlete gives written notice to the IBU/BIU of their retirement, ~~in which case the BIU shall confirm in writing the Athlete's retirement and removal from the IBU RTP;~~ or (b) the BIU has informed the Athlete that they are no longer ~~included~~ in the IBU RTP.

5.5.7 The BIU will coordinate with National Anti-Doping Organisations to identify the Athletes in the IBU RTP and to collect their whereabouts information. Where an Athlete is included in the IBU RTP and in a national Registered Testing Pool by their National Anti-Doping Organisation, the National Anti-Doping Organisation and the BIU will agree which of them ~~will accept that Athlete's whereabouts filings~~**shall be the whereabouts custodian**. In no case will an Athlete be required to make whereabouts filings to more than one of them.

5.5.8 Whereabouts information relating to an Athlete will be shared (through ADAMS) with WADA and other Anti-Doping Organisations having authority to test that Athlete, will be maintained in strict confidence at all times, will be Used exclusively for the purposes set out in Article 5.5 of the World Anti-Doping Code, and will be destroyed in accordance with the International Standard ~~for~~ Data Protection once it is no longer relevant for these purposes.



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

5.5.9 *To facilitate effective Out-of-Competition Testing, the BIU may require NF Members to provide information reasonably necessary to locate national teams and Athletes for Testing, including team rosters, training-camp dates and locations, regular team training schedules and Competition schedules. The collection of such information does not establish an individual Testing Pool or Team Sport Testing Pool and does not impose individual whereabouts filing requirements on Athletes who are not included in the IBU RTP. The BIU may, in accordance with the International Standard for Testing, collect whereabouts information from Athletes who are not included in the IBU RTP. If it chooses to do so, an Athlete's failure to provide complete and accurate whereabouts information on or before the date required by the BIU may result in the BIU elevating the Athlete to the IBU RTP.*

5.6 Retired Athletes returning to Competition

5.6.1 *An International-Level Athletes or National-Level Athlete in the IBU RTP who have given notice of retirement to the IBU/BIU may not resume competing in International Events or National Events until they have given the IBU/BIU and their National Anti-Doping Organisation written notice of their intent to resume competing and have made themselves agreed to be bound by applicable anti-doping rules and have made themselves available for Testing for a period of six months before returning to Competition, including (if requested) complying with the whereabouts requirements of Annex I to the International Standard for Testing. WADA, in consultation with the BIU and the Athlete's National Anti-Doping Organisation, may grant an exemption to the six-month written notice rule where the strict application of that rule would be unfair to an Athlete. The exemption may be subject to one or more conditions that WADA and the relevant Anti-Doping Organizations may impose at their discretion including, without limitation, a minimum number of tests before participation in International Events or National Events or a restriction of the participation (during the exemption period) to specific International Events or National Events. WADA's decision to grant or not to grant such exemption may be appealed under Article 13.2. Any competitive results obtained in violation of this Article 5.6.1 will be Disqualified, unless the Athlete can establish that they could not have reasonably known that they participated in an International Event or a National Event. [Comment to Article 5.6.1: Where the Athlete wishes to return to active participation in a sport different than the sport from which the Athlete retired, the relevant International Federation shall be the International Federation for the sport to which the Athlete wishes to return.]*

5.6.2 *If an Athlete retires from sport while subject to a period of Ineligibility, the Athlete shall must notify the IBU/BIU (and, if the period of Ineligibility was not imposed under the IBU Anti-Doping Rules, the Anti-Doping Organisation that imposed the period of Ineligibility) in writing of such retirement. The Athlete may not resume competing in International Events or National Events until the Athlete has agreed to be bound by applicable anti-doping rules and has made themselves available for Testing by giving six months prior written notice (or notice equivalent to the period of remaining as of retired, if that period was longer than six months) to the IBU/BIU and to the Athlete's National Anti-Doping Organisation for a period of time equal to the greater of (i) the period of Ineligibility not yet served as of the date of retirement or (ii) six (6) months, of their intent to resume competing and has made themselves agreed to be bound by applicable anti-doping rules and has made themselves available for Testing for that notice period, including (if requested) complying with the whereabouts requirements of Annex I to the International Standard for Testing.*

[Comment to Article 5.6.2: Nothing in the Code precludes an Anti-Doping Organization or other sport organization from adopting and enforcing eligibility rules that allow the organization to deny or revoke the membership of an Athlete who engaged in conduct, during a period of retirement when the Athlete was not subject to the Code, where such conduct would have constituted an anti-doping rule violation had it occurred while the Person was bound by rules adopted pursuant to the Code.]

5.6.3 *An Athlete who is not in the IBU RTP who has given notice of retirement to the IBU/BIU may not resume competing unless they notify the IBU/BIU and their National Anti-Doping Organisation at least six months before they wish to return to Competition and make themselves available for unannounced Out-of-Competition Testing, including (if requested) complying with the whereabouts requirements of Annex I to the International Standard for Testing, during the period before actual return to Competition.*

5.7 Independent Observer Program

The IBU and the organising committees for International Events, as well as the NF Members and the organising committees for National Events, will authorise and facilitate the Independent Observer Program at such Events where so requested by WADA.

5.8 Investigations and intelligence gathering

The BIU will conduct investigations and gather intelligence for any anti-doping purpose including, but not limited to, the purposes described in the World Anti-Doping Code and as required by the International Standard for Intelligence and Investigations.

6. Analysis of Samples

Samples will be analysed in accordance with the following principles:

6.1 Use of accredited/approved laboratories and other laboratories

6.1.1 *For purposes of directly establishing an Adverse Analytical Finding under Article 2.1, Samples will be analysed only in WADA-accredited laboratories or laboratories otherwise approved by WADA. The choice of the WADA-accredited laboratory or WADA-approved laboratory used for the Sample analysis will be determined exclusively by the BIU.*

[Comment to Article 6.1: For cost and geographic access reasons, WADA may approve laboratories which are not WADA-accredited to perform particular analyses, for example, analysis of blood which should be delivered from the collection site to the laboratory within a set deadline. Before approving any such laboratory, WADA will ensure it meets the high analytical and custodial standards required by WADA. Violations of Article 2.1 may be established only by Sample analysis performed by a WADA-accredited laboratory or another laboratory approved by WADA. Violations of other Articles may be established using analytical results from other laboratories so long as the results are reliable.]

6.1.2 *As provided in Article 3.2, facts related to anti-doping rule violations, or violations of Article 10.14.1, may be established by any reliable means. This would include, for example, reliable laboratory or other forensic Testing conducted outside of WADA-accredited or approved laboratories.*

6.1.3 *Any Adverse Analytical Finding, Atypical Finding, or Adverse Passport Finding reported by the laboratory in respect of a Sample collected under these IBU Anti-Doping Rules will be dealt with in accordance with the International Standard for Laboratories, International Standard for Results Management, and Article 7.*

[Comment to Article 6.1: Violations of Article 2.1 may be established only by Sample analysis performed by a laboratory accredited or otherwise approved by WADA. Violations of other Articles may be established using analytical results from other laboratories so long as the results are reliable.]

6.2 Purpose of analysis of Samples and data assessment of Analytical Data for Anti-Doping Purposes

Samples and related analytical data or Doping Control information will be analysed to detect Prohibited Substances and Prohibited Methods identified on the Prohibited List and other substances as may be directed by WADA pursuant to the Monitoring Program described in Article 4.5 of the World Anti-Doping Code, or to assist the BIU in profiling relevant parameters in an Athlete's urine, blood or other matrix, including for DNA or genomic profiling or for any other legitimate anti-doping purposes.

In principle, all Samples collected shall be promptly analyzed. However, the International Standard for Laboratories or the International Standard for Testing may identify specific conditions under which Samples may be collected and stored for possible future analysis. [Comment to Article 6.2: Other anti-doping purposes would also include, and Athlete consent would not be required for, the following, without limitation, a) using Testing information to support an anti-doping rule violation proceeding under Article 2.2; b) Testing for non-Prohibited Substances or Methods that are included in the WADA Monitoring Program (see Code Article 4.5); c) Testing for non-Prohibited Substances for results interpretation purposes (e.g., confounding factors of the "steroid profile", non-Prohibited Substances that share Metabolite(s) or degradation products with Prohibited Substances); d) Testing for non-Prohibited Substances or Methods (including analyzing Samples collected Out-of-Competition for substances prohibited In-Competition only) requested as part of a Results Management process by an Anti-Doping Organization with Results Management authority, a hearing body or WADA; e) the use of information to direct Target Testing; f) the use of analytical data; and g) additional analysis for research or Quality Assurance processes as permitted by the International Standard for Laboratories, including without limitation: i) improvement of existing analytical methods; ii) development of new analytical methods for detection of presence or Use of substances or methods already prohibited at the time of Sample collection, or for substances included in the WADA Monitoring Program or targeted for results interpretation purposes; iii) application of methods for detection of presence or Use of substances or methods already prohibited at the time of Sample collection to new biological matrices (e.g., blood, DBS, hair, saliva); iv) use of Samples as reference collections/quality control Samples; v) establishing reference population ranges or new/revised thresholds/Decision Limits for substances or methods already prohibited at the time of Sample collection or for other statistical purposes. For example, relevant Doping Control related information could be used to direct Target Testing or to support an anti-doping rule violation proceeding under Article 2.2 (Use of a Prohibited Substance), or both.]

6.3 Research on Samples and related data

6.3.1 *Samples, related analytical data, and Doping Control information may be used for anti-doping research purposes, although no Sample may be used for such purposes without the Athlete's written consent where it involves re-analysis of the Athlete's Sample(s) for a purpose beyond Article 6.2. Samples and related analytical data or Doping Control information used for research purposes must shall first be processed in such a manner as to prevent Samples and related analytical data or Doping Control information being traced back to a particular Athlete. Any research involving Samples and related analytical data or Doping Control information must shall adhere to the principles set out in Article 19 of the World Anti-Doping Code.*

[Comment to Article 6.3: As is the case in most medical or scientific contexts, use of Samples and related information for Quality Assurance, quality improvement, method improvement and development or to establish reference populations is not considered research. Samples and related information used for such permitted non-research purposes shall also first be processed in such a manner as to prevent them from being traced back to the particular Athlete, having due regard to the principles set out in Article 19, as well as the requirements of the International Standard for Laboratories and International Standard for Data Protection.]

6.3.2 *Samples, related analytical data, and Doping Control information may also be used for non-research purposes, such as method development or to establish reference populations, provided that they are first processed in such a manner as to prevent them being traced back to the Athlete, having due regard to the principles set out in Article 19 of the World Anti-Doping Code, as well as the requirements of the International Standard for Laboratories and International Standard for Data Protection.*

6.4 Standards for Sample analysis and reporting

6.4.1 *The BIU shall ask laboratories will to analyse Samples in conformity with the International Standard for Laboratories and Article 4.8.2 of the International Standard for Testing.*

6.4.2 *Laboratories at their own initiative and expense may analyse Samples for Prohibited Substances or Prohibited Methods not included on the standard Sample analysis menu, or as requested by the BIU. Results from any such analyses will be reported to the BIU and have the same validity and Consequences as any other analytical result.*

[Comment to Article 6.4: The objective of this Article is to extend the principle of "Intelligent Testing" to the Sample analysis menu so as to most effectively and efficiently detect doping. It is recognized that the resources available to fight doping are limited and that increasing the Sample analysis menu may, in some sports and countries, reduce the number of Samples which can be analyzed.]

[Comment to Article 6.4: The objective of this Article is to extend the principle of "Intelligent Testing" to the Sample analysis menu so as to most effectively and efficiently detect doping. It is recognised that the resources available to fight doping are limited and that increasing the Sample analysis menu may, in some sports and countries, reduce the number of Samples that can be analysed.]

6.5 Additional Further analysis of a Sample prior to or during Results Management

There is shall be no limitation on the authority of a laboratory to conduct repeat or additional analysis on a Sample prior to the time the BIU notifies an Athlete that the Sample is the basis of an Article 2.1 anti-doping rule violation charge or after that case has been finally resolved. If after such notification and before the case is finally resolved, the BIU wishes to conduct additional analyses on that Sample, it may do so with the consent of the Athlete or else with the approval of the panel hearing the case against the Athlete.

6.6 *Further analysis of a Sample after it has been reported as negative or has otherwise not resulted in an anti-doping rule violation charge*

After a laboratory has reported a Sample as negative, or the Sample has not otherwise resulted in an anti-doping rule violation charge, it may be stored and subjected to further analyses for the purpose of Article 6.2 at any time exclusively at the direction of the BIU (if it initiated and directed Sample collection), the Anti-Doping Organisation that initiated and directed Sample collection (if not the BIU) or WADA. Any other Anti-Doping Organisation with authority to test the Athlete that wishes to conduct further analyses on a stored Sample may do so with the permission of the BIU (if it initiated and directed Sample collection), the Anti-Doping Organisation that initiated and directed Sample collection (if not the BIU) or WADA, and will be responsible for any follow-up Results Management. Any Sample storage or further analysis initiated by WADA, the BIU or another Anti-Doping Organisation will be at (respectively) WADA's, the BIU's or other organisation's expense. Further analysis of Samples must shall comply with the requirements of the International Standard for Laboratories.

6.7 Split of A or B Sample

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Where WADA, the BIU or other Anti-Doping Organisation with *Results Management* authority, and/or a WADA-accredited laboratory (with approval from WADA or the BIU or other Anti-Doping Organisation with *Results Management* authority) wishes to split an A or B Sample for the purpose of using the first part of the split Sample for an A Sample analysis and the second part of the split Sample for confirmation, then the procedures set forth in the *International Standard* for Laboratories ~~must~~shall be followed.

6.8 WADA's right to take Possession of Samples and data

6.8.1 ~~Notwithstanding Article 6.5~~, WADA may, in its sole discretion at any time, with or without prior notice, take physical Possession of any Sample and related analytical data or information in the Possession of a laboratory or Anti-Doping Organisation. Upon request by WADA, the laboratory or Anti-Doping Organisation in Possession of the Sample or data will immediately grant access to and enable WADA to take physical Possession of the Sample or data. If WADA has not provided prior notice to the laboratory or Anti-Doping Organisation before taking Possession of a Sample or data, it will provide such notice to the laboratory and each Anti-Doping Organisation whose Samples or data have been taken by WADA within a reasonable time after taking Possession.

6.8.2 After analysis and any investigation of a seized Sample or data, WADA may direct another Anti-Doping Organisation with authority to test the Athlete to assume *Results Management responsibility authority* for the Sample or data if a potential anti-doping rule violation is discovered.

[Comment to Article 6.8: Resistance or refusal to WADA taking physical Possession of Samples may constitute Tampering, Complicity or an act of non-compliance as provided in the *International Standard* for Code Compliance by Signatories, and may also constitute a violation of the *International Standard* for Laboratories. Where necessary, the laboratory and/or the Anti-Doping Organisation ~~must~~shall assist WADA in ensuring that the seized Sample and related data are not delayed in exiting the applicable country. WADA would not, of course, unilaterally take Possession of Samples or analytical data without good ~~cause~~use cause related to a potential anti-doping rule violation, non-compliance by a Signatory or doping activities by another Person. However, the decision as to whether good ~~cause~~use cause exists is for WADA to make in its discretion and is not subject to challenge. In particular, whether there is good ~~cause~~use cause or not shall not be a defence against an anti-doping rule violation or its Consequences.]

7. Results Management: ~~responsibility authority~~, initial review, notice, and Provisional Suspensions

7.1 Results Management rules and ~~authority responsibility~~

7.1.1 These IBU Anti-Doping Rules incorporate the *International Standard* for *Results Management*, as amended from time to time. The *International Standard* for *Results Management* is therefore binding on all Athletes and other Persons in the same way these IBU Anti-Doping Rules are binding on them.

7.1.2 The circumstances in which the BIU will ~~have~~take authority responsibility for conducting *Results Management* in respect of anti-doping rule violations involving Athletes and other Persons will be determined by reference to and in accordance with Article 7 of the World Anti-Doping Code.

~~7.1.3 Where an NF Member is delegated authority responsibility for Results Management, it must shall ensure that such Results Management is conducted in accordance with 7.1.3 Articles 1.3.5.5 and 1.3.5.7 and the International Standard for Results Management. The results of all Testing must shall be reported to the BIU and to WADA within 14 days of the conclusion of the NF Member's process. Any apparent anti-doping rule violation by an Athlete who is affiliated to that NF Member must shall be promptly referred to an appropriate hearing panel established pursuant to the rules of the NF Member and in accordance with Article 20.3.2 of the World Anti-Doping Code.~~

7.2 Review and notification regarding potential anti-doping rule violations ~~or violations of Article 10.14.1~~

7.2.1 The BIU will carry out the review and notification of any potential anti-doping rule violation ~~or violation of Article 10.14.1~~ in accordance with the *International Standard* for *Results Management*.

7.2.2 Before giving an Athlete or other Person notice of a potential anti-doping rule violation, the BIU will refer to ADAMS and contact WADA and other relevant Anti-Doping Organisations to determine whether any prior anti-doping rule violation exists.

7.3 Provisional Suspensions

7.3.1 Mandatory Provisional Suspension after an Adverse Analytical Finding or Adverse Passport Finding

If the BIU receives an Adverse Analytical Finding or an Adverse Passport Finding (upon completion of the Adverse Passport Finding review process) for a Prohibited Substance or a Prohibited Method that is not a Specified Substance or a Specified Method ~~or Substance of Abuse~~, it ~~shall will~~ impose a Provisional Suspension on the Athlete ~~(i) with respect to an Adverse Analytical Finding, promptly upon or after sending the review and notification required by Article 7.2, and (ii) with respect to an Adverse Passport Finding, upon sending the notification of charge (after completion of the Adverse Passport Finding review process).~~ ~~The Provisional Suspension will come into effect automatically on the date specified by the BIU in the initial notice of a potential anti-doping rule violation or in further correspondence up to and including the Notice of Charge. A mandatory Provisional Suspension may be lifted if it is demonstrated to the BIU or on appeal that adjudication of the alleged violation is likely to result in a finding of no anti-doping rule violation. No Fault or Negligence under Article 10.5, a reprimand with no period of Ineligibility under Article 10.6.1.2 (Contaminated Source), or the time already served by the Athlete under the Provisional Suspension would exceed the period of Ineligibility asserted in the charging letter for the anti-doping rule violation.~~

~~[Comment to Article 7.3.1: For the avoidance of doubt, nothing prevents the BIU from imposing an optional Provisional Suspension before the completion of the review process of the Adverse Passport Finding.]~~

~~As used in this Article "likely" means a well-founded assertion. This standard is somewhat less than balance of probability but substantially more than mere possibility or plausibility; the assertion shall be supported by a good evidentiary foundation, including concrete evidentiary elements]~~

7.3.1.1 Application to Lift Mandatory Provisional Suspension

~~As a prerequisite to filing an appeal to CAS against a mandatory Provisional Suspension imposed by BIU, an Athlete must follow the procedures detailed in this Article 7.3.1.1.2.~~

~~[Comment to Article 7.3.1.1: For the avoidance of doubt, the Athlete or other Person's further challenge of an optional Provisional Suspension before the Arbitral Tribunal, is not considered an "appeal" for the purposes of Articles 7.3.3 or 13, and any party with the right to appeal a decision to lift an optional mandatory Provisional Suspension under Article 13.2.3 shall not be required to exhaust~~

~~internal remedies, including without limitation requesting relief from the Arbitral Tribunal, before filing an appeal with CAS under Article 7.3.3.]~~

~~If the BIU imposes a Provisional Suspension against an Athlete pursuant to Article 7.3.1, the Athlete may apply to lift the Provisional Suspension to the BIU in writing within 147 days of receipt of the decision. Such application will be decided in accordance with an internal review process established by the BIU by one or more Persons not previously involved in the decision to impose the Provisional Suspension. The BIU shall render a decision on the Athlete's application promptly, and no later than 7 days after receipt of the application.~~

~~If the BIU denies the Athlete's application, its decision may be appealed by the Athlete to CAS in accordance with Article 7.3.3 or challenged before CAS Anti-Doping Division the Arbitral Tribunal in accordance with the process set out at Article 8, mutatis mutandis, and at Article 8, mutatis mutandis in the IBU Procedural Rules. Challenges before CAS Anti-Doping Division the Arbitral Tribunal shall be conducted under an expedited procedure and a decision shall be rendered promptly. If CAS Anti-Doping Division the Arbitral Tribunal denies the Athlete's application, that decision may be appealed by the Athlete to CAS pursuant to Article 7.3.3. If CAS Anti-Doping Division the Arbitral Tribunal lifts the Athlete's Provisional Suspension, that decision may be appealed by the BIU to CAS in accordance with Article 7.3.3.~~

7.3.2 _Optional Provisional Suspension Based on an Adverse Analytical Finding for Specified Substances, Specified Methods, or Other Anti-Doping Rule Violations or Violations of Article 10.14.1

~~7.3.2.1 The BIU may impose a Provisional Suspension on an Athlete or other Person for any asserted anti-doping rule violations not covered by Article 7.3.1 at any time prior to the analysis of the Athlete's B Sample or final hearing as described in Article 8, for violations of Article 10.14.1 or anti-doping rule violations where a mandatory Provisional Suspension is not required by Article 7.3.1. The Provisional Suspension will come into effect automatically on the date specified by the BIU in the initial notice of a potential anti-doping rule violation or in further correspondence up to and including the Notice of Charge.~~

~~An optional Provisional Suspension may be lifted at the discretion of the BIU at any time prior to CAS Anti-Doping Division's decision under Article 8, unless provided otherwise in the International Standard for Results Management.~~

7.3.2.1~~2~~ Application to Lift Optional Provisional Suspension

~~As a prerequisite to filing an appeal to CAS against an optional Provisional Suspension imposed by BIU, an Athlete or other Person must follow the procedures detailed in this Article 7.3.2.1.~~

~~[Comment to Article 7.43.2.1: For the avoidance of doubt, the Athlete or other Person's further challenge of an optional Provisional Suspension before an Article 8 hearing panel the Arbitral Tribunal, where contemplated by an Anti-Doping Organization's anti-doping rules, is not considered an "appeal" for the purposes of Articles 7.3.3 or 13, and any party with the right to appeal a decision to lift an optional Provisional Suspension under Article 13.2.3 shall not be required to exhaust internal remedies, including without limitation requesting relief from the Article 8 hearing panel the Arbitral Tribunal, before filing an appeal with CAS under Article 7.3.3.]~~

~~If the BIU imposes a Provisional Suspension against an Athlete or other Person pursuant to Article 7.3.2, the Athlete or other Person may apply to lift the Provisional Suspension to the BIU in writing within 147 days of receipt of the decision. Such application will be decided in accordance with an internal review process established by the BIU by one or more Persons not previously involved in the decision to impose the Provisional Suspension. The ~~the~~ BIU shall render a decision on the Athlete or other Person's application promptly, and no later than 7 days after receipt of the application.~~

~~If the BIU denies the Athlete or other Person's application, its decision may be appealed by the Athlete or other Person to CAS in accordance with Article 7.3.3 or challenged before CAS Anti-Doping Division the Arbitral Tribunal in accordance with the process set out at Article 8, mutatis mutandis, and in the process set out at Article 8, mutatis mutandis IBU Procedural Rules. Challenges before CAS Anti-Doping Division the Arbitral Tribunal shall be conducted under an expedited procedure and a decision shall be rendered promptly. If CAS Anti-Doping Division the Arbitral Tribunal denies the Athlete or other Person's application, that decision may be appealed by the Athlete or other Person to CAS pursuant to Article 7.3.3. If CAS Anti-Doping Division lifts the Athlete or other Person's Provisional Suspension, that decision may be appealed by the BIU to CAS in accordance with Article 7.3.3.~~

~~If the BIU does not impose a Provisional Suspension further to Article 7.3.2.1, no Provisional Suspension will come into effect prior to determination of the case. CAS unless (i) it is voluntarily accepted by the Athlete or other Person in accordance with Article 7.3.4; or (ii) it is so ordered by the Disciplinary Arbitral Tribunal on application by the BIU, which application must shall be based on evidence that was not available to the BIU at the time the Notice of Charge was sent.~~

~~[Comment to Articles 7.3.1 and 7.3.2: Before a Provisional Suspension may be unilaterally imposed by the BIU, the internal review specified in these IBU Anti-Doping Rules and the International Standard for Results Management must shall first be completed.]~~

7.3.3 Opportunity for hearing or appeal, and lifting of a Provisional Suspension Appeals to CAS from Decisions regarding Provisional Suspensions

~~7.3.3.1 Where a Provisional Suspension is imposed, whether pursuant to Article 7.3.1 or Article 7.3.2, in addition as a prerequisite to having a right of appeal against the Provisional Suspension in accordance with Article 13.2 (but subject to Article 7.3.3.2(a)), the Athlete or other Person will be given either:~~

~~(a) an opportunity to apply for a Provisional Hearing to the Arbitral Tribunal either before or on a timely basis after imposition of the Provisional Suspension, in accordance with the IBU Procedural Rules; and~~

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

(b) if the application for a Provisional Hearing is denied, an opportunity for an expedited final hearing in accordance with Article 8 on a timely basis after imposition of a Provisional Suspension. 2

7.3.3.2 Any appeal taken by any Person entitled to appeal under Article 13.2.3 from a decision by the BIU from a decision under Article 7.3.1 or 7.3.2, the Arbitral Tribunal (or Article 8 hearing panel) not to impose a Provisional Suspension, or to lift or not lift a Provisional Suspension shall be made exclusively to CAS to be decided by a sole arbitrator. WADA shall receive notice of the appeal from all parties to the appeal and CAS. WADA shall have the right to file an intervention request in any appeal filed by an Athlete or other Person under this Article within ten (10) days after it has received notification of the answer as further provided in the International Standard for Results Management.

Appeals challenging Provisional Suspension decisions under this Article shall not justify any delay in the underlying case on the merits.

[Comment to Article 7.3.3.2: As provided in Article 13.2.3.3, notice of the appeal to WADA is a condition to the admissibility of the appeal.]

7.3.3.32 The Provisional Suspension may be lifted if the Athlete or other Person demonstrates to the satisfaction of the hearing panel that:

(a) the violation asserted is likely to have involved a Contaminated Source Product. A hearing panel's decision not to lift a mandatory Provisional Suspension on account of the Athlete's assertion regarding a Contaminated Source Product will not be appealable;

(b) the violation asserted involves a Substance of Abuse and the Athlete establishes entitlement to a reduced period of Ineligibility under Article 10.2.4.1;

(c) the assertion of an anti-doping rule violation has no reasonable prospect of being upheld, e.g., because of a patent flaw in the case against the Athlete or other Person;

(d) any period of Ineligibility that might otherwise be imposed for the violation(s) asserted is likely to be completely eliminated by application of Article 10.5 (No Fault or Negligence); and/or

(e) other facts exist that make it clearly unfair, in all of the circumstances, for the Athlete or other Person to be subject to a Provisional Suspension prior to the final first instance decision on the merits (this ground is to be construed narrowly, and applied only in truly exceptional circumstances, e.g., the fact that the Provisional Suspension would prevent the Athlete or other Person participating in a particular Competition or Event will not qualify as exceptional circumstances for these purposes).

7.3.3.143 If the application to have a Provisional Suspension lifted is not granted (including after any appeal in accordance with Article 13.2), a further application may not be made to lift the Provisional Suspension unless (i) it is based on material new evidence that the Athlete or other Person was not aware of and could not reasonably have been aware of at the time they made the original application; or (ii) there has been some other significant and material change in circumstances since the original application was decided. If an Athlete or other Person makes a further application that does not meet either of these requirements, costs may be awarded against them.

7.3.3.254 If a Provisional Suspension is imposed based on an A Sample Adverse Analytical Finding and subsequent B Sample analysis (if requested by the Athlete or the BIU) does not confirm the A Sample analysis, then the Provisional Suspension will be lifted with immediate effect. In circumstances where the Athlete (or the Athlete's team) has been removed from a Competition based on a violation of Article 2.1 and subsequent B Sample analysis does not confirm the A Sample finding, then if it is still possible for the Athlete or team to be reinserted, without otherwise affecting the Event, the Athlete or team may continue to take part in the Event.

7.3.4 Voluntary acceptance of Provisional Suspension

7.3.4.1 An Athlete may voluntarily accept a Provisional Suspension, provided that they do so no later than the latest of the following dates: (i) ten days after waiver of the B Sample analysis or receipt of the results of the analysis of the B Sample (as applicable); (ii) ten days after receipt of an initial notice of a potential anti-doping rule violation other than under Article 2.1; or (iii) the date on which the Athlete would otherwise have first competed after such report or notice.

7.3.4.2 Other Persons may voluntarily accept a Provisional Suspension within ten days from receipt of the initial notice of a potential anti-doping rule violation.

7.3.4.3 A Provisional Suspension that is voluntarily accepted by the applicable deadline will have full effect and be treated in the same manner as if the Provisional Suspension had been imposed under Article 7.3.1 or 7.3.2.

7.3.4.4 The Athlete or other Person may withdraw their acceptance of a voluntary Provisional Suspension at any time, but in that event they will not receive any credit for the Provisional Suspension served.

7.3.5 During any period of Provisional Suspension (whether imposed or voluntarily accepted), the Athlete or other Person may not participate in any capacity (or, in the case of an Athlete Support Person or other Person, assist an Athlete who is participating in any capacity) in a Competition or activity (other than authorised anti-doping Education or rehabilitation programs) authorised or organised by any Signatory, Signatory's member organisation, or a club or other member organisation of a Signatory's member organisation, or in Competitions authorised or organised by any professional league or any international-level or national-level Event organisation or any elite or national-level sporting activity funded by a governmental agency.

7.4 Charge

Where after receipt of the Athlete's or other Person's response to the BIU's initial notice of a potential anti-doping rule violation, or expiry of the deadline to receive such response, and after conducting such further investigation as it sees fit (if any), the BIU considers that the Athlete or other Person has committed one or more anti-doping rule violations, the BIU will promptly charge the Athlete or other Person with the relevant anti-doping rule violation(s) in accordance with the International Standard for Results Management Article 7.1 and Article 5 of Chapter E of this Integrity Code.

7.5 Results Management decisions

Results Management decisions or adjudications under these IBU Anti-Doping Rules (including Provisional Suspensions) must shall not purport to be limited to a particular geographic area or to Biathlon and will address and determine without limitation the following issues: (i) whether an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 was committed or a Provisional Suspension should be imposed, the factual basis for such determination, and the specific Articles that have been violated, and (ii) all Consequences flowing

from the anti-doping rule violation(s) or violations of Article 10.14.1, including applicable Disqualifications under Articles 9 and 10.10, any forfeiture of medals, titles, points, prize money, or prizes, any period of Ineligibility (and the date it begins to run), and any Financial Consequences.

[Comment to Article 7.5: Results Management decisions include Provisional Suspensions. Each decision by the BIU should address whether an anti-doping rule violation was committed and all Consequences flowing from the violation, including any Disqualifications other than Disqualification under Article 10.1 (which is left to the ruling body for an Event). Pursuant to Article 15, such decision and its imposition of Consequences will have automatic effect in every sport in every country. For example, for a determination that an Athlete committed an anti-doping rule violation based on an Adverse Analytical Finding for a Sample taken In-Competition, the Athlete's results obtained in the Competition would be Disqualified under Article 9 and all other competitive results obtained by the Athlete from the date the Sample was collected through the duration of the period of Ineligibility are also Disqualified under Article 10.10; if the Adverse Analytical Finding resulted from Testing at an Event, it would be the Major Event Organisation's responsibility to decide whether the Athlete's other individual results in the Event prior to Sample collection are also Disqualified under Article 10.1.]

7.6 Notification of Results Management decisions

The BIU will notify Athletes, other Persons, Signatories and WADA of Results Management decisions as provided in Article 14 and in the International Standard for Results Management.

7.7 Retirement from sport

If an Athlete or other Person retires while the BIU's Results Management process is underway, the BIU retains authority to complete its Results Management process. If an Athlete or other Person retires before any Results Management process has begun, and the BIU would have had Results Management authority over the Athlete or other Person at the time the Athlete or other Person committed an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1, the BIU has authority to conduct Results Management. Any retired Athlete or other Person who during retirement tampers with the ongoing Results Management of an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 for which they have been charged, shall remain subject to the authority of all relevant Signatories for the violation of Tampering under Article 2.5.

[Comment to Article 7.7: Conduct by an Athlete or other Person before the Athlete or other Person was subject to the authority of any Anti-Doping Organisation would not constitute an anti-doping rule violation but could be a legitimate basis for denying the Athlete or other Person membership in a sports organisation.]

7.8 Cases subject to Review by Independent Review Expert

7.8.1 This Article 7.8 applies to rare cases where the BIU is considering closing a case or not proceeding with normal Results Management processes after the BIU has received notice of an Adverse Analytical Finding and has completed the initial review required under Article 7.2 (i.e., the BIU has determined no Therapeutic Use Exemption has been granted, there is no apparent departure from the International Standard for Testing or International Standard for Laboratories, and it is not apparent that the Adverse Analytical Finding was caused by ingestion of a Prohibited Substance through a permitted route). In such cases, the BIU shall:

7.8.1.1 provide notice of the Adverse Analytical Finding to the Athlete in accordance with Articles 7.2, 7.34.1 and 7.34.2.

[Comment to Article 7.8.1.1: For the avoidance of doubt, the notice shall include the imposition of a mandatory Provisional Suspension where required by Article 7.34.1 or an optional Provisional Suspension if the BIU determines an optional Provisional Suspension is merited.]

7.8.1.2 promptly submit a request for an opinion from the Independent Review Expert as to whether public policy or other compelling reasons, taking into account the rights of and impact on clean Athletes, justify the departure from the normal Results Management process for addressing Adverse Analytical Findings. A copy of the request shall be provided simultaneously to WADA and to each other party entitled to appeal the decision under Article 13. The BIU shall provide its full file to, and fully cooperate with, the Independent Review Expert.

[Comment to Article 7.8.1.2: For the avoidance of doubt, the Independent Review Expert process is intended to be reserved for exceptional cases where proceeding with the normal Results Management processes would be considered an unjustified and unconscionable result by most stakeholders. One example of such a case would be where the BIU determines it is likely that Adverse Analytical Findings for multiple Athletes resulted from a Contaminated Source and that the Athletes have a reasonable likelihood of establishing No Fault or Negligence. For the avoidance of doubt, Article 7.8 does not apply to cases concluded by the BIU in accordance with Article 10.8.]

7.8.2 After reviewing the file, and obtaining any other information deemed necessary from the BIU, WADA or third parties, the Independent Review Expert shall issue a written opinion and recommendation to the BIU, with a copy to WADA, advising whether a departure from the normal Results Management process is justified in the particular circumstances of the case.

7.8.3 Upon receiving the Independent Review Expert's opinion and recommendation, the BIU shall issue a written decision on whether it will proceed with normal Results Management processes or not move forward with the Adverse Analytical Findings. This decision shall be provided to WADA, and the decision along with the Independent Review Expert's opinion and recommendation shall be provided to each other party entitled to appeal the decision under Article 13. The decision is subject to appeal directly to CAS in accordance with the applicable provisions in Article 13. If a decision by the BIU to not move forward with the Adverse Analytical Findings is set aside or reversed on appeal, CAS may maintain jurisdiction to rule on the merits of any alleged anti-doping rule violation related to the Adverse Analytical Findings or may direct the Anti-Doping Organization to proceed with the normal Results Management process.

7.8.4 Where the BIU fails to go forward with the normal Results Management processes without seeking and obtaining an opinion and recommendation from the Independent Review Expert, or fails to go forward with the normal Results Management processes in contravention of the Independent Review Expert's opinion and recommendation, and it is ultimately determined on appeal that an anti-doping rule violation occurred, the BIU may be subject to non-compliance proceedings under Article 24 and the International Standard for Code Compliance by Signatories and shall be required to reimburse the appealing party(ies) for costs and reasonable legal fees incurred in connection with each level of the appellate process.

7.8.5 The process to be followed for cases CAS under this Article 7.8 shall be described in greater detail in the International Standard for Results Management.

8. Results Management: hearing and notice of hearing decision

8.1 Fair hearing

8.1.1 Fair, impartial and Operationally Independent hearing panel

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

The BIU has delegated its Article 8 responsibilities for first instance hearings and decisions to: (i) the Arbitral Tribunal (in respect of appeals/challenges against decisions of the BIU not to lift an Athlete's Provisional Suspension in accordance with Articles 7.3.1.1 or 7.3.2.1); or (ii) the CAS Anti-Doping Division (in respect of all other matters). The IBU Procedural Rules shall apply to all matters referred to the Arbitral Tribunal in accordance with Articles 7.3.1.1 or 7.3.2.1. The procedural rules of the CAS Anti-Doping Division pertaining to first instance hearings shall apply to all other matters. The Arbitral Tribunal or the CAS Anti-Doping Division (as relevant) must shall ensure that the Athlete or other Person is provided with a fair hearing within a reasonable time by a fair, impartial and Operationally Independent hearing panel, in compliance with the World Anti-Doping Code and the International Standard for Results Management.

8.1.2 Hearing process

8.1.2.1 Where the BIU charges an Athlete or other Person with an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1, and the Athlete or other Person does not waive a hearing and agree with the Consequences proposed by the BIU, where the BIU charges an Athlete or other Person under Article 10.14.3 for violating the prohibition against participation during Ineligibility or Provisional Suspension and/or a proposed new period of Ineligibility or Provisional Suspension based on that violation, where there is an application to lift a Provisional Suspension, or where any other matter arises under these IBU Anti-Doping Rules that the BIU considers should be determined by the CAS Anti-Doping Division, the BIU will refer the case to the CAS Anti-Doping Division, which will appoint one or more CAS arbitrators to sit as the hearing Disciplinary Tribunal panel that will hear and determine the case in accordance with these IBU Anti-Doping Rules, the International Standard for Results Management, the CAS Code of Sports-related Arbitration, and the Arbitration Rules for the CAS Anti-Doping Division.

8.1.2.2 Each of WADA, the National Anti-Doping Organisation of the Athlete or other Person, and the NF Member of the Athlete or other Person may send a representative to attend the hearing before the Arbitral Tribunal or CAS Anti-Doping Division (as relevant) as an observer. In any event, the BIU will keep WADA fully apprised as to the status of pending cases and the result of all hearings before the Arbitral Tribunal or CAS Anti-Doping Division (as relevant).

8.2 Notice of decisions

8.2.1 At the end of the hearing, or on a timely basis thereafter, the Arbitral Tribunal or CAS panel (as relevant) will issue a written decision that complies with Article 9 of the International Standard for Results Management and that includes the full reasons for the decision, the period of Ineligibility imposed, if (and to what extent) any period of Provisional Suspension is credited against the period of Ineligibility imposed, the Disqualification of results under Article 10.10, any forfeiture of medals or prizes, any other relevant Consequences, including Financial Consequences, appeal routes and deadline to appeal, and, if applicable, a justification for why the greatest potential Consequences were not imposed.

8.2.2 The BIU will notify that decision to the Athlete or other Person concerned and to other Anti-Doping Organisations with a right to appeal under Article 13, and will promptly report it in ADAMS. The decision may be appealed as provided in Article 13.

8.3 Waiver of hearing

8.3.1 An Athlete or other Person against whom an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 is asserted may waive a hearing expressly and agree with the Consequences proposed by the BIU.

8.3.2 If the Athlete or other Person against whom an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 is asserted fails to dispute that assertion by the deadline specified in the notice sent by the BIU asserting the violation, then they shall be deemed to have waived a hearing, to have admitted the violation, and to have accepted the proposed Consequences.

8.3.3 In cases where Article 8.3.1 or 8.3.2 applies, a hearing before the CAS Anti-Doping Division will not be required. Instead the BIU will promptly issue a written decision that complies with Article 9 of the International Standard for Results Management and that includes the full reasons for the decision, the period of Ineligibility imposed, if (and to what extent) any period of Provisional Suspension is credited against the period of Ineligibility imposed, the Disqualification of results under Article 10.10, any forfeiture of medals or prizes, any other relevant Consequences, including Financial Consequences, appeal routes and deadline to appeal, and, if applicable, a justification for why the greatest potential Consequences were not imposed.

8.3.4 The BIU will notify that decision to the Athlete or other Person concerned and simultaneously to other Anti-Doping Organisations with a right to appeal under Article 13.2.3, and will promptly report it in ADAMS. The BIU will Publicly Disclose that decision in accordance with Article 14.3.2.

8.4 Single hearing before CAS

Anti-doping rule violations or violations of Article 10.14.1 asserted against International-Level Athletes, National-Level Athletes or other Persons may, with the consent of the Athlete or other Person concerned, the BIU (where it has Results Management authority/responsibility in accordance with Article 7), and WADA, be heard in a single hearing (i.e., without any appeal from the resulting decision) by the CAS Anti-Doping Division.

[Comment to Article 8.4: In some cases, the combined cost of holding a hearing in the first instance at the international or national level, then rehearing the case de novo before the CAS can be very substantial. Where all of the parties identified in this Article are satisfied that their interests will be adequately protected in a single hearing, there is no need for the Athlete or Anti-Doping Organisations to incur the extra expense of two hearings. An Anti-Doping Organisation may participate in the CAS hearing as an observer. Nothing set out in Article 8.4 precludes the Athlete or other Person and the BIU (where it has Results Management responsibility) agreeing to waive their respective rights to appeal. Such waiver, however, only binds the parties to such agreement and not any other entity with a right of appeal under the World Anti-Doping Code.]

9. Automatic Disqualification of individual results

An anti-doping rule violation in connection with In-Competition test or violation of Article 10.14.1 by participation in a Biathlon Competition automatically leads to Disqualification of the result obtained in that Competition with all resulting Consequences, including forfeiture of any medals, titles, points, prize money, and prizes.

10. Further sanctions on individuals

10.1 Disqualification of results in the Event during or in connection with which an anti-doping rule violation occurs

10.1.1 An anti-doping rule violation occurring during or in connection with an Event may, upon the decision of the BIU (or other international organisation that is the ruling body of the Event, if not the IBU), lead to Disqualification of all of the Athlete's individual results obtained in that Event with any benefits awarded or advantages afforded based on those results to be vacated, including forfeiture of all medals, titles, points, prize money, and prizes awarded to the Athlete (whether individually or to a team of which the

Athlete was a part) based on those results, except as provided in Article 10.1.2. Factors to be included in considering whether to Disqualify other results in the Event might include, for example, the seriousness of the Athlete's anti-doping rule violation and whether the Athlete tested negative in the other Competitions.

[Comment to Article 10.1.1: Whereas Article 9 disqualifies the result in a single Competition in which the Athlete tested positive, this Article may lead to Disqualification of all results in all Competitions during the Event.]

10.1.2 If the Athlete establishes that they bear No Fault or Negligence for the violation, the Athlete's individual results in the other Competitions will not be Disqualified, unless the Athlete's results in the Competition other than the Competition in which the anti-doping rule violation occurred were likely to have been affected by the Athlete's anti-doping rule violation.

10.2 Ineligibility for presence, Use or Attempted Use, or Possession of a Prohibited Substance or Prohibited Method

Article 10.2 provides the framework for determining the period of Ineligibility for violations of Articles 2.1 (Presence), 2.2 (Use or Attempted Use) or 2.6 (Possession). This determination is based on several variables such as: the substance or method involved (i.e., non-Specified Substances/non-Specified Methods, Specified Substances/Specified Methods, or Substances of Abuse); whether the Athlete or other Person committed the anti-doping rule violation intentionally; whether the context of the ingestion, Use or Possession was unrelated to sport performance; and whether the Athlete can establish how the Prohibited Substance entered their system.

Article 10.2.1 addresses the period of Ineligibility for violations of Articles 2.1 or 2.2 involving non-Specified Substances and non-Specified Methods. Article 10.2.2 addresses the period of Ineligibility for violations of Articles 2.1 or 2.2 involving Specified Substances or Specified Methods. Article 10.2.3 addresses the period of Ineligibility for violations of Articles 2.1 or 2.2 involving Substances of Abuse. Article 10.2.4 addresses the period of Ineligibility in special circumstances involving criteria for Therapeutic Use Exemptions. Article 10.2.5 addresses the period of Ineligibility for violations of Article 2.6. Article 10.2.6 provides the definition of "intentional" for purposes of Article 10.2.

[Comment to Article 10.2: Before considering whether Article 10.5 or Article 10.6 apply, the Anti-Doping Organization (or hearing panel) shall first determine whether the Athlete has satisfied their burden of establishing that the violation was not intentional. To do that, the Athlete shall, except for the narrowest of corridors described in Article 10.2.1.3, show how the Prohibited Substance entered their system and also that the timing of such ingestion or Use is consistent with the analytical results from their Sample.]

10.2.1 Non-Specified Substances or Non-Specified Methods

For violations of Articles 2.1 or 2.2 that involve a non-Specified Substance or a non-Specified Method, the period of Ineligibility shall, subject to Articles 10.2.3 and 10.2.4, be four (4) years. The four (4) year period of Ineligibility may be reduced as follows:

10.2.1.1 Where the Athlete can establish how the Prohibited Substance entered their system or the Prohibited Method was Used and that the violation was not intentional, the period of Ineligibility shall be two (2) years. This period of Ineligibility is subject to potential elimination or reduction under Articles 10.5, 10.6 or 10.7.1.

10.2.1.2 Where the Athlete cannot establish that the violation was not intentional, but can establish how the Prohibited Substance entered their system or the Prohibited Method was Used and that the context of the ingestion or Use was unrelated to sport performance, the period of Ineligibility shall be three (3) years. This period of Ineligibility is not subject to elimination or reduction under Articles 10.5 or 10.6.

10.2.1.3 Where the Athlete cannot establish how the Prohibited Substance entered their system or the Prohibited Method was Used, but in exceptional cases can establish to the comfortable satisfaction of the decision making body that, based on reliable scientific evidence, the anti-doping rule violation was not compatible with intentional Use of a Prohibited Substance, then the period of Ineligibility may be reduced to two (2) years. This period of Ineligibility is not subject to elimination or reduction under Articles 10.5 or 10.6.

[Comment to Article 10.2.1.3: While it is theoretically possible for an Athlete to establish entitlement to a reduction under this Article without showing how the Prohibited Substance entered their system, this has been described in cases as the "narrowest of corridors." In order to access this exceptionally narrow corridor, an Athlete shall present reliable scientific evidence establishing that the anti-doping rule violation was not compatible with intentional Use of a Prohibited Substance. For example, reliable scientific evidence could include the detection of a non-therapeutic amount of the Prohibited Substance in the Athlete's Sample coupled with a metabolic profile indicating very recent Administration or prior or subsequent Samples from the Athlete which confirm that the Prohibited Substance detected was not the tail end of the excretion curve from a therapeutic dose or other doping regimen. Hair tests are unlikely to serve as reliable evidence to disprove intentional doping. With respect to the results of lie-detector tests, see Comment to Article 3.2. Further, evidence in the form of negative Testing history, change, or lack of change, in body mass or competitive results, lack of motivation to dope and testimony of the Athlete and the Athlete supporters, shall not be sufficient to justify a reduction in the period of Ineligibility. For the avoidance of doubt, the Athlete may submit and the hearing body may consider non-scientific evidence as well, but reliable scientific evidence is a necessary element to establish entitlement to a reduction under this Article. As used in this Article, "exceptional case" is not intended to create an independent element that must be established by the Athlete, but rather indicates the rarity and uniqueness of cases where the required elements of proof will be met.]

10.2.1.4 For violations resulting from an Adverse Analytical Finding for a substance which is only prohibited In-Competition and the Athlete can establish that the Prohibited Substance was ingested or Used Out-of-Competition in a context unrelated to sport performance, the period of Ineligibility shall be two (2) years. This period of Ineligibility is subject to potential elimination or reduction under Articles 10.5, 10.6 or 10.7.1.

10.2.2 Specified Substances or Specified Methods

For violations of Articles 2.1 or 2.2 that involve a Specified Substance or a Specified Method, the period of Ineligibility, subject to Articles 10.2.3 and 10.2.4, shall be two (2) years. This period of Ineligibility is subject to elimination or reduction under Articles 10.5, 10.6 or 10.7.1 and is subject to increase as follows:

10.2.2.1 Subject to Article 10.2.2.2, where the BIU can establish that the violation was intentional, the period of Ineligibility shall be four (4) years; provided, however, if the Athlete can establish that the context of the ingestion or Use was unrelated to sport performance, the period of Ineligibility shall be three (3) years. The period of Ineligibility imposed under this Article 10.2.2.1 is not subject to elimination or reduction under Articles 10.5 or 10.6.

10.2.2.2 Where an anti-doping rule violation results from an Adverse Analytical Finding for a substance which is only prohibited In-Competition and the Athlete can establish that the Prohibited Substance was Used Out-of-Competition, the period of Ineligibility shall be two (2) years. This period of Ineligibility is subject to elimination or reduction under Articles 10.5, 10.6 or 10.7.1.

10.2.3 Substances of Abuse

Notwithstanding any other provision in Article 10.2, where the anti-doping rule violation involves only a Substance of Abuse:



14.1

Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2

Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3

Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

10.2.3.1 If the *Athlete* can establish that any ingestion or *Use* occurred *Out-of-Competition* and was unrelated to sport performance, then the period of *Ineligibility* will be two (2) months.

For any subsequent violation involving any *Substance of Abuse*, the period of *Ineligibility* calculated under this Article 10.2.3.1 shall be four (4) months which may be reduced to two (2) months if the *Athlete* enters a *Substance of Abuse* treatment program approved by the BIU or other Anti-Doping Organisation with *Results Management* authority.

The period of *Ineligibility* established in this Article 10.2.3.1 is not subject to any reduction based on any provision in Articles 10.6, 10.7.1 or 10.7.2.

[Comment to Article 10.2.3.1: The determinations as to whether the treatment program is approved and whether the *Athlete* or other *Person* has satisfactorily completed the program will be made in the sole discretion of the BIU. This Article is intended to give the BIU the leeway to apply its own judgement to identify and approve legitimate and reputable, as opposed to ‘sham’, treatment programs. The characteristics of legitimate treatment programs may vary widely and change over time. The BIU may also impose a sanction of two (2) months if, in its sole discretion, it determines that treatment is not necessary, for example the Adverse Analytical Finding resulted from the ingestion of coca tea. This Article also applies to different routes by which a *Substance of Abuse* may be ingested, e.g., drinking coca tea.]

10.2.3.2 If the ingestion, *Use* or *Possession* occurred *In-Competition*, and the *Athlete* can establish that the context of the ingestion, *Use* or *Possession* was unrelated to sport performance, then the period of *Ineligibility* shall be between six (6) months and two (2) years, depending on the circumstances of the case. This provision is without prejudice to the potential application of Articles 10.6, 10.6 or 10.7.1.

[Comment to Article 10.2.3.2: The “circumstances of the case” may include, for example, the specific nature of the *Use* or *Possession*, the type and quantity of the *Prohibited Substance* detected, the proximity in time between the ingestion and the *Athlete’s* actually competing, the potential benefit (actual or perceived) to the *Athlete* of the ingestion in relation to the *Athlete’s* performance in the *Competition*, the *Athlete* or other *Person’s* level of anti-doping experience and *Education*, and other *Fault-related* considerations that might not otherwise satisfy the requirements for application of Article 10.5.

While it is theoretically possible for the *Athlete* to establish *No Fault or Negligence* or *No Significant Fault or Negligence with respect to the In-Competition ingestion, Use or Possession of a Substance of Abuse*, this would occur only in rare, exceptional cases]

10.2.3.3 Where neither 10.2.3.1 or 10.2.3.2 applies, then the period of *Ineligibility* shall be determined under the applicable provision in Articles 10.2.1 or 10.2.2.

10.2.4 Therapeutic Use Exemption Criteria

10.2.4.1 Notwithstanding any other provision in Article 10.2, where the *Athlete* can establish that the presence, *Use* or *Attempted Use* or *Possession* met each of the criteria in Article 4.2 of the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions* (except for the need to show there was no reasonable permitted *Therapeutic* alternative) at the time the presence, *Use* or *Attempted Use* or *Possession* occurred, then the period of *Ineligibility* shall be two (2) months. The period of *Ineligibility* established in this Article 10.2.4.1 is not subject to any reduction based on any provision in Articles 10.6, 10.7.1 or 10.7.2.

[Comment to Article 10.2.4.1: For purposes of this Article, the term “*Therapeutic*” shall be defined in accordance with the definition contained in the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions*.]

10.2.5 Possession

For violations of Article 2.6, the period of *Ineligibility* shall subject to Article 10.2.3.2, be as follows:

10.2.5.1 Where the violation involves a non-Specified *Substance* or non-Specified *Method*, the period of *Ineligibility* shall be two (2) years if the *Athlete* or other *Person* can establish the violation was not intentional; three (3) years if the *Athlete* or other *Person* cannot establish that the violation was not intentional, but can establish the *Possession* was unrelated to sport performance; and four (4) years if the *Athlete* or other *Person* cannot establish the violation was not intentional and cannot establish the *Possession* was unrelated to sport performance.

10.2.5.2 Where the violation involves a *Specified Substance* or *Specified Method*, the period of *Ineligibility* shall be four (4) years if the BIU can establish the violation was intentional, subject to a reduction to three (3) years if the *Athlete* or other *Person* can establish that the context of the *Possession* was unrelated to sport performance, and two (2) years if the BIU cannot establish the violation was intentional.

10.2.5.3 If the period of *Ineligibility* imposed under Articles 10.2.5.1 or 10.2.5.2 is two (2) years, the period of *Ineligibility* is subject to potential elimination or reduction under Articles 10.5, 10.6 or 10.7.1.

10.2.6 As used in Article 10.2, the term “intentional” is meant to identify those *Athletes* or other *Persons* who engage in conduct which they knew constituted an anti-doping rule violation or knew that there was a significant risk that the conduct might constitute or result in an anti-doping rule violation and manifestly disregarded that risk.

[Comment to Article 10.2.6: Article 10.2.6 provides a special definition of “intentional” which is to be applied solely for purposes of Article 10.2.]

10.3 *Ineligibility* for other anti-doping rule violations

The period of *Ineligibility* for anti-doping rule violations other than as provided in Article 10.2 will be as follows, unless Articles 10.6 or 10.7 are applicable:

10.3.1 For violations of Articles 2.3 or Article 2.5, the period of *Ineligibility* will be four years except: (i) in a case of failing to submit to *Sample* collection, if the *Athlete* can establish that the commission of the anti-doping rule violation was not intentional, the period of *Ineligibility* will be two years; (ii) in all other cases, if the *Athlete* or other *Person* can establish exceptional circumstances that justify a reduction of the period of *Ineligibility*, the period of *Ineligibility* will be in a range from two years to four years depending on the *Athlete’s* or other *Person’s* degree of *Fault*; or (iii) in a case of failing to submit to *Sample* collection involving a *Protected Person* or *Recreational Athlete*, the period of *Ineligibility* will be in a range between a maximum of two years and, at a minimum, a reprimand and no period of *Ineligibility*, depending on the *Protected Person* or *Recreational Athlete’s* degree of *Fault*.

10.3.2 For violations of Article 2.4, the period of *Ineligibility* will be two years, subject to reduction down to a minimum of one year, depending on if the *Athlete* can establish circumstances mitigating the *Athlete’s* degree of *Fault*; *Fault* shall be assessed equally against all three whereabouts failures with the expectation that the *Athlete* should be on heightened alert after the first and second failures. The flexibility between two years and one year of *Ineligibility* in this Article is not available to *Athletes* where a pattern of last-minute whereabouts changes or other conduct raises a serious suspicion that the *Athlete* was trying to avoid being available for *Testing*.

[Comment to Article 10.3.2: The whereabouts requirements in the Code and International Standard for Testing are a fundamental part of any effective effort to combat doping in sport. In order to deter and detect cheating, the BIU shall be able to conduct no advance notice, Out-of-Competition Testing based upon reliable whereabouts information. The whereabouts requirements in the Code also allow clean Athletes to credibly claim that they are subject to Testing at any time so that the public can have confidence that they are clean. Whereabouts failures are not just “paperwork violations,” they directly undermine the ability of Anti-Doping Organizations to catch doped Athletes and the public’s confidence in the accountability of clean Athletes.]

10.3.3 For violations of Articles 2.7 or Article 2.8, the period of *Ineligibility* will be a minimum of four years up to lifetime *Ineligibility*, depending on the seriousness of the violation. An Article 2.7 or Article 2.8 violation involving a *Protected Person* or *Minor* will be considered a particularly serious violation and, if committed by *Athlete Support Personnel* for violations other than those involving *Specified Substances*, will result in lifetime *Ineligibility* for the *Athlete Support Personnel*. In addition, significant violations of Articles 2.7 or Article 2.8 that may also violate non-sporting laws and regulations will be reported to the competent administrative, professional and/or judicial authorities.

[Comment to Article 10.3.3: Those who are involved in doping Athletes or covering up doping should be subject to sanctions that are more severe than the Athletes who test positive. Since the authority of sport organisations is generally limited to *Ineligibility* for credentials, membership, and other sport benefits, reporting *Athlete Support Personnel* to competent authorities is an important step in the deterrence of doping.]

10.3.4 For violations of Article 2.9, the period of *Ineligibility* imposed will be a minimum of two years, up to lifetime *Ineligibility*, depending on the seriousness of the violation, where the violation involves a *Protected Person* or *Minor*, the period of *Ineligibility* imposed shall be a minimum of four (4) years, up to a lifetime *Ineligibility*, depending on the seriousness of the violation.-

10.3.5 For violations of Article 2.10, the period of *Ineligibility* will be two years, subject to reduction down to a minimum of one year, depending on the *Athlete* or other *Person’s* degree of *Fault* and other circumstances of the case.

[Comment to Article 10.3.5: Where the ‘other *Person*’ referenced in Article 2.10 is an entity and not an individual, that entity may be disciplined as provided in Article 12.]

10.3.6 For violations of Article 2.11, the period of *Ineligibility* will be a minimum of two years, up to lifetime *Ineligibility*, depending on the seriousness of the violation by the *Athlete* or other *Person*.

[Comment to Article 10.3.6: Conduct that is found to violate both Article 2.5 (*Tampering*) and Article 2.11 (*Acts by an Athlete or Other Person to Discourage or Retaliate Against Reporting to Authorities*) will be sanctioned based on the violation that carries the more severe sanction.]

10.4 Aggravating Circumstances that may increase the period of *Ineligibility*

If the BIU establishes in an individual case involving an anti-doping rule violation other than violations under Article 2.7 (*Trafficking* or *Attempted Trafficking*), 2.8 (*Administration* or *Attempted Administration*), 2.9 (*Complicity* or *Attempted Complicity*) or 2.11 (*Acts by an Athlete* or other *Person* to discourage or retaliate against reporting) that *Aggravating Circumstances* are present which justify the imposition of a period of *Ineligibility* greater than the otherwise applicable sanction, then the period of *Ineligibility* otherwise applicable will be increased by an additional period of *Ineligibility* of up to two years depending on the seriousness of the violation and the nature of the *Aggravating Circumstances*, unless the *Athlete* or other *Person* can establish that they did not knowingly commit the anti-doping rule violation.

[Comment to Article 10.4: Violations under Articles 2.7, 2.8, 2.9, and 2.11 are not included in the application of Article 10.4 because the sanctions for these violations already build in sufficient discretion up to a lifetime ban to allow consideration of any *Aggravating Circumstance*.]

10.5 Elimination of the period of *Ineligibility* where there is *No Fault or Negligence*

If an *Athlete* or other *Person* establishes in an individual case that they bear *No Fault or Negligence* for the anti-doping rule violation(s) alleged against them, the otherwise applicable period of *Ineligibility* will be eliminated.

[Comment to Article 10.5: This Article and Article 10.6.2 apply only to the imposition of sanctions; they are not applicable to the determination of whether an anti-doping rule violation has occurred. They will only apply in exceptional circumstances, for example, where an *Athlete* could prove that, despite all due care, they were sabotaged by a competitor. Conversely, *No Fault or Negligence* would not apply in the following circumstances: (a) a positive test resulting from a mislabelled or contaminated vitamin or nutritional supplement (*Athletes* are responsible for what they ingest (Article 2.1) and have been warned against the possibility of supplement contamination); (b) the *Administration* of a *Prohibited Substance* by the *Athlete’s* Personal physician or trainer without disclosure to the *Athlete* (*Athletes* are responsible for their choice of medical Personnel and for advising medical Personnel that they cannot be given any *Prohibited Substance*); and (c) sabotage of the *Athlete’s* food or drink by a spouse, coach or other *Person* within the *Athlete’s* circle of associates (*Athletes* are responsible for what they ingest and for the conduct of those *Persons* to whom they entrust access to their food and drink). However, depending on the unique facts of a particular case, any of the referenced illustrations could result in a reduced sanction under Article 10.6 based on *No Significant Fault or Negligence*.]

10.6 Reduction of the period of *Ineligibility* based on *No Significant Fault or Negligence*

10.6.1 Reduction of sanctions in particular circumstances for violations of Articles 2.1, 2.2, or 2.6

All reductions under Article 10.6.1 are mutually exclusive and not cumulative.

10.6.1.1 Specified Substances or Specified Methods

Where the anti-doping rule violation involves a *Specified Substance* (other than a *Substance of Abuse*) or *Specified Method*, and the *Athlete* or other *Person* can establish that they bear *No Significant Fault or Negligence* for the anti-doping rule violation(s) alleged against them, then the period of *Ineligibility* will be, at a minimum, a reprimand and no period of *Ineligibility*, and at a maximum, two years of *Ineligibility*, depending on the *Athlete’s* or other *Person’s* degree of *Fault*.

10.6.1.2 Contaminated Source

In cases where the *Athlete* or other *Person* can establish both *No Significant Fault or Negligence* for the anti-doping rule violation(s) alleged against them and that the *Prohibited Substance* came from a *Contaminated Source*, then the period of *Ineligibility* will be, at a minimum, a reprimand and no period of *Ineligibility*, and at a maximum, two years *Ineligibility*, depending on the *Athlete’s* or other *Person’s* degree of *Fault*.

[Comment to Article 10.6.1.2: In order to receive the benefit of this Article, the *Athlete* or other *Person* must establish that the detected *Prohibited Substance* came from a *Contaminated Source* Product, that the *Athlete* ingested, Used or was exposed to, and that the analytical results are consistent with that Use, the *Athlete* and must also separately establish *No Significant Fault or Negligence*. It should be further noted that *Athletes* are on notice that they take nutritional supplements at their own risk. The sanction reduction

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

based on No Significant Fault or Negligence has rarely been applied ~~in Contaminated Product~~nutritional supplement cases unless the Athlete has exercised a high level of caution before taking the ~~Contaminated Product~~nutritional supplement. In assessing whether the Athlete can establish the source of the Prohibited Substance, it would, for example, be significant for purposes of establishing whether the Athlete actually Used the ~~Contaminated Product~~nutritional supplement, whether the Athlete had declared the product that was subsequently determined to be contaminated on the Doping Control form. ~~This Article should not be extended beyond products that have gone through some process of manufacturing. Where the Athlete establishes that an Adverse Analytical Finding results from environment contamination of a "non-product" such as tap water or lake water a Contaminated Source~~ in circumstances where no reasonable Person would expect any risk of an anti-doping rule violation, ~~typically there would be~~ No Fault or Negligence under Article 10.5 may be applicable.]

10.6.1.3 Protected Persons or Recreational Athletes

Where the anti-doping rule violation not involving a Substance of Abuse is committed by a Protected Person or Recreational Athlete, and the Protected Person or Recreational Athlete can establish No Significant Fault or Negligence for the anti-doping rule violation(s) alleged against him or her, then the period of Ineligibility will be, at a minimum, a reprimand and no period of Ineligibility, and at a maximum, two years' Ineligibility, depending on the Protected Person or Recreational Athlete's degree of Fault.

10.6.2 Application of No Significant Fault or Negligence beyond the application of Article 10.6.1

If an Athlete or other Person establishes in an individual case where Article 10.6.1 is not applicable that they bear No Significant Fault or Negligence, then ~~the~~ subject to further reduction or elimination as provided in Article 10.7, the otherwise applicable period of Ineligibility may be reduced based on the Athlete or other Person's degree of Fault, but the reduced period of Ineligibility may not be less than one-half of the period of Ineligibility otherwise applicable. If the otherwise applicable period of Ineligibility is a lifetime, the reduced period under this Article may be no less than eight years.

[Comment to Article 10.6.2: Article 10.6.2 may be applied to any anti-doping rule violation except those Articles where intent is an element of the anti-doping rule violation (e.g., Article 2.5, 2.7, 2.8 or 2.9, or 2.11) or an element of a particular sanction (e.g., Article 10.2.1) or a range of Ineligibility is already provided for in an Article based on the Athlete or other Person's degree of Fault.]

10.7 Elimination, reduction, or suspension of period of Ineligibility or other Consequences for Reasons other than Fault

10.7.1 Admission of an Anti-Doping Rule Violation in the absence of other evidence

Where an Athlete or other Person voluntarily admits the commission of an anti-doping rule violation before having received notice of a Sample collection which could establish an anti-doping rule violation (or, in the case of an anti-doping rule violation other than Article 2.1, before receiving first notice of the admitted violation pursuant to Article 7) and that admission is the only reliable evidence of the violation at the time of admission, then the period of Ineligibility may be reduced, but not below one-half of the period of Ineligibility otherwise applicable.⁸² For purposes of this Article 10.7.1, the "otherwise applicable" period of Ineligibility shall mean the period of Ineligibility determined after application of Articles 10.2, 10.3, 10.4, and 10.6.

[Comment to Article 10.7.1: This Article is intended to apply when an Athlete or other Person comes forward and admits to an anti-doping rule violation in circumstances where no Anti-Doping Organization is aware that an anti-doping rule violation might have been committed. It is not intended to apply to circumstances where the admission occurs after the Athlete or other Person believes they are about to be caught. (e.g. where the Athlete discloses the Use of a Prohibited Substance while knowing or having reason to believe that a pending test will result in an Adverse Analytical Finding). The amount by which Ineligibility is reduced should be based on the likelihood that the Athlete or other Person would have been caught had they not come forward voluntarily.]

10.7.2 Period of Ineligibility reduction for Anti-Doping Rules Violations based on early admission and acceptance of sanction

No later than twenty (20) days after receiving notice of an anti-doping rule violation charge, an Athlete or other Person who accepts that the violation is established and accepts all asserted Consequences (including, for the avoidance of doubt, the start date of any period of Ineligibility) will receive a twenty-five percent (25%) reduction from the period of Ineligibility asserted in the notice of anti-doping rule violation charge. Where the asserted period of Ineligibility is more than four (4) years but less than lifetime, the reduction shall be one (1) year. Where the asserted period of Ineligibility is lifetime, there shall be no reduction under this Article 10.7.2.

Article 10.7.2 shall not be applicable to charged violations under Articles 10.2.3.1 or 10.2.4.1.

Where the Athlete or other Person receives a reduction in the period of Ineligibility under this Article 10.7.2, no further reduction in the asserted period of Ineligibility shall be allowed under any other Article. If the Athlete or other Person does not accept the reduction in the period of Ineligibility within the time period established in this Article, then this Article, including but not limited to, what the reduction under this Article would or should have been, may not be raised in any hearing or appeal.

[Comment to Article 10.7.2: For the avoidance of doubt, the reduction is calculated from the period of Ineligibility asserted in the charging letter rather than the period of Ineligibility stated in the initial notice of potential anti-doping rule violation. However, an Athlete or other Person does not need to wait for the charging letter before accepting the violation in accordance with this Article, where the Athlete or other Person accepts the violation in accordance with this Article prior to issuance of the charging letter, the reduction would be calculated from the period of Ineligibility asserted in the initial notice of potential anti-doping rule violation. In some countries, the imposition of a period of Ineligibility is left entirely to a hearing body. In those countries, the Anti-Doping Organization cannot assert a specific period of Ineligibility in a charging letter for purposes of Article 10.7.2. In these circumstances, the hearing body may consider applying Article 10.7.2 where the Athlete or other Person has met the requirements for the reduction.

For example, if the BIU alleges that an Athlete has violated Article 2.2 for Use of an anabolic steroid and asserts the applicable period of Ineligibility is four (4) years in the charging letter, then the Athlete may unilaterally reduce the period of Ineligibility to three (3) years by admitting the violation and accepting the three-year period of Ineligibility within the time specified in this Article, with no further reduction allowed. This resolves the case without any need for a hearing.

For the avoidance of doubt, this Article does not preclude a suspension of the period of Ineligibility under Article 10.7.3 or 10.7.4.]

10.7.3 Substantial Assistance in discovering or establishing Code violations

10.7.3.1 Prior to an appellate decision under Article 13 or the expiration of the time to appeal, the BIU may suspend a part of the Consequences (other than Disqualification and mandatory Public Disclosure) imposed in an individual case where the Athlete or other Person has provided Substantial Assistance to an Anti-Doping Organisation, criminal authority, professional disciplinary body or sport integrity authority that results in: (i) the Anti-Doping Organisation discovering facts constituting, or bringing forward a case involving, an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 by another Person; or (ii) a criminal or disciplinary body discovering facts constituting, or bringing forward a case involving, a criminal offense or breach of professional rules committed by another Person providing Substantial Assistance is made available to the BIU ~~or other Anti-Doping Organisation with Results Management authority~~; or (iii) WADA discovering facts constituting or bringing forward a case involving non-compliance with the Code, International Standard,

Technical Document or Technical Letter against a Signatory, WADA-accredited laboratory, or Athlete passport management unit (as defined in the International Standard for Laboratories); or (iv) a criminal authority, disciplinary body or sport integrity authority discovering facts constituting or bringing forward a case involving, a criminal offense or the breach of professional or sport rules arising out of a sport integrity violation other than doping (provided that, for this point iv to apply, the BIU ~~must~~shall have first obtained WADA's approval).

After an appellate decision under Article 13 or the expiration of time to appeal, the BIU may only suspend a part of the otherwise applicable Consequences with the approval of WADA.

The extent to which the otherwise applicable period of Ineligibility may be suspended will be based on the ~~seriousness of the anti-doping rule violation committed by the~~ or and the significance value of the Substantial Assistance provided by the Athlete or other Person to the effort to eliminate doping in sport, non-compliance with the World Anti-Doping Code, and/or sport integrity violations. ~~No more than three-quarters of the otherwise applicable~~Information involving the potential doping of Protected Persons or Minors shall be considered particularly valuable. In determining the length of the period for which the period of Ineligibility ~~is may be~~ suspended, the value of the Substantial Assistance shall be evaluated in terms of months or years rather than as a percentage of the original period of Ineligibility. However, no more than three-quarters of If the otherwise applicable period of Ineligibility may be suspended. For purposes of this Article 10.7.3, the "otherwise applicable" period of Ineligibility shall mean the period of Ineligibility determined after application of Articles 10.2, 10.3, 10.4, 10.6, 10.7.1, 10.7.2, 10.9 and 10.14.3. If the otherwise applicable period of Ineligibility ~~is~~ a lifetime, the non-suspended period under this Article ~~must~~shall be no less than eight years. For purposes of this paragraph, the otherwise applicable period of Ineligibility will not include any period of Ineligibility that could be added under Article 10.9.3.2.

The BIU may suspend a smaller portion of the Consequences in an initial decision and, based on reconsideration of the value of the information received, increase the amount of Consequences suspended.

If so requested by an Athlete or other Person seeking to provide Substantial Assistance, the BIU will allow the Athlete or other Person to provide the information to it subject to a Without Prejudice Agreement.

If the Athlete or other Person fails to continue to cooperate and to provide the complete and credible Substantial Assistance upon which a suspension of Consequences was based, the BIU will reinstate the original Consequences. If the BIU decides to reinstate suspended Consequences, or decides not to reinstate suspended Consequences, that decision may be appealed by any Person entitled to appeal under Article 13.

WADA shall be notified of any appeal to CAS involving Article 10.7. If WADA is not already a party, WADA shall have the right to intervene as a party in that proceeding.

[Comment to Article 10.7.3.1: In evaluating the value of the Substantial Assistance provided, priority shall be given to assistance which is important to anti-doping efforts and enforcement of the Code. Most important are situations where: Protected Persons or Minors have been doped by Athlete Support Personnel or other Persons; where a doping scheme involves a public authority, Anti-Doping Organization, WADA accredited or approved laboratory, or other Code Signatories or their members; where the doping scheme involves the Use of a Prohibited Substance or Prohibited Method which is particularly difficult to detect, or where the doping scheme involves multiple Athletes.]

10.7.3.2 To further encourage Athletes and other Persons to provide Substantial Assistance to Anti-Doping Organizations, at the request of the BIU or at the request of the Athlete or other Person who has or has been asserted to have committed an anti-doping rule violation, ~~or other violation of Article 10.14.1 the World Anti-Doping Code~~, WADA may agree at any stage of the Results Management process, including after an appellate decision under Article 13, to what it considers to be an appropriate suspension of the otherwise-applicable period of Ineligibility and other Consequences. In exceptional circumstances, WADA may agree to suspensions of the period of Ineligibility and other Consequences for Substantial Assistance greater than those otherwise provided in this Article, or even no period of Ineligibility, no mandatory Public Disclosure, and/or no return of prize money or payment of fines or costs. WADA's approval will be subject to reinstatement of Consequences, as otherwise provided in this Article. ~~Notwithstanding Article 13, WADA's decisions in the context of this Article 10.7.1-2 may not be appealed.~~

10.7.3.3 If the BIU suspends any part of ~~an~~ otherwise applicable ~~Consequences sanction~~ because of Substantial Assistance, ~~then~~ notice providing justification for the decision will be provided to the other Anti-Doping Organisations with a right to appeal under Article 13.2.3, as provided in Article 14. In unique circumstances where WADA determines that it would be in the best interest of anti-doping, WADA may authorise the IBU/BIU to enter into appropriate confidentiality agreements limiting or delaying the disclosure of the Substantial Assistance agreement or the nature of Substantial Assistance being provided.

[Comment to Article 10.7.3.3: The cooperation of Athletes, Athlete Support Personnel and other Persons who acknowledge their mistakes and are willing to bring other anti-doping rule violations to light is important to clean sport. Where the BIU declines to exercise the discretion conferred on it by Article 10.7.3.3, and the matter comes before a hearing panel under Article 8 or an appeal panel under Article 13, the hearing panel/appeal panel (as applicable) may exercise such discretion if the conditions of Article 10.7.3.4.1 are satisfied and the panel sees fit. Alternatively, the hearing panel/appeal panel may consider a submission that the BIU, in exercising its discretion under Article 10.7.3.3, should have suspended a greater part of the Consequences].

10.7.2 Admission of an anti-doping rule violation in the absence of other evidence agreements

10.7.4.4.4 Other valuable information and assistance in the effort to eliminate doping in sport

~~One-year reduction for certain anti-doping rule violations based on early admission and acceptance of sanction e-without any need for a hearing.]~~The BIU may, prior to an appellate decision under Article 13 or the expiration of the time to appeal, suspend a part of the Consequences (other than Disqualification and mandatory Public Disclosure) imposed in an individual case where the Athlete or other Person has provided other valuable information and assistance which does not meet all of the requirements for Substantial Assistance but is still very valuable to the effort to eliminate doping in sport. Information involving the potential doping of Protected Persons or Minors shall be considered particularly valuable.

After an appellate decision relating to an anti-doping rule violation or a violation of Article 10.14.1 under Article 13 or the expiration of time to appeal that decision, the BIU may only suspend a part of the otherwise applicable Consequences with the approval of WADA and the applicable International Federation.

The extent to which the otherwise applicable period of Ineligibility may be suspended shall be based on the value of the information and assistance provided by the Athlete or other Person to the effort to eliminate doping in sport. In determining the length of the period for which the period of Ineligibility is suspended, the value of the information and assistance shall be evaluated in terms of



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

months or years rather than as a percentage of the original period of Ineligibility. However, no more than fifteen percent (15%) of the otherwise applicable period of Ineligibility may be suspended. For purposes of this Article 10.7.4, the “otherwise applicable” period of Ineligibility shall mean the period of Ineligibility determined after application of Articles 10.2, 10.3, 10.4, 10.6, 10.7.1, 10.7.2, 10.9 and 10.14.3. If the otherwise applicable period of Ineligibility is a lifetime, the non-suspended period under this Article shall be no less than sixteen (16) years. For purposes of this paragraph, the otherwise applicable period of Ineligibility shall not include any period of Ineligibility that could be added under Article 10.9.3.2.

The BIU may suspend a smaller portion of the Consequences in an initial decision and, based on reconsideration of the value of the information and assistance received, increase the amount suspended.

If so requested by an Athlete or other Person who seeks to provide other valuable information and assistance, the BIU shall allow the Athlete or other Person to provide the information to the BIU subject to a Without Prejudice Agreement.

If the Athlete or other Person fails to continue to cooperate and to provide the other valuable information and assistance upon which the suspension of Consequences was based, the BIU Anti-Doping Organization that suspended Consequences shall reinstate the original Consequences. If the BIU Anti-Doping Organization decides to reinstate suspended Consequences or decides not to reinstate suspended Consequences, that decision may be appealed by any Person entitled to appeal under Article 13.

WADA shall be notified of any appeal to CAS involving Article 10.7. If WADA is not already a party, WADA shall have a right to intervene as a party in that proceeding.

[Comment to Article 10.7.4: Substantial Assistance under Article 10.7.3 requires the disclosure of misconduct by another Person. This Article 10.7.4 does not. The Athlete or other Person is still required to provide full and credible information without holding anything back, including the identity of other involved parties. However, it may simply be the case that they don't have any information regarding the conduct of another Person. For example, if an Athlete discloses their use of an effective doping regimen or new substance in a prohibited class which they learned about from the internet that has allowed their doping to avoid being detected, this type of information and assistance would be highly valuable to the effort to eliminate doping even if the Athlete is not able to provide evidence regarding the involvement of another Person.]

10.8.2 Case resolution agreements

10.8.2.1 Where the Athlete or other Person admits an anti-doping rule violation after being confronted with it by the BIU and agrees to Consequences acceptable to the BIU and WADA, at their sole discretion: (a) the Athlete or other Person may receive a reduction in the period of Ineligibility based on an assessment by the BIU and WADA of the application of Articles 10.1 through 10.7 to the asserted anti-doping rule violation, the seriousness of the violation, the Athlete or other Person's degree of Fault, and how promptly the Athlete or other Person admitted the violation; and (b) without prejudice to the Athlete or other Person's right under Article 10.13.1, the period of Ineligibility may start as early as the date of Sample collection or the date on which another anti-doping rule violation last occurred.

10.8.2.2 In each case, however, where this Article is applied, the Athlete or other Person must shall serve at least one-half of the agreed-upon period of Ineligibility going forward from the earlier of (i) the date the Athlete or other Person accepted the imposition of a period of Ineligibility sanction; and (ii) the effective date the or of accepted a Provisional Suspension that was subsequently respected by the Athlete or other Person. The decision by WADA and the BIU to enter or not enter into a case resolution agreement, and the amount of the reduction to, and Consequences agreed to by WADA, the BIU and the Athlete or other Person, including the starting date of the period of Ineligibility, are not matters for determination or review by a hearing body and are not subject to appeal under Article 13.

10.8.2.3 If so requested by an Athlete or other Person seeking to enter into a case resolution agreement under this Article, the BIU will allow the Athlete or other Person to discuss an admission of the anti-doping rule violation with it subject to a Without Prejudice Agreement.

[Comment to Article 10.8.2: For purposes of calculating the “one half of the period of ineligibility going forward” the agreed upon period of ineligibility shall first be reduced before any period by which the period of ineligibility has been backdated.]

-Any mitigating or Aggravating Factors set forth in this Article 10 must shall be considered in arriving at the Consequences set forth in the case resolution agreement, and will not be applicable beyond the terms of that agreement.]

10.9 Multiple Violations

10.9.1 Second or third anti-doping rule violation:

10.9.1.1 For an Athlete or other Person's second anti-doping rule violation, the period of Ineligibility will be the greater of:

(a) a six month period of Ineligibility; or

(b) a period of Ineligibility in the range between:

(i) the sum of the period of Ineligibility imposed for the first anti-doping rule violation plus the period of Ineligibility otherwise applicable to the second anti-doping rule violation treated as if it were a first violation; and

(ii) twice the period of Ineligibility otherwise applicable to the second anti-doping rule violation treated as if it were a first violation.

The period of Ineligibility within this range will be determined based on the entirety of the circumstances and the Athlete or other Person's degree of Fault with respect to the second violation.

10.9.1.2 A third anti-doping rule violation will always result in a lifetime period of Ineligibility, except if the third violation fulfils the condition for elimination or reduction of the period of Ineligibility under Articles 10.5 or 10.6, or involves a violation of Article 2.4. In these particular cases, the period of Ineligibility will range from eight years to lifetime Ineligibility.

10.9.1.3 The period of Ineligibility established in Articles 10.9.1.1 and 10.9.1.2 may then be further suspended/reduced by the application of Articles 10.7.3 or 10.7.4.

10.9.2 An anti-doping rule violation for which an Athlete or other Person has established No Fault or Negligence will not be considered a violation for purposes of this Article 10.9. In addition, an anti-doping rule violation sanctioned under Articles 10.2.3.1 or 10.2.4.1 will not be considered a violation for purposes of Article 10.9.

10.9.3 Additional rules for certain potential multiple violations

10.9.3.1 For purposes of imposing sanctions under Article 10.9, except as provided in Articles 10.9.3.2 and 10.9.3.3, an anti-doping rule violation will only be considered a second (or third, as applicable) violation if the BIU can establish that the Athlete or other Person committed the additional anti-doping rule violation after the Athlete or other Person received initial notification pursuant to Article 7 in accordance with the International Standard for Results Management, of the first potential anti-doping rule violation, or

after the BIU-relevant Anti-Doping Organization made reasonable efforts to give such notice, of the first anti-doping rule violation. If the BIU cannot establish this, the violations will be considered together as one single first violation, and the sanction imposed will be based on the violation that carries the more severe sanction, including the application of Aggravating Circumstances. Results in all Competitions dating back to the earlier anti-doping rule violation will be Disqualified as provided in Article 10.10.

[Comment to Article 10.9.3.1: The same rule applies where, after the imposition of a sanction, the BIU discovers facts involving an anti-doping rule violation that occurred prior to notification for a first anti-doping rule violation – e.g., the BIU will impose a sanction based on the sanction that could have been imposed if the two violations had been adjudicated at the same time, including the application of Aggravating Circumstances.]

10.9.3.2 If the BIU establishes that an Athlete or other Person committed an additional anti-doping rule violation prior to receiving the first notice of violation notification, and that the additional violation occurred 12 months or more before or after the first-noticed violation, then the period of Ineligibility for the additional violation will be calculated as if the additional violation were a stand-alone first violation and this period of Ineligibility must will be served consecutively (rather than concurrently) with the period of Ineligibility imposed for the first-noticed violation. Where this Article 10.9.3.2 applies, the violations taken together will constitute a single violation for purposes of Article 10.9.1.

10.9.3.3 If the BIU establishes that an Athlete or other Person committed a violation of Article 2.5 in connection with the Doping Control process for an underlying asserted anti-doping rule violation, the violation of Article 2.5 will be treated as a stand-alone first violation and the period of Ineligibility for such violation must shall be served consecutively (rather than concurrently) with the period of Ineligibility, if any, imposed for the underlying anti-doping rule violation. Where this Article 10.9.3.3 is applied, the violations taken together will constitute a single violation for purposes of Article 10.9.1.

10.9.3.4 Where an Athlete is charged with a second anti-doping rule violation under Article 2.1, and the Athlete can establish that the Adverse Analytical Finding for the second anti-doping rule violation resulted solely from the residual presence of the Prohibited Substance in their system from the same ingestion or Use that resulted in the first anti-doping rule violation, the Athlete shall be deemed to have established they bear No Fault or Negligence for the second violation, and the second violation shall not be considered a violation for purposes of Article 10.9.

[Comment to Article 10.9.3.4: For the avoidance of doubt, the second violation would still subject the Athlete to other Consequences including, without limitation, under Articles 7.4, 9, 10.1 and 14.3 where applicable.]

10.9.3.5 If the BIU establishes that an Athlete or other Person has committed a second or third anti-doping rule violation during a period of Ineligibility, the periods of Ineligibility for the multiple violations will run consecutively (rather than concurrently).

[Comment to Article 10.9.3: This Article does not address violations of Article 10.14.1, as the Consequences for violations of Article 10.14.1 are addressed separately in Article 10.14.3.]

10.9.4 Multiple anti-doping rule violations during ten-year period

For purposes of Article 10.9, each anti-doping rule violation must shall take place within the same ten year period in order to be considered multiple violations.

10.10 Disqualification of results in Competitions subsequent to Sample collection or commission of an anti-doping rule violation

In addition to the automatic Disqualification of the results in the Competition that produced the positive Sample under Article 9, all other competitive results obtained by the Athlete from the date a positive Sample was collected (whether In-Competition or Out-of-Competition) or other anti-doping rule violation occurred through the commencement of any Provisional Suspension or Ineligibility period, will, unless fairness requires otherwise, be Disqualified with all of the resulting Consequences including forfeiture of any medals, titles, points, prize money, and prizes.

[Comment to Article 10.10: Nothing in these IBU Anti-Doping Rules precludes clean Athletes or other Persons who have been damaged by the actions of a Person who has committed an anti-doping rule violation from pursuing any right that they would otherwise have to seek damages from such Person.]

10.11 Forfeited prize money

10.11.1 Where an Athlete's results are Disqualified, the Athlete forfeits any prize money that was awarded at the relevant Event based on those results. In addition, where those results have been combined with others to give the Athlete an overall ranking at the end of the season, and the Athlete has received prize money based on that ranking, the Athlete forfeits the portion of the prize money that they only received because of the Disqualified results.

10.11.2 Where the results of an Athlete in any Competition are Disqualified under these IBU Anti-Doping Rules, the BIU may require that Athlete's NF Member to repay part or all of any contribution payment it received as a result of that Athlete's (Disqualified) results (if such contribution payment is owed, but not yet paid, the BIU may withhold part or all of such payment).

10.11.3 If the BIU recovers prize money (or NF Member contribution payments) forfeited as a result of an anti-doping rule violation, it will take reasonable measures to allocate and distribute such prize money to the Athletes (or NF Members) that would have been entitled to it had the forfeiting Athlete not competed.

[Comment to Article 10.11: This Article is not intended to impose an affirmative duty on the BIU to take any action to collect forfeited prize money or contribution payments. If the BIU elects not to take any action to collect forfeited prize money or contribution payments, it may assign its right to recover such money to the Athlete(s) or NF Member(s) who should have otherwise received the money. 'Reasonable measures to allocate and distribute this prize money' could include using collected forfeited prize money as agreed upon by the BIU and Athletes concerned, or using collected contribution payments as agreed upon by the BIU and NF Member(s) concerned.]

10.12 Financial Consequences

10.12.1 Where an Athlete or other Person is found to have committed an anti-doping rule violation, the hearing panel (or, in cases where Article 8.3 applies, the BIU), taking into account the proportionality principle, will require the Athlete or other Person to reimburse the BIU for the costs that it has incurred in bringing the case, irrespective of any other Consequences that may or may not be imposed.

10.12.2 Where an Athlete or other Person is found to have committed an anti-doping rule violation and the maximum period of Ineligibility applicable for that violation under these IBU Anti-Doping Rules has been imposed, the hearing panel (or, in cases where Article 8.3 applies, the BIU) may also fine the Athlete or other Person up to €200,000, where it considers the violation to be serious and to jeopardise or damage the interests or the reputation of the IBU, provided that the principle of proportionality is satisfied. The BIU will apply the fine to fund anti-doping Education activities.

10.12.3 Any costs order or imposition of a fine pursuant to this Article will not be considered a basis for reducing the Ineligibility or other Consequences that would otherwise be applicable under these IBU Anti-Doping Rules.

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

10.12.4 Where fairness requires, the hearing panel (or, in cases where Article 8.3 applies, the BIU) may establish an instalment plan for repayment of any prize money forfeited pursuant to Article 9 or 10 and/or for the payment of any costs awarded pursuant to Article 10.12.1 and/or for the payment of any fine imposed pursuant to Article 10.12.2. The schedule of payments pursuant to such plan may extend beyond any period of *Ineligibility* imposed on the *Athlete* or other *Person*.

10.13 Commencement of *Ineligibility* period

Where an *Athlete* is already serving a period of *Ineligibility* for an anti-doping rule violation, any new period of *Ineligibility* will commence on the first day after the current period of *Ineligibility* has been served. Otherwise, except as provided below, the period of *Ineligibility* will start on the date of the decision of the hearing panel providing for *Ineligibility* or, if the hearing is waived or there is no hearing, on the date *Ineligibility* is accepted or otherwise imposed.

10.13.1 Delays not attributable to the *Athlete* or other *Person*

Where there have been substantial delays in the hearing process or other aspects of *Doping Control*, and the *Athlete* or other *Person* can establish that such delays are not attributable to him/her, the period of *Ineligibility* may be deemed to have started at an earlier date, commencing as early as the date of *Sample* collection or the date on which another anti-doping rule violation last occurred. All competitive results achieved during the period of *Ineligibility*, including retroactive *Ineligibility*, will be Disqualified.

[Comment to Article 10.13.1: In cases of anti-doping rule violations other than under Article 2.1, the time required for an Anti-Doping Organisation to discover and develop facts sufficient to establish an anti-doping rule violation may be lengthy, particularly where the *Athlete* or other *Person* has taken affirmative action to avoid detection. In these circumstances, the flexibility provided in this Article to start the sanction at an earlier date should not be used.]

10.13.2 Credit for *Provisional Suspension* or period of *Ineligibility* served:

10.13.2.1 If a *Provisional Suspension* is respected by the *Athlete* or other *Person*, then the *Athlete* or other *Person* will receive a credit for such period of *Provisional Suspension* against any period of *Ineligibility* that may ultimately be imposed. If the *Athlete* or other *Person* does not respect a *Provisional Suspension*, they will receive no credit for any period of *Provisional Suspension* served. If a period of *Ineligibility* is served pursuant to a decision that is subsequently appealed, the *Athlete* or other *Person* will receive a credit for such period of *Ineligibility* served against any period of *Ineligibility* that may ultimately be imposed on appeal.

10.13.2.2 If an *Athlete* or other *Person* voluntarily accepts a *Provisional Suspension* in writing from the BIU and thereafter respects the *Provisional Suspension*, the *Athlete* or other *Person* will receive a credit for such period of voluntary *Provisional Suspension* against any period of *Ineligibility* that may ultimately be imposed. A copy of the *Athlete* or other *Person*'s voluntary acceptance of a *Provisional Suspension* will be provided promptly to each party entitled to receive notice of an asserted anti-doping rule violation under Article 14.1.

[Comment to Article 10.13.2.2: An *Athlete*'s voluntary acceptance of a *Provisional Suspension* is not an admission by the *Athlete* and may not be used in any way as to draw an adverse inference against the *Athlete*.]

10.13.2.3 No credit against a period of *Ineligibility* will be given for any time period before the effective date of the *Provisional Suspension* or voluntary *Provisional Suspension*, regardless of whether the *Athlete* elected not to compete or was suspended by a team.

10.14 Status during *Ineligibility* or *Provisional Suspension*

10.14.1 Prohibition against participation during *Ineligibility* or *Provisional Suspension*:

10.14.1.1 No *Athlete* or other *Person* who has been declared *Ineligible* or is subject to a *Provisional Suspension* may, during a period of *Ineligibility* or *Provisional Suspension*:

(i) ~~compete or~~ participate in any capacity in a *Competition* or activity (other than authorised anti-doping *Education* or rehabilitation programs) authorised ~~or~~ organised or funded by any *Signatory*, *Signatory's* member organisation, or a club or other member organisation of a *Signatory's* member organisation;

(ii) compete or participate in any capacity in Competitions or training activities authorised or organised by any professional league, any professional Event organisation or any international or national level Event organisation ~~or any elite or national level sporting activity funded by a governmental agency where not already covered by Article 10.14.1 (i)~~;

(iii) compete or participate in any capacity in Competitions or training activities funded by a government agency;

(iv) ~~provide any sport-related services, including without limitation serving as a coach or other *Athlete* Support Personnel, to any *Athlete* or other *Person* bound by rules adopted pursuant to the World Anti-Doping Code (and doing so could also result in a violation of Article 2.10 by such *Athlete(s)*);~~

(v) ~~serve as a board member, officer, director, official or senior executive, or in any position involving *Doping Control* or involving direct contact with *Athletes* or *Athlete* Support Personnel, of any *Signatory*, *Signatory's* member organization, or a club or other member organization of a *Signatory's* member organization; or~~

(vi) ~~receive compensation from any *Signatory*, *Signatory's* member organization, or a club or other member organization of a *Signatory's* member organization, except for compensation for employment for services not prohibited as described in Article 10.14.1 (v) above.~~

[Comment to Article 10.14.1.1: With respect to the terms "professional league" and "professional Event", further guidance may be provided in the International Standard for Results Management or guidelines.

The term "activity" as used in this Article includes all competitive, training and administrative functions, as well as social functions where the *Person* has a formal or official role or receives recognition, authorized or organized by the referenced organizations.

By way of example, this Article does not prohibit an *Ineligible Person* from engaging in the following activities so long as the *Ineligible Person* is not acting as an *Athlete* Support Personnel, the activity is not funded by a government and is not authorized, organized or funded by any *Signatory*, *Signatory's* member organization, or a club or other member organization of a *Signatory's* member organization:

(1) an *Ineligible* basketball player could participate in a pick-up basketball game with former teammates;

(2) an *Ineligible* distance runner could go for a run with friends or other elite *Athletes*;

(3) an *Ineligible* swimmer could swim in a separate lane in the same pool where a national team trains as long as the swimmer has no involvement with the team training;

(4) an *Ineligible* figure skater could receive coaching or athletic training services from *Athlete* Support Personnel who also work for a referenced organization as long as the services provided to the figure skater are not performed as part of the *Athlete* Support Personnel's job duties for the referenced organization; and

(5) an *Ineligible* gymnast could receive payments from an individual sponsor as long as the payments are not connected to or arranged by a referenced organization.

Ineligibility imposed in one sport shall be recognized by other sports (see Article 15.1, Automatic Binding Effect of Decisions). Any performance standard accomplished during a period of *Ineligibility* shall not be recognized by a *Signatory* or its National Federations for any purpose.

Without prejudice to Article 5.6.2 and for the avoidance of doubt, the prohibition against participating in any capacity in the activities identified in this Article shall continue to apply to retired *Persons* through the duration of their period of *Ineligibility*.

For the avoidance of doubt, where the *Ineligible Person* is an *Athlete* under a club contract of employment for athletic services, Article 10.14.1 (vi) does not prohibit the club from continuing to make contractual payments to the *Athlete* during the period of *Ineligibility* or *Provisional Suspension* so long as the *Athlete* does not engage in any activities prohibited in Article 10.14.1 (v).

For the avoidance of doubt, the prohibition against participation in any capacity in the activities identified in this

Article shall continue to apply to retired *Persons* through the duration of their period of *Ineligibility*. [Comment to Article 10.14.1.1: For example, subject to Article 10.14.2 below, *Ineligible*

10.14.1.2 An *Athlete* or other *Person* subject to a period of *Ineligibility* longer than four years may, after serving four years of the period of *Ineligibility*, participate as an *Athlete* in local sport events not sanctioned or otherwise under authority of a *Code Signatory* or member of a *Code Signatory*, but only so long as the local sport event is not at a level that could otherwise qualify such *Athlete* or other *Person* directly or indirectly to compete in (or accumulate points toward) a national championship or International Event, and does not involve the *Athlete* or other *Person* working in any capacity with Protected *Persons* or *Minors*.

10.14.1.3 While serving a period of *Ineligibility* or *Provisional Suspension*, an *Athlete* or other *Person* who has not retired will remain subject to Testing and any requirement by the BIU to provide whereabouts information.

10.14.2 Return to training

As an exception to Article 10.14.1, an *Athlete* may return to train with a team or to use the facilities of a club or other member organisation of an NF Member or other *Signatory's* member organisation during the shorter of (i) the last two months, and (ii) the last quarter of the period of *Ineligibility* imposed. The permitted training window for *Athletes* that were Protected *Persons* at the time of the anti-doping rules violation shall be the last one-half of the period of *Ineligibility* imposed.

[Comment to Article 10.14.2: During the training period described in this Article, an *Ineligible Athlete* may not compete or engage in any activity described in Article 10.14.1 other than training.]

10.14.3 Violation of the prohibition of participation during *Ineligibility* or *Provisional Suspension*

Where an *Athlete* or other *Person* who has been declared *Ineligible* violates the prohibition against participation during *Ineligibility* described in Article 10.14.1, the results of such participation will be Disqualified and a new period of *Ineligibility* equal in length to the original period of *Ineligibility* will be added to the end of the original period of *Ineligibility*. The new period of *Ineligibility* may be adjusted down to, including a reprimand and no period of *Ineligibility*, may be adjusted based on the *Athlete* or other *Person*'s degree of Fault and other circumstances of the case. Subject to Article 7.1.4 of the World Anti-Doping Code, the determination of whether an *Athlete* or other *Person* has violated the prohibition against participation, and whether an adjustment is appropriate, will shall be made by the BIU or the Anti-Doping Organisation whose Results Management led to the imposition of the initial period of *Ineligibility*, if not the BIU. This decision may be appealed under Article 13.

An *Athlete* or other *Person* who violates the prohibition against participation during a *Provisional Suspension* described in Article 10.14.1 will receive no credit for any period of *Provisional Suspension* served and the results of such participation will be Disqualified, with all resulting Consequences, including forfeiture of all medals, titles, points, prize money, and prizes.

Where an *Athlete* Support *Person* or other *Person* assists a *Person* in violating the prohibition against participation during *Ineligibility* or *Provisional Suspension*, the BIU will pursue the matter as a potential Article 2.9 anti-doping rule violation.

10.14.4 Withholding of financial support during *Ineligibility*

In addition, for any anti-doping rule violation not involving a reduced sanction as described in Articles 10.5 or 10.6, some or all sport-related financial support or other sport-related benefits received by such *Person* will be withheld by the IBU and its NF Members, as well as by other *Signatories* or *Signatories'* member organizations, as applicable.

[Comment to Article 10.14.3: If the *Athlete* or other *Person* does not accept the new period of *Ineligibility* (or, if applicable, reprimand) proposed by the BIU (or other Anti-Doping Organisation), the matter will proceed to a hearing in accordance with Article 11.1 of the International Standard for Results Management.]

10.15 Automatic publication of sanction

A mandatory part of each sanction will include automatic publication, as provided in Article 14.3.

11. Consequences to teams

11.1 Testing of teams

Where one member of a relay team has been notified of an anti-doping rule violation under Article 7 in connection with an Event, the BIU (or other international organisation that is the ruling body for the Event, if not the IBU) will conduct appropriate Target Testing of the team during the Event Period.

11.2 Consequences for teams

11.2.1 If a member of a relay team is found to have committed an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 during or in connection with a Competition, the relay team will be Disqualified from that Competition with all Consequences, including forfeiture of all medals, titles, points, prize money, and prizes, in addition to any Consequences imposed upon the individual *Athlete(s)* committing the anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 (⇄).

[Comment to Article 11.2.1: See Comment to Article 9 regarding team Competition in Individual Sports.]

11.2.2 In Team Sports, where a period of *Ineligibility* is imposed upon a team, unless fairness requires otherwise, the period of *Ineligibility* shall start on the date of the final hearing decision providing for *Ineligibility* or, if the hearing is waived, on the date *Ineligibility* is accepted or otherwise imposed. Any period of team *Provisional Suspension* (whether imposed or voluntarily accepted) shall be credited against the total period of *Ineligibility* to be served.

11.2.3 In addition to Article 11.2.1, if a member of a team is found to have committed an anti-doping rule violation during or in connection with an Event, the results obtained by any teams in which that member took part during the Event will be Disqualified, with all Consequences for such team(s) and its/their members, including forfeiture of all medals, titles, points, prize money, and prizes, unless (i) Article 10.1.2 is satisfied, or (ii) the relevant team results were not tainted by the *Athlete's* anti-doping rule violation (for



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

example, if the *Athlete* establishes that they ingested a *Prohibited Substance* after the first relay team *Competition*, but before the next relay team *Competition*, then the first relay team *Competition* results would not be Disqualified).

12. Sanctions against NF Members and other sporting bodies

12.1 Where the BIU becomes aware that any NF Member or other sporting body over which it has authority has failed to comply with, implement, uphold, and/or enforce these IBU Anti-Doping Rules within that organisation's or body's area of competence, the BIU has the authority to (and may) take the following additional actions:

12.1.1 exclude all, or some group of, members of that organisation or body from specified future *Events* or all *Events* conducted within a specified period of time;

12.1.2 suspend or withdraw IBU recognition of such organisation or body;

12.1.3 declare the members of such organisation or body ineligible to participate in IBU activities for a specified period of time;

12.1.4 impose a fine;

12.1.5 withhold some or all funding or other financial and non-financial support to that organisation or body; and/or

12.1.6 oblige that organisation or body to reimburse the BIU for all costs incurred in pursuing the matter.

12.2 Without limiting the generality of Article 12.1, in relation to NF Members specifically:

12.2.1 An NF Member ~~must~~shall reimburse the IBU/BIU for all costs (including but not limited to laboratory fees, hearing expenses and travel) related to an anti-doping rule violation committed by an *Athlete* or other *Person* affiliated with that NF Member that the BIU does not recover from the *Athlete* or other *Person* pursuant to Article 10.10.

12.2.2 In the event that an NF Member fails to make diligent efforts to keep the BIU informed about the whereabouts of one or more *Athletes* affiliated to that NF Member for a particular period after receiving a request for that information from the BIU, the BIU may fine the NF Member an amount up to 1,000 euros per *Athlete*. The NF Member will also be required to pay all of the costs incurred by the BIU in *Testing* that NF Member's *Athletes* in that period.

12.2.3 If three or more *International-Level Athletes* affiliated to the same NF Member commit intentional anti-doping rule violations within any rolling four-year period (excluding any violations that are uncovered by *Testing* conducted by the *National Anti-Doping Organisation* on its own behalf of that *Athlete's* Country, unless the *Athlete* is in the IBU RTP):

12.2.3.1 Subject to paragraphs (d) and (e) below, the IBU will reduce the applicable start quota (including wild cards) of that NF Member by the number of such offending *Athletes*, as follows:

(a)

One start quota will be removed for each offending *Athlete* for a period of 12 months, starting from the date of the final decision (i.e., following the expiry or exhaustion of any appeal rights) finding that the *Athlete* committed an intentional anti-doping rule violation, or else starting from such other date as the BIU deems appropriate in order for the reduction to be effective.

(b)

In each case, the start quota removed will match the gender of the offending *Athlete*, and will apply to the highest *Competition* series (World Championships/Olympic Winter Games – World Cup series and Summer Biathlon World Championships; IBU Cup – Open European Championships – Summer Biathlon World Championships series; Junior Cup – Junior Open European Championships – Youth/Junior World Championships/Youth Olympic Games series and Summer Biathlon World Championships) for which that *Athlete* was registered in the season closest to when the violation occurred.

(c)

The start quotas will be removed in the same order as the relevant anti-doping rule violations occurred. Once this Article has been applied once, if further violations during the same rolling four-year period are discovered later, then the corresponding reduction in start quotas will be applied in order of discovery.

[Comment to Article 12.2.3.1(c): For example, if it is determined in June 2023 that three *International-Level Athletes* affiliated to the same NF Member committed intentional anti-doping rule violations in the period 2019 to 2022, and then it is discovered in June 2026 (whether as result of re-analysis of stored Samples, or receipt of new intelligence, or otherwise) that another *International-Level Athlete* affiliated to that NF Member committed an intentional anti-doping rule violation in the period 2019 to 2022, this Article 12.2.3.1 will be applied in June 2023 to reduce the NF Member's start quotas as of that date by three (subject to Article 12.2.3.1(d)) and it will be applied again in June 2026 to reduce the NF Member's start quota as of that date by one (again, subject to Article 12.2.3.1(d)).]

(d)

Where the NF Member only has one start quota for a particular *Competition* series (whether as a result of one or more reductions pursuant to this Article or otherwise), then provided the NF Member can establish in respect of at least one of the intentional anti-doping rule violations that it did not know or suspect and could not reasonably have known or suspected even with the exercise of utmost caution that the violation was being committed, that one start quota will not be removed. Instead the (remaining) reduction(s) (or further reduction(s)) will apply to reduce start quotas in the subsequent twelve month period(s).

(e) The start quota reductions do not apply to relay *Competitions*.

12.2.3.2 In addition, depending on its view of the culpability of the NF Member in question, the BIU may fine that NF Member up to €200,000 and/or ban officials from that NF Member from participation in any *International Competitions* or other IBU activities for a period of up to four years. For the avoidance of doubt, this clause does not apply to Executive Board members, who hold such office in their *Personal* capacity and not as representatives of any NF Member.

12.2.4 If six or more *Athletes* and/or other *Persons* affiliated with the same NF Member commit intentional anti-doping rule violations within any rolling four-year period (excluding any violations that are uncovered by *Testing* conducted by the *National Anti-Doping Organisation* of that *Athlete's* Country on its own behalf, unless the *Athlete* is in the IBU RTP), that NF Member's membership of the IBU will be suspended for a period of between two and four years, depending on the BIU's view of the culpability of that NF Member.

12.2.5 On the recommendation of the BIU, the IBU may withhold some or all funding and/or other support to NF Members that do not comply with their obligations under these IBU Anti-Doping Rules.

12.3 When the BIU sends notice that it is applying this Article 12 to an NF Member or other sporting body over which it has authority, if the NF Member or other body disputes its liability under this Article and/or challenges the *Consequences* imposed on it under this Article within any deadline specified in that notice, the BIU will refer the case to the CAS, which will appoint one or more CAS arbitrators to sit as the ~~Disciplinary Tribunal~~Arbitral Tribunal that will hear and determine the case in accordance with these IBU Anti-Doping Rules and the CAS Code of Sports-related Arbitration. In such proceedings, it will be the NF Member's or other body's burden to prove that it is not liable under this Article or that the *Consequences* imposed on it under this Article are unlawful.

12.4 This Article does not limit or prejudice in any way any right arising under the Constitution or this Integrity Code or other Rules to sanction an NF Member or other sporting body for breach of the obligations that it owes to the IBU.

13. Results Management: appeals

13.1 Decisions subject to appeal

Decisions made under these IBU Anti-Doping Rules may be appealed as set out in Articles 13.2 through 13.4~~7~~ or as otherwise provided in these IBU Anti-Doping Rules, the World Anti-Doping Code, or the *International Standards*. Such decisions will remain in effect while under appeal unless the appellate body orders otherwise.

13.1.1 Scope of review not limited

The scope of review on appeal includes all issues relevant to the matter and is expressly not limited to the issues or scope of review before the initial decision maker. Any party to the appeal may submit evidence, legal arguments, and claims that were not raised in the first instance hearing so long as they arise from the same cause of action or same general facts or circumstances raised or addressed in the first instance hearing.

[Comment to Article 13.1.1: The revised language is not intended to make a substantive change to the previous edition of these IBU Anti-Doping Rules, but rather for clarification. For example, where an *Athlete* was charged in the first instance hearing only with *Tampering* but the same conduct could also constitute *Complicity*, an appealing party could pursue both *Tampering* and *Complicity* charges against the *Athlete* in the appeal.]

13.1.2 CAS will not defer to the findings being appealed

Subject to Article 13.1.4, in making its decision, CAS ~~shall~~will not give deference to the discretion exercised by the body whose decision is being appealed. All anti-doping proceedings before CAS involving WADA, an ~~International Federation~~IBU/BIU -and/or a Major Event Organization as a party shall be conducted in French or English. Such proceedings may only be conducted in a language other than French or English if WADA, ~~the International Federation~~IBU/BIU and/or the Major Event Organization (all) agree with such request at their entire discretion.

[Comment to Article 13.1.2: CAS proceedings are de novo. Prior proceedings do not limit the evidence or carry weight in the hearing before CAS.]

13.1.3 WADA not required to exhaust internal remedies

Where WADA has a right to appeal under this Article 13 and no other party has appealed a final decision within the IBU/BIU process, WADA may appeal such decision directly to CAS without having to exhaust any other remedies within the IBU/BIU process.

[Comment to Article 13.1.3: Where a decision has been rendered before the final stage of the IBU's/BIU's process (for example, a first hearing) and no party elects to appeal that decision to the next level of the IBU's/BIU's process, then WADA may bypass the remaining steps in the Anti-Doping Organisation's internal process and appeal directly to CAS.]

13.1.4 Appeals from decisions made by WADA

Where the Code or *International Standards* provide a right of appeal against a decision made by WADA, such appeal shall be made exclusively to CAS. Notwithstanding any other provision of Article 13.1, the appellate standard of review for such appealable decisions made by WADA under the Code or *International Standards*, or made with WADA's approval under Articles 5.3.2, 5.6.1, 7.1.1, 10.7 and 14.1.1 of the World Anti-Doping Code, shall be whether WADA's decision was arbitrary.

13.2 Appeals against decisions regarding anti-doping rule violations, Violations of Article 10.14.1, Consequences, Provisional Suspensions, implementation of decisions, and authority

The following decisions may be appealed exclusively as provided in ~~this Articles~~13.2 to 13.7:

- a decision that an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 was committed;
- a decision imposing *Consequences* or not imposing *Consequences* for an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1; or
- a decision that no anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 was committed;
- a decision that an anti-doping rule violation proceeding cannot go forward for procedural reasons (including, for example, prescription);
- a decision by WADA not to grant an ~~exemption~~exception to the six-months' notice requirement for a retired *Athlete* to return to competition under Article 5.6.1;
- a decision by the BIU to disqualify or to not disqualify results under Article 5.6.1.1;
- a decision by WADA assigning *Results Management* under Article 7.1 of the World Anti-Doping Code;
- a decision by the BIU not to bring forward an *Adverse Analytical Finding* or an *Atypical Finding* as an anti-doping rule violation, an Adverse Passport Finding or an Atypical Passport Finding after review; or a decision not to go forward with an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 or whereabouts failure after an investigation in accordance with the *International Standard for Results Management or the International Standard for Intelligence and Investigations*; - a decision not to impose or a decision ~~not to lift~~ (or not to lift) a *Provisional Suspension* ~~as a result of a provisional hearing (with all such appeals made exclusively to CAS as provided in Article 7.34); the BIU's failure to comply with Article 7.3~~;
- a decision that the IBU/BIU lacks authority to rule on an alleged anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 or its *Consequences*;
- a decision to suspend (or not suspend) *Consequences* or to reinstate (or not reinstate) *Consequences* under Articles ~~10.7.2-10.7.3 and 10.7.4-10.7.4~~;
- failure to comply with Articles 7.1.4 and 7.1.5 of the World Anti-Doping Code;
- failure to comply with Article 10.8.4;
- a decision under Article 10.14.3;
- a decision by the BIU that the requirements for recording a whereabouts failure are not met;
- a decision by the IBU/BIU not to implement another Anti-Doping Organisation's decision under Article 15; and
- a decision under Article 27.3 of the World Anti-Doping Code.

13.2.1 Appeals involving International-Level Athletes or International Events

In cases arising from participation in an *International Event* or in cases involving *International-Level Athletes*, the decision may be appealed exclusively to CAS.

[Comment to Article 13.2.1: CAS decisions are final and binding, except for any review required by law applicable to the annulment or enforcement of arbitral awards.]

13.2.2 Appeals involving other Athletes or other Persons

14.1

Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2

Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3

Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1 Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2 Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3 Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5 Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6 Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

In cases where Articles [7.34.3](#) and [13.2.1](#) ~~are~~ not applicable, the decision may be appealed to an appellate body, in accordance with rules adopted by the *National Anti-Doping Organisation* having authority over the *Athlete* or other *Person*. The rules for such appeal ~~must~~[shall](#) respect the following principles: a timely hearing; a fair, impartial, Operationally Independent and Institutionally Independent hearing panel; the right to be represented by counsel at the *Person's* own expense; and a timely, written, reasoned decision. ~~If Also, if~~ no such body is in place and available at the time of the appeal, the *Athlete or other Person shall have a right to appeal decision may be appealed* to the CAS Anti-Doping Division, which will appoint one or more CAS arbitrators to sit as the *Disciplinary Tribunal/Arbitral Tribunal* that will hear and determine the case in accordance with the World Anti-Doping Code-compliant anti-doping rules of the *National Anti-Doping Organisation*, the CAS Code of Sports-related Arbitration, and the Arbitration Rules for the CAS Anti-Doping Division.

[\[Comment to Article 13.2.2: For Therapeutic Use Exemption appeals it is recommended that the appellate body include at least one physician with experience of Therapeutic Use Exemptions.\]](#)

13.2.3 Persons entitled to appeal

13.2.3.1 In cases under Article 13.2.1, the following parties will have the right to appeal to CAS:

(a) the *Athlete* or other *Person* who is the subject of the decision being appealed;

(b) the other party to the case in which the decision was rendered;

(c) the BIU on behalf of the IBU;

(d) the *National Anti-Doping Organisation* of the *Person's* country of residence or countries where the *Person* is a national or license holder;

(e) the *International Olympic Committee* or *International Paralympic Committee*, as applicable, where the decision may have an effect in relation to the Olympic Games or Paralympic Games, including decisions affecting eligibility for the Olympic Games or Paralympic Games; and

(f) WADA.

13.2.3.2 In cases under Article 13.2.2, the parties having the right to appeal will be as provided in the *National Anti-Doping Organisation's* rules but, at a minimum, will include the following parties:

(a) the *Athlete* or other *Person* who is the subject of the decision being appealed;

(b) the other party to the case in which the decision was rendered;

(c) the BIU on behalf of the IBU;

(d) the *National Anti-Doping Organisation* of the *Person's* country of residence or countries where the *Person* is a national or license holder;

(e) the *International Olympic Committee* or *International Paralympic Committee*, as applicable, where the decision may have an effect in relation to the Olympic Games or Paralympic Games, including decisions affecting eligibility for the Olympic Games or Paralympic Games; and

(f) WADA.

Further, for ~~ee~~[decisions rendered](#) under Article 13.2.2 ~~by a national-level appellate body, the same parties identified in (a) through (f) above shall, and the BIU will also have the right to appeal to the Appeals Division with respect to the decision of the national-level appellate body (or Anti-Doping Division, as applicable) to~~ CAS. In such cases, the respondent(s) shall also have the right to cross-appeal. Any party filing an appeal will be entitled to assistance from CAS to obtain all relevant information from the Anti-Doping Organisation whose decision is being appealed and the information will be provided if CAS so directs.

13.2.3.3 Duty to notify [as a condition to admissibility of appeal](#)
~~All parties to any~~[As a condition to the admissibility of an appeal to CAS, authorised in this Article 13, an appealing party shall have provided notice of the](#) appeal ~~to WADA and all other parties with a right to appeal. For other appeals authorised in this Article 13, all parties to an appeal must~~[shall](#) ensure that WADA and all other parties with a right to appeal have been given ~~timely~~ notice of the appeal.

13.2.3.4 Appeal from imposition of *Provisional Suspension*
Notwithstanding any other provision herein, the only *Person* who may appeal from the imposition of a *Provisional Suspension* is the *Athlete* or other *Person* upon whom the *Provisional Suspension* is imposed.

13.2.3.5 Appeal against decisions pursuant to Article 12
Decisions rendered pursuant to Article 12 may be appealed exclusively to the CAS Appeals Arbitration Division by the NF Member or other body, or (where the *Disciplinary Tribunal/Arbitral Tribunal* has made the decision) by the BIU in accordance with Article 32.2 of the Constitution.

13.2.4 Cross-appeals and other subsequent appeals allowed
Cross-appeals and other subsequent appeals by any respondent named in cases brought to CAS under these IBU Anti-Doping Rules are specifically permitted. Any party with a right to appeal under this Article 13 ~~must~~[shall](#) file a cross-appeal or subsequent appeal at the latest with the party's answer to the appeal.

[\[Comment to Article 13.2.4: This provision is necessary because since 2011, CAS rules no longer permit an Athlete the right to cross-appeal when an Anti-Doping Organisation appeals a decision after the Athlete's time for appeal has expired. This provision permits a full hearing for all parties.\]](#)

13.2.5 In any case where WADA is provided a right to appeal in this Article 13.2 (subject to the further provisions of Article 7.34.3), WADA may elect, at its sole discretion and within its deadline for filing an appeal, or within ten (10) days of being notified of the appeal if later, to join in the appeal as a party in support or opposition to the appeal or cross-appeal. In such event, WADA shall have the right, but not the obligation, to file pleadings, examine witnesses and present argument.

[\[Comment to Article 13.2.5: For the avoidance of doubt, this provision is not intended to limit any other available right of intervention for any Anti-Doping Organization such as, for example, under the CAS Code.\]](#)

13.3 Failure to render a timely decision
Where, in a particular case, an [appealable](#) decision under these IBU Anti-Doping Rules with respect to whether an anti-doping rule violation [or violation of Article 10.14.1](#) was committed is not rendered within a reasonable deadline set by WADA, WADA may elect to appeal directly to the CAS Appeals Division [\(subject to CAS Appeal Division Rules by analogy\)](#) as if a decision finding no anti-doping rule violation [or violation of Article 10.14.1](#) had been rendered. If the CAS panel determines that ~~an anti-doping rule violation was~~

~~committed and that~~ WADA acted reasonably in electing to appeal directly to the CAS Appeals Division, then WADA's costs and attorney fees in prosecuting the appeal will be reimbursed to WADA by the IBU.

[\[Comment to Article 13.3: Given the different circumstances of each anti-doping rule violation investigation, Results Management, and hearing process, it is not feasible to establish a fixed time period for a decision to be rendered before WADA may intervene by appealing directly to the CAS Appeals Division. Before taking such action, however, WADA will consult with the BIU and give the BIU an opportunity to explain why it has not yet rendered a decision.\]](#)

13.4 Appeals relating to ~~TUE~~[Therapeutic Use Exemptions](#)
~~TUE~~[Therapeutic Use Exemption](#) decisions may be appealed exclusively as provided in Article 4.4 [and the International Standard for Therapeutic Use Exemptions](#).

13.5 Notification of appeal decisions
The BIU ~~must~~[shall](#) promptly provide the appeal decision to the *Athlete* or other *Person* and to the other Anti-Doping Organisations that would have been entitled to appeal under Article 13.2.3 (as provided under Article 14.2).

13.6 Time for filing appeals:

13.6.1 Appeals ~~Deadline for Parties other than WADA to CAS~~
~~The deadline to file an appeal for parties other than WADA shall be the later of:~~

(a) ~~21 days after receipt of the decision; or~~

(b) ~~Where the appealing party makes a timely request for the complete file under Article 14.2.2, 21 days after receipt of the complete file relating to the decision.~~

[\[Comment to Article 13.6.1\(a\): Where a reasoned decision is required, the 21 day deadline shall begin to run from receipt of the reasoned decision; where a reasoned decision is not required \(e.g., imposition of a mandatory Provisional Suspension\), the deadline shall run from the receipt of the operative decision.\]](#)

[Whether governed by CAS rules or Article 13.6, a party's deadline to appeal does not begin running until receipt of the decision. For that reason, there can be no expiration of a party's right to appeal if the party has not received the decision.\]](#)

The time to file an appeal to the CAS will be 21 days from the date of receipt of the reasoned decision by the appealing party. The above notwithstanding, the following will apply in connection with appeals filed by a party that is entitled to appeal but that was not a party to the proceedings that led to the decision being appealed:

13.6.1.1 Within 15 days from the notice of the decision, such party/ies will have the right to request a copy of the full case file from the body that issued the decision.

13.6.1.2 If such a request is made within the 15-day period, then the party making such request will have 21 days from receipt of the file to an appeal to the CAS.

13.6.2 Appeals under Article 13.2.2
The time to file an appeal to an independent and impartial body in accordance with rules established by the *National Anti-Doping Organisation* will be indicated by the same rules of the *National Anti-Doping Organisation*.

13.6.3 Appeals by the BIU
The above notwithstanding, the filing deadline for an appeal or intervention filed by the BIU will be the later of:

13.6.3.1 21 days after the last day on which any other party having a right to appeal (other than WADA) could have appealed; or

13.6.3.2 21 days after the BIU's receipt of the complete file relating to the decision.

13.6.2.4 Appeals ~~deadline for~~by WADA
~~The filing deadline for an appeal filed by WADA shall be the later of:~~

(a) ~~21 days after the last day on which any other party having a right to appeal could have appealed, or~~

(b) ~~Where WADA makes a timely request for the complete file under Article 14.2.2, 21 days after WADA's receipt of the complete file relating to the decision.~~

[\[Comment to Article 13.6.2: For purposes of determining whether the complete file has been received, see also Article 14.2.3.\]](#)

The above notwithstanding, the filing deadline for an appeal filed by WADA will be the later of:

13.6.4.1 21 days after the last day on which any other party having a right to appeal could have appealed; or

13.6.4.2 21 days after WADA's receipt of the complete file relating to the decision.

[\[Comment to Article 13.6: A party's deadline to appeal does not begin running until receipt of the reasoned decision. For that reason, there can be no expiry of a party's right to appeal if the party has not received the reasoned decision.\]](#)

14. Confidentiality and reporting
The principles of coordination of anti-doping results, public transparency and accountability and respect for the privacy of all *Athletes* or other *Persons* are as follows:

14.1 Information concerning Adverse Analytical Findings, Atypical Findings, and other asserted anti-doping rule violations [or violations of Article 10.14.1](#)
14.1.1 Notice of anti-doping rule violations to *Athletes* and other *Persons*
Notice to *Athletes* or other *Persons* of anti-doping rule violations asserted against them will occur as provided under Articles 7 and 14:
If at any point during *Results Management* up until the anti-doping rule violation charge, the BIU decides not to move forward with a matter, it must notify the *Athlete* or other *Person* (provided that the *Athlete* or other *Person* had already been informed of the ongoing *Results Management*).

14.1.1.2 Notice of anti-doping rule violations [or violations of Article 10.14.1](#) to the IBU, *National Anti-Doping Organisations*, and WADA

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Notice of the assertion of an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 to the IBU, *National Anti-Doping Organisations, any other Anti-Doping Organisation with a right of appeal under Article 13.2.3*, and WADA may occur as provided under Articles 7 and 14, simultaneously with the notice to the Athlete or other Person; provided, however, the BIU may upon WADA's written approval which it may grant or deny at its discretion, delay or withhold the notice required by this Article 14.1.1.

If at any point during *Results Management* up until the anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 charge, the BIU decides not to move forward with a matter, it must ~~shall~~ give notice (with reasons) to the Anti-Doping Organisations with a right of appeal under Article 13.2.3, at the same time it gives notice to the Athlete or other Person.

[Comment to Article 14.1.1: By way of example, WADA could decide to approve an Anti-Doping Organization's request to delay notice where a highly confidential investigation is ongoing which might implicate a party who would otherwise receive notice of the asserted anti-doping rule violation.]

14.1.23 Content of an anti-doping rule violation notice

Notification of an anti-doping rule violation under Article 2.1 will include: the Athlete's or other Person's name, country, sport and discipline within the sport, the Athlete's competitive level, whether the test was *In-Competition* or *Out-of-Competition*, the date of Sample collection, the analytical result reported by the laboratory, and other information as required by the *International Standard for Testing and Investigations* ~~International Standard for Testing and International Standard for Results Management, or for~~ Notification of anti-doping rule violations other than under Article 2.1 or violation of Article 10.14.1, the rule violated and the basis of the asserted violation. will include the Athlete's or other Person's name, country, sport and discipline within the sport, the Athlete's competitive level, the rule violated, and the basis of the asserted violation.

14.1.34 Status reports

Except with respect to investigations that have not resulted in a notice of an anti-doping rule violation pursuant to Article ~~7.2.14.1-1, the Anti-Doping Organisations referenced in Article 14.1.1~~ will be regularly updated on the status and findings of any review or proceedings conducted by the BIU pursuant to Articles 7, Article 8 or Article 13 and will be provided with a prompt written reasoned explanation or decision explaining the resolution of the matter.

14.1.45 Confidentiality

The recipient organisations shall not disclose information provided to it pursuant to this Article beyond those Persons with a need to know (which would include the appropriate Personnel at the applicable *National Olympic Committee* and NF Member) until the BIU has made *Public Disclosure* as permitted by Article 14.3.

14.1.56 Protection of confidential information by an employee or agent

The BIU will ensure that information concerning *Adverse Analytical Findings, Atypical Findings, and* other asserted anti-doping rule violations or violations of Article 10.14.1, remains confidential until such information is *Publicly Disclosed* in accordance with Article 14.3. The IBU/BIU will ensure that its employees (whether permanent or otherwise), contractors, agents, consultants, and Delegated Third Parties are subject to a fully enforceable contractual duty of confidentiality and to fully enforceable procedures for the investigation and disciplining of improper and/or unauthorised disclosure of such confidential information.

14.2 Notice of anti-doping rule violation or violations ~~decisions~~ Article 10.14.1 and request for files:

14.2.1 ~~Decisions that are subject to appeal, (whether under Article 13.2 or otherwise) and including, without limitation any a~~ Anti-doping rule violation decisions, ~~or decisions related to violations of~~ rendered pursuant to Articles 7.6, 8.2, 10.5, 10.6, 10.7, 10.14.3 or 13.5 Article 10.14.1 and decisions related to whereabouts failures shall ~~will~~ include the full reasons for the decision, including, if applicable, a justification for why the maximum potential sanction was not imposed. Where the decision is not in English, the BIU will provide an English summary of the decision and the supporting reasons.

14.2.2 An Anti-Doping Organisation having a right to appeal a decision received pursuant to Article 14.2.1 may, within 15 days of receipt, request a copy of the full case file pertaining to the decision. The case file shall be produced in machine readable form and, to the greatest extent practicable, in electronic, digital, and word-searchable format. If the case file contains documents in a language other than English or French, a case file index shall be provided promptly in English or French with a short description of each document in English or French.

14.2.3 For purposes of Articles 13.2.3.4(b) and 13.2.3.5(b) 13.6.1 and 13.6.2, the complete file shall not be considered to have been received by WADA or other parties with a right to appeal until the complete file has been produced in accordance with Article 14.2.2.

14.3 *Public Disclosure*

14.3.1 After notice has been provided to the Athlete or other Person in accordance with the *International Standard for Results Management*, and to the applicable Anti-Doping Organisations in accordance with Article 14.1.12, the BIU may *Publicly Disclose* the identity of the Athlete or other Person who is notified of a potential anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1, the nature of the violation involved (including any *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* involved), and whether the Athlete or other Person is subject to a *Provisional Suspension*.

14.3.2 Subject to Article 14.3.3 and applicable laws, no ~~No~~ later than 20 days after a it has been determined in an appellate decision under Article 13.2.1 or 13.2.2, or such appeal has been waived, or a hearing in accordance with Article 8 has been waived, or the assertion or determination finding of an anti-doping rule violation has not otherwise been timely challenged, or the matter has been resolved under Article 10.9 or otherwise in accordance with the Integrity (e.g., Article 7 of Chapter E), or a new per, or reprimand, has been imposed under Article 10.14.3 or violation of Article 10.14.1 has become final under the applicable rules and is not subject to further appeal provided for under the World Anti-Doping Code, the BIU must ~~shall~~ *Publicly Disclose* the disposition of the anti-doping matter, including the anti-doping rule violated, the name of the Athlete or other Person committing the violation, the *Prohibited Substance* or *Prohibited Method* involved (if any) and the *Consequences* imposed. The BIU must also

14.3.3 ~~After an anti-doping rule violation has been determined to have been committed in an appellate decision under Article 13.2.1 or 13.2.2 or such appeal has been waived, or in a hearing in accordance with Article 8 or where such hearing has been waived, or the assertion of an anti-doping rule violation has not otherwise been timely challenged, or the matter has been resolved under Article 10.9~~ Where Public Disclosure as required by Article 14.3.2 would result in a breach of other applicable laws, the BIU's failure to make the Public Disclosure will not result in a determination of non-compliance with the World Anti-Doping Code as set forth in Article 4.2 of the International Standard for Data Protection, or a reprimand has been imposed under Article 10.14.3, the BIU may make public

14.3.34 In any case where it is determined, after a hearing or appeal, that the Athlete or other Person did not commit an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 or has established that they bear No Fault or Negligence for the anti-doping rule violation, no Public Disclosure shall be made concerning the determination of the case except, or that the prohibition against participation during d except with the consent of the Athlete or other Person who is the subject of the decision. The BIU will use reasonable efforts

to obtain such consent and if consent is obtained, the BIU will *Publicly Disclose* the decision in its entirety or in such redacted form as the Athlete or other Person may approve. As exceptions, and subject to applicable laws, if the identity of the Athlete or the other Person is already public or Consequences have been or are being imposed, or there are other compelling circumstances supporting Public Disclosure, then the Anti-Doping Organization with Results Management authority BIU may, without consent, Publicly Disclose the matter to the extent necessary to explain the outcome of the case.

14.3.45 Publication will be accomplished at a minimum by placing the required information on the IBU's and/or the BIU's website or publishing it through other means and leaving the information up for the longer of one month or the duration of any period of *Ineligibility*.

14.3.56 Except as provided in Articles 14.3.1 and 14.3.3, neither the IBU/BIU, nor any NF Member, nor any Anti-Doping Organisation, nor any WADA-accredited laboratory, nor any official of any such body, will publicly comment on the specific facts of any pending case (as opposed to general description of process and science) except in response to public comments attributed to, or based on information provided by, the Athlete, other Person, or their entourage or other representatives.

14.3.67 The mandatory *Public Disclosure* required in Article 14.3.2 will not be required where the Athlete or other Person who has been found to have committed an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1, or to have violated the prohibition against participation during Ineligibility or Provisional Suspension, is a Minor, Protected Person or Recreational Athlete.

14.3.7 Any optional *Public Disclosure* under any provision of Article 14, in a case involving a Minor, Protected Person or Recreational Athlete will be proportionate to the facts and circumstances of the case, and shall take into consideration the best interests of the individual in exceptional cases, the importance of transparency to the credibility to the anti-doping system may also be subsidiarily considered.

14.4 *Statistical reporting*

The BIU will, at least annually, publish publicly on its website a general statistical report of its *Doping Control* activities, with a copy provided to WADA. The report shall include, without limitation, a separate listing (which shall maintain the anonymity of the Athlete or other Person involved) of each anti-doping decision finding No Fault or Negligence under Article 10.5, and for each such decision, provide: the year the decision was made, the sport involved, the Code article violated, the Prohibited Substance or Prohibited Method involved, and whether the decision has been appealed. The BIU may also publish reports showing the name of each Athlete tested and the date of each *Testing*.

14.5 *Doping Control information database and monitoring of compliance*

14.5.1 To enable WADA to perform its compliance monitoring role and to ensure the effective use of resources and sharing of applicable *Doping Control* information among Anti-Doping Organisations, the BIU will report to WADA through ADAMS *Doping Control*-related information as required under the applicable *International Standard(s)*, including, in particular:

14.5.1.1 Athlete Biological Passport data for *International-Level Athletes* and *National-Level Athletes*;

14.5.1.2 whereabouts information for Athletes including those in an accordance with the International Standard for Testing;

14.5.1.3 ~~the~~ *Therapeutic Use Exemption* decisions; and

14.5.1.4 *Results Management* decisions; and;

14.5.1.5 any other information as required under the applicable International Standard(s).

14.5.2 To facilitate coordinated test distribution planning, avoid unnecessary duplication in *Testing* by various Anti-Doping Organisations, and to ensure that Athlete Biological Passport profiles are updated, the BIU will report all *In-Competition* and *Out-of-Competition* tests to WADA by entering the *Doping Control* forms into ADAMS in accordance with the requirements and timelines contained in the *International Standard for Testing*.

14.5.3 To facilitate WADA's oversight and appeal rights for *the* *Therapeutic Use Exemptions*, the BIU will report all *the* *Therapeutic Use Exemption* applications, decisions, and supporting documentation using ADAMS in accordance with the requirements and timelines contained in the *International Standard for Therapeutic Use Exemptions*.

14.5.4 To facilitate WADA's oversight and appeal rights for *Results Management*, the BIU will report the following information into ADAMS in accordance with the requirements and timelines outlined in the *International Standard for Results Management*: (a) notifications of anti-doping rule violations and related decisions for *Adverse Analytical Findings*; (b) notifications and related decisions for other anti-doping rule violations that are not *Adverse Analytical Findings*; (c) whereabouts failures; and (d) violations of Article 10.14.1 and (e) any decision imposing, lifting or reimposing ~~reinstating~~ a *Provisional Suspension*.

14.5.5 The information described in this Article will be made accessible, where appropriate and in accordance with the applicable rules, to the Athlete, the Athlete's *National Anti-Doping Organisation*, and any other Anti-Doping Organisations with *Testing* authority over the Athlete.

[Comment to Article 14.5: ADAMS is operated, administered and managed by WADA, and is designed to be consistent with data privacy laws and norms applicable to WADA and other organisations using such system. Personal information regarding Athletes or other Persons maintained in ADAMS is and will be treated in strict confidence and in accordance with the *International Standard for Data Protection*.]

14.6 *Data privacy*

14.6.1 The IBU/BIU may collect, store, process or disclose *Personal* information relating to Athletes and other Persons where necessary and appropriate to conduct its *Anti-Doping Activities* under the World Anti-Doping Code, the *International Standards* (including specifically the *International Standard for Data Protection*), these IBU Anti-Doping Rules, and in compliance with applicable law.

14.6.2 The BIU shall not use personal information in ADAMS for purposes other than anti-doping.

14.6.32 Without limiting the foregoing, the BIU will:

14.6.32.1 only process *Personal* information in accordance with a valid legal ground;

14.6.32.2 notify any Athlete or other Person subject to these IBU Anti-Doping Rules, in a manner and form that complies with applicable laws and the *International Standard for Data Protection*, that their personal information may be processed by the IBU/BIU and other Persons for the purpose of the implementation of these IBU Anti-Doping Rules;

14.6.32.3 Ensure that any third-party agents (including any Delegated Third Party) with whom the BIU shares the personal information of any Athlete or other Person are ~~is~~ subject to appropriate technical and contractual controls to protect the confidentiality and privacy of such information.

15. *Implementation of decisions*

15.1 *Automatic binding effect of decisions by Signatories*



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

15.1.1 A decision of an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 made by or on behalf of a Signatory Anti-Doping Organisation, an appellate body (Article 13.2.2 of the World Anti-Doping Code) or CAS will, after the parties to the proceeding are notified, automatically be binding beyond the parties to the proceeding upon the IBU, BIU, and NF Members, as well as every Signatory in every sport with the effects described below:

15.1.1.1 A decision by any of the above-described bodies imposing a Provisional Suspension ~~(after a Provisional Hearing has occurred or automatically prohibits~~ the Athlete or other Person has either accepted the from participation (as described in Article 10.14.1) in all sports within the authority of any Signatory during the Provisional Suspension.

15.1.1.2 A decision by any of the above-described bodies imposing a period of Ineligibility (after a hearing has occurred or been waived) automatically prohibits the Athlete or other Person from participation (as described in Article 10.14.1) in all sports within the authority of any Signatory for the period of Ineligibility.

15.1.1.3 A decision by any of the above-described bodies accepting an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 automatically binds all Signatories.

15.1.1.4 A decision by any of the above-described bodies to Disqualify results under Article 10.10 for a specified period automatically Disqualifies all results obtained within the authority of any Signatory during the specified period.

15.1.2 Each of the IBU, BIU, and NF Members must shall recognise and implement a decision and its effects as required by Article 15.1.1, without any further action required, on the earlier of the date the IBU/BIU receives actual notice of the decision or the date the decision is placed into ADAMS.

[Comment to Article 15.1.2: This may include notifying the decision to Persons with a need to know, in accordance with Article 14.1.5 of the World Anti-Doping Code.]

15.1.3 A decision by an Anti-Doping Organisation, ~~a national~~ appellate body or CAS to suspend (or lift) Consequences will be binding upon the IBU, BIU, and NF Members without any further action required, on the earlier of (i) the date the BIU receives actual notice of the decision or (ii) the date the decision is placed into ADAMS.

15.1.4 Notwithstanding any provision in Article 15.1.1, a decision of an anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 by a Major Event Organisation made in an expedited process during an Event will not be binding on the IBU, BIU or NF Members unless the rules of the Major Event Organisation provide the Athlete or other Person with an opportunity to appeal under a non-expedited procedure.

[Comment to Article 15.1.4: By way of example, where the rules of the Major Event Organisation give the Athlete or other Person the option of choosing an expedited CAS appeal or a CAS appeal under normal CAS procedure, the final decision or adjudication by the Major Event Organisation is binding on other Signatories regardless of whether the Athlete or other Person chooses the expedited appeal option.]

15.2 Implementation of other decisions by Anti-Doping Organisations

The BIU (on behalf of the IBU) ~~and NF Members~~ may decide to implement other anti-doping decisions rendered by Anti-Doping Organisations not described in Article 15.1.1 above. ~~such as a~~. In such circumstances, such decisions shall be automatically implemented by the NF Members

[Comment to Articles 15.1 and 15.2: Anti-Doping Organisation decisions under Article 15.1 are implemented automatically by other Signatories without the requirement of any decision or further action on the Signatories' part. For example, when a National Anti-Doping Organisation decides to Provisionally Suspend an Athlete, that decision is given automatic effect at the International Federation level. To be clear, the 'decision' is the one made by the National Anti-Doping Organisation, there is not a separate decision to be made by the International Federation. Thus, any claim by the Athlete that the Provisional Suspension was improperly imposed can only be asserted against the National Anti-Doping Organisation. Implementation of Anti-Doping Organisations' decisions under Article 15.2 is subject to each Signatory's discretion. A Signatory's implementation of a decision under Article 15.1 or Article 15.2 is not appealable separately from any appeal of the underlying decision. The extent of recognition of ~~TUE~~Therapeutic Use Exemption decisions of other Anti-Doping Organisations shall be determined by Article 4.4 and the International Standard for Therapeutic Use Exemptions.]

15.3 Implementation of decisions by body that is not a Signatory

An anti-doping decision by a body that is not a Signatory to the World Anti-Doping Code must shall be implemented by the IBU, BIU, ~~and NF Members~~. If the BIU finds that the decision purports to be within the authority of that body and the anti-doping rules of that body are otherwise consistent with the World Anti-Doping Code. In such circumstances, such decisions shall be automatically implemented by the IBU's National Federations.

[Comment to Article 15.3: Where the decision of a body that has not accepted the World Anti-Doping Code is in some respects Code compliant and in other respects not Code compliant, the IBU, BIU, and NF Members should Attempt to apply the decision in harmony with the principles of the World Anti-Doping Code. For example, if in a process consistent with the World Anti-Doping Code a non-Signatory has found an Athlete to have committed an anti-doping rule violation on account of the presence of a Prohibited Substance in the Athlete's body but the period of Ineligibility applied is shorter than the period provided for in the World Anti-Doping Code, then the IBU, BIU, and NF Members should recognise the finding of an anti-doping rule violation and the Athlete's National Anti-Doping Organisation should conduct a hearing consistent with Article 8 to determine whether the longer period of Ineligibility provided in the World Anti-Doping Code should be imposed. The IBU's/BIU's or other Signatory's implementation of a decision, or their decision not to implement a decision under Article 15.3, is appealable under Article 13.]

16. Statute of limitations

No anti-doping rule violation or violation of Article 10.14.1 proceeding may be commenced against an Athlete or other Person unless they have been notified of the anti-doping rule violation as provided in Article 7, or notification has been reasonably attempted, within ten years from the date the violation is asserted to have occurred.

17. Compliance reports

The BIU will report to WADA on the IBU's compliance with the World Anti-Doping Code in accordance with Article 24 of the World Anti-Doping Code and the International Standard for Code Compliance by Signatories.

18. Education

The BIU will plan, implement, monitor and evaluate, ~~and promote an~~ Education program in line with the requirements of Article 18-2 of the World Anti-Doping Code and the International Standard for Education.

The BIU shall ensure that its Education program raises awareness, provides accurate information, enhances decision-making capability, and develops clean sport behaviors in line with the spirit of sport and to be in compliance with the Code.

The BIU shall ensure that its Education program is progressive and in line with the main stages of the Athlete pathway, underpinned by a clear curriculum that includes (at a minimum) all topics as listed in the International Standard for Education. Such topics and content should be adapted in line with the Athlete pathway.

19. Interpretation of the World Anti-Doping Code

19.1 The official text of the World Anti-Doping Code will be maintained by WADA and published in English and French. In the event of any conflict between the English and French versions, the English version ~~will shall~~ prevail.

19.2 The comments annotating various provisions of the World Anti-Doping Code ~~will shall~~ be used to interpret the World Anti-Doping Code.

19.3 The World Anti-Doping Code must shall be interpreted as an independent and autonomous text and not by reference to the existing law or statutes of the Signatories or governments.

19.4 The headings used for the various Parts and Articles of the World Anti-Doping Code are for convenience only and shall not be deemed part of the substance of the World Anti-Doping Code or to affect in any way the language of the provisions to which they refer.

19.5 Where the term 'days' is used in the World Anti-Doping Code or an International Standard, it means calendar days unless otherwise specified.

19.6 Where the term "shall" is used in the World Anti-Doping Code or an International Standard, it means a mandatory obligation that must be adhered to; where the term "should" is used in the World Anti-Doping Code or an International Standard, it means something is considered a best practice or is encouraged to be followed but is not mandatory.

19.76 The World Anti-Doping Code ~~will shall~~ not apply retroactively to matters pending before the date the World Anti-Doping Code is accepted by a Signatory and implemented in its rules. However, pre-Code anti-doping rule violations would continue to count as 'First violations' or 'Second violations' for purposes of determining sanctions under Article 10 for subsequent post-Code violations.

19.87 The Purpose, Scope and Organisation of the World Anti-Doping Program and the World Anti-Doping Code and Appendix 1, Definitions, shall beare considered integral parts of the World Anti-Doping Code.

20. Definitions

When used in these IBU Anti-Doping Rules, the following words or terms have the following meanings (the defined terms below include their plural and possessive forms, as well as those terms used as other parts of speech):

ADAMS: The Anti-Doping Administration and Management System (ADAMS) is a web-based database management tool for data entry, storage, sharing, and reporting designed to assist stakeholders and WADA in their anti-doping operations in conjunction with data protection legislation.

ADR Effective Date: As defined in Article 1.4.

Administration: Providing, supplying, supervising, facilitating, or otherwise participating in the Use or Attempted Use by another Person of a Prohibited Substance or Prohibited Method. However, this definition will not include the actions of bona fide medical personnel involving a Prohibited Substance or Prohibited Method Used for genuine and legal therapeutic purposes or other acceptable justification and will not include actions involving Prohibited Substances that are not prohibited in Out-of-Competition Testing unless the circumstances as a whole demonstrate that such Prohibited Substances are not intended for genuine and legal therapeutic purposes or are intended to enhance sport performance.

Adverse Analytical Finding: A report from a WADA-accredited laboratory or other WADA-approved laboratory that, consistent with the International Standard for Laboratories, establishes in a Sample the presence of a Prohibited Substance or its Metabolites or Markers or evidence of the Use of a Prohibited Method.

Adverse Passport Finding: A report identified as an Adverse Passport Finding as described in the applicable International Standards.

Aggravating Circumstances: Circumstances involving, or actions by, an Athlete or other Person that may justify the imposition of a period of Ineligibility greater than the otherwise applicable standard sanction. Such circumstances and actions include, but are not limited to: the Athlete or other Person Used or Possessed multiple Prohibited Substances or Prohibited Methods, Used or Possessed a Prohibited Substance or Prohibited Method on multiple occasions or committed multiple other anti-doping rule violations; a normal individual would be likely to enjoy the performance-enhancing effects of the anti-doping rule violation(s) beyond the otherwise applicable period of Ineligibility; the anti-doping rule violation was committed as part of a sophisticated doping scheme or plan; the Athlete or other Person engaged in deceptive or obstructive conduct to avoid the detection or adjudication of an anti-doping rule violation; ~~or the~~. For the avoidance of doubt, the examples of circumstances and conduct described herein are not exclusive and other similar circumstances or conduct may also justify the imposition of a longer period of Ineligibility.

Anti-Doping Activities: Anti-doping Education and information, test distribution planning, maintenance of a Registered Testing Pool, managing Athlete Biological Passports, conducting Testing, organising analysis of Samples, gathering of intelligence and conduct of investigations, processing of ~~TUE~~Therapeutic Use Exemption applications, Results Management, monitoring and enforcing compliance with any Consequences imposed, and all other activities related to anti-doping to be carried out by or on behalf of an Anti-Doping Organisation, as set out in the World Anti-Doping Code and/or the International Standards.

Anti-Doping Organisation: WADA or a Signatory that is responsible for adopting rules for initiating, implementing or enforcing any part of the Doping Control process. This includes, for example, the International Olympic Committee, the International Paralympic Committee, other Major Event Organisations that conduct Testing at their Events, the IBU and other international federations, and National Anti-Doping Organisations.

[Comment to Anti-Doping Organisation: Depending on the context, a reference in the IBU Anti-Doping Rules to an Anti-Doping Organisation may also include a Delegated Third Party acting on behalf of that Anti-Doping Organisation.]

Arbital Tribunal has the meaning given to it in the IBU Procedural Rules.

Athlete: Any Person who competes in sport at the international level (as defined by each International Federation), or the national level (as defined by each National Anti-Doping Organisation). An Anti-Doping Organisation has discretion to apply anti-doping rules to an Athlete who is neither an International-Level Athlete nor a National-Level Athlete, and thus to bring them within the definition of 'Athlete.' In relation to Athletes who are neither International-Level Athletes nor National-Level Athletes, an Anti-Doping Organisation may elect to conduct limited Testing or no Testing at all; analyse Samples for less than the full menu of Prohibited Substances; require limited or no whereabouts information; or not require advance ~~TUE~~Therapeutic Use Exemptions. However, if an Article 2.1, 2.3 or 2.5 anti-doping rule violation is committed by any Athlete over whom an Anti-Doping Organisation has elected to exercise its authority to test and who competes below the international or national level, then the Consequences set forth in these IBU Anti-Doping Rules



14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

~~must~~**shall** be applied. For purposes of Article 2.8 and Article 2.9 and for purposes of anti-doping information and Education, any Person who participates in sport under the authority of any Signatory, government, or other sports organisation accepting the World Anti-Doping Code is an Athlete.

[Comment to Athlete: ~~For the avoidance of doubt, the IBU may not adopt different rules for such Athletes (including with respect to Therapeutic Use Exemptions) except with respect to the matters explicitly referenced above or as expressly allowed by an International Standard.~~

Individuals who participate in sport may fall in one of five categories: 1) International-Level Athlete, 2) National-Level Athlete, 3) individuals who are not International- or National-Level Athletes but over whom the International Federation or National Anti-Doping Organisation has chosen to exercise authority, 4) Recreational Athlete, and 5) individuals over whom no International Federation or National Anti-Doping Organisation has, or has chosen to, exercise authority. All International- and National-Level Athletes are subject to the anti-doping rules of the World Anti-Doping Code, with the precise definitions of international and national level sport to be set forth in the anti-doping rules of the International Federations and National Anti-Doping Organisations.]

Athlete Biological Passport: The program and methods of gathering and collating data as described in the International Standard ~~for~~ Testing and International Standard for Laboratories.

Athlete Support Personnel/Athlete Support Person: Any coach, trainer, manager, agent, team staff, official, medical, paramedical personnel, parent or any other Person working with, treating or assisting an Athlete participating in or preparing for sports competition.

Attempt: Purposely engaging in conduct that constitutes a substantial step in a course of conduct planned to culminate in the commission of an anti-doping rule violation; provided, however, that there will be no anti-doping rule violation based solely on an Attempt to commit a violation if the Person renounces the Attempt prior to it being discovered by a third party not involved in the Attempt.

Atypical Finding: A report from a WADA-accredited laboratory or other WADA-approved laboratory that requires further investigation prior to the determination of an Adverse Analytical Finding, as provided ~~in the~~ **by the applicable** International Standards ~~(including related Technical Documents or Technical Letters), or as directed by WADA, prior to the final determination about the finding (i.e., the establishing, or not, of an anti-doping rule violation).~~

Atypical Passport Finding: A report described as an Atypical Passport Finding as described in the applicable International Standards. BIU: As defined in Article 1.1.5.

CAS: The Court of Arbitration for Sport.

Competition: A single race, match, game or singular sport contest. For example, a basketball game or the finals of the Olympic 100-meter race in athletics. For stage races and other sport contests where prizes are awarded on a daily or other interim basis the distinction between a Competition and an Event will be as provided in the rules of the applicable international federation.

Consequences of anti-doping rule violations ('Consequences'): An Athlete's or other Person's anti-doping rule violation may result in one or more of the following:

(a) **Disqualification** means the Athlete's results in a particular Competition or Event are invalidated, with all resulting Consequences including forfeiture of any medals, titles, points, prize money, and prizes;

(b) **Ineligibility** means the Athlete or other Person is barred on account of an anti-doping rule violation for a specified period of time from participating in any Competition, Event or other activity or funding, as provided in Article 10.14;

(c) **Provisional Suspension** means the Athlete or other Person is barred temporarily from participating in any Competition, Event or activity prior to the final decision at a hearing conducted under Article 8.

(d) **Financial Consequences** means a financial sanction imposed for an anti-doping rule violation or to recover costs associated with an anti-doping rule violation; and

(e) **Public Disclosure** means the dissemination or distribution of information to the general public or Persons beyond those Persons entitled to earlier notification in accordance with Article 14.

Contaminated Source/Produet: ~~A product that contains a that is not disclosed on the product label or in information available in a reasonable internet search. An unforeseeable source of a Prohibited Substance such as: using or taking a medication or supplement that contains a Prohibited Substance that is not disclosed on the product label or in information accessible by a reasonable artificial intelligence or comparable search; consumption of a food or drink, such as contaminated meat or liquid, that contains a Prohibited Substance with no advance warning, disclosure or other basis to suspect that it may contain a Prohibited Substance; exposure to a Prohibited Substance through the Athlete's direct physical contact with a third person or physical contact with objects touched or handled by the third person.~~

Decision Limit: The value ~~above which a quantitative analytical~~of the result for a ~~Threshold threshold~~ Substance in a Sample ~~shall be reported as a above which an~~ Adverse Analytical Finding ~~will be reported, as defined in the for Laboratories.~~

[Comment to Decision Limit: For more information on Decision Limits and which Threshold Substances they are applied for refer to the ISL TD PL and other applicable Technical Documents (e.g., ISL TD GH, ISL TD CG/LH,)]

Delegated Third Party: Any Person to whom the IBU, BIU on behalf of the IBU, or any other Anti-Doping Organisation delegates any aspect of Doping Control or anti-doping Education programs including, but not limited to, third parties or other Anti-Doping Organisations that conduct Sample collection or other Doping Control services or anti-doping Educational programs on behalf of the IBU, BIU, or other Anti-Doping Organisation, or individuals serving as independent contractors who perform Doping Control services on behalf of the IBU, BIU, or other Anti-Doping Organisation (e.g., non-employee Doping Control officers or chaperones). This definition does not include CAS.

Disqualification: See Consequences of anti-doping rule violations, above.

Doping Control: All steps and processes from test distribution planning through to ultimate disposition of any appeal and the enforcement of Consequences, including all steps and processes in between, including but not limited to Testing, investigations, whereabouts, ~~the~~ Therapeutic Use Exemptions, Sample collection and handling, laboratory analysis, Results Management, and investigations or proceedings relating to violations of Article 10.14 (Status during Ineligibility or Provisional Suspension).

Education: The process of learning to instill values and develop behaviours that foster and protect the spirit of sport, and to prevent intentional and unintentional doping.

Event: A series of individual Competitions conducted together under one ruling body (e.g., the Olympic Games or the IBU World Championships).

Event Period: The time between the beginning and end of an Event, as established by the ruling body of the Event.

Event Venues: Those venues so designated by the ruling body for the Event.

Fault: Fault is any breach of duty or any lack of care appropriate to a particular situation. Factors to be taken into consideration in assessing an Athlete's or other Person's degree of Fault include, for example, the Athlete's or other Person's experience, whether the Athlete or other Person is a Protected Person ~~or a~~ Minor, special considerations such as impairment, the degree of risk that should have been perceived by the Athlete and the level of care and investigation exercised by the Athlete in relation to what should have been the perceived level of risk. In assessing the Athlete's or other Person's degree of Fault, the circumstances considered ~~must~~**shall** be specific and relevant to explain the Athlete's or other Person's departure from the expected standard of behaviour. Thus, for example, the fact that an Athlete would lose the opportunity to earn large sums of money during a period of Ineligibility, or the fact that the Athlete only has a short time left in a career, or the timing of the sporting calendar, would not be relevant factors to be considered in reducing the period of Ineligibility under Article 10.6. ~~4 or 10.6.2.~~

[Comment: The criteria for assessing an Athlete's degree of Fault are the same under all Articles where Fault is to be considered. However, under Article 10.6.2, no reduction of sanction is appropriate unless, when the degree of Fault is assessed, the conclusion is that No Significant Fault or Negligence on the part of the Athlete or other Person was involved.]

Financial Consequences: See Consequences of anti-doping rule violations, above.

IBU RTP: As defined in Article 5.5.1.

In-Competition: The period commencing at 11:59 p.m. on the day before a Competition in which the Athlete is scheduled to participate through to the end of such Competition and the Sample collection process related to such Competition.

[Comment: Having a universally accepted definition for In-Competition provides greater harmonisation among Athletes across all sports, eliminates or reduces confusion among Athletes about the relevant timeframe for In-Competition Testing, avoids inadvertent Adverse Analytical Findings in between Competitions during an Event, and assists in preventing any potential performance enhancement benefits from substances prohibited Out-of-Competition being carried over to the Competition period.]

Independent Observer Program: A team of observers and/or auditors, under the supervision of WADA, who observe and may provide guidance on the Doping Control process prior to or during certain Events and report on their observations as part of WADA's compliance monitoring program.

Independent Review Expert: ~~The role of the Independent Review Expert is to review those rare cases where, as described in Article 7.8.1, an Anti-Doping Organization the IBU has decided not to proceed with the normal Results Management process. Two individuals will be appointed to undertake the Independent Review Expert responsibilities described in Article 7.8 – a Primary Independent Review Expert and a Backup Independent Review Expert who will serve in the event the Primary Independent Review Expert is not available to promptly review a case or has a conflict of interest. The Primary and Backup Independent Review Experts shall be legal experts having extensive experience with anti-doping Results Management and with an established reputation of integrity and fairness. Stakeholders will be invited to submit, or encourage individuals to submit, Independent Review Expert applications to WADA's Independent Nominations Committee. That Committee will nominate at least two individuals which it believes are qualified to serve as the Primary Independent Review Expert or Backup Independent Review Expert. The Primary and Backup Independent Review Experts will then be selected by the WADA Executive Committee to serve under terms of reference which will address compensation, length of service term and other details of the engagement.~~

Individual Sport: Any sport that is not a Team Sport, i.e. individual, pursuit, sprint, super sprint and mass start Competitions.

Ineligibility: See Consequences of anti-doping rule violations, above.

Institutional Independence: ~~Herein addition to the requirements of Operational Independence, hearing panels on appeal must shall~~ be fully independent institutionally from the Anti-Doping Organisation responsible for Results Management ~~as well as from any national sports governing body or other national sports organisation.~~ They ~~must~~**shall** therefore not in any way be administered by, connected to or subject to the Anti-Doping Organisation responsible for Results Management ~~or any national sports governing body or other national sports organisation.~~

International Competition: as defined in the IBU Constitution.

International Event: An Event where the International Olympic Committee, the International Paralympic Committee, the IBU, a Major Event Organisation, or another international sport organisation is the ruling body for the Event or appoints the technical officials for the Event. In respect of the IBU, an Event is an International Event if it is an International Competition (as that term is defined in the Constitution).

International-Level Athlete: Athletes who compete in sport at the international level, as defined by each international federation, consistent with the International Standard ~~for~~ Testing. For the sport of Biathlon, International-Level Athletes are defined as set out in Article 1.2.3.

[Comment: Consistent with the International Standard ~~for~~ Testing, the international federation is free to determine the criteria it will use to classify Athletes as International-Level Athletes, e.g., by ranking, by participation in particular International Events, by type of license, etc. However, it ~~must~~**shall** publish those criteria in clear and concise form, so that Athletes are able to ascertain quickly and easily when they will become classified as International-Level Athletes. For example, if the criteria include participation in certain International Events, the international federation ~~must~~**shall** publish a list of those International Events.]

International Standard: A standard adopted by WADA in support of the World Anti-Doping Code. International Standards include any Technical Documents ~~and Technical Letters~~ issued pursuant to the International Standard.

Major Event Organisations: The continental associations of National Olympic Committees and other international multi-sport organisations that function as the ruling body for any continental, regional or other International Event.

Marker: A compound, group of compounds or biological variable(s) that indicates the Use of a Prohibited Substance or Prohibited Method.

Metabolite: Any substance produced by a biotransformation process.

Minimum Reporting Level: ~~The estimated concentration of a accredited laboratories Value below which an estimated analytical result for some Non-Threshold Substances should not report that be reported as an Adverse Analytical Finding.~~

[Comment to Minimum Reporting Level: For more information on Minimum Reporting Levels and the Non-Threshold Substances to which they shall be applied, refer to the ISL TD MRPL.]

Minor: A natural Person who has not reached the age of ~~eighteen (18) years~~**18**.

[Comment to Minor: For context, see Comment to Protected Person. Any circumstance where a Minor is to be treated differently than other Persons or Athletes has been specifically identified in the Code. It should not be assumed that different treatment was intended where it is not specifically expressed.]

14.1

Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2

Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3

Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- 14.3.1

Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- 14.3.2

Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- 14.3.3

Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- 14.3.4

Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- 14.3.5

Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- 14.3.6

Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- ANHANG

zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Monitoring Program: Laboratory Analytical Testing program including substances or methods that are not in the Prohibited List, but that WADA wishes to monitor in order to detect potential patterns of misuse in sport.

National Anti-Doping Organisation: The entity(ies) designated by each country as possessing the primary authority and responsibility to adopt and implement anti-doping rules, direct the collection of Samples, the management of test results, and the conduct of Results Management, all at the national level. If this designation has not been made by the competent public authority(ies), the entity will be the country's National Olympic Committee or its designee.

National Anti-Doping Organization Operational Independence: This means that (1) a National Anti-Doping Organization shall establish sufficient legal, organizational, procedural, and/or contractual safeguards in order to prevent any undue influence, interference, or involvement in its management or operational activities to ensure the independent implementation of its anti-doping program; and (2) a National Anti-Doping Organization shall ensure that no Person is involved in its management or operational activities if such Person has a real or potential conflict of interest regarding the implementation of its operational activities; without limitation this would occur in circumstances where a Person is concurrently involved in the management or operational activities of the National Anti-Doping Organization and the management or operational activities of a National Federation, other national sports governing body or other national sports organization or government department with responsibility for sport or anti-doping.

[Comment to National Anti-Doping Organization Operational Independence: A National Anti-Doping Organization's operational activities include the implementation of day-to-day administration and decision-making regarding staff and budget allocation, and the Doping Control process.]

The requirement of National Anti-Doping Organization Operational Independence would not prohibit, for example, the collaboration between Signatory staff members at International Events; National Anti-Doping Organization representatives providing expert advice to other Anti-Doping Organizations; the involvement of state-employed doctors or nurses as sample collection personnel; the participation of National Anti-Doping Organization staff in local sports associations or clubs; or the involvement of National Federation staff in anti-doping Education activities.

Where the National Olympic Committee is acting as a National Anti-Doping Organization pursuant to Article 20.4.6, it shall comply with the requirements of National Anti-Doping Organization Operational Independence. If, however, the National Olympic Committee acting as the National Anti-Doping Organization cannot ensure that it fully respects the requirements of National Anti-Doping Organization Operational Independence, it should delegate its Doping Control activities to a Delegated Third Party for independent implementation.]

National Event: A sport Event involving predominately international or National-Level Athletes that is not an International Event.

National-Level Athlete: Athletes who compete in sport at the national level, as defined by each National Anti-Doping Organisation, consistent with the International Standard for Testing.

National Olympic Committee: The organisation recognised by the International Olympic Committee. The term National Olympic Committee will also include the national sport confederation in those countries where the national sport confederation assumes typical National Olympic Committee responsibilities in the anti-doping area.

National Paralympic Committee: The organization recognized by the International Paralympic Committee. The term National Paralympic Committee shall also include the National Sport Confederation in those countries where the National Sport Confederation assumes typical National Paralympic Committee responsibilities in the anti-doping area.

NI Member: as defined in the Constitution.

No Fault or Negligence: The Athlete or other Person's establishing that they did not know or suspect, and could not reasonably have known or suspected even with the exercise of utmost caution, that they had Used or been Administered the Prohibited Substance or Prohibited Method or otherwise violated an anti-doping rule. Except in the case of a Protected Person or Recreational Athlete, for any violation of Article 2.1, the Athlete must also establish how the Prohibited Substance entered their system.

No Significant Fault or Negligence: The Athlete or other Person's establishing that any Fault or negligence, when viewed in the totality of the circumstances and taking into account the criteria for No Fault or Negligence, was not significant in relation to the anti-doping rule violation. Except in the case of a Protected Person or Recreational Athlete, for any violation of Article 2.1, the Athlete must also establish how the Prohibited Substance entered their system.

Operational Independence: This means that (1) board members, staff members, commission members, consultants, and officials of the Anti-Doping Organisation with responsibility for Results Management authority or its affiliates (e.g., member federation or confederation), as well as any Person involved in the investigation and pre-adjudication of the matter cannot be appointed as members and/or clerks (to the extent that such clerk is involved in the deliberation process and/or drafting of any decision) of hearing panels of that Anti-Doping Organisation with responsibility for Results Management authority and (2) hearing panels shall be in a position to conduct the hearing and decision-making process without interference from the Anti-Doping Organisation or any third party. The objective is to ensure that members of the hearing panel or individuals otherwise involved in the decision of the hearing panel, are not involved in the investigation of, or decisions to proceed with, the case. In addition, hearings shall not be conducted (whether by delegation or otherwise) by Persons appointed by, or under the authority of, National Federations or any other national sports governing bodies or other national sports organizations.

[Comment to Operational Independence: Further description of the requirements for service on hearing panels, with examples, may be provided by WADA in the Guidelines for the International Standard for Results Management.]

Out-of-Competition: Any period that is not In-Competition.

Person: A natural Person or an organisation or other entity.

Possession: The actual, physical Possession, or the constructive Possession (which will be found only if the Person has exclusive control or intends to exercise control over the Prohibited Substance/method-Method or the premises in which a Prohibited Substance/Method exists); provided, however, that if the Person does not have exclusive control over the Prohibited Substance/Method or the premises in which a Prohibited Substance/Method exists, constructive Possession will only be found if the Person knew about the presence of the Prohibited Substance/Method and intended to exercise control over it. Provided, however, there will be no anti-doping rule violation based solely on Possession if, prior to receiving notification of any kind that the Person has committed an anti-doping rule violation, the Person has taken concrete action demonstrating that the Person never intended to have Possession and has renounced Possession by explicitly declaring it to an Anti-Doping Organisation. Notwithstanding anything to the

contrary in this definition, the purchase (including by any electronic or other means) of a Prohibited Substance or Prohibited Method constitutes Possession by the Person who makes the purchase.

[Comment to Possession: Under this definition, anabolic steroids found in an Athlete's car would constitute a violation unless the Athlete establishes that someone else used the car; in that event, the BIU must establish that, even though the Athlete did not have exclusive control over the car, the Athlete knew about the anabolic steroids and intended to have control over them. Similarly, in the example of anabolic steroids found in a home medicine cabinet under the joint control of an Athlete and spouse, the BIU must establish that the Athlete knew the anabolic steroids were in the cabinet and that the Athlete intended to exercise control over them. The act of purchasing a Prohibited Substance alone constitutes Possession, even where, for example, the product does not arrive, is received by someone else, or is sent to a third-party address.]

Prohibited List: The list identifying the Prohibited Substances and Prohibited Methods.

Prohibited Method: Any method so described on the Prohibited List.

Prohibited Substance: Any substance, or class of substances, so described on the Prohibited List.

Protected Person: An Athlete or other natural Person who at the time of the anti-doping rule violation: (i) has not reached the age of 16; (ii) has not reached the age of 18 and is not included in any Registered Testing Pool and has never competed in any International Event in an open category; or (iii) for reasons other than age has been determined to lack legal capacity under applicable national legislation.

[Comment: Not every Minor is a Protected Person. The Code differentiates between different groups of Minors based on two criteria: (i) age and (ii) level of sporting performance. Below the age of 16, Minors always qualify as Protected Persons. It is assumed that they are unable, in principle, to control their behavior in the same way as adults and therefore need to be given special treatment. Where Minors are over 16 (but below 18) years of age, they are assumed to have a higher level of understanding and, depending on their sporting level, better access to anti-doping Education. This justifies treating the age group between 16-18 differently from the age group below 16. The term "open category" is meant to exclude competition that is limited to junior or age group categories.]

Athletes with a documented lack of legal capacity due to an intellectual impairment always qualify as Protected Persons independently of their age.

The purpose of the category of Protected Person is to take into account that an Athlete or other Person may not possess the mental capacity to sufficiently understand and appreciate the prohibitions against conduct contained in the Code. The special treatment of Protected Person flows from the fact that the central criteria to determine the period of Ineligibility is "Fault". Those circumstances where a Protected Person, Minor or Recreational Athlete is to be treated differently than other Persons or Athletes have been specifically identified in the World Anti-Doping Code. It should not be assumed, with respect to Article 7.4 or any other Article in the World Anti-Doping Code, that different treatment was intended where it is not specifically expressed. The World Anti-Doping Code and these IBU Anti-Doping Rules treat Protected Persons differently than other Athletes or Persons in certain circumstances based on the understanding that, below a certain age or intellectual capacity, an Athlete or other Person may not possess the mental capacity to understand and appreciate the prohibitions against conduct contained in the World Anti-Doping Code. This would include, for example, a Paralympic Athlete with a documented lack of legal capacity due to an intellectual impairment. The term "open category" is meant to exclude competition that is limited to junior or age group categories.]

Provisional Suspension: See Consequences of anti-doping rule violations, above.

Public Disclosure (or Public Disclosure): See Consequences of anti-doping rule violations, above.

Quality Assurance: Processes aimed at maintaining and improving the quality of Analytical Testing Procedures (as further defined in the International Standard for Laboratories), i.e. quality control, quality improvement, method development and validation, generation and evaluation of reference population data, analysis of substances included in the WADA Monitoring Program as described in Code Article 4.5, and any other legitimate Quality Assurance process, as determined by WADA, aimed at monitoring the validity of Analytical Testing Procedures applied to the analysis of Prohibited Substances and Prohibited Methods for the purposes established in Code Article 6.2.

Recreational Athlete: A natural Person who is so defined by the relevant National Anti-Doping Organisation; provided, however, the term does not include any Person who, within the five years prior to committing any anti-doping rule violation, has, in the same sport, been an International-Level Athlete (as defined by each International Federation consistent with the International Standard for Testing) or National-Level Athlete (as defined by each National Anti-Doping Organisation consistent with the International Standard for Testing), has participated in the sport in a professional capacity, has competed in an International Event or National Event, represented any country in an International Event in an open category or has been included within any Registered Testing Pool or other whereabouts information pool maintained by any International Federation or National Anti-Doping Organisation.

[Comment: With respect to the term "professional capacity," further guidance may be provided in the International Standard for Results Management or guidelines.]

The term "open category" is meant to exclude Competition that is limited to junior or age group categories.]

Regional Anti-Doping Organisation: A regional entity designated by member countries to coordinate and manage delegated areas of their national anti-doping programs, which may include the adoption and implementation of anti-doping rules, the planning and collection of Samples, the management of results, the review of TUE Therapeutic Use Exemptions, the conduct of hearings, and the conduct of Educational programs at a regional level.

Registered Testing Pool: The pool of highest-priority Athletes established separately at the international level by the BIU, and at the national level by National Anti-Doping Organisations, who are subject to at least a minimum level of Out-of-Competition Testing as part of that international federation's or National Anti-Doping Organisation's test distribution plan and therefore are required to provide whereabouts information as provided in Article 5.5 and the International Standard for Testing. See also definition of IBU RTP.

Results Management: The process encompassing the timeframe between notification as per Article 5 of the International Standard for Results Management, or in certain cases (e.g., Atypical Finding, Athlete Biological Passport, whereabouts failure), such pre-notification steps expressly provided for in Article 5 of the International Standard for Results Management, through the charge until the final resolution of the matter, including the end of the hearing process at first instance or on appeal (if an appeal was lodged).

Sample or Specimen: Any biological material collected for the purposes of Doping Control.

[Comment: It has sometimes been claimed that the collection of blood Samples violates the tenets of certain religious or cultural groups. It has been determined that there is no basis for any such claim.]

14.1 Anträge auf Änderung der Verfassung

14.2 Anträge auf Genehmigung vorbehaltlicher Regeln

14.3 Anträge auf Änderung oder Aufhebung anderer Regeln

- **14.3.1** Antrag des Vorstands auf Aufnahme der IBU-Verfahrensregeln für die Schiedskommission sowie auf Umbenennung der Disziplinarkommission in Schiedskommission
- **14.3.2** Antrag des Vorstands auf Einführung eines alternativen Verfahrens wegen geringfügiger Verstöße
- **14.3.3** Antrag des Vorstands auf Annahme des Welt-Anti-Doping-Codes 2027 („Code“)
- **14.3.4** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Konsequenzen, falls eine Person im Rahmen eines Vetting-Verfahrens nicht zugelassen wird
- **14.3.5** Antrag des Vorstands zur Gewährleistung einer Vertretung des Para Biathlon beim Kongress
- **14.3.6** Antrag des Vorstands zur Festlegung der Aufgaben der Vorstandsmitglieder, die nicht in der Verfassung geregelt sind
- **ANHANG** zu Tagesordnungspunkt 14.3. Kapitel D IBU-Anti-Doping-Regeln

Signatories: Those entities accepting the World Anti-Doping Code and agreeing to implement the World Anti-Doping Code, as provided in Article 23 of the World Anti-Doping Code.

Specified Method: See Article 4.2.2.

Specified Substance: As defined in Article 4.2.2.

Strict Liability: The rule that provides that under Article 2.1 and Article 2.2, it is not necessary that intent, Fault, Negligence, or knowing Use on the Athlete's part be demonstrated by the Anti-Doping Organisation in order to establish an anti-doping rule violation.

Substance of Abuse: See Article 4.2.3.

Substantial Assistance: For purposes of Article 10.7.3.1, a Person providing Substantial Assistance ~~must~~shall: (1) fully disclose in a signed written statement or recorded interview all information they possess in relation to anti-doping rule violations or other proceeding described in Article 10.7.3.1, and (2) fully cooperate with the investigation and adjudication of any case or matter related to that information, including, for example, presenting testimony at a hearing if requested to do so by an Anti-Doping Organisation or hearing panel. Further, the information provided ~~must~~shall remain ~~be~~ credible and ~~must~~be valuable throughout any subsequent investigation or proceeding ~~comprise an important part of any~~.

Tampering: Intentional conduct that subverts the Doping Control process ~~but that would not otherwise be included in the definition of~~s. Tampering shall include, without limitation, offering or accepting a bribe to perform or fail to perform an act, preventing the collection of a Sample, affecting or making impossible the analysis of a Sample, falsifying documents submitted to an Anti-Doping Organisation or ~~TUE~~Therapeutic Use Exemption committee or hearing panel, procuring false testimony from witnesses, committing any other fraudulent act upon the Anti-Doping Organisation or hearing body to affect Results Management or the imposition of Consequences, and any other similar intentional interference or Attempted interference with any aspect of Doping Control.

[Comment to Tampering: For example, this Article would prohibit altering identification numbers on a Doping Control form during Testing, breaking the B bottle at the time of B Sample analysis, altering a Sample by the addition of a foreign substance, or intimidating or Attempting to intimidate a potential witness or a witness who has provided testimony or information in the Doping Control process. Tampering includes misconduct that occurs during the Results Management process. See Article 10.9.3.3. However, actions taken as part of a Person's legitimate defence to an anti-doping rule violation charge shall not be considered Tampering. Sample collection Personnel ~~should be permitted to carry out their duties in a safe environment without interference or harassment~~. Offensive conduct towards a Doping Control official or other Person involved in Doping Control that does not otherwise constitute Tampering shall be addressed in the disciplinary rules of sport organisations.]

Target Testing: Selection of specific Athletes for Testing based on criteria set out in the International Standard for Testing.

Team Sport: A sport in which the substitution of players is permitted during a Competition, i.e. relay and mixed relay.

Technical Document: A document adopted and published by WADA from time to time containing mandatory technical requirements on specific anti-doping topics as set forth in an International Standard.

Technical Letter: Mandatory technical requirements provided by WADA from time to time to address particular issues relating to the analysis, interpretation and reporting of specific Prohibited Substance(s) and/or Prohibited Method(s) or to the application of specific Laboratory or Athlete Biological Passport Laboratory procedures.

Testing: The parts of the Doping Control process involving test distribution planning, Sample collection, Sample handling, and Sample transport to the laboratory.

Testing Pool: The pool of Athletes that the International Federation or National Anti-Doping Organization considers to be a lesser priority and from sport/disciplines of lesser risk than those Athletes in the Registered Testing Pool and who are subject to at least a minimum level of Out-of-Competition Testing and required to provide whereabouts information as outlined in the International Standard for Testing.

Therapeutic Use Exemption (TUE): A Therapeutic Use Exemption allows an Athlete with a medical condition to Use a Prohibited Substance or Prohibited Method, but only if the conditions set out in Article 4.4 and the International Standard for Therapeutic Use Exemptions are met.

Trafficking: Selling, giving, transporting, sending, delivering or distributing (or Possessing for any such purpose) a Prohibited Substance or Prohibited Method (either physically or by any electronic or other means) by an Athlete, Athlete Support Personnel or any other Person subject to the authority of an Anti-Doping Organisation to any third party; provided, however, this definition ~~shall~~will not include: (1) the actions of 'bona fide' medical personnel involving a Prohibited Substance Used for genuine and legal therapeutic purposes; (2) ~~or other acceptable justification, and will not include~~ actions involving one or more Prohibited Substances that ~~is~~are not prohibited in Out-of-Competition Testing unless the circumstances as a whole demonstrate such Prohibited Substance(s) ~~(a) is/are~~ not intended for genuine and legal therapeutic purposes or ~~(b) are~~ intended to enhance sport performance; or (3) other acceptable justification.

[Comment to Trafficking: Acceptable justification would not include, for example, giving, transporting or delivering a Prohibited Substance to a friend or relative, except under justifiable medical circumstances where that Person had a physician's prescription, e.g., transporting and delivering Insulin to a diabetic child.]

TUE Therapeutic Use Exemption Committee: The panel appointed by the BIU to consider applications for the grant or recognition of ~~TUE~~Therapeutic Use Exemptions in accordance with Article 4.4.3. The BIU may appoint individuals to form such a panel, or it may delegate the appointment of the panel to the International Testing Agency (ITA) or other suitably qualified body.

Use: The utilisation, application, ingestion, injection or consumption by any means whatsoever of any Prohibited Substance or Prohibited Method.

WADA: The World Anti-Doping Agency.

Without Prejudice Agreement: For purposes of Articles 10.7.3.1 and 10.8.2, a written agreement between an Anti-Doping Organisation and an Athlete or other Person that allows the Athlete or other Person to provide information to the Anti-Doping Organisation in a defined time-limited setting with the understanding that, if an agreement for Substantial Assistance or a case resolution agreement is not finalised, the information provided by the Athlete or other Person in this particular setting may not be used by the Anti-Doping Organisation against the Athlete or other Person in any Results Management proceeding under the World Anti-Doping Code, and that the information provided by the Anti-Doping Organisation in this particular setting may not be used by the Athlete or other Person against the Anti-Doping Organisation in any Results Management proceeding under the World Anti-Doping Code. Such an agreement will not preclude the Anti-Doping Organisation, Athlete or other Person from using any information or evidence gathered from any source other than during the specific time-limited setting described in the agreement.

15.1 WM Otepää 2027

15.2 WM Hochfilzen 2028

15.3 WM Oslo 2029

15.4 Olympische Winterspiele
Französische Alpen 2030



15.1 WM Otepää 2027

15.2 WM Hochfilzen 2028

15.3 WM Oslo 2029

15.4 Olympische Winterspiele
Französische Alpen 2030



15.1 WM Otepää 2027

15.2 WM Hochfilzen 2028

15.3 WM Oslo 2029

15.4 Olympische Winterspiele
Französische Alpen 2030



15.1 WM Otepää 2027

15.2 WM Hochfilzen 2028

15.3 WM Oslo 2029

15.4 Olympische Winterspiele
Französische Alpen 2030



16.1 Präsentationen der Bewerber

- **16.1.1** Kontiolahti, Finnland
- **16.1.2** Östersund, Schweden

16.2 Antrag auf Ernennung des Ausrichters der Biathlon-WM 2031

16.1 Präsentationen der Bewerber

- **16.1.1** Kontiolahti, Finnland
- **16.1.2** Östersund, Schweden

16.2 Antrag auf Ernennung des Ausrichters der Biathlon-WM 2031

16.1 Präsentationen der Bewerber**16.2** Antrag auf Ernennung des
Ausrichters der Biathlon-WM 2031

- Gemäß Artikel 13.2.12 hat der Kongress das Recht, den Vorschlag des Vorstands zu genehmigen, einem ordentlichen NV-Mitglied das Recht zu verleihen, die Biathlon-Weltmeisterschaften auszutragen. Der Vorstand wird während des Kongresses einen Vorschlag unterbreiten.

17.1 Präsentationen der Bewerber

- **17.1.1** Frankreich
- **17.1.2** Großbritannien
- **17.1.3** Griechenland

17.2 Wahl des Ausrichters

- Name der Kongress-Stadt: **Nizza, FRA**
Voraussichtliches Kongressdatum: **14.-17. September 2028**
Name des Kongresshotels: **Hotel Palais de la Méditerranée, Hotel Le Méridien.**



17.1 Präsentationen der Bewerber

- **17.1.1** Frankreich
- **17.1.2** Großbritannien
- **17.1.3** Griechenland

17.2 Wahl des Ausrichters

- Name der Kongress-Stadt: **Windsor, GBR**
Voraussichtliches Kongressdatum: **14.-17. September 2028**
Name des Kongresshotels: **De Vere Beaumont Estate, Windsor**



17.1 Präsentationen der Bewerber

- **17.1.1** Frankreich
- **17.1.2** Großbritannien
- **17.1.3** Griechenland

17.2 Wahl des Ausrichters

- Name der Kongress-Stadt: **Antikes Olympia, GRE**
Voraussichtliches Kongressdatum: **24.-27. September 2028**
Name des Kongresshotels: **International Olympic Academy Campus**



17.1 Präsentationen der Bewerber

17.2 Wahl des Ausrichters

- Gemäß Artikel 13.2.13 hat der Kongress das Recht, den Ausrichter, den Ort und das Datum der nächsten ordentlichen Kongressversammlung auszuwählen, die in einem Jahr stattfindet, das kein Olympisches Jahr ist.

18.1 Vorstellung des Wahlverfahrens durch die Vorsitzende des Wahlausschusses

18.2 Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Präsidenten

18.3 Wahl des Präsidenten

18.4 Vorstellung der Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin

18.5 Wahl der Vizepräsidentin

18.6 Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Schatzmeisters

18.7 Wahl des Schatzmeisters

18.8 Vorstellung der Kandidaten für den Vorstand

18.9 Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder

18.10 Wahl der Mitglieder des Technischen Komitees

WAHLVERFAHREN

Der BIU-Vorstand in seiner Rolle als Wahlausschuss trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen 2026.

Sobald der Tagesordnungspunkt Wahlen ansteht wird der Kongressvorsitzende den Vorsitz für die Durchführung der Wahlen an die Vorsitzende des Wahlausschusses Dr. Tanja Haug abgeben.

Alle anwesenden Kandidatinnen und Kandidaten bekommen gleichermaßen die Gelegenheit, sich dem Kongress zu präsentieren. Die Vorsitzende des Wahlausschusses erläutert dann das Wahlverfahren einschließlich Zahl der auszuwählenden Personen und der Voraussetzungen für eine gültige Stimmabgabe.

Die Wahlen werden unter Verwendung der Votebox-Abstimmungssoftware geheim und elektronisch durchgeführt. Sollte das elektronische Abstimmungssystem nach Einschätzung des Wahlausschusses nicht zuverlässig einsetzbar sein stehen als Alternative Stimmzettel zur Verfügung.

Jedes ordentliche, stimmberechtigte NV-Mitglied hat eine Stimme, die vom beim Kongress anwesenden, stimmberechtigten Delegierten abgegeben werden muss.

Stimmabgabe durch Vertretung oder Briefwahl ist nicht zulässig.

Bei Wahlgängen, in denen mehr als ein Posten zu besetzen ist, müssen Delegierte so viele Personen auswählen, wie Posten zu besetzen sind. Ist die Zahl der ausgewählten Personen größer oder kleiner, ist die abgegebenen Stimme ungültig.

Das Abstimmungssystem und die Durchführung der Abstimmung werden durch die vom Kongress ernannten Stimmenzähler geprüft und überwacht. Der BIU-Vorstand in seiner Rolle als Wahlausschuss zählt die Stimmen zusammen mit den Stimmenzählern vertraulich aus.

Die Vorsitzende des Wahlausschusses wird gemäß den Befugnissen des BIU-Vorstands im Rahmen der Wahlen jedes einzelne Ergebnis bekanntgeben und das offizielle Ergebnisprotokoll unterzeichnen. Der nächste Wahlgang beginnt immer erst dann, wenn das Ergebnis des vorangegangenen Wahlgangs bekanntgegeben worden ist.

Die Zahl der auf jeden Kandidaten und jede Kandidatin entfallenden Stimmen wird im Nachgang des Kongresses auf der IBU-Webseite veröffentlicht.

ABFOLGE DER WAHLGÄNGE

Die Wahlgänge werden in der folgenden Reihenfolge durchgeführt:

1. Präsident
2. Vize-Präsidentin
3. Schatzmeister
4. Sechs weitere Vorstandsmitglieder
5. Zehn Mitglieder des Technisches Komitees

STIMMENGLEICHHEIT

Bei Stimmengleichheit zwischen Kandidaten für den oder die letzten verfügbaren Posten findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten mit Stimmengleichheit statt.

Bei Stimmengleichheit in der Stichwahl findet ein dritter Wahlgang statt. Im Falle einer Stimmengleichheit im dritten Wahlgang entscheidet das Los.

18.1 Vorstellung des Wahlverfahrens
durch die Vorsitzende
des Wahlausschusses

18.2 Vorstellung des Kandidaten für
das Amt des Präsidenten

18.3 Wahl des Präsidenten

18.4 Vorstellung der Kandidatin für
das Amt der Vizepräsidentin

18.5 Wahl der Vizepräsidentin

18.6 Vorstellung des Kandidaten für
das Amt des Schatzmeisters

18.7 Wahl des Schatzmeisters

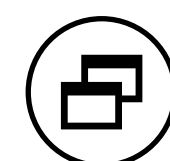
18.8 Vorstellung der Kandidaten für
den Vorstand

18.9 Wahl der weiteren
Vorstandsmitglieder

18.10 Wahl der Mitglieder des
Technischen Komitees

KANDIDAT FÜR DAS AMT DES IBU PRÄSIDENTEN

- **Tim FARCNIK** SLO



HIER KLICKEN, UM DIE PROFILE UND LEBENSLÄUFE
DER KANDIDATEN FÜR DEN VORSTAND ZU ÖFFNEN.



ZURÜCK ZUR TAGESORNUMG

18.1 Vorstellung des Wahlverfahrens
durch die Vorsitzende
des Wahlausschusses

18.2 Vorstellung des Kandidaten für
das Amt des Präsidenten

18.3 Wahl des Präsidenten

18.4 Vorstellung der Kandidatin für
das Amt der Vizepräsidentin

18.5 Wahl der Vizepräsidentin

18.6 Vorstellung des Kandidaten für
das Amt des Schatzmeisters

18.7 Wahl des Schatzmeisters

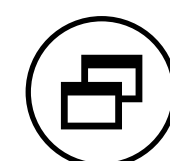
18.8 Vorstellung der Kandidaten für
den Vorstand

18.9 Wahl der weiteren
Vorstandsmitglieder

18.10 Wahl der Mitglieder des
Technischen Komitees

KANDIDATIN FÜR DAS AMT DER IBU VIZEPRÄSIDENTIN

- **Sofia DOMEIJ** SWE



HIER KLICKEN, UM DIE PROFILE UND LEBENSLÄUFE
DER KANDIDATEN FÜR DEN VORSTAND ZU ÖFFNEN.



ZURÜCK ZUR TAGESORNUMG

18.1 Vorstellung des Wahlverfahrens
durch die Vorsitzende
des Wahlausschusses

18.2 Vorstellung des Kandidaten für
das Amt des Präsidenten

18.3 Wahl des Präsidenten

18.4 Vorstellung der Kandidatin für
das Amt der Vizepräsidentin

18.5 Wahl der Vizepräsidentin

18.6 Vorstellung des Kandidaten für
das Amt des Schatzmeisters

18.7 Wahl des Schatzmeisters

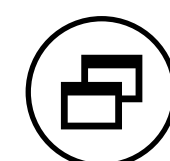
18.8 Vorstellung der Kandidaten für
den Vorstand

18.9 Wahl der weiteren
Vorstandsmitglieder

18.10 Wahl der Mitglieder des
Technischen Komitees

KANDIDAT FÜR DAS AMT DES IBU SCHATZMEISTERS

- **Christian SCHERER** AUT



HIER KLICKEN, UM DIE PROFILE UND LEBENSLÄUFE
DER KANDIDATEN FÜR DEN VORSTAND ZU ÖFFNEN.



ZURÜCK ZUR TAGESORNUMG

18.1 Vorstellung des Wahlverfahrens durch die Vorsitzende des Wahlausschusses

18.2 Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Präsidenten

18.3 Wahl des Präsidenten

18.4 Vorstellung der Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin

18.5 Wahl der Vizepräsidentin

18.6 Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Schatzmeisters

18.7 Wahl des Schatzmeisters

18.8 Vorstellung der Kandidaten für den Vorstand

18.9 Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder

18.10 Wahl der Mitglieder des Technischen Komitees

KANDIDATEN FÜR DEN IBU VORSTAND

- **Paulina BATOVSKA-FIALKOVA** SVK
- **Tore BOYGARD** NOR
- **Atanas Ivanov FURNADSHIEV** BUL
- **Tarmo KARSNA** EST
- **Ivan KRULKO** UKR
- **Fabien SAGUEZ** FRA
- **Nathalie SANTER** ITA
- **Stefan SCHWARZBACH** GER
- **Michael WALKER** CAN
- **Elizabeth WINFIELD** GBR
- **Tamara WOLF** SUI

Die vollständige Zusammensetzung des Vorstands muss mindestens drei männliche und drei weibliche Mitglieder umfassen.



HIER KLICKEN, UM DIE PROFILE UND LEBENSLÄUFE DER KANDIDATEN FÜR DEN VORSTAND ZU ÖFFNEN.

18.1 Vorstellung des Wahlverfahrens durch die Vorsitzende des Wahlausschusses

18.2 Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Präsidenten

18.3 Wahl des Präsidenten

18.4 Vorstellung der Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin

18.5 Wahl der Vizepräsidentin

18.6 Vorstellung des Kandidaten für das Amt des Schatzmeisters

18.7 Wahl des Schatzmeisters

18.8 Vorstellung der Kandidaten für den Vorstand

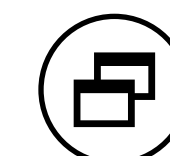
18.9 Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder

18.10 Wahl der Mitglieder des Technischen Komitees

KANDIDATEN FÜR DAS TECHNISCHE KOMITEE

- **Knut Kuvas BREVIK** NOR
- **Fabrizio CURTAZ** ITA
- **Selina GASPARIN** SUI
- **Ludwig GREDLER** AUT
- **Ulrika OEBERG** SWE
- **Janez OZBOLT** SLO
- **Alois REITER** GER
- **Radovan SIMOCKO** SVK
- **Sara STUDEBAKER-HALL** USA
- **Emoke SZOCS** HUN
- **Kimmo TURUNEN** FIN
- **Christophe VASSALLO** FRA
- **Hillar ZAHKNA** EST
- **Michal ZICHACEK** CZE

Unter den Gewählten müssen sich mindestens drei männliche und mindestens drei weibliche Mitglieder befinden.



HIER KLICKEN, UM DIE PROFILE UND LEBENSLÄUFE DER KANDIDATEN FÜR DAS TECHNISCHE KOMITEE ZU ÖFFNEN.

- **IBU EHRENURKUNDE FÜR EINZELPERSONEN**

Gemäß Artikel 1 der IBU Regeln für Ehrungen (2026) wird

- **Márton SIMON** ROU

mit der IBU Ehrenurkunde ausgezeichnet

- **IBU EHRENMEDAILLE**

Gemäß Artikel 4 der IBU Regeln für Ehrungen (2026) werden

- **Ingemar ARWIDSON** SWE
- **Olle DAHLIN** SWE
- **Kalle LÄHDESMÄKI** FIN
- **Dan Gheorghe MIHOC** ROU
- **Dr Franz STEINLE** GER

mit der IBU Ehrenmedaille ausgezeichnet

IBU EHRENPRÄSIDENT

Gemäß Artikeln 9.4 und 13.2.17 kann der Kongress auf Vorschlag des Vorstands einem ehemaligen Präsidenten, den Titel des Ehrenpräsidenten verleihen, wenn dieser sich um die IBU und/oder den Biathlonsport besonders verdient gemacht hat.

Der Kongress wird ersucht,

Olle DAHLIN SWE,

IBU-Präsident von 2018-2026 zum Ehrenpräsidenten zu ernennen.

